

Die Agrarpolitik in der Schweiz und Deutschland

von

1933—1939

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der
Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Max Steiner
von Suhr

Die Agrarpolitik in der Schweiz und Deutschland

von

1933—1939

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der
Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Max Steiner

von Suhr

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herrn Professoren
Dr. V. F. Wagner und Dr. E. Salin

Basel, den 6. Dezember 1947.

sign. Prof. Dr. V. F. Wagner
Dekan



Meinen Eltern



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	I
Einleitung	3

I. Kapitel

Die agrarpolitischen Massnahmen des Staates

A. Massnahmen zur Beeinflussung des Aussenhandels

I. Massnahmen zur Einfuhrpolitik

a) In der Schweiz

1. Zölle	15
2. Zolldifferenzierung	17
3. Zoll- und Preiszuschläge	17
4. Die „statistische Gebühr“	18
5. Die Kontingentierung der Einfuhrmenge	19
6. Die Einfuhrmonopole	20
7. Die Einfuhrverbote	21

b) In Deutschland

1. Zölle	22
2. Einfuhrmonopole	22

II. Massnahmen der Ausfuhrpolitik

a) In der Schweiz

1. Ausfuhrprämien	23
2. Ausfuhrmonopole	25

b) In Deutschland

1. Ausfuhrmonopole	26
------------------------------	----

III. Verkoppelte Import- und Exportregelung (Kompensation)

a) In der Schweiz	27
b) In Deutschland	28

B. Preispolitische Massnahmen auf dem Binnenmarkt

I. Die Organisation der Märkte landwirtschaftlicher Produkte

a) In der Schweiz

1. Die Förderung der genossenschaftlichen Absatzorganisation	29
2. Die Monopolisierung der Märkte landwirtschaftlicher Produkte	32
3. Die Rationalisierung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte	33

II. Die direkte Beeinflussung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse

a) In der Schweiz

1. Die Preis- und Uebnahmegarantie	35
2. Mindestpreise	36
3. Richtpreise	37
4. Subventionen mit Zweckabgaben	38

b) In Deutschland

1. Preisfestsetzungen (Richtpreise, Mindest- und Höchstpreise, Festpreise)	45
2. Subventionen und Zweckabgaben	47

III. Die Beeinflussung des Angebotes landwirtschaftlicher Erzeugnisse

a) In der Schweiz

1. Interventionskäufe	49
2. Preiskontingente	50

b) In Deutschland

1. Die Kontrolle und Lenkung des gegebenen Warenstromes	51
2. Die Regelung und Regulierung der Angebotsmenge	52

IV. Die Beeinflussung der Nachfrage

a) In der Schweiz

1. Verbilligungsaktionen	54
2. Der Verwendungszwang	54

b) In Deutschland

1. Propaganda	56
2. Prämien	56
3. Der Verwendungs- und Beimischungszwang	57
4. Die Einschränkung des Verbrauches	57

V. Die Beeinflussung der Produktion

a) In der Schweiz

1. Die Beeinflussung der Produktionsmenge	58
2. Die Beeinflussung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte	62

b) In Deutschland

1. Die Beeinflussung der Produktionsmenge	63
2. Die Beeinflussung der Qualität	65

Ergebnisse	65
----------------------	----

Die Gestaltung der Preise

I. Der Vergleich der Preisindices

1. Die Indices landwirtschaftlicher Produzentenpreise

a) In der Schweiz	69
b) In Deutschland	71

2. Die Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel auf den verschiedenen Absatzstufen

a) In der Schweiz	72
b) In Deutschland	74

3. Die Entwicklung der Agrarpreise im Vergleich zum Gesamtpreisniveau

a) In der Schweiz	76
b) In Deutschland	78

4. Die Entwicklung der Agrarpreise und der Kosten

a) In der Schweiz	80
b) In Deutschland	82

5. Die Ursachen der Preisentwicklung

a) In der Schweiz	85
b) In Deutschland	88

II. Der Vergleich von Einzelpreisen

1. Die Umschichtungen im Preisgefüge landwirtschaftlicher Erzeugnisse

a) In der Schweiz	93
b) In Deutschland	95

2. Der Vergleich der Getreidepreise

a) Die Entwicklung der Indices der Getreidepreise	97
b) Die Entwicklung der Preise für Brot- und Futtergetreide	100

3. Der Vergleich der Kartoffelpreise 102

4. Der Vergleich der Preise milchwirtschaftlicher Erzeugnisse 105

5. Der Vergleich der Viehpreise 112

a) Die Gestaltung der Rindviehpreise	113
b) Der Vergleich der Schweinepreise	118

Ergebnisse	120
----------------------	-----

3. Kapitel

Die Gestaltung des Agrareinkommens

I. Das landwirtschaftliche Einkommen im Rahmen des Volkseinkommens

1. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens

a) In der Schweiz	123
b) In Deutschland	125

2. Die Gestaltung des Rohertrages

a) In der Schweiz	126
b) In Deutschland	128

3. Die Kostengestaltung

a) In der Schweiz	129
b) In Deutschland	134

4. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens innerhalb des Volkseinkommens

a) In der Schweiz	139
b) In Deutschland	141

5. Die Entwicklung des Anteils der Landwirtschaft am Volkseinkommen

a) In der Schweiz	145
b) In Deutschland	146

Ergebnisse	148
----------------------	-----

II. Die Einkommensgestaltung der Betriebe 150

1. Die Aufwand- und Ertragsgestaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben

a) In der Schweiz	150
b) In Deutschland	156

2. Die Einkommensentwicklung der Betriebe

a) In der Schweiz	165
b) In Deutschland	170

Ergebnisse	176
----------------------	-----

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung

1. Die Veränderung des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	179
2. Die strukturellen Verschiebungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung	
a) Die Erwerbenden in der Landwirtschaft und die Berufszugehörigen	183
b) Die soziale Schichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung	186
c) Die Männer- und Frauenarbeit in der Landwirtschaft . . .	188
d) Die Entwicklung der Erwerbenden in den einzelnen Betriebsgrößenklassen	190
3. Die Ursachen der Bevölkerungsentwicklung	196
Schlussbemerkungen	203
Anhang: Literaturverzeichnis	205

VORWORT

Die Agrarpolitik des Dritten Reiches war durch eine starke Aktivität gekennzeichnet. Dies erweckte den Eindruck, als ob die deutsche Landwirtschaft besonders stark geschützt gewesen sei. Dieser Eindruck wurde noch durch die Tätigkeit der nationalsozialistischen Propaganda verstärkt. Schlagworte wie «Blut- und Bodenpolitik», «das Landvolk als Blutquell der Nation», der Schutz der Landwirtschaft stehe im Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik, sollten die Bevorzugung der Landwirtschaft innerhalb der deutschen Volkswirtschaft hervorheben.

Das Vorgehen Deutschlands in der Agrarpolitik verfehlte seine Wirkung auf die Schweiz nicht. Besonders in bäuerlichen Kreisen war hier die Meinung weit verbreitet, dass sehr viel für die deutschen Bauern getan werde, während der Schutz des Schweizerbauers zu schwach sei. Die Notwendigkeit eines staatlichen Agrarschutzes wurde zwar auch in der Schweiz nicht nur von der Landwirtschaft gefordert, sondern von allen andern Wirtschaftsgruppen anerkannt. Umstritten war lediglich das Ausmass. Man sah sich vor die Aufgabe gestellt, den Schutzgedanken im Rahmen einer weitgehend freien Marktwirtschaft zu verwirklichen. Das Sozialprodukt sollte dabei so wenig als möglich geschmälert, d. h. die Produktivität der schweizerischen Volkswirtschaft wenig beeinträchtigt werden. In Deutschland nahm man zum vornherein auf die freie Marktwirtschaft keine Rücksicht.

Verschieden war aber nicht nur diese wirtschaftspolitische Konzeption, sondern auch die Art wie in den beiden Ländern die Massnahmen eingeführt wurden. In Deutschland geschah dies mit grossem propagandistischem Aufwand. In der Schweiz wurde dem psychologischen Faktor weniger Beachtung geschenkt. Dies mag auch ein Grund gewesen sein für den grossen Widerhall, den die deutsche Agrarpolitik in bäuerlichen Kreisen der Schweiz gefunden hat.

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich die eigentliche Problemstellung dieser Arbeit. Wir müssen uns fragen: War in Deutschland die Landwirtschaft tatsächlich besser geschützt als in der Schweiz? Zur Beantwortung dieser Frage müssen die agrarpolitischen Massnahmen, sowie ihr Einfluss in

den wichtigsten Wirkungsbereichen miteinander verglichen werden. In einer Einleitung soll aber vorerst die Notwendigkeit eines staatlichen Agrarschutzes unter wirtschaftstheoretischen Gesichtspunkten begründet werden.

Ein erstes Kapitel enthält eine Darstellung der beiden Agrarsysteme in ihren Grundzügen. Die Einwirkungen auf die Preisgestaltung bilden den Inhalt des zweiten Kapitels. Im dritten Kapitel wird die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens in den beiden Ländern miteinander verglichen. Als weiterer Wirkungsbereich der Agrarpolitik bildet schliesslich die landwirtschaftliche Bevölkerung den letzten Betrachtungs- und Vergleichsgegenstand der Untersuchung.

Ich danke allen, die meine Arbeit durch ihre Ratschläge unterstützt und gefördert haben, so besonders meinen verehrten Lehrern, Herrn Prof. Dr. V. F. Wagner, Herrn Prof. Dr. E. Salin, Herrn Prof. Dr. L. V. Furlan. Dank schulde ich auch dem Personal des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs, Basel, sowie der Bibliothekarin beim Schweizerischen Bauernsekretariat in Brugg, die mir das benötigte Material in zuvorkommender Weise beschafft haben.

EINLEITUNG

Bevor wir auf die Behandlung der eigentlichen Materie, der Agrarpolitik der Schweiz und Deutschlands eintreten, ist zunächst die Frage zu beantworten, ob unter volkswirtschaftlich-theoretischen Gesichtspunkten betrachtet, der Staat zu einer aktiven Agrarpolitik berechtigt sei. Wir haben uns hier nicht mit den staatspolitischen, bevölkerungspolitischen oder sozialpolitischen Argumenten zu befassen, die etwa für die Einführung eines staatlichen Agrarschutzes vorgebracht werden. Wir können diese Frage auch nicht mit dem einfachen liberalen Hinweis abtun, ein Agrarschutz schmälere das Sozialprodukt und sei deshalb zu verwerfen.

Um über die Frage der Berechtigung eines Agrarschutzes etwas aussagen zu können, fragen wir nach der Stellung der Landwirtschaft im System der freien Marktwirtschaft; ob und inwieweit die tatsächlichen Verhältnisse mit ihren Prämissen übereinstimmen; ob und inwieweit dabei grundsätzliche Unterschiede im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen bestehen.

Man hat diese Fragen sowohl in der Produktions- als auch in der Marktsphäre der Landwirtschaft zu stellen. Da wir uns im Rahmen dieser Arbeit vorwiegend auf die Agrarpreispolitik beschränken, interessieren uns in erster Linie die Vorgänge in der Marktsphäre. Diese werden hier in den Vordergrund gestellt. Wir fragen zuerst nach der marktstrategischen Position der Landwirtschaft.¹⁾

1. Betrachten wir zunächst die Stellung der Landwirtschaft als Anbieterin ihrer Produkte. Das Kennzeichen der Betriebsstruktur der meisten Länder, insbesondere auch der Schweiz und Deutschlands, ist ein Ueberwiegen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Das ist gleichbedeutend mit einer Aufteilung der Landwirtschaft in viele selbständige, voneinander unabhängige Betriebseinheiten. Beinahe ebenso gross wie die Zahl der Betrie-

¹⁾ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf den Aufsatz von V. F. Wagner: «Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem»; in Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. 82. Jahrg. Nr. 6, Dez. 1946, S. 501 ff.

be ist die Zahl der Anbieter ein und desselben landwirtschaftlichen Erzeugnisses. Daraus folgt, dass das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen normalerweise, d. h. wenn kein besonderer Agrarschutz besteht, in atomistischer Konkurrenz stattfindet. Eine der Annahmen des theoretischen Modells wäre damit auf der Seite des Angebotes landwirtschaftlicher Erzeugnisse erfüllt. Dieser Tatbestand würde die marktstrategische Position der Landwirtschaft nicht schwächen, wenn die ihr gegenüberstehenden Marktparteien dieselbe Konstellation aufweisen würden. In Wirklichkeit ist aber diese Angebots- und Nachfragestellung der Landwirtschaft in einer von Monopolen und Oligopolen durchsetzten Wirtschaft gegeben. Dies trifft bereits auf der Seite der Nachfrage nach Agrarprodukten in hohem Masse zu; weil sich zwischen die Masse der Produzenten und der Konsumenten der Handel einschleibt. Unter diesen Umständen wird die marktstrategische Position der Landwirtschaft ganz erheblich geschwächt.

2. Auf der Seite der Anbieter landwirtschaftlicher Erzeugnisse vermisst man die Erfüllung einer zweiten Voraussetzung des theoretischen Modells. Den bäuerlichen Produzenten fehlt die Marktübersicht. Die Tätigkeit der Landwirte ist vorwiegend auf die Erzeugung (im technischen Sinn) von Agrarprodukten gerichtet, wodurch sie an ihre Produktionsstätte gefesselt werden. Selbst dann, wenn die Anbieter sich eine Marktübersicht zu verschaffen instande wären, sind sie aus Gründen, die wir sogleich kennen lernen werden, nicht fähig, diese Kenntnis des Marktes praktisch auszuwerten.

3. So ist es der Landwirtschaft vielfach unmöglich, den Umfang ihres Angebotes genau zu bestimmen, denn die Grösse des Angebotes ist von der Produktion abhängig. Der Umfang der Produktion, d. h. die Ausbringung ist aber dem menschlichen Willen zum Teil entzogen und weitgehend vom Wetter und anderen natürlichen Faktoren, z. B. Schädlingen, Seuchen u. s. w. abhängig. Dagegen kennt die Industrie keine derartigen Einwirkungen auf ihre Produktion. Daraus folgt, dass das Produktionsrisiko in der Landwirtschaft sehr viel grösser ist als in der Industrie. Die in der Landwirtschaft durch natürliche Ursachen bedingten Schwankungen der Ernte wirken sich dahin aus, dass die Möglichkeit einer beliebigen Veränderung des Angebotes gering, ja beinahe unmöglich wird.

4. Ein weiteres Merkmal der landwirtschaftlichen Erzeugung bildet die relativ lange Dauer der Produktionsperiode. Je nach dem Produkt variiert sie zwischen einigen Monaten und mehreren Jahren. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass der Zeitraum zwischen dem Einsatz der Produktionsmittel und dem Produktionsergebnis relativ lang ist. Seine Dauer beruht wieder auf der Naturgebundenheit der landwirtschaftlichen Erzeugung. Der Produktionsprozess ist künstlich verhältnismässig wenig beeinflussbar. Dieser Sachverhalt erschwert eine Anpassung des Angebotes an eine veränderte

Marktlage. Ausserdem führt er zu fortgesetzten Gleichgewichtsstörungen. Die Produzenten orientieren sich nämlich bei der Erstellung ihrer Produktionspläne an den gegebenen Preisen, während das Produktionsergebnis erst sehr viel später auf den Märkten erscheint. Diese Preisantizipationen der Erzeuger sind mitverantwortlich für die zyklischen Schwankungen des Angebotes und der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Sie erschweren zugleich die Wiederherstellung des Gleichgewichtes.

5. Ausserdem bedeutet der Umstand, dass die Erzeugung in manchen Produktionszweigen der Landwirtschaft — wieder eine Folge ihres organischen Charakters — diskontinuierlich ist, eine weitere Schwächung ihrer marktstrategischen Stellung. Viele Produkte werden zu bestimmten Terminen marktreif. Das führt zu einer zeitlichen Konzentration des Angebotes. Dieser Massierung des Angebotes steht aber bei den meisten Produkten ein kontinuierlicher Absatz gegenüber, d. h. eine Nachfrage, die sich über das ganze Jahr gleichmässig verteilt.

6. In diesem Zusammenhang muss noch auf eine weitere Ursache aufmerksam gemacht werden, welche die marktstrategische Stellung der Landwirtschaft ebenfalls beeinträchtigt. Eine Eigenart der meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse besteht in ihrer beschränkten Haltbarkeit. Im Augenblick, wo die Produkte ihre Marktreife erzielt haben, müssen sie so schnell als möglich abgesetzt werden. Ihre Einlagerung ist kostspieliger als bei Industrieprodukten. Diese bedürfen in der Regel nicht wie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse einer besonderen Wartung und Bearbeitung, um als marktfähige Güter dem Markte vorübergehend entzogen zu werden.

7. Das Angebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist noch durch eine weitere Eigenart charakterisiert. Es ist dies das Verhalten der Landwirtschaft Preisveränderungen gegenüber. Dieses ist von demjenigen der Industrie völlig verschieden. Der Landwirt wird nämlich in Zeiten sinkender Preise seine Produktion eher noch steigern, da er bestrebt ist, sein Einkommen stabil zu halten. Dies führt zu einer Verschärfung der sinkenden Preistendenz. Constantin von Dietze bezeichnet dieses Verhalten der Landwirtschaft als antikonjunkturell. Demgegenüber wird die Industrie auf eine rückläufige Gesamtnachfrage mit einem sinkenden Angebot reagieren. Infolgedessen findet die Anpassung während des Niederganges bei den Agrarprodukten über die Preise, bei den Industriegütern über die Mengen statt. Die Ursache dieses verschiedenartigen Verhaltens liegt in der unterschiedlichen Betriebsorganisation von Landwirtschaft und Industrie. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind in der Regel familienwirtschaftlich, die Industriebetriebe dagegen unternehmungsmässig organisiert.

8. Nachdem wir die strukturellen Schwächen der Landwirtschaft auf der Seite des Angebotes landwirtschaftlicher Erzeugnisse kennen gelernt ha-

ben, befassen wir uns mit der Beschaffenheit der Nachfrage landwirtschaftlicher Produkte und landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Der Absatz landwirtschaftlicher Produktionsmittel vollzieht sich nicht direkt von den Produzenten zu der Masse der Konsumenten, sondern zwischen diese beiden Gruppen treten die Händler und Verarbeiter, die als Oligopolisten oder sogar vielfach als Teilmonopolisten auf dem Markte erscheinen.

Das Spiegelbild dessen, was soeben gesagt worden ist, zeigt sich für die Landwirtschaft auch auf den Märkten der Kostengüter. Hier tritt die Landwirtschaft als Nachfragerin auf nach Maschinen, künstlichen Düngemitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln, d. h. nach Gütern, deren Angebot häufig monopolistisch zusammengefasst ist. Diesen Monopolpositionen der Anbieter landwirtschaftlicher Produktionsmittel und der Nachfrager landwirtschaftlicher Produkte steht jedoch die Landwirtschaft in atomisierter Konkurrenz gegenüber. Daraus lassen sich für diesen Wirtschaftszweig in Bezug auf die Preisbildung schwerwiegende und nachteilige Schlüsse ziehen. Die Preise landwirtschaftlicher Produkte sind in der Regel Konkurrenzpreise, oder liegen sogar infolge der monopolistischen Position der Käufer unter diesem Niveau. Andererseits sind die Preise der gewerblich erzeugten Produktionsmittel der Landwirtschaft angebotsmonopolistisch bestimmt. Die primären Wirkungen dieser marktstrategischen Schwäche zeigen sich zunächst bei den Preisen der Agrarprodukte und der gewerblich erzeugten Produktionsmittel. Sie äussern sich in einer ungünstigen Gestaltung der Preiskostenrelation. Die sekundäre Wirkung besteht in einer Beeinträchtigung der Rentabilität in der Landwirtschaft.

9. Die Konstellation der Nachfrage landwirtschaftlicher Produkte weist noch eine weitere Eigenschaft auf, welche die marktstrategische Stellung der Landwirtschaft ebenfalls beeinträchtigt. Wir denken an die für eine Grosszahl der Agrarerzeugnisse zutreffende relative Starrheit der Nachfrage. Bei einer solchen Nachfragestruktur führt schon eine geringe Veränderung der angebotenen Warenmenge zu starken Preisreaktionen.

10. Das Zusammenwirken aller angeführten Faktoren hat zur Folge, dass der Umfang des Angebotes zwar zufälligen Fluktuationen unterliegt, dass er aber im grossen und ganzen unelastisch und schwer beweglich ist. Desto grösser ist aber die Elastizität der Preise der Agrarerzeugnisse. Im Bereiche der gewerblich produzierten landwirtschaftlichen Produktionsmittel haben wir, wie bereits festgestellt wurde, gerade den umgekehrten Fall vor uns: eine relativ niedrige Preiselastizität, verbunden mit einer hohen Mengeneelastizität. Dieser Umstand wirkt sich besonders in Zeiten sinkender Preise zu einem schwerwiegenden Nachteil für die Landwirtschaft aus. Aus diesem Sachverhalt heraus ergibt sich eine unterschiedliche Bewegung der Preise der Agrarprodukte und der Industrieerzeugnisse, die sich in der

Gestalt der sogenannten «Agrarschere» geltend macht. Dieser Sachverhalt macht sich für die Landwirtschaft besonders unangenehm während der absteigenden Konjunkturphase bemerkbar. Der Geldrohertrag sinkt ungefähr proportional zu den Preisen. Hingegen sinken die Geldkosten aus dem oben angeführten Grunde viel weniger stark. Daraus resultiert eine beträchtliche Einbusse des landwirtschaftlichen Einkommens.

Prof. Wagner weist nach, dass sich diese marktstrategische Schwäche der Landwirtschaft nicht in eine entsprechende Stärke während des Konjunkturanstieges verwandelt. Er begründet diesen Sachverhalt damit, dass ein relatives Ueberangebot an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, abgesehen in Kriegszeiten, immer vorhanden ist. Dies erstens infolge der bäuerlichen Agrarstruktur, die nicht nur in Europa, sondern auch in kolonialen Gebieten vorherrscht. Somit wird sich ein tendenzielles Ueberangebot im Bereiche der gesamten Weltagrarwirtschaft herausstellen.

Da die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen relativ starr ist, könnte man daraus ableiten, dass die Einkommenssumme, die zum Ankauf von Nahrungsmitteln ausgegeben wird, konstant bleibt. Deshalb sollte man annehmen können, dass sich keine Rückwirkungen auf die Landwirtschaft ergeben, wenn nichtlandwirtschaftliche Wirtschaftszweige von einer Depression betroffen werden. Erfahrungsgemäss werden jedoch die Preise der Agrarprodukte ebenfalls von der allgemeinen Preissenkung erfasst. In der Depression trifft eine kumulative Senkung des nominalen Volkseinkommens ein, die zudem noch Verschiebungen in der Nachfragestruktur landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Folge hat.

11. Eine weitere Schwächung der Marktleitung, insbesondere der Landwirtschaft der Industriestaaten Europas, ist bedingt durch die internationale Konkurrenz. Es gibt Nationalökonomien, die darin nichts Nachteiliges, sondern einfach den Ausdruck einer internationalen Arbeitsteilung auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion zwischen Agrar- und Industrieländern erblicken. Nun muss aber darauf hingewiesen werden, dass es sich bei dieser internationalen, vor allem auch der überseeischen Konkurrenz vorwiegend um Raubbaukonkurrenz und nur zum Teil um «echte» Konkurrenz handelt. Ein Raubbau liegt in der Landwirtschaft vor, wenn die dem Boden entzogenen Kräfte nicht wieder ersetzt werden.

Häufig wird von landwirtschaftlicher Seite das Bestehen internationaler Kostendisparitäten z. B. «Kulilöhne» als der Ausdruck eines unechten Wettbewerbes angesehen. Dies gilt jedoch nur soweit, als die Kostendisparitäten die Produktivitätsdifferenzen übertreffen. Prof. Wagner weist darauf hin, dass es Produktionsländer gibt, die einen Kostenvorsprung besitzen, welcher nicht vollständig aus natürlichen und technischen Vorteilen erklärt werden kann.

12. Die marktstrategische Position der Landwirtschaft ist je nach dem Entwicklungsgrad und der Art des Wachstums einer Volkswirtschaft verschieden. Bei wirtschaftlichem Wachstum auf einer niederen Entwicklungsstufe kann die Stellung der Landwirtschaft als relativ günstig angesehen werden. Bei steigendem Einkommen sinkt zwar die Quote, die für Nahrungsmittel ausgegeben wird. Die dafür aufgewendete Einkommenssumme steigt jedoch. Dies trifft sogar dann zu, wenn man nur ein intensives Wachstum annimmt, d. h. wenn eine stationäre Gesamtbevölkerung vorausgesetzt wird.

Weiter kann die Stellung der Landwirtschaft als relativ günstig angesehen werden, wenn das wirtschaftliche Wachstum zugleich extensiv ist, d. h. wenn sich die Gesamtbevölkerung vermehrt. Dabei soll aber die landwirtschaftliche Bevölkerung überhaupt nicht oder nur unterproportional zur Gesamtbevölkerung zunehmen. In diesem Fall ist die Landwirtschaft an der Zunahme der Gesamtnachfrage weniger stark beteiligt, während die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten stark steigt.

Anders liegen die Dinge, wenn die Volkswirtschaft einen verhältnismässig hohen Entwicklungsgrad erreicht hat und nur noch mit einem intensiven Wachstum zu rechnen ist. Unter dieser Voraussetzung wird die Einkommenselastizität bei steigendem Volkseinkommen immer starrer. Die Nachfrage nach Agrarprodukten nimmt nur noch unterproportional zu. Die Einkommenszunahme macht sich zur Hauptsache in einer Steigerung der Nachfrage auf den Märkten nichtlandwirtschaftlicher Güter geltend.

13. Durch die relative Ueberbevölkerung, verbunden mit der Existenz der Grundrente, stellt sich ein weiteres Problem.

Dies besonders in Gebieten, in denen die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe vorherrschen. Die Betriebe sind bestrebt, ihre Bodenfläche auf die optimale Betriebsgrösse auszudehnen, um auf diese Weise die Produktivität der in der Zahl gegebenen, durch die Grösse der Familie bestimmten Arbeitskräfte zu steigern. Dieses Streben führt zu einer starken Konkurrenz auf der Seite der Nachfrage nach landwirtschaftlich genutztem Boden, was einen starken Anstieg der Pacht- und Bodenpreise verursacht. Die dadurch bedingte Schwächung der marktstrategischen Position der Landwirtschaft kommt in der Wirklichkeit darin zum Ausdruck, dass Ertrags- und Verkehrswert auseinander klaffen und die Betriebe überschuldet sind.

Diese Darlegungen genügen, um sagen zu können, dass die Landwirtschaft in marktstrategischer Hinsicht gerade im freien Konkurrenzsystem manche Schwäche aufzuweisen hat. Sie wird dabei gegenüber anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere gegenüber der Industrie, in einem nicht zu unterschätzenden Masse benachteiligt.

Nun ist aber zu betonen, dass die Landwirtschaft nicht nur auf dem Markte, sondern ebenfalls innerhalb ihrer Produktionssphäre im Nachteil

ist. Dies drückt sich in einer Produktivitätsdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie aus. Die näheren Umstände, die zu diesem Handicap führen, sollen hier noch in Kürze näher betrachtet werden.

1. Im Vordergrund steht dabei die eng begrenzte Möglichkeit der Arbeitsteilung in der Landwirtschaft. Dies gilt sowohl für die berufliche Arbeitsteilung, bzw. die Arbeitszerlegung, als auch für die Spezialisierung. Schon Adam Smith hatte diesen Sachverhalt deutlich erkannt:

«Die Natur der Landwirtschaft dagegen erlaubt nicht so viele Unterabteilungen der Arbeit wie die Gewerbe oder eine so vollständige Trennung einer Tätigkeit von der andern. Es ist unmöglich, die Tätigkeit des Viehzüchters von der des Kornbauers so völlig zu trennen, wie das Gewerbe des Zimmermanns von dem des Schmiedes gewöhnlich getrennt ist. Der Spinner ist fast immer eine andere Person als der Weber, aber der Pflüger, der Egger, der Sämann und der Schnitter sind oft in ein und derselben Person vereinigt. Da die Gelegenheit zu diesen verschiedenen Arbeitsarten jeweilig mit den verschiedenen Jahreszeiten eintritt, so ist es unmöglich, dass ein Mensch mit einer derselben fortwährend beschäftigt sein kann. Diese Unmöglichkeit einer so völligen Trennung der landwirtschaftlichen Arbeitszweige ist vielleicht der Grund, warum die Steigerung der produktiven Arbeitskräfte in diesem Gewerbe nicht immer mit ihrer Steigerung in den Gewerben gleichen Schritt hält». ²⁾

Die Gründe liegen in der Naturgebundenheit der landwirtschaftlichen Erzeugung. Der Wachstumsprozess ist den klimatischen Bedingungen unterworfen und damit zeitlich gebunden. Deshalb sind die verschiedenen Arbeitsverrichtungen ebenfalls zeitbedingt. Eine Spezialisierung würde ein Brachliegen der Arbeitskräfte während der übrigen Zeit des Jahres bedeuten.

Zur restlosen Ausnützung und Wiederergänzung der Bodenkkräfte ist eine vielseitige Produktionsstruktur notwendig. Dadurch wird die Arbeitsteilung weiter erschwert. Obschon eine vielseitige Produktionsstruktur die Arbeitsteilung zwar hemmt, lassen sich doch die vorhandenen Arbeitskräfte besser ausnützen.

2. Trotzdem bildet eine relativ geringe Ausnützung des Produktionsfaktors Arbeit ebenfalls eine Ursache der Produktivitätsdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie. Dies ist zum Teil ebenfalls durch die Naturgebundenheit der Erzeugung bedingt. Ausserdem ist in den bäuerlichen Betrieben die Zahl der Arbeitskräfte durch die Grösse der Familien gegeben. Da die vorhandene Bodenfläche auch für den Betrieb eine nahezu feste Grösse darstellt, kann der Fall eintreten, dass sie im Verhältnis zur Zahl der Arbeitskräfte zu klein ist, um diese optimal auszunützen. Eine Modifikation lässt sich allerdings mit Hilfe einer Aenderung des Betriebssystems erreichen.

²⁾ Adam Smith: Der Reichtum der Nationen. Kröners Volksausgabe. Leipzig 1910, Band 1, S. 4.

3. Ausserdem ist die Landwirtschaft in besonders hohem Masse — stärker als die Industrie — dem Gesetz der abnehmenden Ertragszuwächse unterworfen. Dieses Gesetz ist in einem Lande, in dem der gesamte Boden okkupiert ist, für die Landwirtschaft als Ganzes besonders wirksam. Die Wirksamkeit des Gesetzes kann allerdings mittels technischer Verbesserungen hinausgeschoben werden. Erfahrungsgemäss geht aber der technische Fortschritt in der Landwirtschaft sehr langsam vor sich.

Von der Wirksamkeit dieses Gesetzes werden sowohl die Arbeit als auch das Kapital betroffen. Bei zunehmender Agrarbevölkerung kann bei gegebener Technik die optimale Ertragsgestaltung überschritten werden, weil die Zahl der Arbeiter im Verhältnis zur vorhandenen Betriebsfläche zu gross wird. Dieser Vorgang lässt sich allerdings ebenfalls mittels einer Aenderung des Betriebssystems etwas unterdrücken.

Die Geltung dieses Gesetzes bringt es mit sich, dass die Unvermehrbarkeit des Bodens nicht durch eine Steigerung der Kapitalaufwendungen überwunden werden kann. Bei gleichbleibender Technik müssten zusätzliche Neuinvestitionen zu sinkenden Grenzerträgen und schliesslich auch zu sinkenden Durchschnittserträgen des Kapitals führen.

Hier erscheint ein fundamentaler Unterschied gegenüber der Industrie. Selbst bei gegebener Technik kann diese sämtliche Produktionsfaktoren vermehren und sie in neuen Betrieben optimal kombinieren. Auf diese Weise kann die Wirksamkeit des Gesetzes der abnehmenden Ertragszuwächse immer weiter hinausgeschoben werden.

4. Es gibt mehrere Gründe, weshalb ein technischer Fortschritt, (welcher die Wirksamkeit des genannten Gesetzes wesentlich hinauszuzögern und die Produktivitätsdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie zu beseitigen vermöchte), in der Landwirtschaft beschränkt ist.

Ein erster Grund liegt wieder in der Naturgebundenheit der landwirtschaftlichen Produktion. Die darauf beruhende diskontinuierliche Erzeugung begrenzt die Möglichkeit der Maschinenverwendung auf einen kurzen Teilabschnitt des Jahres. Die Maschinen können also nicht voll ausgenützt werden. Sie sind zudem auf eine oder doch nur wenige spezifische Verwendungsmöglichkeiten beschränkt. Dagegen vermag die Industrie, nicht zuletzt infolge ihrer kontinuierlichen Erzeugung, die Maschinenarbeit restlos auszunützen. Zudem bedingt das Erfordernis einer vielseitigen Produktionsstruktur in der Landwirtschaft einen relativ reichhaltigen Maschinenpark. Dadurch werden die Möglichkeiten einer Mechanisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung ebenfalls eingeengt. Ein zusätzlicher Grund besteht in einem Lande mit kleinbäuerlicher Betriebsstruktur. In kleinen Betrieben lohnt sich die Anschaffung einer Maschinenausrüstung häufig nicht, weil ein optimaler Ausnützungsgrad nicht gewährleistet ist.

In der gleichen Richtung wirkt die starke ¹ Bodenzersplitterung (Parzellierung). Im Pflanzenbau muss die Maschine zum Produkt und nicht umgekehrt. Dies beschränkt die Maschineneinsatzmöglichkeiten der Maschine sind zudem ebenfalls. Die Einsatzmöglichkeit des Bodens abhängig. Eine stark geneigte Betriebsfläche erschwert in der Regel die maschinisierte Bearbeitung des Bodens.

Neben den Ursachen, die in der Naturgebundenheit der Erzeugung liegen, gibt es noch andere Gründe, die eine Mechanisierung in der Landwirtschaft behindern. Zu erwähnen ist etwa noch der Bevölkerungsdruck in der Landwirtschaft. Bestehende Ueberschüsse bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung müssen statt der Maschinen eingesetzt werden. Einer restlosen Ausnützung des technischen Fortschrittes in der Landwirtschaft steht ausserdem noch eine gewisse konservative Einstellung der bäuerlichen Bevölkerung hindernd im Wege.

Der Verzicht der bäuerlichen Betriebe auf das Schritthalten mit dem technischen Fortschritt pflegt aber in der Landwirtschaft nicht von den gleichen Folgen begleitet zu sein wie in der Industrie. Der bäuerliche Produzent, der eine Rationalisierung seines Betriebes unterlässt, hat sich einfach mit einem geringeren Einkommen zu begnügen. Dagegen sind die unternehmungsmässig organisierten, rückständigen Industriebetriebe gezwungen, ihre Produktionsmethoden ebenfalls zu verbessern, um nicht durch den Wettbewerb vom Markte ausgeschlossen zu werden.

Diese Ausführungen haben gezeigt, dass die Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen, insbesondere gegenüber der Industrie sowohl in der Marktsphäre als auch in der Produktionssphäre erheblich benachteiligt ist. Auf Grund dieser Ueberlegungen ist ein staatlicher Agrarschutz berechtigt und z. T. sogar notwendig. «Die Voraussetzungen für eine ideale Wettbewerbsordnung sind in der heutigen Wirtschaft immer weniger gegeben, eine Politik des blossen Laisser-faire müsste zum Nachteil der Landwirtschaft ausschlagen, da sie aus all den angeführten Gründen die schwächste Stellung hätte». ³⁾

Um den durch den Staat zu ergreifenden Massnahmen auf die Dauer einen Erfolg zu sichern, müssen sie an den Schwachpositionen der Landwirtschaft ausgerichtet werden. Sie dürfen die freie Verkehrswirtschaft möglichst wenig tangieren. Es kann und soll aber nicht die Aufgabe des Staates sein, die gegenüber der Industrie aufgezeigte Benachteiligung in der Produktionssphäre durch staatliche Eingriffe völlig auszumerzen. Dadurch würde das Sozialprodukt erheblich beeinträchtigt. Produktionsfaktoren würden unrationell, d. h. nicht am Orte ihrer grössten Ergiebigkeit verwendet. Des-

³⁾ Wagner a. a. O. S. 533.

halb ist die Forderung einer konstanten landwirtschaftlichen Bevölkerung bei intensivem Wachstum einer Volkswirtschaft nicht haltbar. Dies bedeutet aber nicht, dass die Landwirtschaft diesem Handicap in der Produktionssphäre völlig auszuliefern wäre. Der Staat wird mit Massnahmen organisatorischer und finanzieller Natur mithelfen müssen die landwirtschaftliche Erzeugung zu rationalisieren, bzw. die Produktivität zu steigern. Wir denken hier vor allem an die Förderung von Maschinengenossenschaften, an die Förderung der beruflichen Ausbildung, an staatliche landwirtschaftliche Forschungsinstitute, an die finanzielle Mithilfe bei Meliorationen und Güterregulierungen usw. Es kann sich hier nicht um die Aufzählung eines ganzen Kataloges «systemgerechter» staatlicher Massnahmen handeln. Wir begnügen uns mit diesen wenigen Beispielen.

Von fundamentaler Bedeutung und für uns von besonderem Interesse ist die wenigstens teilweise Ausmerzung der Schwächen in der marktstrategischen Position der Landwirtschaft. Eine Verbesserung der Marktstellung kann die Landwirtschaft häufig, aber durchaus nicht immer aus eigener Kraft vornehmen. Sie bedarf dazu staatlicher Mitwirkung. Das Schwerkewicht muss aber bei der Selbsthilfe der Landwirtschaft liegen.

Den Oligopolen und Monopolen, von denen die Landwirtschaft auf den Märkten umgeben ist, muss sie etwas Gleichwertiges gegenüberstellen können. Wir denken dabei an den genossenschaftlichen Zusammenschluss der Produzenten zum Absatz ihrer Produkte, sowie zur Beschaffung von industriell erzeugten Produktionsmitteln. Wir haben hier vor allem die Absatzgenossenschaften im Auge. Ihre Vorteile für die Landwirtschaft sind mannigfaltig. So wird der Zustand der vollkommenen Konkurrenz auf der Seite des Angebotes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufgehoben und die Angebotsposition der Landwirtschaft wird auf die gleiche Ebene gebracht, wie sie bei den ihr entgegentretenden Marktparteien vorherrschen.

Eine der ersten Aufgaben des Staates im Bereiche der Agrarpreispolitik ist es, die Tätigkeit dieser Genossenschaften zu fördern. Damit ist jedoch nicht die Mitwirkung des Staates zur Bildung von Zwangskartellen gemeint. — Die dem Landwirt durch den freiwilligen Beitritt erwachsenden Vorteile machen eine Zwangskartellierung überflüssig. Die Absatzgenossenschaft ermöglicht dem Landwirt ferner eine bessere Marktübersicht. Besser als der einzelne Produzent vermag sie den räumlichen und zeitlichen Bedarf abzuschätzen, und die Bedarfsgewohnheiten der Konsumenten in qualitativer Hinsicht zu ermitteln. Da diese Aufgabe selbst die Kräfte der Genossenschaften übersteigt, stellt hier der Staat mit Vorteil seine Mittel zur Verfügung. Die Schaffung oder die Finanzierung von landwirtschaftlichen Marktforschungsinstituten stellt ein Beispiel solcher konformer Staatshilfe dar.

Statt sich bei der Erstellung ihrer Produktionspläne in erster Linie nach den Preisen zu orientieren, können die Produzenten die speziellen Marktkennntnisse dieser Stellen zu Rate ziehen. Auf diese Weise wird der Nachteil der relativ lange dauernden Produktionsperiode, verbunden mit den Preisantizipationen der Produzenten, weitgehend ausgeschaltet.

Obschon der Einfluss der Witterung oder der Seuchen und Schädlinge auf die Grösse des Angebotes nie gänzlich ausgeschaltet werden kann, lässt er sich doch durch geeignete Mittel weitgehend verringern. Dazu wird ebenfalls die Mithilfe des Staates beansprucht werden müssen. Als Beispiele wären etwa zu nennen: finanzielle Beiträge zur Züchtung witterungsbeständiger Pflanzensorten, Seuchenbekämpfung bei Tieren und Pflanzen usf. Diese Aufgaben übersteigen vielfach die Kräfte der Landwirtschaft. Ebenfalls in den Aufgabenkreis der Genossenschaften gehört es, das Produkt einer diskontinuierlichen Erzeugung aufzufangen, um es hierauf zeitlich zu verteilen. Auf diese Weise können starke saisonale Preisfluktuationen, besonders aber starke Preissenkungen zur Zeit der Ernte vermieden werden. Die bäuerlichen Produzenten sind dann nicht das Opfer ihrer schwachen Marktposition. Vielfach genügt eine Einlagerung nicht, sondern die Agrarerzeugnisse müssen konserviert werden. In gewissen Fällen, d. h. wenn der Ernteanfall ausnahmsweise abnormal hoch ist, wird der Staat mittels Gewährung von Krediten oder finanziellen Zuschüssen beispringen können.

Bevor aber an die Aufgabe einer rationellen Einlagerung herangetreten und eine Kosteneinsparung im Verteilungssektor erzielt werden kann, müssen die Waren in bestimmte Qualitätsklassen aufgeteilt werden. Die Aufstellung einer solchen Klassifikation mit der Aufzählung der notwendigen Merkmale gehört in den Aufgabenkreis des Staates. Er ist es, der die Standardisierung vornehmen und ihr mit seiner Autorität zum Durchbruch verhelfen muss. Wenn es auch auf diese Weise gelänge, die Qualität der Produkte immer mehr zu steigern, sodass sie in dieser Beziehung die Konkurrenz mit dem Auslande auszuhalten vermöchte, ist der Staat trotzdem gezwungen, die eigene Landwirtschaft mittels Zöllen vor dem unechten Wettbewerb des Auslandes zu schützen.

Wie erwähnt, wird die Landwirtschaft trotz starrer Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch von Konjunktureinbrüchen in den anderen Wirtschaftszweigen betroffen. Das ist eine der Ursachen der hohen Preisflexibilität landwirtschaftlicher Produkte. Durch das antikonjunkturelle Verhalten der bäuerlichen Wirtschaft werden die Preisfluktuationen noch akzentuiert. Mittels einer aktiven Konjunkturpolitik lassen sich diese Rückwirkungen auf die Landwirtschaft weitgehend vermeiden. Eine aktive Konjunkturpolitik ist demnach zugleich eine gute Agrarpolitik.

I. Kapitel

Die preispolitischen Massnahmen des Staates

A. Massnahmen zur Beeinflussung des Aussenhandels

I. Massnahmen der Einfuhrpolitik

a) In der Schweiz

1. Zölle

Die Zölle bildeten bis zum Beginn der Depression am Ende der 20er Jahre unseres Jahrhunderts eines der wichtigsten Mittel der staatlichen Preispolitik¹⁾. Als zu Beginn der 30er Jahre die Preise landwirtschaftlicher Produkte auf den ausländischen Märkten beträchtlich sanken, wurde in der Schweiz immer noch versucht, diese Senkungen auf dem inländischen Markt mittels Zollerhöhungen abzuschwächen. Man schützte z. B. die Preise der Produkte einiger Nebenzweige der Landwirtschaft, wie die des Obst- und Gemüsebaues, der Geflügelhaltung, des Weinbaues zunächst durch Zollerhöhungen. Besonders diese Produkte unterliegen wegen ihrer diskontinuierlichen Erzeugung und der Stetigkeit ihres Bedarfes fast durchwegs starken saisonalen Preisfluktuationen. Gerade die Zölle eignen sich relativ gut, solche Schwankungen zu modifizieren. Sind nämlich die Preise im Inland niedrig, was zur Zeit der Ernte der Fall ist, übt ein verhältnismässig hoher Zoll einen prohibitiven Einfluss auf die Einfuhr ausländischer Konkurrenzprodukte aus. Als Folge davon sinken die Preise der betreffenden Produkte

¹⁾ Vgl. J. Hotz: Zur schweizerischen Zollpolitik der Nachkriegszeit; in «Festgabe für Bundesrat E. Schulthess», Zürich 1938, S. 200.

«In der Vorkriegszeit und während der Dauer der Konjunktur der Nachkriegszeit beschränkte sich die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik im wesentlichen auf die Zollpolitik, d. h. auf die Erstellung eines schweizerischen Zolltarifes und den Abschluss mittel- und langfristiger Handelsverträge».

im Inland weniger stark. Sobald jedoch das inländische Angebot wieder knapper wird, steigt der Preis, sodass sich das Verhältnis zwischen Zollsatz und Preis zugunsten des Zolles verschiebt. Infolgedessen kann ein vermehrter Import stattfinden, der die Verknappung des Angebotes inländischer Produkte teilweise aufhebt. Dadurch steigen die Preise verhältnismässig wenig. Im Prinzip soll mit Hilfe des Zolles der Inlandpreis vom Weltmarktpreis differenziert werden. Dies ist nur dann möglich, wenn die inländische Produktion den Bedarf zu den geltenden Preisen nicht decken kann. Die Zölle wurden aber auch bei solchen landwirtschaftlichen Produkten erhöht, bei denen gerade das Gegenteil vorlag, nämlich ein Exportüberschuss, wie z. B. bei der Käseproduktion. Damit wollte man ein Rückströmen des mit Hilfe von Exportprämien ausgeführten Käses und eine Konkurrenz des ausländischen Käses auf dem Binnenmarkt verhindern.

Schliesslich dienten die Zölle produktionspolitischen Zwecken. Mit ihrer Hilfe erwartete man eine Steigerung der Erzeugung eines Agrarerzeugnisses auf Kosten anderer Agrarprodukte, d. h. man wollte eine Verschiebung der Produktionen herbeiführen. Dies war der Grund einer Erhöhung des Butterzolles. Auf diese Weise sollte die Erzeugung dieses Produktes im Inland gefördert, und die Produktion der übrigen Milcherzeugnisse eingeschränkt werden. Diese begegneten auf den ausländischen Märkten zunehmenden Absatzschwierigkeiten, sodass sich die Notwendigkeit ergab, den Milchankauf in vermehrtem Masse dem Inlandsmarkt zuzuführen. Nun ist hervorzuheben, dass die Zölle im Agraraussenhandel zugunsten anderer Massnahmen zurücktraten. «Nach reiflicher Abwägung aller Faktoren kam daher der Bundesrat zur Ueberzeugung, dass die traditionelle Zollpolitik nicht mehr genügen könne und neue Wege in der Aussenhandelspolitik beschritten werden müssen». ¹⁾

Die Gründe der Abkehr von der «traditionellen Zollpolitik» waren teils juristischer, teils oekonomischer Natur. Wir beschränken uns im folgenden auf die Hauptgründe.

Manche Einfuhrzölle landwirtschaftlicher Erzeugnisse waren in ihrer Höhe in Handelsverträgen festgelegt. Um die Zollsätze ändern zu können, wäre die Kündigung der betreffenden Handelsverträge notwendig gewesen. Das hätte wieder verschiedene Nachteile mit sich gebracht. Weiter setzt der Zoll einigermassen stabile Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt voraus. Dieser Zustand war aber während der Depression in den 30er Jahren nicht vorhanden. Ausserdem konnte man zu jener Zeit nicht mehr von einem einheitlichen Weltmarktpreis sprechen. Es gab Staaten, die Exportdumping betrieben und landwirtschaftliche Erzeugnisse unter einem praesumptiven

¹⁾ J. Hotz: a. a. O. S. 200.

Weltmarktpreis — der dem Gleichgewichtspreis entsprochen hätte — exportierten¹⁾). Der Zoll allein genügte nicht mehr, um das auf den ausländischen Märkten gestörte Gleichgewicht vom Inlandsmarkte fernzuhalten. Dazu wären so hohe Zollerhöhungen notwendig gewesen, welche die Nahrungsmittel — und damit die Lebenshaltungskosten — zusehr verteuert hätten. Ausserdem konnte man die Zölle aus Furcht vor Repressalien nicht ländersweise differenzieren. Die Nachteile suchte man — immer noch im Bereiche der Zollpolitik — durch Zolldifferenzierung und Zoll- und Preiszuschläge zu eliminieren.

2. Zolldifferenzierung.

Unter Zolldifferenzierung ist die Abstufung der Zollbelastung nach der Menge der einzuführenden Waren zu verstehen. Die Warenmenge, die zum normalen Zollansatz eingeführt werden darf, wird begrenzt. Wird das festgelegte Quantum überschritten, wendet man einen wesentlich höheren Zollansatz an. Die Einfuhrmenge ist somit rechtlich noch nicht begrenzt. Oekonomische Erwägungen entscheiden darüber, ob und in welchem Mass eine Einfuhr stattfinden soll, die das Kontingent überschreitet. Eine Einfuhr zum erhöhten Zollansatz wird erfolgen, wenn sich die Spanne zwischen Weltmarktpreis und Inlandpreis derart vergrössert, dass auch die mit einem höheren Zoll belastete Ware noch Absatz findet. Volkswirtschaftlich ist die Funktion der Zolldifferenzierung nahezu dieselbe, wie die eines gewöhnlichen Zolles. Nur die zur Einfuhr gelangende Grenzmenge erfährt eine höhere Zollbelastung. Da die Zolldifferenzierung mit ähnlichen Mängeln behaftet ist wie der einfache Zoll, findet sie in der Schweiz nur bei wenigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen Anwendung. So z. B. bei Geflügel oder Obst.

3. Zoll- und Preiszuschläge.

Als zusätzliche Belastung der Einfuhr von Nahrungsmitteln wurden neben den bereits bestehenden Zöllen noch besondere Zuschläge — die Zoll- und Preiszuschläge erhoben. (Es handelt sich um Zweckabgaben). Der daraus resultierende Erlös wurde wieder für bestimmte preis- und produktionspolitische Zwecke verwendet. Die Wirkung dieser Belastungen ist gleich, wie die der Zölle. Wir können daher auf den entsprechenden Abschnitt verweisen. Sowohl die Zoll- als auch die Preiszuschläge wurden immer auf ein und demselben Produkt erhoben. Oekonomisch ist dieser Tatbestand völlig irrelevant. Sie unterschieden sich einzig durch die Zuständigkeit verschiedener Behörden. Für die Zollzuschläge war die eidgenös-

¹⁾ J. Hotz: a. a. O. S. 200.

sische Zollverwaltung, für die Preiszuschläge ein anderes hierfür beauftragtes Organ zuständig.

Es stellt sich nun die Frage, wieso diese Abgaben in der Gestalt von Zuschlägen erhoben, und nicht einfach die Zölle erhöht wurden. Ein erster Grund lag in einer besseren Ausscheidung der finanziellen Mittel für besondere Zwecke. Hervorzuheben ist auch eine im Verhältnis zu den Zöllen leichtere Manipulierbarkeit der Zoll- und Preiszuschläge. Das ermöglicht die Umgehung des Zolltarifes, der zum Teil nur mittels parlamentarischen Beschlusses geändert werden kann. Sodann werden handelsvertragliche Bindungen über die Höhe der Zölle bei Veränderung der Zoll- und Preiszuschläge nicht berührt.

Diese Zuschläge wurden z. B. auf Futtermittel und pflanzliches Fett oder dessen Rohstoffe erhoben. Im einen Fall handelt es sich um ein Kostengut (landwirtschaftliches Produktionsmittel) und im andern Fall um ein Konsumgut.

Durch die zusätzliche Belastung der Futterwaren musste sich der Preis dieses wichtigen Produktionsmittels in der Viehwirtschaft erhöhen. Infolgedessen wuchs sich, unter der Voraussetzung gleichbleibender Preise der tierischen Erzeugnisse, die Preiskostenrelation in diesem Betriebszweig notwendigerweise verschlechtern. Es wäre also eine Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion zu erwarten gewesen. Durch diese Preiserhöhung sollte auch eine Steigerung der inländischen Futtermittelproduktion erzielt werden.

Die Belastung der Einfuhr pflanzlicher Fette sollte die Preisrelation zugunsten der tierischen Fette verschieben. Dadurch erhoffte man eine Nachfrageverschiebung von den pflanzlichen zu den tierischen Fetten.³⁾

4. Die «statistische Gebühr».

Eine weitere typische Zweckabgabe bildete die Erhöhung der statistischen Gebühr⁴⁾, die auf sämtlichen Einfuhrgütern erhoben wurde. Die daraus gewonnenen Mittel dienten zur Stützung der Getreidepreise. Obschon diese Erhöhung relativ gering war, bedeutete sie doch eine zusätzliche Belastung sämtlicher Importgüter.

³⁾ Es scheint paradox zu sein, dass die Einfuhr pflanzlicher Fette gedrosselt wird, während die Landwirtschaft deren Nebenprodukte als Futtermittel (Oelkuchen) benötigt.

⁴⁾ Aus den oben erwähnten Tatsachen geht hervor, dass es sich in Wirklichkeit nicht um eine Gebühr, sondern um eine Steuer handelt.

5. Die Kontingentierung der Einfuhrmenge.

Beim Zoll wird auf den Marktpreis im Inland durch Beeinflussung der Grenzmenge eingewirkt. Dagegen unterliegt bei der Einfuhrkontingentierung die Einfuhrmenge einer direkten Beeinflussung. Während beim Zoll, sofern bei ihm überhaupt noch eine Einfuhr stattfinden kann, d. h. sofern er nicht prohibitiv wirkt, der Marktpreis im Inland die Preisschwankungen auf dem Weltmarkte weitgehend mitmacht, fällt dieses preisstörende Moment bei der Einfuhrkontingentierung fast ganz weg. Ungeachtet der Preisschwankungen auf dem Weltmarkt kann der Preis im Inland mittels Einfuhrkontingentierung stabil gehalten werden. Diese Preisstabilisierung wird durch Manipulierung der Einfuhrmenge erreicht. Dadurch kann das Angebot im Inland unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Nachfragestruktur konstant gehalten werden. Die Nachteile, wie sie bei der Zollpolitik vorlagen, fallen bei der Einfuhrkontingentierung weitgehend weg. So wurde die Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte in der Schweiz zu einem beliebten Mittel der Aussenhandelspolitik und der landwirtschaftlichen Preispolitik. Der Kreis der Waren, die der Kontingentierung unterlagen, wurde immer weiter ausgedehnt, sodass schliesslich sozusagen alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausser durch die Zölle noch durch Mengenregulierung geschützt waren⁵⁾.

Die Einfuhr wurde vom Bunde in der Weise kontingentiert, dass er den Import bestimmter Waren nicht mehr dem freien Ermessen des Einzelnen überliess, sondern ihn von einer besonderen Bewilligung abhängig machte. Auf Grund dieser Bewilligungspflicht hatte der Bund die Möglichkeit, die Erteilung der Bewilligung zu verweigern, oder die vom einzelnen Importeur nachgesuchte Einfuhrmenge zu reduzieren.

Zugleich konnte die Bewilligungspflicht auf einzelne Länder beschränkt werden. Bei der Aufteilung der Kontingente auf die verschiedenen Länder waren mehrere Faktoren massgebend, aber nicht in erster Linie derjenige der vorteilhaftesten Beschaffung. Bestimmend konnte z. B. das Bestehen von handelsvertraglichen Abmachungen oder der Stand der Zahlungsbilanz gegenüber dem betreffenden Staate sein. Sodann stellte sich das Problem der

⁵⁾ Die rechtliche Grundlage für die Festsetzung der Einfuhrmenge bildete der dringliche «Bundesbeschluss über die Beschränkung der Einfuhr vom 23. Dez. 1931». Der massgebende Artikel 1, der dem Bunde dieses Recht verlieh, lautete:

«Zum Schutze der nationalen Produktion, soweit diese in ihren Lebensbedingungen bedroht ist, und insbesondere zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann der Bundesrat im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse des Landes ausnahmsweise und vorübergehend die Einfuhr bestimmter, von ihm bezeichneter Waren beschränken oder von Bewilligungen abhängig erklären, deren Bedingungen er festsetzt.»

Zuteilung der Kontingente an die Importeure. Dabei kamen vor allem zwei Methoden zur Anwendung. Entweder wurden die Kontingente denjenigen Importeuren zugesprochen, die zuerst um eine Bewilligung nachkamen, oder es wurde ihnen auf Grund früherer Importmengen eine Zuteilung zugesprochen. Das eine wird als Queue-System oder Ellenbogen-System (Röpke), das andere als historisches System bezeichnet. Vorwiegend beim zweiten System wird der Kreis der Berechtigten geschlossen. Dadurch erlangen sie eine monopolähnliche Stellung auf dem Markt. Infolgedessen erzielten die Importeure aus dieser Vorzugsstellung zusätzliche Gewinne, die der Bund allerdings durch besondere Abgaben wieder abschöpfen konnte⁶⁾.

Ein weiterer, auch ökonomisch interessanter Aufteilungsmodus bestand in der *Mitverwendungspflicht*. Dem Importeur wurde die Einfuhrbewilligung nur dann erteilt, wenn er sich zur Uebernahme gleicher inländischer Ware in einer vom Bunde festgesetzten Proportion und zu einem bestimmten Richtpreis verpflichtete. Die Proportion konnte beliebig variiert werden. Bei Gefahr einer Unterschreitung des Richtpreises, wird die Uebernahmepflicht an inländischer Ware einfach im Verhältnis zur Einfuhrmenge vergrößert. Der Mitverwendungszwang vermag also eine zu starke Ausdehnung des aus dem Ausland stammenden Angebotes auf Kosten des Inlandsangebotes zu verhindern, ohne dass die Preisfluktionen auf dem Weltmarkte einen Einfluss auf den Inlandsmarkt ausüben können.

6. Die Einfuhrmonopole.

Wir haben bereits gesehen, dass sich die monopolistische Stellung der Importeure durch die Kontingentierung verstärkt. An Stelle der blossen Kontingentierung der Einfuhrmenge wurden in der Praxis zudem für die Einfuhr einzelner landwirtschaftlicher Erzeugnisse besondere Monopole geschaffen. Entweder nahm der Bund für sich das Recht in Anspruch, die gesamte Einfuhr in eigener Regie vorzunehmen (z. B. Mehl, Alkohol), oder er übertrug das ausschliessliche Importrecht besonderen, hiefür geschaffenen Syndikaten (Butyra, Genossenschaft für Getreide- und Futtermittel, Zentralstelle für Schlachtviehverwertung).

Bei dieser Einfuhrmonopolisierung waren verschiedene Gründe massgebend. Beim Einfuhrmonopol für Mehl versuchte man in erster Linie das Müllereigewerbe zu schützen. Diese Massnahme bildete lediglich einen Bestandteil der gesamten Getreidemarktordnung und berührte die Getreidepreisbildung nur indirekt. Eine gewisse Aehnlichkeit finden wir beim Ein-

⁶⁾ Art. 1, Abs. 2 des bereits genannten Bundesbeschlusses lautet: «Der Bundesrat kann für die Erteilung der Einfuhrbewilligungen, in Berücksichtigung des Preises und des Wertes der Waren, angemessene Gebühren festsetzen».

fuhrmonopol für Brantwein. Auch hier handelt es sich um ein Produkt höherer Ordnung mit landwirtschaftlich erzeugten Vorprodukten. Diese Monopolisierung ergänzte das im Inland geltende Brantweinmonopol und diente dazu, die im Inland geltenden Monopolpreise nicht durch unkontrollierbare Einfuhren zu stören.

Wichtig war dagegen für die Agrarpreispolitik das Einfuhrmonopol für Butter. Diese Massnahme bildete einen Bestandteil der gesamten Preisregelung auf den Märkten der Milch und Milchprodukte. Die «Butyra» war angewiesen, Butter aus dem Ausland nur dann zu beziehen, wenn ein Bedarf zu dem vorgesehenen Preis vorhanden war. Die aus der Einfuhr erzielten Monopolgewinne mussten zur Milchpreisstützung verwendet werden. Somit handelte es sich auch hier wieder um eine besondere Form der Zweckabgaben. Schliesslich bestand ein Zweck der Einfuhrsyndikate in einer besseren Abschöpfungsmöglichkeit der Monopolgewinne mittels Preiszuschlägen. Dies mag ein Grund gewesen sein, weshalb der Kreis der Waren, die der Genossenschaft für Getreide und Futtermittel unterstellt waren, immer grösser wurde⁷⁾.

7. Die Einfuhrverbote.

Wenn die Nachfrage zu den bestehenden Preisen das zuweit ausge dehnte inländische Angebot nicht mehr aufzunehmen vermag, wird eine Einfuhr das Missverhältnis noch vergrössern. Bei künstlicher Hochhaltung des Inlandpreises entfernt sich dieser immer mehr vom Weltmarktpreis. Um das «Ueberangebot» zu mildern, geht man zur vollständigen Importdrosselung über (Einfuhrverbote).

So wurde zum Beispiel die Einfuhr von Butter grundsätzlich untersagt. Die «Butyra» durfte diese Ware nur dann einführen, wenn die Nachfrage das Inlandangebot überstieg. Andere Beispiele dieser Art finden wir beim Import von Vieh und frischem Fleisch⁸⁾.

⁷⁾ Der Genossenschaft für Getreide und Futtermittel war anfänglich nur das Einfuhrmonopol für Futtermittel zugedacht. Später erweiterte sich ihr Aufgabenkreis auf den Import von Oelen und Fetten. Auch die Einfuhr von Brotgetreide und Hülsenfrüchten wurde übernommen. Da Brotgetreide ein Kompensationsobjekt darstellte — worauf wir später noch zu sprechen kommen — wurde dieser Genossenschaft zur Erleichterung des Ausgleichs auch dieses Produkt zugesprochen.

⁸⁾ Es ist erwähnenswert, dass die Einfuhr von Vieh unter dem Vorwand der Einschleppung von Seuchen verboten wurde. Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. April 1936 «über die Einfuhr von Vieh und frischem Fleisch» wurde die Einfuhr von Schlachtvieh (Stiere, Ochsen, Kälber, Schweine über 60 Kg. und Schafe) sowie von frischem Fleisch verboten, «wenn die sanitärischen Verhältnisse in den Herkunfts- und Durchfuhrländern eine ausgesprochene Gefahr für die Einschleppung von Seuchen» boten. Im gleichen Bundesratsbeschluss wurde die Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh verboten.

b) In Deutschland

1. Zölle.

Auch in Deutschland wurden die Zölle zu einem «Requisit», das seit 1933 mehr und mehr an Bedeutung verlor. Wohl wurden anfänglich noch Zollerhöhungen, insbesondere bei tierischen Erzeugnissen⁹⁾ vorgenommen, um eine während der Depression entstandene Preisdiskrepanz zwischen tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen zu beseitigen. Die Zölle wurden aber analog zum Vorgehen in der Schweiz durch andere, wirkungsvollere Massnahmen zur Regulierung der Einfuhr, bezw. zur Beeinflussung der Agrarpreise ergänzt. Somit kam den Zöllen nicht mehr eine preispolitische, sondern nur noch eine fiskalische Bedeutung zu.

2. Einfuhrmonopole.

Um zu verhüten, dass die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Preisgestaltung auf dem Binnenmarkte störte, wurde die Einfuhr sämtlicher Agrarprodukte monopolisiert. Das ausschliessliche Recht, solche Produkte einzuführen, wurde besonderen zu diesem Zwecke geschaffenen staatlichen Organen, den sog. «Reichsstellen»¹⁰⁾ übertragen. Damit hatte sich der Staat das Einfuhrmonopol angeeignet. Er bekam die Möglichkeit, über Menge und Herkunft der zu importierenden Agrarprodukte beliebig zu bestimmen. Ausserdem konnte er auf gewissen ausländischen Märkten auf denen sich ein grosser Teil seiner Gesamtnachfrage zusammenballte die Preise beträchtlich zu seinen Gunsten beeinflussen.

Die Existenz der privaten Importeure wurde trotzdem nicht vollständig überflüssig gemacht. Diese durften noch selbständig auf dem Markte auftreten, hatten aber die zu importierenden Erzeugnisse zuerst der zuständigen Reichsstelle anzubieten. Diese entschied, ob die betreffende Warenmenge überhaupt zur Einfuhr zugelassen werden sollte. Wurde der Import gestattet, dann belastete der Staat die Differenz zwischen dem Einfuhrpreis und dem Binnenmarktpreis dem Importeur. Somit wurde dem Importeur

⁹⁾ Im März 1933 wurden z. B. die Zölle auf Eier, Fett und Speck beträchtlich erhöht.

¹⁰⁾ Es wurden folgende Reichsstellen geschaffen:

1. Die Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse.
2. Die Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Öle und Fette.
3. Die Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse.
4. Die Reichsstelle für Garten- und Weinbauerzeugnisse.

Vgl. hierzu: «Die Ordnung der landwirtschaftlichen Märkte» in «Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft», herausgegeben von K. Meyer, Berlin 1933, S. 644.

auf diese Weise nur noch die Stellung eines blossen Staatsfunktionärs zugewiesen. Von einer Unternehmertätigkeit konnte nicht mehr gesprochen werden, da ein wesentliches Merkmal, nämlich das Unternehmerrisiko wegfiel. Der aus der Einfuhr resultierende Unternehmergewinn floss dafür auch dem Staate zu. Zur Kostendeckung des Importeurs kam die gleiche Handelsspanne zur Anwendung, wie bei den Inlandsprodukten. Jede Preisstörung auf dem Binnenagrarmarkte vom Weltmarkt her, sollte durch diese Art der Einfuhrregelung vermieden werden.

Wenn nun das Weltmarktpreisniveau das inländische Preisniveau übersteigt, stellt sich die Frage, ob der Staat, der in gewissen Zeiten Monopolgewinne erzielt, nun auch die Verluste tragen soll.

Sofern der Staat keine Verluste erleiden will, bleiben ihm drei Wege offen, erstens eine Erhöhung der Inlandpreise, zweitens eine zwangsweise Ausdehnung des Inlandangebotes und drittens eine Drosselung der Nachfrage.

Abschliessend wollen wir noch einige Vergleiche zwischen der schweizerischen und der deutschen Einfuhrpolitik anstellen. Im Gegensatz zu Deutschland sind in der Schweiz nicht sämtliche landwirtschaftlichen Produkte Einfuhrmonopolen unterstellt worden. Daher konnte in Deutschland von einer eigentlichen Kontingentierung der Einfuhr nicht die Rede sein, da die mengenmässige Regulierung innerhalb des Monopols gehandhabt wurde. Im grossen und ganzen war also die Einfuhr in die Schweiz noch freier gestaltet, weshalb auch eine leichtere Anpassung an die Weltmarktlage möglich war. In Deutschland war bei der Einfuhr die Erhebung von Zweckabgaben unnötig, — und übrigens auch unmöglich —, weil die Reichsstellen im vornherein jeden Monopolgewinn abschöpften.

II. Massnahmen der Ausfuhrpolitik

a) In der Schweiz

1. Ausfuhrprämien.

Unter Ausfuhrprämien verstehen wir Zuschüsse, die vom Staate bei der Ausfuhr bestimmter Güter ausgerichtet werden. Ihre Notwendigkeit, wie die anderer ausfuhrfördernder Massnahmen, ergibt sich aus den folgenden Überlegungen. Wenn die preispolitischen Massnahmen des Staates zu einer Diskriminierung des Inlandpreises vom Weltmarktpreis geführt haben, wenn das Inlandangebot so gross ist, dass die inländische Nachfrage nicht mehr

genügt, um die Eigenproduktion aufzunehmen, dann muss die überschüssige Warenmenge exportiert werden. Unter diesen Umständen wird eine Ausfuhr nur dann möglich sein, wenn der Ueberschuss zum Weltmarktpreis angeboten wird. Mittels Exportprämien kann nun eine im Inland sonst notwendige Preissenkung verhindert werden.

Exportfördernde Massnahmen sind auch dann notwendig, wenn das Ausland seine eigene Landwirtschaft vor der Konkurrenz fremder Staaten durch einfuhrhemmende Massnahmen zu schützen sucht.

Allerdings wäre es auch möglich, diese Exportabhängigkeit durch produktionspolitische Eingriffe zu beseitigen. Die Erzeugung von Exportgütern könnte gedrosselt werden. Dafür würde die Inlandproduktion von Importgütern gefördert. Ein solches Vorgehen könnte nur dann ohne Uebergangslösung erfolgen, wenn keine zeitbedingten Friktionen zu überwinden wären, und nur, wenn die Exportquote im Verhältnis zur Gesamtproduktion relativ klein ist.

Exportprämien stellten in der Schweiz ein relativ wichtiges Mittel der Agrarpreispolitik dar. Sie wurden in verschiedenen Formen ausgerichtet, so als direkte Staatsbeiträge, in der Gestalt von Frachtbeiträgen oder Frachtermässigungen für Exporterzeugnisse. Gewöhnlich waren diese Prämien noch mit Preisregelungen verknüpft.

Die wichtigsten exportorientierten Märkte für die Schweiz waren diejenigen für Zucht- und Nutzvieh, für Milchprodukte, insbesondere für Käse und Kondensmilch. Der Export aller dieser Güter wurde durch Prämien gefördert. Der Zweck dieser Ausfuhrprämien war aber nicht ein Unterbieten des Weltmarktpreises, sondern es sollte lediglich wieder der Anschluss an das ausländische Preisniveau gefunden werden. Andererseits aber haben sie die Aufgabe, importhemmende Massnahmen (Zölle) des Auslandes zu paralysieren. Ihr Ziel bestand vor allem darin, das ehemalige Exportvolumen mindestens beizubehalten, auf diese Weise sollte ein Preisdruck auf dem Inlandmarkt durch das inzwischen gestiegene und nach den Jahren guter Konjunktur orientierte Angebot vermieden werden.¹¹⁾

Direkte Staatsbeiträge finden wir beim Export von Zuchtvieh.¹²⁾

Zur Erleichterung des Exportes von Produkten aus Interventionskäu-

¹¹⁾ «Von allen Bemühungen haben die verantwortlichen Stellen aus guten Gründen stets diejenigen zur Belebung des Viehexportes in den Vordergrund gestellt. Einmal hat der Export allein die angestrebte preisstützende Wirkung in vollem Umfang, weil der Inlandsmarkt durch ihn endgültig entlastet wird.» J. Baumann: «Massnahmen zur Belebung des Viehabsatzes,» in «Massnahmen des Bundes zur Förderung der Landwirtschaft 1925—37»: Bern 1939 S. 211.

¹²⁾ J. Baumann a.a. O. S. 211.

fen wurden ebenfalls solche Beiträge geleistet¹³⁾. Die gleiche Form der Exportprämie bildete die finanzielle Unterstützung von Zucht- und Verkaufsstationen für Zuchtvieh im Ausland durch den Bund.¹⁴⁾

Ebenfalls gebräuchlich waren für die Förderung des Viehexportes die Frachtbeiträge. Der Bund übernahm für Exportsendungen von Zuchtvieh während der Hauptsaison die vollen Frachtkosten bis zur Landesgrenze. Teilweise wurde sogar noch ein Teil der Auslandfrachten vom Bunde übernommen.¹⁵⁾ Da der Erzeuger einer Ware normalerweise nur den um Transportkosten und Handelsunkosten verminderten Marktpreis erhält, bedeutet eine zunehmende Entfernung des Produktionsortes vom Markttort eine entsprechende Verminderung des Produzentenpreises. Die Entfernung vom Markttort ist daher für die Teilnahme des Produzenten am Markte oder für sein Ausscheiden mitbestimmend. Die Uebernahme der Frachtkosten durch den Bund stellte eine fiktive Verminderung der Entfernung zwischen dem Produktionsort und dem Markttort dar. Die Vergütung der gesamten Inlandfrachtkosten kommt einer Verlegung der Produktionsstätte an die Landesgrenze gleich. Ausnahmsweise wurden auch die Handelskosten z. T. vom Bund vergütet, was sich in der gleichen Richtung wie die Frachtkostenübernahme auswirkte.

2. *Ausfuhrmonopole.*

Ein weiteres Mittel der Ausfuhrpolitik bestand in der Schweiz in der Gestalt eines Exportmonopols. Diese Art der Exportregelung bestand bei der Käseausfuhr. Hier besass die «Schweizerische Käseunion», eine Genossenschaft der Käseexporteure, das Exportmonopol.

Mehrere Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um die Wirksamkeit und die Durchschlagskraft eines solchen Monopols zu gewährleisten.

Einen ersten, ganz wesentlichen Faktor bildet die Stellung des betreffenden Exportproduktes auf den ausländischen Märkten. Es besteht ein wesentlicher Unterschied, ob der Exportmonopolist auch auf dem Weltmarkt als Monopolist auftreten kann, oder ob er mit ausländischer Konkurrenz zu rechnen hat. Beim Käse bestand früher weitgehend eine Monopolstellung. Seit dem ersten Weltkrieg ging das Ausland dazu über, selber «Emmentaler Käse» herzustellen und anzubieten.

Die Möglichkeit der Angebotsbeschränkung bildet ein zweites Erfordernis, um die erwähnte Durchschlagskraft des Monopols zu sichern. Weil die Käseunion faktisch verpflichtet war, die gesamte Käseproduktion

¹³⁾ «Ueberführte Märkte zwangen jeweilen zur Ausnützung aller zusätzlichen Verwertungsmöglichkeiten zeitweise auch zum Export». J. Baumann a. a. O. 215.

¹⁴⁾ J. Baumann a. a. O. S. 209.

¹⁵⁾ J. Baumann a. a. O. S. 209.

zu übernehmen, traf diese Voraussetzung in unserem Falle nicht zu. Mittels produktionspolitischer Massnahmen (Ausdehnung der Buttererzeugung, Beschränkung der Milchproduktion) wurde allerdings versucht, diesem zweiten Erfordernis Rechnung zu tragen.

Diese beiden Voraussetzungen waren auf dem Käsemarkt, während der Untersuchungsperiode nicht gegeben. Es bestand eine Differenz zwischen Export- und Uebnahmepreis. Der Uebnahmepreis stellte sich höher. Die Differenz musste durch besondere finanzielle Mittel gedeckt werden.¹⁶⁾

b) In Deutschland

1. *Ausfuhrmonopole.*

Wie schon angeführt, bestand in Deutschland die produktionspolitische Zielsetzung im Agrarsektor in der Selbstversorgung. Die Massnahmen wurden daher viel stärker auf dieses Ziel ausgerichtet und bedeuteten somit ein wirtschaftspolitisches Endziel, während in der Schweiz die Ausrichtung der Produktion auf den Inlandsbedarf mehr als «notwendiges Uebel» betrachtet wurde.

Theoretisch sollten in Deutschland überhaupt keine Nahrungsmittelüberschüsse erzielt werden. Die notwendige Folge bestand in einem grundsätzlichen Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln. Die bei gegebenen Preisen auftretenden Ueberschüsse konnten jedoch von den erwähnten Reichsstellen auf den ausländischen Märkten abgesetzt werden. Diese Regelung bedeutete ebenfalls eine Monopolisierung des Exportes. Analog dem Vorgehen in der Schweiz bestand die Möglichkeit, Exportprämien auszurichten, um eine eventuelle Differenz zwischen Inlandpreis und Ausfuhrpreis auszugleichen.

Wie schon gesagt, war aber die Produktionspolitik in Deutschland darauf ausgerichtet, Nahrungsmittelüberschüsse zu vermeiden. Wir finden deshalb von 1933 an keine so ausgesprochen exportorientierte Produktionszweige mehr wie in der Schweiz (Milchprodukte, Zucht- und Nutzvieh). Die Bedeutung der ausfuhrpolitischen Massnahmen war aus diesem Grunde in Deutschland weit geringer.

¹⁶⁾ Auch in diesem Falle kann von einer Prämierung des Exportes gesprochen werden.

III. Verkoppelte Import- und Exportregelung (Kompensation)

a) In der Schweiz

Mit der Verschärfung der Agrarkrise in den Dreissigerjahren trat eine völlige Deroutierung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs ein. Unausgeglichene Zahlungsbilanzen zwischen den einzelnen Ländern bildeten die Regel und konnten durch das selbsttätige Wirken der ökonomischen Kräfte nicht wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Sowohl die Massnahmen der Gläubigerländer als auch die Vorkehren der Schuldnerstaaten wirkten gegen ein automatisches Einspielen. Gläubigerstaaten stellten der Einfuhr künstliche Hindernisse entgegen. Schuldnerländer beantworteten diese Massnahmen mit der Devisenzwangswirtschaft zum Zwecke der Wechselkursstabilisierung. Die notwendige Folge dieser Massnahmen bildete das Stocken des internationalen Güter- und Zahlungsverkehrs. Um diesen Verkehr noch einigermassen in Gang zu halten, gingen die Staaten zu zweiseitigen Waren- und Verrechnungsabkommen über. Arten und Mengen der zum Tausch gelangenden Güter wurden in solchen Verträgen festgelegt.

Die Schweiz übernahm als einer der ersten Staaten diese «neuen» handelspolitischen Methoden. Man war bei uns auf der Grundlage dieser Warenabkommen bestrebt, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte in den Dienst der Exportförderung von Agrarerzeugnissen zu stellen.

Bei der schweizerischen passiven Handelsbilanz für Agrarprodukte ist diese Möglichkeit theoretisch an sich gegeben, denn über die vollständige Kompensation hinaus bleibt ein Einfuhrrest an landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestehen. In einem solchen Falle sollte man annehmen können, dass der im Vergleich zur Einfuhr verhältnismässig geringe Anteil der Ausfuhr günstig ausgetauscht werden könnte.

Praktisch standen der Kompensation die gleichen Hindernisse wie beim privaten Tausch entgegen. Man musste einen Tauschpartner finden, der in der Lage war, die von der Schweiz benötigten landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu liefern und sich zugleich bereit erklärte, einen Teil der landwirtschaftlichen Exportprodukte abzunehmen. Ein Agrarstaat wird in erster Linie als Abnehmer für solche landwirtschaftliche Produkte in Frage kommen, die in seiner eigenen Landwirtschaft selbst als Produktionsmittel verwendet werden können und somit der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dienen. Demgegenüber wird die Nachfrage nach ausländischen landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten in einem Agrarstaat gering sein. Für die Schweiz stand deshalb die Kompensation auf der Grundlage der Ausfuhr von Nutz- und Zuchtvieh im Vordergrund. So gestattete

der Bundesratsbeschluss vom 7. April 1936 einen Import von Vieh und frischem Fleisch nur dann, «wenn er dem Landesbedürfnis entspricht und in *Kompensation mit Zuchtvieh oder eventuell andern tierischen Produkten erfolgen kann*» (gesperrt vom Verfasser).¹⁷⁾

Neben der Schwierigkeit, einen geeigneten Tauschpartner zu finden, barg die Kompensation noch einen weiteren Nachteil. Es bestand die Möglichkeit, dass die Güter nicht aus jenem Lande bezogen werden konnten, wo sie am vorteilhaftesten zu erhalten waren. Wurde im konkreten Fall Getreide in den Kompensationsverkehr mit den südosteuropäischen Staaten einbezogen, so bedeutete dies eine Qualitätseinbusse gegenüber dem Getreide aus den früheren Bezugsländern (z. B. Kanada).¹⁸⁾

b) In Deutschland

Auch in Deutschland wurde das Prinzip der Meistbegünstigung aufgegeben und durch bilaterale Handelsverträge ersetzt. In diesen Abkommen wurden Art und Menge der auszutauschenden Waren festgelegt und durch besondere Lieferungsverträge ergänzt. Man ging also auch hier zum Kompensationssystem über. Bei diesem System sollten deutsche Industrieprodukte gegen landwirtschaftliche Produkte ausgetauscht werden. Der Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde in den Dienst des Exportes industrieller Fabrikate gestellt. Mit diesem Leitmotiv als Grundlage, die unter der Bezeichnung «Der neue Plan» figurierte, wurde eine Reihe von Handelsverträgen, insbesondere mit den südosteuropäischen Agrarstaaten abgeschlossen. Die Folge davon war, dass sich der Aussenhandel mit diesen Staaten intensivierte. Bedeutsam ist dabei vor allem die Tatsache, dass sich der Agrarimport aus jenen Ländern innert weniger Jahre verdoppelte.¹⁹⁾

Der wesentliche Unterschied gegenüber dem schweizerischen Kompensationssystem bestand darin, dass nicht Agrarprodukte, sondern Industriewaren gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgetauscht wurden. Obschon dem schweizerischen System die bereits erwähnten Mängel und Schwierigkeiten anhafteten, barg auch das deutsche Vorgehen besonders für die Landwirtschaft schwerwiegende Nachteile. So konnte beispielsweise der Fall eintreten, dass das Schwergewicht auf dem Export an Industrieprodukten gelegt wurde. Wenn dieser Export einseitig gefördert wurde, musste sich notwendigerweise die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ver-

¹⁷⁾ Vgl. J. Baumann; a. a. O. S. 212.

¹⁸⁾ W. Lässer: Die Getreideversorgung der Schweiz; in «Massnahmen des Bundes zur Förderung der Landwirtschaft» Bern 1939 S. 357.

¹⁹⁾ Schürmann Arthur: Deutsche Agrarpolitik; Neudamm 1940, S. 359 f.

mehren. Auf den Binnenmärkten waren somit die deutschen Industrieprodukte vor ausländischer Konkurrenz weitgehend geschützt, während auf den Agrarmärkten ausländische Konkurrenzprodukte auftraten. Es bestand eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass dabei die Landwirtschaft auf Kosten der Industriewirtschaft benachteiligt wurde.

In diesem Zusammenhang ist noch zu berücksichtigen, dass die deutsche Vollbeschäftigungspolitik ein Interesse an einer Stabilhaltung der Preise besass. Diese vermehrten Importe von Nahrungsmitteln wirkten stabilisierend auf die Lebenshaltungskosten. Sie halfen mit, die gesteigerte Nachfrage nach Konsumgütern aus der Landwirtschaft zu decken.

B. Preispolitische Massnahmen auf dem Binnenmarkt

I. Die Organisation der Märkte landwirtschaftlicher Produkte

a) In der Schweiz

1. Die Förderung der genossenschaftlichen Absatzorganisationen.

Schon in der Einleitung wurde darauf hingewiesen, dass die Schwäche der marktstrategischen Position in der Landwirtschaft unter der freien Marktwirtschaft durch ein atomisiertes Angebot mitverursacht wird. Durch das Vorherrschen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebsstruktur, die für die schweizerische Landwirtschaft besonders kennzeichnend ist, war dieser Tatbestand in hohem Masse erfüllt. Aus dem Bestreben heraus, diese Ursache der Schwächung der marktstrategischen Stellung aus eigener Kraft zu mildern, wurde in der Schweiz das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen stark ausgebaut²⁰⁾. Innerhalb dieser Zusammenschlüsse hatten sich auch die genossenschaftlichen Absatz- und Verwertungsorganisationen stark ausgebildet²¹⁾, was zwar nicht für alle Produktionszweige in gleichem Masse galt.

²⁰⁾ «In der Schweiz bestehen nahezu 12 000 örtliche landwirtschaftliche Vereinigungen in 3000 Gemeinden». E. Laur: «Massnahmen zur Bekämpfung der Agrarkrise in der schweizerischen Landwirtschaft», in: «Vorträge und Verhandlungen Weltagrarkrise» Leipzig 1934 S. 34.

²¹⁾ Vgl. J. Landmann: «Die Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates». Jena 1929, S. 40.

Ein Mittel der landwirtschaftlichen Preispolitik bestand u. a. in der Förderung der Absatz- und Verwertungs-genossenschaften durch den Bund. Die dabei angewandten Methoden waren verschieden; sie variierten von der blossen fiskalischen Begünstigung (niedriger Steueransatz) bis zur Verleihung eines Monopols durch den Staat.

1. Durch die steuerliche Sonderbehandlung der Genossenschaften wurden nicht nur die Organisationen des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte, sondern auch andere Genossenschaften (Konsumgenossenschaften) begünstigt. Aus diesem Grunde wollen wir nicht näher darauf eintreten. In den folgenden Punkten denken wir hauptsächlich an die aktive Bevorzugung einzelner Absatzorganisationen zur Stärkung ihrer Stellung auf dem Markt.

2. Wenn sich ein Verband die Aufgabe der Erleichterung des Absatzes bestimmter landwirtschaftlicher Produkte stellte, wurden ihm Zuschüsse zur Deckung der allgemeinen Unkosten gewährt. So z. B. Beiträge an den schweizerischen Obstverband. Diese Organisation griff zwar nur mittelbar in das Marktgeschehen ein, indem sie zur Erleichterung des Absatzes die Obstsorten standardisierte, und im Interesse der Gewährung einer besseren Marktübersicht vermittelnd auf dem Markte auftrat.

3. Die Stellung der Absatzorganisationen verstärkte sich noch, wenn der Staat ihnen finanzielle Mittel oder Kredite zu vorteilhaften Bedingungen gewährte, um damit auf dem Markt zu intervenieren. Zugleich sicherte sich der Bund dadurch ein Mitspracherecht bei der Art der Verwendung seiner Zuschüsse. Als Beispiel hiefür seien die Zuwendungen an die «Zentralstelle für Schlachtviehverwertung» zur Stützung der Viehpreise, an den «Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften», oder an die «Fédération romande des Vignerons» zur Stabilhaltung der Weinpreise genannt. Die finanziellen Mittel zur Stützung der Milchpreise, zum grossen Teil vom Bunde aufgebracht, wurden auch einer Absatzorganisation, nämlich dem «Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten» zugewandt.

4. Ein noch stärkeres Gewicht erhielten die bereits bestehenden genossenschaftlichen Absatz- und Verwertungsorganisationen durch die Übertragung öffentlich-rechtlicher Befugnisse durch den Staat zur Erreichung preispolitischer Ziele. Wir konnten dieses Vorgehen schon bei der Verleihung des Einfuhrmonopols (Butter, Futtergetreide) im Aussenhandel feststellen. Aber auch auf den Binnenmärkten wurden die Genossenschaftsverbände durch eine solche Sonderstellung bevorzugt. So erhielt der «Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten» das Recht zur Durchführung der Milchkontingentierung und zur Qualitätskontrolle.

5. Ausserdem versuchte der Staat Zusammenschlüsse der Produzenten dadurch noch mehr zu fördern, dass er von den Aussenseitern eine Sonder-

abgabe verlangte. Diese Massnahme wurde z. B. auf dem Milchmarkt getroffen. Von den nichtorganisierten Anbietern wurde eine Ausgleichsgebühr mit der Begründung erhoben, dass sie gegenüber den andern bedeutende ökonomische Vorteile hätten.

6. Die bisherigen Mittel förderten die Kartellierung auf der Seite des Angebotes landwirtschaftlicher Produkte mehr auf indirektem Weg. Von einer Zwangskartellierung konnte nicht gesprochen werden. Allerdings war auch auf diesem indirekten Wege die Möglichkeit vorhanden, den wirtschaftlichen Druck auf die Aussenseiter erheblich zu verstärken.

Wenn eine Organisation der Anbieter bereits ein Angebotsteilmonopol inne hat, ist sie selbstverständlich bestrebt, diese Machtstellung noch zu erweitern und bis zu einem Monopol auszudehnen, d. h. die sog. Aussenseiter auszumerzen. Solche Bestrebungen zeigten sich z. B. auf dem Milchmarkt: «Im Schatten der Organisationen gedeihen die «Wilden», welche ernten, wo sie nicht gesät haben und die jeden Zwang mit leidenschaftlichem Widerstand beantworten. Der Staat muss diesen Organisationen die nötigen Kompetenzen geben, damit schliesslich alle die gleichen Pflichten zu übernehmen haben. Denn noch gefährlicher als der Widerstand gegen den Zwang, ist das Gefühl der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, ist die Beobachtung, dass es den Wilden besser geht als den Organisierten».²²⁾

Grundsätzlich bestand zwar das Recht der freien Verbandsbildung, so dass dem Bund an und für sich die Rechtsmittel fehlten, bei einer Zwangskartellierung behilflich zu sein. Schliesslich wurden aber trotzdem auf der Grundlage des «Notrechtes» die erforderlichen Voraussetzungen hierzu geschaffen:

«Der Bundesrat ist ermächtigt weitere Anordnungen zu treffen, um eine zweckentsprechende Verwertung und Verwendung der Milchproduktion herbeizuführen. So kann er insbesondere: a) einzelstehende Milchgenossenschaften verhalten, sich einer Sektion des Zentralverbandes schweizerischer Milchproduzenten anzuschliessen, oder dieser die in Verkehr gelangende Milch in gleichen Rechten und Pflichten wie Verbandsgenossenschaften zur Verfügung zu stellen. b) Milchproduzenten, die Milch in den Verkehr bringen, die Pflicht auferlegen, sich bestehenden Milchverwertungsgenossenschaften anzuschliessen und die Milchproduktion in gleichen Rechten und Pflichten wie deren Mitglieder an die Sammelstellen abzuliefern. Dieser Zwangsbe tritt kann indessen bloss ausgesprochen werden, wenn die Mehrheit der Milchproduzenten der in Betracht fallenden Einzugsgebiete genossenschaftlich organisiert ist.»²³⁾

Damit war die Möglichkeit der Schaffung eines Monopols auf dem Milchmarkt gegeben.

²²⁾ Laur E.: a. a. O. S. 55 f.

²³⁾ Bundesbeschluss über eine weitere Fortsetzung der Bundeshilfe für die schweizerischen Milchproduzenten und für die Linderung der landwirtschaftlichen Notlage vom 28. März 1934, Art. 6.

2. Die Monopolisierung der Märkte landwirtschaftlicher Produkte.

Wir haben schon unter Ziffer 1 eine Tendenz zur Monopolisierung der Agrarmärkte feststellen können. Bei der Bildung von Monopolen lassen sich zwei verschiedene Methoden unterscheiden:

1. Die Heranziehung der bereits bestehenden, auf der Basis der Selbsthilfe geschaffenen Organisationen des Absatzes.

2. Die direkte Einschaltung des Staates zwischen Produzent und Konsument.

ad. 1. Für diese Selbsthilfeorganisationen des Absatzes ist noch besonders zu betonen, dass ihnen der Staat für die Durchführung seiner Agrarpreispolitik eine besondere Bedeutung beimass. Dadurch wurde naturgemäss die Monopolisierung der Agrarmärkte gefördert. Das markanteste Beispiel finden wir auf den Märkten für Milch und Milchprodukte. Wir können hier, wie in einer Publikation der Eidgenössischen Preisbildungskommission festgestellt wird, geradezu von einem «Konzern der Kartelle»²⁴⁾ sprechen. Ohne diese Verflechtung und Verschachtelungen bis in alle Einzelheiten darzustellen, genügt in unserem Zusammenhang ein Hinweis auf die Bindungen und Zusammenschlüsse, die sich über die Milch- und Milchproduktenmärkte erstreckten.

Den Mittelpunkt der ganzen Organisation bildete der schon erwähnte «Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten». Auf der Nachfrageseite standen ihm wieder Zusammenschlüsse auf den verschiedenen Absatzgebieten gegenüber (z. B. Käseunion, Butyra, Schweiz. Milchkäuferverband). Neben diesen horizontalen Zusammenschlüssen bestanden auch vertikale Bindungen vertraglicher und finanzieller Natur. So war z. B. der «Zentralverband» u. a. durch den Besitz einer Käsehandelsfirma mit der «Käseunion» verbunden. Solche Bindungen bestanden auch auf dem Buttermarkt, wo die «Butyra» als eine Genossenschaft der Milchproduzenten, der Butterproduzenten, des Butterhandels über das Importmonopol hinaus sozusagen den gesamten Buttermarkt im Inland kontrollierte.

ad. 2. Eine solche Regelung war beispielsweise auf den Märkten für Brotgetreide und Branntwein anzutreffen. Der Markt des zweiten Erzeugnisses — hier handelt es sich, wie schon erwähnt, um ein aus landwirtschaftlichen Rohstoffen hergestelltes Fabrikat — war durch ein ausgesprochenes Monopol charakterisiert. Der Staat war allein berechtigt, als Nachfra-

²⁴⁾ Veröffentlichung Nr. 22 der Eidg. Preisbildungskommission: «Die Organisation der schweiz. Milchwirtschaft, (Produktion, Verwertung, Handel).» Bern 1939, S. 7.

ger und Anbieter aufzutreten. Andererseits war der Bund zugleich mit dieser im Gesetz festgelegten Massnahme verpflichtet, besondere preis- und produktionspolitische Eingriffe bei den Vorprodukten (Obst, Kartoffeln) zu ergreifen, um eine rücksichtslose Monopolpreispolitik zu vermeiden. Dagegen kann beim Brotgetreide nicht von einem staatlichen Monopol gesprochen werden, weil sein preispolitisches Verhalten nicht auf monopolistischen Grundlagen beruhte.

Bei dieser speziellen Regelung für die beiden Gruppen von Erzeugnissen waren für den Bund nicht nur markt- und preispolitische Gründe massgebend, sondern versorgungspolitische beim Brotgetreide und volkshygienische bzw. fiskalische beim Branntwein.

3. Die Rationalisierung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte.

Die obgenannten Zusammenschlüsse weisen bereits darauf hin, dass eine Rationalisierung des Absatzes stattfand. Damit sollten Einsparungen bei den Verteilungskosten erzielt werden. Andere Bestrebungen, welche die Marktformen nicht tangierten, waren direkt auf die Rationalisierung des Absatzes gerichtet. In gewissen Fällen, in denen die Beteiligten diese nicht aus eigener Kraft durchführen konnten, waren sie auf die Mitwirkung der Behörden angewiesen. Das zugehörige Beispiel kann wieder dem Milchmarkt entnommen werden. Der Konsummilchmarkt war durch eine monopolistische Konkurrenz gekennzeichnet. Mit Hilfe des Staates sollte eine Rationalisierung des Absatzes (Quartiereinteilung) erzwungen werden. Dabei waren gewisse Widerstände sowohl auf der Seite der Anbieter als auch der Nachfrager infolge der bestehenden Präferenzen zu überwinden.

b) In Deutschland

Die deutsche Preispolitik seit 1933 war durch das Bestreben gekennzeichnet, einheitliche Marktformen für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu schaffen. Wegleitend für dieses Vorgehen waren die Thesen eines vor dem Nationalsozialismus wenig bekannten Nationalökonomen: Gustav Ruhland²⁵⁾.

In Deutschland erachtete man eine besondere Organisation, bzw. Reorganisation der Märkte landwirtschaftlicher Erzeugnisse für nötig, weil die Durchführung weiterer staatlicher Massnahmen im Bereich der landwirtschaftlichen Preis- und Produktionspolitik erleichtert werden sollte. «Um dies zu erreichen und eine möglichst gleichmässige Versorgung des Volkes

²⁵⁾ Ruhland Gustav: System der politischen Oekonomie. 3 Bde. Leipzig 1933.
Vgl.: Schürmann Arthur: Deutsche Agrarpolitik; Neudamm 1940.

zu stetigen, auch vom Ernteausfall nicht beeinflussten Preisen zu gewährleisten, musste ein umfangreicher Verwaltungsapparat aufgebaut werden; denn die Erfahrung hat gelehrt, dass nur eine den Marktverkehr bis ins einzelne regelnde und überwachende Organisation imstande ist, die Marktordnung gegen alle Umgehungs- und Durchbrechungsversuche zu schützen»²⁶⁾). Das für den Aufbau dieses Apparates massgebende Gesetz vom 13. Juli 1933 «über die Zuständigkeit des Reiches für den ständischen Aufbau des Reichsnährstandes» verlieh dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Befugnis, Zusammenschlüsse im Bereiche der Landwirtschaft zwangsweise vorzunehmen. Der Begriff «Landwirtschaft» war in diesem Zusammenhange sehr weit gefasst. Es fielen darunter alle jene Wirtschaftssubjekte, die an der Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten irgendwie beteiligt waren: «die Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd, Gartenbau, die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Landhandel (Gross- und Kleinhandel mit landwirtschaftlichen Produkten) und die Be- und Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse».²⁷⁾

Auf Grund dieses Gesetzes war der Staat berechtigt, sämtliche Beteiligten zwangsweise zu Kartellen oder Syndikaten zusammenzuschliessen. Hier ergibt sich bereits ein grundlegender Unterschied zur schweizerischen Regelung. Nach dieser war der Staat, wie ausgeführt, nicht befugt Zwangszusammenschlüsse vorzunehmen, wenn wir von der Ausnahme bei der Landwirtschaft absehen. Er musste sich vielmehr auf die indirekte Förderung der bestehenden Absatzorganisationen beschränken.

In Deutschland schritt der Staat in der Folge zur Zwangskartellierung aller Beteiligten auf den Agramärkten. Sämtliche Erzeuger eines landwirtschaftlichen Produktes wurden zu einem *Wirtschaftsverband* zusammengeschlossen. Zu diesen horizontalen gesellten sich Zusammenschlüsse in vertikaler Richtung. Der vertikale Zusammenschluss wurde als *Hauptvereinigung*²⁸⁾ bezeichnet. Im Gegensatz zur schweizerischen Regelung bestand in Deutschland keine Aussenseiterfrage. Es ist ferner zu beachten, dass die deutschen Marktorganisationen — wieder im Unterschied zu den schweizerischen — nach dem Führerprinzip aufgebaut waren. Diese Organe waren Körperchaften des öffentlichen Rechtes und ausgestattet mit öffentlich-

²⁶⁾ Mehrens: Die Marktordnung des Reichsnährstandes. Berlin 1936. Schlusskapitel.

²⁷⁾ Paragraph 1, Abs. 2 des «Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Massnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse» vom 13. Sept. 1933.

²⁸⁾ *Hauptvereinigungen*: 1. Getreide- und Futtermittelwirtschaft, 2. Kartoffelwirtschaft, 3. Zuckerwirtschaft, 4. Gartenbauwirtschaft, 5. Weinbauwirtschaft, 6. Milch- und Fettwirtschaft, 7. Vieh- und Fleischwirtschaft, 8. Eierwirtschaft, 9. Brauwirtschaft, 10. Fischwirtschaft.

Vgl. Schürmann A. a. a. O. S. 335.

rechtlichen Befugnissen. Die erlassenen Vorschriften waren für alle Beteiligten verbindlich und ihre Missachtung konnte mit strafrechtlichen Mitteln geahndet werden.

II. Die direkte Beeinflussung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse

a) In der Schweiz

Unter direkter Preisbeeinflussung verstehen wir alle jene Massnahmen, die sich unmittelbar auf den Preis beziehen.

1. Die Preis- und Uebernahmegarantie.

Den Produzenten eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses wird durch den Staat oder unter Mitwirkung des Staates durch Produzentenorganisation ein festgesetzter Preis zugesichert. Gleichzeitig verpflichtet sich der Staat oder die Organisation zur Uebernahme der gesamten Produktenmenge, welche die Produzenten bei den festgesetzten Preisen abzuliefern wünschen. Zur Durchführung dieser Massnahme ist eine ganz bestimmte Marktorganisation notwendig, die wir bereits früher kennen gelernt haben.

Bei der Preis- und Uebernahmegarantie findet in der Regel eine Differenzierung zwischen Produzentenpreis und Marktpreis statt. Den Produzenten soll gewöhnlich für ein bestimmtes Erzeugnis ein höherer Preis als derjenige des freien Marktes gewährt werden. Der Zweck dieser Preis- und Uebernahmegarantie besteht einerseits darin, den Produzenten des betreffenden Gutes ein höheres Einkommen zu sichern, als dies auf dem freien Markte der Fall wäre. Andererseits soll aber mittels dieser Massnahmen auch verhütet werden, dass die Konsumenten direkt für die Kosten dieser Besserstellung und Bevorzugung der Produzenten aufzukommen haben. Sehr deutlich kommt dies bei der schweizerischen Ordnung für das Brotgetreide zum Ausdruck.²⁹⁾

²⁹⁾ Die massgebenden Stellen des «Bundesgesetz über die Versorgung des Landes mit Brotgetreide (Getreidegesetz) vom 7. Juli 1932», in denen die Uebernahme- und Preisgarantie festgelegt wurden, lauten:

Art. 5: Der Bund kauft von Produzenten, die im Inlande niedergelassen sind, unter Ausschluss jeglichen Zwischenhandels einheimischen, selbstgebauten, mahlfähigen Weizen, Roggen, unentspelzten Dinkel, sowie Mischel aus Weizen und Roggen der mindestens fünfzig Gewichtsprocente an Weizen enthält.

(Fortsetzung auf Seite 36).

Bei einer derartigen Massnahme, durch die sich der Produzentenpreis höher stellt als der Marktpreis (Grosshandelspreis), entstehen dem Regulierungsorgan notwendigerweise Verluste. Infolgedessen findet meistens eine Verkopplung der Preis- und Uebernahmegarantie mit den Zweckabgaben und Subventionen statt. Auf diese Weise ist es möglich, die auf dem Weltmarkt und auf dem Binnenmarkt auftretenden Preisfluktuationen bei den Produzentenpreisen zu modifizieren. Die variablen Faktoren in diesem System bilden neben den Marktpreisen die erwähnten Zuschüsse.

Normalerweise wird bei einer solchen Methode eine Ablieferungspflicht nicht stattfinden müssen. Ausgenommen sind jene Fälle, bei denen infolge einer Mangellage der Preis des freien Marktes höher liegen würde als der tatsächliche Marktpreis und der Uebernahmepreis (Kriegszeit). Einer Ablieferungspflicht werden wir auch dann begegnen, wenn die Marktpreise der regulierten Waren eine Differenzierung erfahren, bzw. wenn monopolistische Ziele verfolgt werden. Wie erwähnt, wurde eine Monopolpreispolitik beim Branntwein verfolgt. Zum Erfolg war deshalb die Ablieferungspflicht dieses Erzeugnisses notwendig. Ein anderes Beispiel hiefür ist das Vorgehen auf den Märkten für Milch- und Milchprodukte. Letztere waren durch ein ganzes System von Preis- und Uebernahmegarantien charakterisiert. Die Preis- und Uebernahmegarantie bei der Milch wurde möglich, indem man sie gleichzeitig auf Milcherzeugnisse, insbesondere Butter und Käse ausdehnte. Im Zuge der Monopolisierung gewisser Märkte (Trinkmilch) im Bereiche der Milchwirtschaft ergab sich eine Differenzierung der Marktpreise der einzelnen Milcherzeugnisse. So war der Trinkmilchpreis für die Konsumenten infolge der preispolitischen Massnahmen höher als der Garantiepreis für die Produzenten. Ohne Ablieferungspflicht hätte daher, ein Ueberangebot vorausgesetzt, eine Preissenkung erfolgen müssen. Die Produzenten hätten vorgezogen, ihr Erzeugnis auf dem Trinkmilchmarkte anzubieten, statt der Sammelstelle abzuliefern.

2. Mindestpreise.

Unter Mindestpreisen versteht man jene Preise, deren untere Grenze durch staatliches Gebot festgesetzt wird und die für die Marktparteien

Art. 6: Der Bund zahlt für 100 kg. des ihm bahnverladen auf die Abgangsstation, in eine Mühle oder in ein Lagerhaus der Umgebung gelieferten Inlandweizens einen Preis von 36—45 Fr. In diesen Rahmen ist der Abnahmepreis wenigstens um 8½ Fr. höher als der mittlere Marktpreis des gleichwertigen, kostenfrei und verzollt an die Schweizergrenze gelieferten Auslandweizens. Der Mindestpreis soll jedoch nicht mehr als das Doppelte des Verkaufspreises betragen, zu dem die Getreideverwaltung Inlandweizen an die Müller abgibt. Die Preise für die übrigen Getreidearten werden auf Grund des Weizenpreises berechnet, wobei ihr Mahlwert zu berücksichtigen ist.

zwingend sind. Jene Mindestpreise, die während der Untersuchungsperiode eingeführt wurden, kann man nicht als Mindestpreise im strengsten Sinne des Wortes betrachten. Da sie für die Marktparteien nicht zwingend waren, fehlte ihnen ein wesentliches Merkmal, das wir dem Begriff zugrunde gelegt haben. Da aber dem Staate bzw. dem Regulierungsorgan die Pflicht auferlegt wurde, die Preise nicht unter die festgesetzte Grenze sinken zu lassen, dürfen wir trotzdem von Mindestpreisen sprechen. Was für den Staat zur Pflicht, wurde für den Anbieter zum Recht. Bei der Gefahr einer Unterschreitung dieser garantierten Mindestpreise musste der Staat mit besonderen Massnahmen in den Markt eingreifen. Bedeutsam ist nun, dass diese Massnahmen nicht etwa darauf ausgingen, die Marktbeteiligten zur Einhaltung dieser Mindestpreise zu zwingen, bzw. Angebot und Nachfrage zwangsweise einzuschränken oder zu steigern. Vielmehr wurden die Mindestpreise mit Interventionskäufen, mit der Gewährung von Einlagerungskrediten oder mit andern finanziellen Vergünstigungen für die Nachfrager verkoppelt. Solche Mindestpreise wurden z. B. für die Kartoffeln, zeitweise auch für Obst erlassen.

3. Richtpreise.

Die Preise einiger Produkte (Wein, Vieh etc.), wurden in der Schweiz auch durch den Erlass von Richtpreisen «gesichert». Unter diesem Begriff sind solche Preise zu verstehen, die behördlich oder durch Kartelle festgelegt wurden und deren Einhaltung den Marktparteien *empfohlen* wird. Eine Garantie, dass die Marktparteien sich tatsächlich nach ihnen «richten», ist damit nicht gegeben. Werden sie nicht eingehalten, ergeben sich, im Gegensatz zu den Mindest- und Höchstpreisen, nicht irgendwelche staatliche Sanktionen. Ebensowenig wird, wie das bei den Mindestpreisen der Fall ist, dem Regulierungsorgan die Pflicht auferlegt, in jedem Falle dafür zu sorgen, dass ein festgelegter Richtpreis nicht unterschritten wird. Deshalb ist es faktisch durchaus möglich, dass sich der Marktpreis in der Wirklichkeit über oder unter dem Richtpreis bewegen kann, ohne dass irgendwelche gesetzliche Bestimmungen verletzt werden.

Um das gesetzte Ziel — die Einhaltung des Richtpreises — dennoch zu erreichen, wurden häufig andere Massnahmen damit verbunden. Wie bei den Mindestpreisen gewährte man beispielsweise den Käufern besondere Vergünstigungen, sofern sie den betreffenden Richtpreis nicht unterschritten. Dies konnte durch finanzielle Massnahmen geschehen: Fracht- oder Kaufbeiträge usw. Die Vergünstigung konnte auch dadurch erreicht werden, indem z. B. Importkontingente nur dann erteilt wurden, wenn bestimmte Richtpreise für die betreffenden Inlandsgüter eingehalten wurden. Ausser-

dem verkoppelte man diese Richtpreise mit Interventionskäufen. Sobald auf dem Markte eine Ueberschreitung drohte, wurde von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so z. B. auf dem Viehmarkt.

4. Subventionen und Zweckabgaben.

Mit den Subventionen und Zweckabgaben betreten wir ein Gebiet, das während der Untersuchungsperiode eines der wichtigsten Mittel in der landwirtschaftlichen Preis- und Produktionspolitik darstellte. Unter Subventionen im allgemeinen verstehen wir finanzielle Zuwendungen des Staates, durch die bestimmten Produktionsfaktoren ein Einkommen gewährt wird, das jenes übersteigt, welches sie auf dem freien Markt erreichen würden³⁰⁾. Als Mittel der Agrarpreispolitik bedarf der Begriff «Subvention» jedoch einer Einschränkung. Es fallen darunter nur jene finanziellen Zuwendungen, die den Zweck verfolgen, einen höheren Preis für ein bestimmtes landwirtschaftliches Produkt zu erzielen, als dies auf dem freien Markte bei den gegebenen Marktverhältnissen der Fall gewesen wäre. Hieher gehören auch Zuschüsse, die der Landwirtschaft für bestimmte Erzeugnisse schon in der Produktionssphäre in Gestalt von Prämien zufließen. Ausser acht fallen jedoch die Subventionen allgemeiner Natur, die lediglich auf der Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität abzielen, wie etwa die in der Schweiz ebenfalls gebräuchlichen Beiträge an Verbauungen, an Meliorationen, an Güterzusammenlegungen usf.

Jeder Zuschuss des Staates muss der Wirtschaft irgendwo entzogen werden. Durch die Zuwendungen entstehen im gleichen Masse Belastungen. Den allgemeinen Belastungen, die durch Steuern in Erscheinung treten stehen häufig besondere Belastungen gegenüber, die ihren Ursprung ausschliesslich in der Gewinnung finanzieller Mittel zur Lösung agrarpreispolitischer Aufgaben haben. Zwei solche Beispiele konnten wir bereits im Abschnitt über den Aussenhandel kennen lernen. Im ersten Falle handelte es sich um die Erhöhung der «statistischen Gebühr» aus dem Warenverkehr mit dem Ausland, die zur teilweisen Deckung der Aufwendungen bei der Preisregelung für Brotgetreide verwendet wurde. Das zweite Beispiel betraf die Zoll- und Preiszuschläge für eingeführte Futtermittel. Dabei wiesen wir bereits darauf hin, dass sie zur Milchpreisstützung, wie auch zu einem geringen Teil zur Stützung der Viehpreise verwendet wurden. Neben dieser Quelle zur Mittelbeschaffung für die Preisregelung der Milch erhob man noch andere Abgaben für diesen Zweck, so z. B. die erwähnte Ausgleichsgebühr der Aussenseiter, den sogenannten «Krisenrappen» etc. Der «Krisenrappen» stellte

³⁰⁾ Vgl. Küng E.: *Der Interventionismus*; Bern 1941, S.93.

eine Sondergabe auf Konsummilch dar, welche dank der Monopolpreispolitik erhoben werden konnte. Dadurch wurde der Monopolgewinn auf dem Trinkmilchmarkt entsprechend geschmälert.

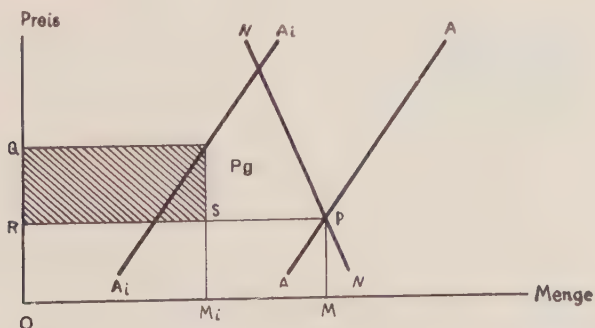
In diesem Zusammenhang ist noch besonders darauf hinzuweisen, dass die auf verschiedene Weise aufgebrachten finanziellen Mittel zur Stabilisierung des Milchpreises in einen besondern Fonds (Milchpreisstützungsfonds) flossen.

Die Zuschüsse dienten in den meisten Fällen als wichtige Ergänzung der vorgenannten Preisregelungen. Ihr primärer Zweck bestand also in einem Ausgleich zwischen einem höheren Produzentenpreis und einem tieferen Marktpreis eines bestimmten Agrarproduktes.

Die Bedeutung der Subventionen soll in einem ersten Beispiel an Hand der Regelung der Preise für Brotgetreide gewürdigt werden. Wir wissen, dass der Produzentenpreis im vorliegenden Fall über dem Marktpreis lag. Dies wurde unter anderem mit Hilfe der Subventionen erreicht, verkoppelt mit der Preis- und Uebernahmegarantie. Die folgende schematische Darstellung soll uns die funktionellen Zusammenhänge der Preisregelung mittels Subventionen klar legen.

Wir gehen davon aus, dass für das im Inland erzeugte Produkt (Brotgetreide) eine Preis- und Uebernahmegarantie zugesichert sei. Die Einfuhr des gleichen Produktes kann ungehindert erfolgen. Diese Situation wird auf unserem Schema durch die Angebotskurven A_i (Angebot inländischer Produktion) und A (Gesamtangebot) dargestellt. Die Gesamtnachfrage kennzeichnen wir durch die Kurve N . (Der Einfachheit halber werden auf der Zeichnung die Kurven durch Gerade dargestellt).

Schema Nr. 1.

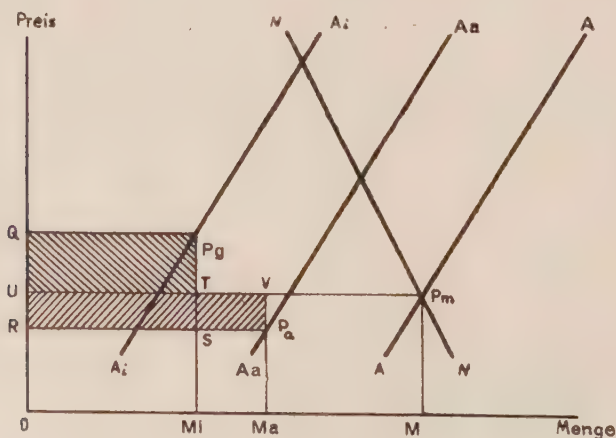


Der Schnittpunkt P der beiden Geraden A und N gibt den Gleichgewichtspreis auf dem freien Markte wieder. Zum gleichen Preise wird

auch das zum Garantiepreis P_g übernommene inländische Angebot abgesetzt. Die zu diesem Preis übernommene inländische Warenmenge wird durch die Strecke $O M_i$ dargestellt. Der Produzent im Inland kann seine gesamte Produktion zum Preise P_g absetzen, obwohl der Marktpreis nur P ist. Es entsteht also eine Preisdifferenz in der Höhe von $Q R$. Der Gesamtverlust, der durch Subventionen gedeckt werden muss, wird durch das Rechteck $P_g Q R S$ repräsentiert. Aus diesem Schema wird zugleich ersichtlich, dass nicht unmittelbar die Konsumenten zur Deckung der Kosten, verursacht durch diese Preispolitik, herangezogen werden. Die Sonderbegünstigung der inländischen Produzenten muss also die Gesamtwirtschaft tragen.

Eine andere Situation würde sich ergeben, wenn die Preis- und Uebernahmegarantie im Rahmen eines Monopols erfolgen würde. Dabei wird auf die eingeführte Menge ein Zuschlag erhoben, der als Monopolgewinn zur Deckung der Verluste, verursacht durch den Garantiepreis, verwendet wird. Der Monopolpreis auf dem Markt hat sich also um diese Belastung erhöht. Die folgende schematische Darstellung erklärt uns die Wirksamkeit dieser Massnahme.

Schema Nr. 2.



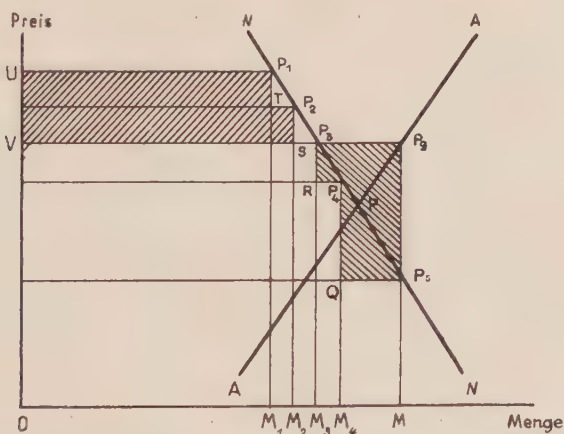
Die Geraden A_i , A_a und A repräsentieren das Angebot aus inländischer Produktion, das ausländische Angebot und das Gesamtangebot. Die Gesamtnachfrage wird durch die Gerade N dargestellt. OM_i ist das inländische Angebot beim Garantiepreis P_g , OM_a die angebotene Menge des Auslandes beim Preis P_a , OM ist die gesamte angebotene

Menge, die beim Monopolpreis P_m nachgefragt wird. Die vom Ausland angebotene Menge OM_a wird aber im Inland ebenfalls zum Preise P_m auf dem Markte nachgefragt. Der erzielte Monopolgewinn $RP_a VU$ muss den Verlust $UTP_g Q$ kompensieren.

Wäre beispielsweise beim Brotgetreide eine solche Monopolpreispolitik durchgeführt worden, dann hätten die Konsumenten die Kosten der Bevorzugung der Produzenten direkt tragen müssen. Trotzdem hätte nicht der den Inlandsproduzenten gewährte Preis bezahlt werden müssen.

Setzen wir nun den Fall, dass ein Monopol bestehe, bei dem die Möglichkeit einer Preisdifferenzierung vorhanden ist. Das Angebot ist nicht direkt beschränkt. (Vgl. Schema 3).

Schema Nr. 3.



Die gesamte Produktion (OM) wird zu einem garantierten Preis übernommen (P_g). Die beiden Geraden A und N stellen die angebotenen und nachgefragten Mengen dar. Den Gleichgewichtspreis bezeichnen wir mit P. Als Monopolist ist das Regulierungsorgan in der Lage³¹⁾, vorerst die Preise P_1 und P_2 über dem Garantiepreis festzulegen. Die bei diesen Preisen nachgefragten Mengen sind OM_1 und OM_2 . Auf diesen Mengen entsteht für das Regulierungsorgan ein Monopolgewinn in der Grösse von VSP_2TP_1U . Für die weitere Menge M_2M_3 mit dem Preise P_3-P_g (Garantiepreis) wird kein Monopolgewinn erzielt. Es muss aber die gesamte Menge abgesetzt werden, wozu man die Preise senken

³¹⁾ Voraussetzung ist die Möglichkeit der Aufspaltung des Marktes in mehrere Teilmärkte. Diese müssen vollständig voneinander getrennt werden können.

muss. Wir nehmen an, dass sie bei P_4 und P_5 liegen. Für diese Mengen muss jedoch der Preis P_g bezahlt werden, sodass dem Monopolisten ein Verlust in der Grösse von $RP_4QP_5P_gP_3$ erwächst. An Hand dieses Beispiels zeigen wir, dass im Rahmen eines Monopols mittels Preisdifferenzierung eine Preisregelung erfolgen kann, ohne dass Subventionen allgemeiner Art nötig sind.

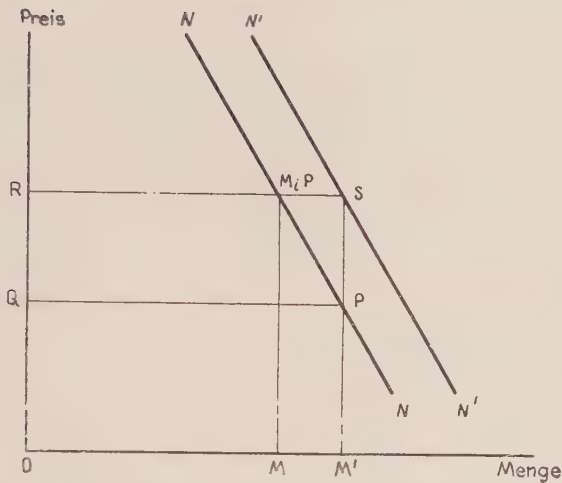
Dieser letzte Fall fand seine Anwendung bei der Branntweinregelung. Der Trinkbranntwein kam zu einem Preis auf den Markt, der einen Monopolgewinn versprach. Dagegen musste zeitweise Industriespirituss zu einem weit unter dem Garantiepreis liegenden Ansatz abgegeben werden. Eine solche Marktkonstellation stand aber im Gegensatz zum monopolistischen Ziel — zur Gewinnmaximierung. Deshalb versuchte man mit Hilfe verschiedener Massnahmen im Bereiche der Vorprodukte die Brannweinproduktion einzuschränken, um sie mit dem Monopolpunkte besser in Einklang zu bringen. Ein ähnliches Vorgehen hinsichtlich der Preisdifferenzierung konnten wir auf dem Milchmarkte zum Teil schon beobachten. Hier gelten aber noch einige Einschränkungen. Vorerst war die Möglichkeit, die Produktpreise vom Garantiepreis aufwärts zu staffeln, infolge der Grösse der angebotenen Warenmenge und der Labilität der Angebotsorganisation ziemlich beschränkt. Im Weiteren mussten über die beim Trinkmilchabsatz erzielten Monopolgewinne hinaus noch andere Mittel herangezogen werden um den «Krisenfonds» zu alimentieren. Die relativ grosse Angebotsmenge nötigte aber zu einer starken Preisdifferenzierung unter den Garantiepreis. So mussten die verarbeiteten Milchprodukte (Butter und Käse) zum grossen Teil sowohl auf dem Inlands- wie auch auf dem Weltmarkt (Käse) unter dem Garantiepreis abgesetzt werden. Eine weitere Preisdifferenzierung erfolgte in der Form der Verbilligung eingesottener Butter.

Es besteht auch die Möglichkeit, dass nicht die gesamte Warenmenge vom Regulierungsorgan übernommen wird, sondern nur Teilmengen. Dieses Vorgehen bezeichnen wir als Interventionskäufe, die wir bei der Beeinflussung der Angebotsmenge (s. S. 49 ff) näher erörtern werden. Diesen Hinweis erachten wir deshalb für notwendig, weil sich die gleichen Preisprobleme stellen, wenn die Warenmengen wieder dem Markte zugeführt werden sollen — wie bei der Preis- und Uebernahmegarantie³²⁾. Wir wollen diesen Fall ebenfalls an Hand eines Schemas demonstrieren. (Vgl. Schema Nr. 4.)

Die Gesamtnachfrage kennzeichnen wir wiederum durch die Gerade N . Für das Produkt wird ein Mindestpreis (oder Richtpreis) M_1P festgesetzt.

³²⁾ In beiden Fällen müssen übernommene Warenmengen wieder dem Markte zugeführt werden.

Schema Nr. 4.



Keine besonderen Probleme würden sich ergeben, wenn die angebotene Menge gerade dem Mindestpreis — in diesem Falle dem Marktpreis — entsprechen würde. Angenommen, dass die angebotene Menge — in unserm Beispiel OM' — grösser ist, als die zum Mindestpreis nachgefragte, dann müsste der Marktpreis P sein. Es stellt sich die Frage, wie ohne eine zwangsweise Einschränkung des Angebotes, bzw. Ausdehnung der Nachfrage der Preis M, P trotzdem eingehalten werden kann. Es sind hier verschiedene Varianten möglich.

In jedem Falle handelt es sich darum, die überschüssige Angebotsmenge, welche die Gleichgewichtsstörung verursacht, zu neutralisieren. Einmal kann ein Entzug der überschüssigen Warenmenge (Interventionskäufe) vorgenommen werden. Bei der Wiedereingliederung dieser Menge in den Markt können Subventionen nötig sein. Wenn beispielsweise der Entzug lediglich eine zeitliche Verschiebung des Angebotes bezweckt, werden die Zuschüsse für Lager- oder Haltungskosten notwendig. Dieser Fall traf auf den Viehmärkten zu:

«So ermächtigten wir die schweizerische Zentralstelle für Schlachtviehverwertung in Brugg, welche in der Durchführung von Preisstützungsaktionen seit Jahren führend mitwirkt, bei mangelnder Nachfrage auf den Märkten der Zuchtgebiete Tiere gegen Barzahlung zu kaufen und sie an weniger bemittelte Kleinbauern des Flachlandes mit Eigentumsvorbehalt auf Kredit abzugeben. Dabei handelte es sich hauptsächlich um 15—20 Monate alte Rinder II. Qual., die zur Mast bestimmt wurden, und auf Wunsch der Besitzer später ausgemästet, von der Zentralstelle zu lohnenden Preisen wieder übernommen und der Schlachtbank zugeführt werden».³³⁾

³³⁾ Bundesblatt 1936. I. Bd. S. 387.

Desgleichen wurden auch geschlachtetes Grossvieh und Schweine eingelagert.

Weiter besteht die Möglichkeit, die übernommenen Warenmengen einem Sonderverbrauch zuzuführen und dabei eine Preisdifferenzierung unterhalb des Garantiepreises vorzunehmen. Hierher gehören z. B. die bereits erwähnten Exporte zu verbilligten Preisen. Die Subventionen nehmen dabei die Form der Exportprämien an. Im Inland wurde einem geschlossenen Kreis von Abnehmern eine Verbilligung gewährt, so z. B. für Obst an Arbeitslose und an die Gebirgsbevölkerung, wie auch für Fleisch und Fleischkonserven an Arbeitslose.

Ausserdem kann die überschüssige Menge durch Gewährung von Beiträgen an die Nachfrager absorbiert werden. Für die Käufer stellen solche Beiträge eine Preissenkung dar. Die Preiswilligkeit wird gesteigert und es tritt eine Nachfrageverschiebung ein. (Die Nachfragekurve verschiebt sich in unserem Schema Nr. 4 von N auf N').

Als Beispiele dienen uns die Beiträge des Bundes beim Kauf von männlichen Zuchtieren in Berggegenden, Beiträge für die Verarbeitung von Trester ohne Brennen. Später ersetzte der Bund diese Prämie durch Zuschüsse für die Verarbeitung des Obstes, das nicht zur Branntweinherstellung verwendet wurde. Eine weitere Art von Zuschüssen bilden die Frachtbeiträge. Wir sind ihnen bereits im Abschnitt Aussenhandel (S. 25) begegnet. Diese Beiträge, wie die Zuschüsse an die Käufer überhaupt, wirken tendenziell preiserhöhend. Auch sie vermögen, wie die Kaufbeiträge, neue Nachfragerschichten anzuregen. Eine Gleichgewichtssituation, sowie ein vollkommen starres Angebot vorausgesetzt, werden sich die Händler bei Gewährung von Frachtbeiträgen bis zu deren Höhe überbieten. Wir sind jedoch anfänglich von einem Ueberangebot bei einem bestimmten Preis ausgegangen. Wenn jetzt Frachtbeiträge zur Auszahlung gelangen, wird die Preiswilligkeit der Käufer — wie erwähnt — zunehmen und die Nachfragekurve wird sich nach rechts verschieben. Es besteht somit die Wahrscheinlichkeit, dass der ursprüngliche Preis eingehalten werden kann. (Vgl. Schema 4.).

Die Wirksamkeit der Frachtbeiträge hängt jedoch zum grossen Teil vom Grad der Elastizität der Nachfrage ab. Eine relativ starre Nachfrage hat die Wirkung, dass die Frachtbeiträge hauptsächlich die Konsumenten begünstigen. Diese werden nur dann gewillt sein, die zusätzlich auf den Markt gelangende Menge zu übernehmen, wenn eine bedeutende Preissenkung eintritt. Liegt jedoch eine relativ elastische Nachfrage vor, — was bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen selten der Fall sein dürfte, wird ein Frachtbeitrag die Produzenten in erster Linie begünstigen. Schon ein geringer Zuschuss wird eine relativ grosse Steigerung der nachgefragten Menge auslösen.

Neben den Frachtbeiträgen für den Export von Zuchtvieh wurden solche Hilfeleistungen auch zur Steigerung des Absatzes im Inland verwendet. Die Bedingungen der Gewährung dieser Zuschüsse auf dem Zuchtviehmarkt scheinen uns einer besonderen Erwähnung wert zu sein. Der Bund hat nämlich damit ein weiteres produktionspolitisches Ziel verkoppelt. Er leistet die Beiträge nur für den Transport in bestimmten Richtungen und in bestimmte Gebiete, um eine Vermischung der Zuchtgebiete verschiedener Rassen zu verhindern.

Frachtbeiträge wurden z. B. auch gewährt für den Transport von Pferden von den Märkten der Zuchtgebiete, sowie zur Steigerung des Absatzes von Speisekartoffeln.

b) In Deutschland

1. Preisfestsetzungen.

(Richtpreise, Mindest- und Höchstpreise, Festpreise)

Im Mittelpunkt der deutschen Agrarpreispolitik stand die obrigkeitliche Regelung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, d. h. der unmittelbare Zugriff des Staates auf den Preis. Der Preis war nicht mehr die Resultante von Angebot und Nachfrage, sondern er wurde zu einem vom Staate gesetzten Datum, nach dem sich die angebotene und nachgefragte Menge zu richten hatte. Mit Hilfe des Preises glaubte man in Deutschland die Nahrungsmittelerzeugung steigern und steuern, aber auch den Verbrauch ausgleichen und lenken zu können.³⁴⁾ Prinzipiell versuchte man die Absatzwege trotz der Preisvorschriften nicht zu verändern. Man war sich zwar bewusst, dass man auf gegebene Verhältnisse der Erzeugung und des Angebotes einerseits, sowie der Nachfrage und des Verbrauches andererseits, Rücksicht zu nehmen hatte.³⁵⁾ Schon hier erscheint ein wesentlicher Gegensatz zur schweizerischen Agrarpreispolitik. In Deutschland bildeten die Preisfestsetzungen den Hauptbestandteil der Agrarpreispolitik. Mit anderen preispolitischen Massnahmen wurde mehr ergänzend eingegriffen, wenn Auswirkungen des Marktes mit den «Festpreisen» kollidierten. Dagegen trugen in der Schweiz die Preisfestsetzungen ergänzenden Charakter und andere preispolitische Vorkehren standen im Vordergrund. Die Einschränkungen der freien Preisbildung auf dem Agrarmarkte waren in Deutschland viel einschneidender als im allgemeinen in der Schweiz.

³⁴⁾ Vgl. Schürmann Arthur: Deutsche Agrarpolitik; Neudamm 1940, S. 339.

³⁵⁾ A. a. O. S. 341.

Da man in Deutschland aber trotzdem auf die gegebenen Marktverhältnisse einigermassen Rücksicht zu nehmen hatte, musste man hinsichtlich der Preisbestimmung tastend vorgehen. Der Erlass von starren Preisbindungen erfolgte daher nicht auf Knall und Fall, sondern war je nach Produkt und Zeitpunkt verschieden. So wurden beispielsweise für das Brotgetreide zuerst Mindestpreise festgesetzt, und erst ein Jahr später ging man zu Festpreisen über. Meistens wurden zuerst Richtpreise oder Spannenpreise (Preisvorschriften mit einer oberen und einer unteren Grenze, zwischen denen sich der definitive Marktpreis bilden konnte) eingeführt. Erst nachher ging man zu rigoroseren Preisbindungen, wie Mindest- und Höchstpreisen, Festpreisen über. Wenn es sich um stark differenzierte Erzeugnisse handelt, werden Preisfestsetzungen in der Regel zu kompliziert und zu unübersichtlich. Deshalb wurden z. B. beim Schlachtvieh zuerst lediglich Richt- und Spannenpreise erlassen. Um auch bei solchen Produkten Festpreise bestimmen zu können, wurden die Waren in Qualitätsklassen (Standardisierung) eingeteilt. Allmählich wurde der Kreis der Produkte mit Festpreisen immer grösser. Wohl waren innerhalb des gesamten Reichsgebietes für gewisse Produkte die Preisbindungen lockerer als Festpreise. Sie konnten aber durch die örtlichen oder regionalen Marktverbände straffer gestaltet werden, was wieder Festpreisen gleich kam.

In diesem schliesslich entstandenen System von Festpreisen lag ein Moment der «Trägheit». Infolgedessen konnten momentane Verschiebungen der Marktlage bei den Preisen nicht zum Ausdruck kommen. Der Staat war auch bestrebt, Preisfluktuationen auf den Agrarmärkten weitgehend zu unterbinden. Die Stabilhaltung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde schon vor 1936 angestrebt, im Gegensatz zur Preisbindung anderer Güter, die erst durch die sogenannte «Preisstoppverordnung» von 1936 zur Tatsache wurde.

Die Preisfestsetzungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse erfolgten nun nicht nur für die erste Absatzstufe, sondern sie wurden auf alle Stufen ausgedehnt. Da man bestrebt war, die Kaufkraft der Verbraucher nicht durch Erhöhungen der Nahrungsmittelpreise zu schmälern und anderseits den Produzenten höhere Preise zu gewähren, versuchte man diesen Gegensatz durch Verkürzung der Handelsspanne zu überbrücken. Dieses Vorgehen glaubte man umso besser rechtfertigen zu können, als der Handel die Krisenverluste zum grössten Teil durch eine Erweiterung der Handelsspanne auszugleichen vermochte.

Ebenfalls mit Hilfe der Preispolitik versuchte man in Deutschland eine zeitliche Anpassung des Angebotes an die Nachfrage zu erzielen. Im allgemeinen steht den saisonalen Schwankungen des Angebotes pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse ein in der Regel kontinuierlicher Bedarf gegenüber.

Jahreszeitlich unveränderte Preise würden die Angebotsfluktuationen noch akzentuieren u. die Preisspannungen noch verschärfen. In diesem Falle würden nämlich die Produzenten bestrebt sein, die gesamte Erzeugung möglichst schnell dem Markte zuzuführen. Deshalb wurden die Preise *zeitlich gestaffelt*. Neben diese zeitlichen Preisstaffelung trat eine *räumliche Preisdifferenzierung*. Dadurch wurde ein Faktor des tatsächlichen Marktes mitberücksichtigt, indem man versuchte, das Transportkostengefälle zwischen Markttort und Erzeugungsort bei der Preisbestimmung zu berücksichtigen. Zu diesem Zwecke wurde das ganze Reichsgebiet für bestimmte Produkte in Preiszonen, in sogenannte Festpreisgebiete eingeteilt. Einteilung und Zahl dieser Gebiete variierten je nach den Erzeugnissen. Solche Festpreisgebiete fanden sich beispielsweise für Getreide, bei dem ein Preisgefälle von Westen nach Osten und von den grossen Verbrauchszentren zu den Ueberschussgebieten bereits vor der Schaffung der Festpreise bestanden hatte und nun künstlich beibehalten wurde. Weniger zahlreich waren die Festpreisgebiete für Kartoffeln.

In der Wirklichkeit gelingt es aber nicht, das natürliche Transportkostengefälle voll und ganz zu berücksichtigen, mögen die Preisgebiete noch so sorgfältig abgegrenzt werden.

Ausserdem bilden die Transportkosten ein systemfremdes Element des Gedankenmodells der freien Marktwirtschaft. Es ist deshalb umso unbegreiflicher, dass gerade dieser Nachteil des «liberalen Systems» in Deutschland übernommen wurde. Die Beibehaltung dieses Preisgefälles behinderte eine intensivere Bebauung in jenen Gebieten, welche durch hohe Transportkosten belastet wurden, (niedrigere Produktpreise, höhere Frachtkosten für Konsum- und Produktionsgüter).

Es gab zwar auf einzelnen Märkten Ansätze, die auf einen interregionalen Preisausgleich hienzielten. Für einzelne Gemüsesorten z. B. erstrebte man einen Frachtausgleich, indem man für marktnähere Produkte einen über die tatsächlichen Frachtkosten hinausgehenden Zuschlag erhob, der zur Verbilligung des Transportes marktferner Produkte herangezogen werden konnte. Aehnlich wie in der Schweiz wurde auch die Konsummilch mit einer Abgabe belastet, welche zur Verbesserung der Werkmilchpreise diente, was wiederum mit einem räumlichen Preisausgleich identisch war.

Mit diesen Massnahmen des Preisausgleichs haben wir bereits auf das Gebiet der Subventionen und Zweckabgaben vorgegriffen.

2. Subventionen und Zweckabgaben.

Eine Folge der deutschen Preispolitik bestand in einer gewissen Starrheit des Preissystems und damit der bestehenden Preisrelationen. Die Mög-

lichkeit, Preisveränderungen vorzunehmen, war wegen den zu befürchtenden Sekundärwirkungen äusserst beschränkt (Veränderung in der Preis-Kostenrelation, Kaufkraftverschiebungen). Um zunehmende Spannungen in diesem Preissystem zu beseitigen, war man schliesslich trotzdem auf ergänzende Massnahmen angewiesen. Man griff in zunehmendem Masse auf Zweckabgaben und Subventionen. Dabei wurde meistens ein Zweig des Agrarsektors mit Zweckabgaben belastet, die zur Hebung des Produzentenpreises eines andern landwirtschaftlichen Erzeugnisses dienten³⁶⁾. Die Mittel für die betreffenden Zuschüsse hatte der jeweilige Produktionszweig, bzw. die Konsumenten der entsprechenden Erzeugnisse, selbst aufzubringen. Dies in einem gewissen Gegensatz zur schweizerischen Lösung, nach der vielfach Mittel aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu diesem Zweck verwendet wurden.

Ein treffends Beispiel für das Vorgehen in Deutschland finden wir bei der Roggenpreisstützung. Als man es aus wirtschaftspolitischen Gründen für notwendig erachtete, den Produzentenpreis für Roggen zu erhöhen, ohne diese Erhöhung auf dem Konsumgütermarkte entsprechend sich auswirken zu lassen, gewährte der Staat einen Preiszuschuss. Dies wurde durch die Belastung der Weizenmühlen, der Brauereien und der Zuckerwirtschaft mit einer Zweckabgabe möglich.

Aehnlich wie in der Schweiz wurde auch in Deutschland eine Zweckabgabe auf Trinkmilch erhoben. Diese diente zur Deckung der Differenz zwischen Produzentenpreis und dem tieferen Grosshandelspreis für Verarbeitungsmilch.

Ein drittes Beispiel treffen wir in der Besteuerung der pflanzlichen und tierischen Fette im Rahmen eines Monopols an. Die Mittel dieser Zweckabgabe verwendete man zur Gewährung von Preiszuschüssen für pflanzliche Fette (Raps usw.). Im Gegensatz dazu, wurden in der Schweiz die Zoll- und Preiszuschläge auf eingeführte pflanzliche Öle und Fette zur Verbilligung der Butter verwendet. Ein Teil der in Deutschland erhobenen Zweckabgabe wurde zur Verbilligung der Margarine für einen geschlossenen Kreis von Sonderverbrauchern (Minderbemittelte) verwendet. Dabei handelte es sich darum, die durch die preispolitischen Massnahmen verursachte Verteuerung des Fettes von den untern Einkommensschichten fernzuhalten. In der Schweiz begegneten uns die gleichen Bemühungen unter dem Gesichtspunkte einer Nachfragesteigerung, um einen Ueberschuss zu beseitigen.

Obschon man in Deutschland anfänglich glaubte, die Subventionen und Zweckabgaben als Mittel der Agrarpreispolitik entbehren zu können, kam

³⁶⁾ Vgl. «Der Deutsche Volkswirt» vom 13. August 1937, Nr. 46: «Die Roggenpreisstützung».

man später doch nicht um ihre Anwendung herum. Trotzdem darf man sagen, dass diese Massnahmen, die in der Schweiz die Hauptstütze der Agrarpreispolitik bildeten, in Deutschland während der Untersuchungsperiode nicht diese Bedeutung erlangten.

III. Die Beeinflussung des Angebotes landwirtschaftlicher Erzeugnisse

a) In der Schweiz.

1. Interventionskäufe.

Schon im Abschnitt über die Subventionen und Zweckabgaben wurden die Interventionskäufe kurz erwähnt. Wir verstehen darunter jene Massnahmen des Staates oder einer von ihm beauftragten Marktorganisation, die Warenmenge, welche bei einem zu haltenden Preis das Grenzangebot übersteigt, aus dem Markt zu nehmen. Dieser Entzug kann dauernd oder vorübergehend erfolgen. Eine vorübergehende Herausnahme, z. B. im Zeitpunkt der Ernte, bildet zugleich ein geeignetes Mittel, saisonale Preisfluktuationen abzuschwächen. Diese dürfen allerdings nicht vollständig beseitigt werden, weil die durch die Einlagerung verursachten zusätzlichen Kosten in den Preisen zum Ausdruck kommen müssen. Diesem Umstand trugen die erlassenen Vorschriften durch zeitliche Preisstaffelung Rechnung. Interventionskäufe dieser Art wurden z. B. in Jahren mit Kartoffelgrossernten vorgenommen. Ein ähnliches Vorgehen war auch auf dem Obst- und Weinmarkte anzutreffen.

Eine vorübergehende Entlastung des Marktes durch Käufe wird dann illusorisch, wenn der Angebotsdruck zeitlich nicht befristet ist. Die Wiedereingliederung der durch Interventionskäufe entzogenen Warenmengen würde immer wieder einen neuen Preisdruck verursachen. Bei solchen Marktsituationen versuchte man, die übernommenen Warenmengen zu exportieren, wie z. B. Nutz- und Zuchtvieh. Andere Möglichkeiten ergaben sich durch ihre Verarbeitung (Vieh zu Gefrierfleisch oder Konserven), oder durch Zuführung in einen Sonderverbrauch (verbilligte Abgabe von Obst, Fleisch an Arbeitslose und an die Gebirgsbevölkerung).

Es besteht die Gefahr, dass die Wirksamkeit von Interventionskäufen herabgemindert wird. Dies dann, wenn auf Grund der durch diese Käufe herausgebildeten Preise sich ein falsches Bild der tatsächlichen Marktlage ergibt. In diesem Falle können die Preisantizipationen der Erzeuger zu einer Steigerung des Angebotes führen. Ein Beispiel bietet uns während der Un-

tersuchungsperiode der Schweinemarkt, auf dem das Angebot derart anstieg, dass man mit Interventionskäufen nicht mehr auskam und zu einer straffen Produktionsregelung übergehen musste. Das «Gesetz der steigenden Marktintervention» kam hier deutlich zum Ausdruck.

2. Preiskontingente.

Ein Ueberschussproblem kann auch dann eintreten, wenn das betreffende Erzeugnis mit einer Preis- und Uebernahmegarantie ausgestattet ist. Dieses Problem suchte man in der Schweiz derart zu lösen, dass der Bund eine Preis- und Uebernahmegarantie *nur* für ein festgesetztes Kontingent übernahm. Bei Ueberschreitung wurden Preisabzüge vorgenommen, die progressiv zunehmen konnten. So versuchte der Bund in Verbindung mit den milchwirtschaftlichen Organisationen das Angebot an Milch und Milchprodukten auf diese Weise indirekt zu beschränken. Das geschah allerdings nur vorübergehend, denn der Erfolg war äusserst gering. Einzig der «Milchpreistützungsfonds» wurde infolge der vorgenommenen Preisabzüge entlastet. Das Ziel, die Einschränkung der Milchproduktion, wurde damit nicht erreicht.

Die besondere Organisation der schweizerischen Landwirtschaft (bäuerliche Familienwirtschaft und daraus sich ergebendes antikonjunkturelles Verhalten) wie die mangelnde Elastizität des Angebotes, waren an diesem Misserfolg beteiligt.

b) In Deutschland.

Um die Stabilität der Preise zu wahren, was besonders während der zweiten Hälfte der Untersuchungsperiode eines der Hauptziele der deutschen Preispolitik darstellte, mussten entweder das Angebot oder die Nachfrage, und schliesslich beide zugleich, auf die gegebenen Preise mit Hilfe der staatlichen Zwangsgewalt abgestimmt werden⁸⁷⁾. Ausserdem war eine Umgehung bei dem in Deutschland angeführten umfassenden System von Preisbindungen kaum zu vermeiden. Um diese Gefahr möglichst zu beschränken, mussten diese Preisvorschriften durch eine Vielzahl von Kontrollen und weiteren Markteingriffen ergänzt und unterbaut werden. Die Massnahmen auf der Seite des Angebotes zielten darauf ab, den Warenstrom zu regulieren. Wir unterscheiden dabei zwischen Vorkehren, die ihn nur in bezug auf die Richtung und solchen, die ihn in bezug auf seine Grösse beeinflussen sollten.

⁸⁷⁾ Schürmann: a. a. O. S. 351.

1. Die Kontrolle und Lenkung des gegebenen Warenstromes.

Die grosse Zahl von Preisvorschriften machte eine staatliche Kontrolle über die Einhaltung notwendig. Ausserdem musste sich der Staat einen Ueberblick über Art, Menge und Lieferungsbedingungen der umgesetzten Waren verschaffen. Eines dieser Kontrollinstrumente war der sogenannte Schlusschein, welcher dem zuständigen Marktorgan für jeden Umsatzakt abgegeben werden musste und der diese Angaben enthalten sollte.

Es bestehen jedoch berechtigte Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Kontrollmassnahme, wenn auf dem betreffenden Markt ein Ungleichgewicht besteht, d. h. wenn der festgesetzte Preis vom Gleichgewichtspreis erheblich abweicht. Dann kann man sich fragen, ob für alle Umsätze solche «Schlusscheine» ausgefertigt werden. Eine weitere Frage bildet die Glaubwürdigkeit der gemachten Angaben. Zur Verbesserung der Uebersicht über den Marktablauf wurde der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen bewilligungspflichtig erklärt. Auf diese Weise konnte der Staat nicht genehme Elemente ausschalten und damit den Kreis der Beteiligten verkleinern. So wurde im Milchhandel die Konzessionspflicht, auf den Schlachtviehmärkten eine besondere Zulassungsbewilligung eingeführt. Für den Hopfenhandel waren Ausweiskarten notwendig.

Eine solche Auskämmung und Einengung des Kreises der Beteiligten bildete die Vorbedingung einer Verkürzung der Handelsspanne, weil dabei der verminderte Stückgewinn durch einen gesteigerten Umsatz kompensiert werden konnte.

Ansätze in der gleichen Richtung waren auch in der Schweiz vorhanden, indem der Milchhandel konzessionspflichtig erklärt wurde. Ein Unterschied gegenüber Deutschland bestand allerdings darin, dass bisherige Marktbeteiligte nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden konnten.

Bestand auf einem örtlich begrenzten Markt ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, dann musste die Richtung des Warenstromes durch das Regulierungsorgan so umgelenkt werden, dass dieses Ungleichgewicht nach Möglichkeit beseitigt wurde. Dies suchte man durch den sogenannten «*Andienungszwang*» zu erreichen. Dieser bestand in der Verpflichtung des Produzenten, sein Erzeugnis an einen vorgeschriebenen Markttort oder Käufer abzuliefern.

Nachdem die Preisvorschriften erlassen waren, konnte den Preisen keine automatisch regulierende Funktion mehr zukommen. Der Staat übernahm also auch hier eine früher durch die Preise zu erfüllende Aufgabe. Damit ging ein Element, das zur Marktübersicht beitrug, verloren. Um sich eine gewisse Marktübersicht trotzdem zu verschaffen, verkoppelte der Staat häufig diesen «*Andienungszwang*» mit einer Voranmeldepflicht der Ablieferung und einer Pflicht zur Bedarfsmeldung (z. B. für Getreide und Vieh).

Im Interesse der Vergrößerung der Kontrollmöglichkeiten des tatsächlichen Marktablaufes wurde die Freiheit auf dem Markte noch mehr eingesengt. Den gesamten Warenstrom leitete man über besondere, vorgeschriebene Verteilungsplätze und Märkte³⁸⁾. Dabei wurde diese Massnahme mit dem oben erwähnten Meldeverfahren verbunden. Dies traf vor allem für den Schlachtviehmarkt zu.

Ausserdem wurden durch «Einhegung der Märkte» bestimmte Produktionsgebiete fest umrissenen Absatzgebieten zugewiesen. Diese waren vor dem Wettbewerb aus andern Produktionszentren geschützt. Beispiele für «Markteinhegungen» finden wir auf den Märkten für Milch, Eier, Frühkartoffeln und Gemüse.

Ebenso wurden dem Verarbeitungsgewerbe feste Einzugsgebiete für seine landwirtschaftlich erzeugten Rohstoffe zugewiesen³⁹⁾. Man könnte also hier von einem Nachfragemonopol für die betreffenden Unternehmungen sprechen. Die Ausnützung dieser Monopolstellung wurde jedoch durch zusätzliche staatliche Massnahmen, wie Preisvorschriften, Lieferungskontingente, staatliche Genehmigungspflicht der Lieferungsverträge verhindert. Neben den bereits erwähnten Modalitäten, die eine Veränderung der Absatzwege herbeiführten, brachte man die angebotene Warenmenge nicht mehr direkt durch die Produzenten sondern über Sammelstellen auf den Markt. Das Regulierungsorgan schob sich also selbst zwischen Anbieter und Nachfrager, wie z. B. bei Erzeugnissen des Gartenbaus, bei Frühkartoffeln oder bei Eiern.

Dieses Vorgehen hat eine gewisse Aehnlichkeit mit der Preis- und Uebnahmegarantie in der Schweiz. Damit versuchte man in Deutschland allerdings nicht einen Anschluss zwischen einem höheren Produzentenpreis und einem niedrigen Marktpreis herzustellen. Noch grösser ist die Aehnlichkeit mit der in der Schweiz gebräuchlichen genossenschaftlichen Regelung des Absatzes, an deren Stelle in Deutschland staatliche Institutionen traten. Vielfach bildeten solche Sammelstellen die einzigen Verbindungsglieder mit den oben angeführten räumlich abgegrenzten Wirtschaftsgebieten.

2. Die Regelung und Regulierung der Angebotsmenge.

Diese rein organisatorische Lenkung des gegebenen Warenstromes war jedoch ungenügend, um die angestrebte Stabilität der Preise zu gewährleisten. Es war vielmehr notwendig, das Angebot ebenfalls zu beeinflussen. Zur Erreichung dieses Zieles wurden verschiedene Mittel angewendet.

³⁸⁾ Unter Markt ist hier der engere Sinn des Wortes zu verstehen: Tatsächlicher Treffpunkt sämtlicher Anbieter und Nachfrager.

³⁹⁾ Den Molkereien wurden abgegrenzte Einzugsgebiete für Verarbeitungsmilch, der Konservenindustrie bestimmte Lieferanten und Liefergebiete zugewiesen.

a) Ein erstes Mittel bestand im schon erwähnten Erzeugungs- und Lieferungsvertrag, verbunden mit einer Kontingentierung der Produktion im Verarbeitungsgewerbe. Diese Vertragsart hatte in Deutschland (im Gegensatz zur Schweiz) öffentlich-rechtlichen Charakter.

Der Staat war es auch, der die wichtigsten Bestimmungen des Vertragsinhaltes festlegte. Auf dieser Grundlage wurde der Verkehr zwischen Gemüseproduzenten und Konservenfabriken, zwischen Zuckerrübenbauern und Zuckerfabrik geregelt. Zum Zweck der Steigerung des Schweineangebotes schloss auch die «Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse» derartige Verträge ab. Darin verpflichteten sich die Mäster zur Lieferung einer bestimmten Anzahl Schweine an einem festgesetzten Zeitpunkt zum jeweils vorgeschriebenen Preis.

Der Staat übte auf die angebotene Warenmenge durch Kontingentierung der Verarbeitungsmenge der Betriebe der Nahrungsmittelindustrie einen indirekten Einfluss aus (z. B. Mühlen, Brauereien, Zuckerfabriken, Konservenfabriken, Schlachthäuser usw.). Dabei bestand die Verpflichtung, die Kontingente genau einzuhalten. Die nachgefragte Menge an Rohstoffen wurde somit durch staatlichen Eingriff reguliert. Der Zusammenhang zwischen der Kontingentierung und den soeben genannten Erzeugungsverträgen bestand in der Abwälzung der kontingentierten Menge an Rohstoffen auf die Agrarproduzenten mittels dieser Kontrakte.

b) Bei auftretenden Angebotsstauungen wurde, wie in der Schweiz, zu Interventionskäufen geschritten. Ihre Bedeutung und ihre Funktion wurden schon früher gewürdigt. Solche Entlastungskäufe wurden beispielsweise für Schlachtvieh, Gemüse und Obst vorgenommen. Wenn die Beseitigung eines Ueberangebotes nötig war, verarbeitete oder lagerte man die überschüssigen Warenmengen ein. Für die Einlagerung mussten sich Händler oder Verarbeiter verpflichten (vergl. z. B. die Lagerhaltungspflicht der Mühlen, Zuckerfabriken, Brauereien). Diese Verpflichtung bildete ebenfalls ein Mittel der Preispolitik, weil durch Manipulierung der Pflichtlager eine Stabilhaltung der Preise erhofft wurde. Beschränkt haltbare Güter, wie Obst oder Gemüse, und Güter, die Haltungskosten verursachten (Vieh) verarbeitete man wie in der Schweiz, zu Konserven.

c) Im späteren Verlauf der Untersuchungsperiode stellte sich weniger das Problem bei den gegebenen Preisen einen Angebotsdruck zu beseitigen, als eine genügende Angebotsmenge zu erzielen. Um diese zu erreichen, verfiel man auf den Ablieferungszwang. Das treffendste Beispiel bildete die Getreidewirtschaft, in der ein Ablieferungsrecht bald einer Ablieferungspflicht weichen musste. Diese Pflicht wurde zusehends verschärft. Anfangs beschränkte sie sich nur auf ein bestimmtes Kontingent, während der Verkehr für Mengen, die über das Kontingent hinaus gingen, noch frei war.

Später wurde die ablieferungspflichtige Menge grundsätzlich auf sämtliches produziertes Brotgetreide ausgedehnt und auch das Futtergetreide miteinbezogen.

IV. Die Beeinflussung der Nachfrage

a) In der Schweiz.

1. Verbilligungsaktionen.

In der Schweiz handelte es sich während der Untersuchungsperiode durchwegs um die Lösung eines Ueberschussproblems, d. h. eines Missverhältnisses zwischen einem, bei gegebenen Preisen zu hohen Angebot und der nachgefragten Warenmenge. Die meisten Massnahmen zielten darauf ab, die angebotene Gütermenge abzusetzen, ohne dadurch Preiseinbrüche zu verursachen. Eine grosse Rolle spielten dabei wieder die schon mehrfach erwähnten Subventionen, die zur Verbilligung bestimmter Erzeugnisse eingesetzt wurden. Auf diese Weise sollte zur Beseitigung des Ungleichgewichts eine grössere Käuferschicht in den Tauschprozess einbezogen werden.

Die dabei angewandten Methoden haben wir schon im Abschnitt über die Subventionen und Zweckabgaben kennen gelernt, weshalb wir sie hier nur summarisch wiedergeben müssen. An erster Stelle standen die allgemeinen Verbilligungsaktionen, zur Ausweitung des Verbrauches (z. B. bei eingesottener Butter).

Weiter können wir auch die spezielle Verbilligung von Agrarprodukten (Obst, Fleisch) anführen, die sich auf einen geschlossenen Kreis von Sonderverbrauchern (Arbeitslose, Gebirgsbevölkerung) beschränkten.

Schliesslich vermochten auch die den Käufern gewährten Prämien (Zuschüsse, Frachtbeiträge) beim Kauf von landwirtschaftlichen Produkten oder Produktionsmitteln, wie Obst, Kartoffeln, Nutz- und Zuchtvieh, eine Steigerung der Nachfrage auszulösen.

2. Der Verwendungszwang.

Unter Verwendungszwang ist die Verpflichtung zur Uebernahme von landwirtschaftlichen Produkten durch gewisse Käuferschichten zu verstehen. Häufig wurden dabei die Nachfrager bestimmter Produkte gezwungen, andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ebenfalls zu übernehmen. In diesem Falle spricht man von Mitverwendungszwang.

Die Ursache der Einführung des Verwendungs- bzw. Mitverwendungszwanges kann durch zwei verschiedene, einander gerade entgegengesetzte Motive begründet werden — durch einen relativen Mangel oder einen relativen Ueberfluss. Eine bestehende Mangellage — im Verhältnis zum gegebenen Preis soll durch Zwangszuteilung von Substitutionsgütern überbrückt werden. Im entgegengesetzten Fall soll die relative Ueberflusssituation auf bestimmten Märkten durch Zwangszuteilung oder durch Zwangsbemischung zu Substitutionsgütern beseitigt werden.

Wie bereits erwähnt, bestimmte in der Schweiz während der Untersuchungsperiode ausschliesslich die zweite Ursache die Einführung des Verwendungszwanges. Bedeutsam war dabei vor allem die Verkoppelung des Importes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit der Pflicht zur Uebernahme inländischer Produkte. So wurden z. B. die Importeure von Eiern, Gemüse, Wein, Butter verpflichtet, dieselben Inlandsgüter in einem vorgeschriebenen Verhältnis mitzuübernehmen. Zeitweise verlangte man auch eine Beimischung von Butter zu importierten pflanzlichen Fetten. Erwähnenswert ist auch der vorübergehende Zwang zur Uebernahme von Käse durch die Milchproduzenten. Einen Teil des Milcherlöses erhielten diese nicht in bar, sondern in Form von Käse, was als besondere Form des Naturalentgeltes bezeichnet werden kann.

Der Verwendungszwang stellt einen exorbitanten Eingriff in die Konsumfreiheit dar. Die Bedürfnisskala der privaten Wirtschaftssubjekte wird durch solche staatliche Massnahmen zwangsweise verändert. In der Schweiz kam dies allerdings wenig deutlich zum Ausdruck, weil die Konsumenten nur indirekt davon betroffen wurden.

Dagegen kann nicht gelehnet werden, dass der Verwendungszwang ein wirksames Mittel der Preispolitik ist, weil er die Nachfrage tendenziell zu steigern und damit ein vorhandenes «Ueberangebot» zu beseitigen vermag.

b) In Deutschland.

In Deutschland war die Beeinflussung der Nachfrage, d. h. die Verbrauchslenkung von wesentlich grösserer Bedeutung als in der Schweiz. Dort musste nicht nur ein relativer Ueberschuss der Warenmenge beseitigt werden. Im späteren Verlaufe der Untersuchungsperiode trat das Problem der Behebung eines relativen Mangels immer stärker in den Vordergrund. Besonders auf den Märkten der landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte war eine starke Steigerung der Nachfrage festzustellen. Die Ursache bestand u. a. in der staatlichen Förderung des Industrialisierungsprozesses (Rüstungskonjunktur), was zu einem erheblichen Anstieg des

nominellen Konsumenteneinkommens führte. Die Angebotssteigerung bei den landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten vermochte der Nachfrageentwicklung nicht zu folgen. Ausserdem waren die Massnahmen des Staates zu wenig darauf ausgerichtet, diese Lage zu beseitigen. Im Gegenteil, man stellte die Steigerung der Produktion von Gütern des Existenzbedarfes bewusst in den Vordergrund. Die private Bedürfnisskala wurde in bedeutend stärkerem Masse als in der Schweiz durch staatliche Eingriffe verändert: «Der deutsche Verbraucher soll wieder mehr auf die Nahrungsbedingungen unseres Raumes und die Ernährungsgewohnheiten seiner Vorfahren zurückgeführt werden⁴⁰⁾». Die zur Beeinflussung der Nachfrage getroffenen Massnahmen zielten immer mehr auf eine völlige Lenkung des Verbrauches ab.

1. Propaganda.

Die Vermutung liegt nahe, dass die Bevölkerung in Deutschland in dem hier zur Diskussion stehenden Zeitraum für äussere psychologische Einwirkungen leichter empfänglich war als etwa in der Schweiz. Daher begann die durch den Staat ausgeübte Propaganda nicht ausschliesslich auf staatspolitischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine immer wichtigere Rolle zu spielen. Eine besonders bedeutsame Aufgabe kam ihr als Mittel zur Beeinflussung des Nahrungsmittelverbrauches zu.

Der Bevölkerung wurde angeraten, gerade die jeweils relativ knappen Nahrungsmittel, wie Eier, Fett oder bestimmte Fleischsorten aus gesundheitlichen Gründen zu meiden. Damit soll nicht gesagt werden, dass die Propaganda bzw. Reklame in der Schweiz als Mittel der Verbrauchsbeeinflussung vollständig weggefallen sei. Doch war es hier nicht der Staat, bzw. eine staatliche Organisation, welche diese Tätigkeit direkt ausübte. Die Absatzpropaganda wurde vielmehr den privaten Institutionen überlassen, die zu diesem Zwecke allerdings auch staatliche Zuschüsse erhielten.

2. Prämien.

Prämien zum Zwecke der Ausdehnung der Nachfrage kamen in Deutschland kaum in Frage. Wir sind früher schon solchen Massnahmen zur Verbilligung bestimmter Nahrungsmittel (Margarine), verbunden mit der Schaffung eines Sonderverbrauches begegnet. Mit diesem Vorgehen wollte man jedoch nur vermeiden, dass die Kaufkraft bestimmter Verbraucherschichten geschmälert wurde. Deshalb kann in diesem Falle nur bedingt von einer agrarpreispolitischen Massnahme gesprochen werden. Diese Prämien und Verbilligungsaktionen waren in Deutschland bei weitem nicht so bedeutend wie in der Schweiz.

⁴⁰⁾ Schürmann A.; a. a. O. S. 363.

3. Der Verwendungs- und Beimischungszwang.

Hingegen stellte der Verwendungs- und Beimischungszwang eine häufige agrarpreispolitische Massnahme dar. Massgebend für seine Einführung war nicht ausschliesslich, wie in der Schweiz, die Beseitigung eines Ueberschusses, sondern auch die Ueberwindung eines Mangels. Als Beispiele für solche Eingriffe sind etwa anzuführen: Die Beimischung von Kartoffelzucker zur Konfitüre, von Kartoffelmehl zu Weizengebäck, die Uebernahmepflicht von Spiritus durch die Benzinhändler usw. Meistens musste eine solche Beimischung dem Käufer nicht bekannt gegeben werden. Die betreffende Ware erlitt eine Qualitätsverschlechterung, was einer indirekten Preissteigerung gleichkam.

Auch die kollektiven Haushaltungen wurden in den Dienst dieser Verbrauchslenkung gestellt. Um die Nachfrage auf den Märkten relativ knapper Güter indirekt zu beschränken, bestimmte man für die Gaststätten einen Zwangsverbrauch von andern Gütern. Das «Winterhilfswerk» schrieb ihnen z. B. für den November 1937 ein Eintopfgericht vor, das aus Aepfeln und Kartoffeln bestand und, als «Himmel und Erde» bezeichnet wurde. «Der Deutsche Volkswirt» kommentierte diese Vorschrift wie folgt: «Möge dieses schöne Gericht, das «schlesische Himmelreich» allen deutschen Gauen gebracht werden»⁴¹⁾.

4. Die Einschränkung des Verbrauches.

Der zwangsweisen Verbrauchseinschränkung fiel im Laufe der Untersuchungsperiode eine immer grössere Bedeutung zu. Der extremste Fall bestand in einem vollständigen Verbrauchsverbot, wie z. B. das Verbot des Kornbrennens⁴²⁾, oder das Fütterungsverbot für Brotgetreide. Durch diese Verbote wurden bisherige Absatzkanäle zugunsten anderer vollständig unterbunden.

Andere Massnahmen waren weniger einschneidend, da sie durch Beschränkung der Konsumfreiheit nur den Verbrauch dem vorhandenen Gütervorrat anzupassen hatten. Schon in den oben angeführten Verarbeitungskontingenten ist die Vorstufe dazu geschaffen. Diese Kontingente wurden auf die letzte Stufe des Konsumgütermarktes verlegt und auf die in Kundenlisten eingeschriebenen Konsumenten verteilt.

Ausserdem führte man schon vor dem Ausbruch des Krieges die Rationierung von Butter und Fett ein.

⁴¹⁾ «Der Deutsche Volkswirt»; 12. Jahrgang Nr. 6 vom 5. Nov. 1937; S. 226.

⁴²⁾ Massgebend für den Erlass dieses Verbotes mochten auch volkshygienische Gründe sein.

Getreu dem Ausspruch Görings: «Kanonen statt Butter», wurde darauf verzichtet, ausreichende Massnahmen auf dem Inlandmarkte zu treffen oder durch gesteigerte Einfuhr diese Versorgungslücken zu beseitigen. Auch im Rahmen der Einfuhrpolitik bildete nicht der Preis das Lenkungsmittel, sondern eine staatliche Bedürfnisskala. In dieser wurde vor allem der Vorrang der Rüstungsindustrie sichtbar. Besonders im Bereiche der «superioren» Nahrungsmittel verzichtete man auf die vollständige Deckung des Bedarfes. Gegenüber den deutschen Konsumenten wurde dieser Tatbestand mit einem entsprechenden Verhalten des Auslandes begründet. «Meist werden derartige Beschränkungen bereits im Rahmen der Einfuhrregelung und Devisenbewirtschaftung vorgenommen; der Mangel an bestimmten Waren erscheint dann als Folge der aussenpolitischen Entwicklung und wird so leichter in Kauf genommen»⁴³).

Trotzdem in der Schweiz ebenfalls Ansätze zur Verbrauchslenkung vorhanden waren (zwangsweise Verbrauchssteigerung, Einschränkung aus volkshygienischen Gründen) muss hier auf den grossen Unterschied gegenüber dem Vorgehen in Deutschland hingewiesen werden. In diesem Lande bekam die unmittelbare Beeinflussung des Verbrauches eine Bedeutung, die sie in der Schweiz höchstens im Kriege erlangen.

V. Beeinflussung der Produktion

Die Produktionspolitik wird hier als ein Teilgebiet der landwirtschaftlichen Preispolitik betrachtet. Wir verstehen darunter jene Massnahmen, welche bewusst auf eine Veränderung der Erzeugung, sowohl in bezug auf die Menge, wie auch im Hinblick auf die Qualität der Produkte hinzielen.

a) In der Schweiz.

1. Die Beeinflussung der Produktionsmenge.

In der Schweiz waren die Bestrebungen nicht nur aus preis- sondern auch aus versorgungs- und produktionspolitischen Gründen schon während des Untersuchungszeitraumes darauf gerichtet, die (exportorientierte) viehwirtschaftliche Produktion zu Gunsten eines vermehrten Ackerbaus einzuschränken. Ein grosser Teil der Massnahmen diente der Erreichung dieses Zieles. Sie trugen deshalb im Bereiche der Viehwirtschaft restriktiven, im Ackerbau expansiven Charakter.

⁴³) Schürmann; a. a. O. S. 373.

a) Einen wichtigen Bestandteil der landwirtschaftlichen Produktionspolitik bildeten *die einfuhrpolitischen Massnahmen*, die im ersten Abschnitt betrachtet wurden. In diesem Bereiche belastete man z. B. die Einfuhr landwirtschaftlicher Produktionsmittel, um eine Einschränkung der Erzeugung eines bestimmten Betriebszweiges zu erzielen. Ausserdem hemmte man die Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Zwecke einer Steigerung der Inlandsproduktion.

Als Beispiel für den ersten Fall kann *die Belastung und Beschränkung der Einfuhr von Futtermitteln* durch Zoll und Preiszuschläge sowie durch ihre Monopolisierung angeführt werden. Mit Hilfe dieser Massnahme erwartete man u. a. eine Steigerung der einheimischen Futtermittelerzeugung (insbesondere des Futtergetreides).

Die mit diesen Eingriffen verbundene inländische Preissteigerung der Futtermittel erhöhte die Produktionskosten jener Betriebe, welche dieses Produktionsmittel auf dem Markte beschafften. Aus diesem Grunde erhoffte man eine kostenbedingte Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion und eine Ausdehnung des Ackerbaues. Wie wir aber im Abschnitt über Subventionen und Zweckabgaben gesehen haben, wurden die von den eingeführten Futtermitteln erhobenen Zoll- und Preiszuschläge zur Stützung der Milch- und Viehpreise verwendet. Dies kam einer tendenziellen Preissteigerung für die betreffenden Produkte gleich und wirkte der angestrebten Produktionseinschränkung entgegen.

Ausserdem waren mit dieser Belastung der Futtermiteleinfuhr verschiedene Nachteile verbunden. So wurden auch solche Zweige der Tierhaltung von dieser Verteuerung der Futtermittel betroffen, die man nicht einzuschränken bestrebt war (Pferdezucht, Hühnerhaltung). Durch Rückerstattung der Zoll- und Preiszuschläge für Futtermittel, welche als Produktionsmittel in diesen Betriebszweigen dienten, suchte der Bund diesen Nachteil auszumerzen.

Von der Einfuhrbelastung der Futtermittel wurden die Produzenten der Berggebiete sowie die Kleinbetriebe besonders stark betroffen. Beide Kategorien waren auf einen verhältnismässig grossen Zukauf von Kraftfuttermitteln angewiesen. Die erste, weil sie unter ungünstigen Bedingungen produzieren musste, die zweite Gruppe, weil in der Regel die Existenz der kleinbäuerlichen Produzenten nur dann ausreichte, wenn das Ausmass der Viehhaltung die betriebseigene Futterbasis übertraf.

Noch stärker als bei den Produktionsmitteln stand die *Einfuhrpolitik bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen* im Dienste der Produktionspolitik. Um Wiederholungen zu vermeiden, soll auf den Abschnitt über die Massnahmen zur Beeinflussung der Einfuhr verwiesen werden. Eine besondere Bedeutung wurde der Einfuhrpolitik als Mittel der Produktionspolitik in

den folgenden Fällen beigemessen. Um die Inlandproduktion der Butter zu fördern, erhöhte man zuerst den Butterzoll stark und errichtete später ein Einfuhrmonopol. Dem gleichen Ziele diente auch die Belastung des Importes der Substitutionsgüter (pflanzliche Öle und Fette) durch Zoll- und Preiszuschläge. Ausserdem setzte man den Zuckerzoll herauf in der Erwartung, dass die dadurch verursachte Steigerung des Zuckerpreises den Zuckerrübenbau begünstigen würde.

b) Ein weiteres Mittel zur Beeinflussung der Produktion bildeten die *Prämien*. Der erwähnten Sicherung der Preise für Brotgetreide kommt z. B. ein Prämiencharakter mit dem produktionspolitischen Ziele zu, die Brotgetreideerzeugung im Inlande zu steigern. Damit hoffte man zugleich eine rationellere Rotation in der Fruchtfolge zu erzielen.

Prämien produktionspolitischer Art, obschon sie nicht direkt den landwirtschaftlichen Betrieben zufließen, stellten auch jene Zuschüsse dar, welche für die Tresterverwertung ohne Brennen gewährt wurden. Damit sollte eine Produktionsumschichtung bei der Obstverwertung auf Kosten der Branntweinverarbeitung herbeigeführt werden. Eine Prämie restriktiver Art wurde den Kartoffelbrennereien, welche ihre Betriebsanlagen stilllegten, gewährt. Dadurch suchte man eine vollständige Unterbindung des Kartoffelbrennens zu erreichen.

Andere Prämien wurden den Produzenten eines bestimmten Gutes direkt gewährt, ohne dass das betreffende Erzeugnis auf den Markt gelangte. Dies traf z. B. für die 1939 eingeführten «Anbauprämien» zu, womit produktionspolitisch eine Ausdehnung des Ackerbaus, insbesondere des Futtergetreidebaus angestrebt wurde. Produktionsprämien waren auch zur Förderung der inländischen Pferdezucht vorgesehen.

In andern Fällen sollte mit Hilfe der Gewährung einer Produktionsprämie gerade verhütet werden, dass das betreffende Erzeugnis auf den Markt gelangte. Dies galt beispielsweise für die «Mahlprämie». Sie diente als notwendige Ergänzung der Preisregelung für Brotgetreide und stellte einen Zuschuss des Staates bei der Eigenproduktion von Brotgetreide für den Selbstverbrauch dar. Mittels dieser Massnahme versuchte man die Getreideproduktion auch in den Kleinbetrieben zu steigern und gleichzeitig sollte erreicht werden, dass der Eigenbedarf in den Betrieben nicht abgeliefert würde. Trotz der bestehenden Preisdifferenzierung zwischen einem höheren Produzentenpreis und einem niedrigen Marktpreis wurde durch die Ausrichtung von Prämien der Kreis der Selbstversorger erweitert und die Marktproduktion um die für die Selbstversorgung benötigte Menge verkleinert.

c) Die bisher erwähnten Methoden zur Beeinflussung der Erzeugungsmenge waren mehr indirekter Natur. In der Schweiz fanden aber auch di-

rekte Eingriffe in Gestalt einer *Kontingentierung der Produktion* statt. Bereits bei den Massnahmen zur Beeinflussung des Angebotes wurde auf eine dieser Formen hingewiesen. Es betraf dies die Kontingentierung der ablieferungsberechtigten Menge (Milch und Milchprodukte).

Man kann hier jedoch nur bedingt von einer Kontingentierung der Erzeugung sprechen, weil immer noch ein enger Spielraum für eine innerbetriebliche Verwendung bestand (z. B. der Milch).

Bedeutend weiter geht eine solche Produktionsbeschränkung, wenn sie zwangsweise durchgeführt wird, und wenn eine Ueberschreitung der Kontingente strafrechtliche Sanktionen nach sich zieht.

In der Schweiz wurde eine Einschränkung der Produktion in der Schweinehaltung durchgeführt. Man war bestrebt, den Schweinebestand jeweils im Frühling auf 900'000 Stück zu halten⁴⁴⁾. Dabei sollten jene Produzenten mit betriebseigener Futtererzeugung bei der Quotenverteilung bevorzugt werden, um die auf ausländischen Futtermitteln beruhende Schweinemast einzuschränken⁴⁵⁾.

Bei der direkten Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion entstehen neben anderen Nachteilen noch organisatorische Schwierigkeiten. Die grosse Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bedingt häufig einen umfangreichen Kontrollapparat, der u. U. hohe volkswirtschaftliche Kosten verursacht. Schon aus diesem Grunde mag der effektive Nutzen einer solchen Massnahme äusserst gering erscheinen. Ein weiterer Nachteil besteht in der Schwierigkeit der Quotenzuteilung für die einzelnen Betriebe. Sie wird manche Härten aufweisen und damit Unzufriedenheit unter den Betroffenen erwecken.

Voraussetzung für eine Kontingentierung der Erzeugung einzelner Produkte bildet die Möglichkeit einer andern Verwendung der durch die Produktionsbeschränkung freigesetzten Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit in den bäuerlichen Familienbetrieben. Eine direkte Kontingentierung der Schweinehaltung war in der Schweiz durchführbar, weil solche Möglichkeiten bestanden und zum Teil durch staatliche Massnahmen begünstigt wurden, um die Agrarproduktion in einer andern Richtung auszudehnen. (Förderung des Ackerbaues).

⁴⁴⁾ Auf diese Weise versuchte man in der Schweiz, den Schweinezyklus mit seinen Folgen auf die Preise von der Angebotsseite her zu beseitigen. Der unregelmässige Schweinemarkt bildet nämlich ein besonders markantes Beispiel fortgesetzter Gleichgewichtsstörungen. (Vgl. Einleitung S. 5, Zif. 4).

⁴⁵⁾ Näheres vgl. A. Kiener: «Die Regulierung der viehwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz»; in: Massnahmen des Bundes zur Förderung der Landwirtschaft. Hsg. von der Abteilung für Landwirtschaft des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes. Bern 1939.

2. Die Beeinflussung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte.

Neben der mengenmässigen Beeinflussung der Produktion suchte man mittels verschiedener Massnahmen die qualitative Beschaffenheit der Erzeugnisse zu verändern. Dabei wurden folgende Massnahmen angewendet.

a) Durch das Festsetzen einer Preis- und Uebernahmegarantie für mittlere Warenqualitäten erhielten die Produzenten, welche unter diesem Durchschnitt lieferten, Preisabzüge. Diejenigen aber, die Waren überdurchschnittlicher Qualität erzeugten, wurden mit Preiszuschlägen belohnt. Es wurde demnach eine *Preisstaffelung nach Qualität* durchgeführt.

Dieses System war z. B. bei der Getreidepreisregelung zu finden. Auch in der Milchwirtschaft wurde mit einem ähnlichen Verfahren gearbeitet. Auf dem Markte blieb jedoch dieses System der Preisstaffelung nach der Qualität äusserst lückenhaft, indem es nur auf Teilmärkten (z. B. Käsemarkt) angewandt wurde. Das fortwährende Sinken der durchschnittlichen Käsequalität liess eine Qualitätspreisstaffelung als angezeigt erscheinen. Da die Käsequalität weitgehend durch die Beschaffenheit des Rohstoffes Milch mitbestimmt wird, legte man diese Preisabzüge und Zuschläge beim Käse auf die Rohstofflieferanten, d. h. auf die Milchproduzenten um. Schliesslich fand eine solche Preisstaffelung auch beim Kernobstbranntwein statt, indem der Uebernahmepreis nach dem Alkoholgehalt abgestuft wurde.

b) Als weitere Art der Qualitätsbeeinflussung leitete man in der Schweiz mittels *Prämien und Zuschüssen* in die Wege. In Fällen, bei denen bereits Prämien zur Förderung der Erzeugungsmenge ausgerichtet wurden, trug man durch ihre Abstufung in bezug auf die Qualität der erzeugten Produkte diesem Faktor ebenfalls Rechnung. Dies geschah beispielsweise bei den sog. Anbauprämien. Das Prämienmaximum kam nur dann zur Auszahlung, wenn nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gute Erträge erzielt wurden. Erwähnenswärrt sind auch die Bemühungen um die Förderung der Qualitätsproduktion beim Obstbau. Zur Verbesserung der Obstqualität wurden z. B. Beiträge zum Umpfropfen der Bäume auf hochwertige Tafelobstsorten gewährt. Dem gleichen Ziele dienten auch die Beiträge zur Gewinnung hochwertigen Saargutes (Brotgetreide), bei dessen Verwendung das Produktionsrisiko zugleich verkleinert werden konnte.

Qualitätsfördernde Zuschüsse für die Landwirtschaft waren in der Schweiz schon ein relativ altes Mittel. Dies traf besonders für die Viehwirtschaft zu. Schon vor 1933 richtete man staatliche Beiträge bei Viehprämierungen aus⁴⁶⁾.

⁴⁶⁾ «Bundesbeschluss betr. die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund» vom 27. Juni 1884.

c) Wenn Beihilfen gewährt und unter Mithilfe des Staates Preisvorschriften erlassen werden, die nicht der tatsächlichen Marktlage entsprechen, dann muss sich der Staat auch das Recht herausnehmen, immer stärker in die Freiheit der Erzeugung einzugreifen. Er erlässt *Qualitätsvorschriften* und sagt nicht nur was produziert werden soll, sondern auch welche sachlichen Produktionsmittel zur Erzeugung eines bestimmten Gutes eingesetzt werden dürfen. Nichts einzuwenden wäre gegen solche Vorschriften, wenn ihre Befolgung oder Nichteinhaltung in den Preisen zum Ausdruck kommen würde. Leider war dies vielfach bei der konkreten Regelung nicht der Fall (z. B. bei der Milch⁴⁷). Die Uebertretung der Bestimmungen hatte für die Produzenten strafrechtliche Sanktionen zur Folge. Mit Recht empfand der Produzent solche Vorschriften als Zwang. Er konnte sich nicht mehr als sein eigener Herr auf seinem Hofe fühlen.

Damit ist nicht gesagt, dass solche Eingriffe volkswirtschaftlich schädlich seien. Das Gegenteil trifft eher zu. Gerade sie können u. U. als «konforme» Massnahmen bezeichnet werden. Den Konsumenten wird eine bestimmte Beschaffenheit eines Erzeugnisses mehr oder weniger gewährleistet. Zu beanstanden wäre lediglich die Art der Durchführung solcher Massnahmen. Die Qualitätssteigerung sollte nicht durch Bussen, sondern durch Preisdifferenzierung zu erreichen gesucht werden.

Besonders stark baute man die Produktions- und Qualitätsbestimmungen bei der Milch und den Milcherzeugnissen aus. Die Vorschriften über die Milchproduktion betrafen u. a. die Beschaffenheit der Stallungen, die anzuwendende Hygiene beim Melken und die Art der Fütterung (Verbot der Silofütterung, Aufzucht der Kälber mit Vollmilch).

b) In Deutschland.

1. Die Beeinflussung der Produktionsmenge.

In Deutschland war der Staat bestrebt, die landwirtschaftliche Erzeugung generell zu steigern, d. h. zu intensivieren. Dieses Ziel hoffte man zum Teil durch Propaganda zu erreichen. Durch das Schlagwort der «Erzeugungsschlacht» wurde das Signal zur Intensivierung gegeben.

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft wurde

⁴⁷⁾ Man stellte lediglich Produktionsvorschriften auf, welche eine Mindestqualität des erzeugten Produktes (Milch z. B.) gewährleisten sollten. Der einzelne Produzent hatte kein Interesse von diesen Mindestvorschriften abzuweichen, weil eine bessere Qualität nicht oder zu wenig im Preise berücksichtigt wurde.

Solche Produktions- und Qualitätsvorschriften enthielt das «Schweiz. Milchliefereungsregulativ» von 1934 für die Milch.

unter der Devise «Einkommenssteigerung durch Leistungssteigerung» angestrebt. Neben den in der Einleitung erwähnten Schranken, die einer Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft entgegen standen, traten aber neue, durch den Staat geschaffene, hinzu. Diesen lag folgender Sachverhalt zugrunde: Um die Erzeugung intensivieren zu können, mussten Neuinvestitionen vorgenommen werden, wozu Geldkapital nötig war. Dieses Geldkapital musste entweder aus dem Sparkapital der Landwirtschaft oder auf dem Kreditwege bereit gestellt werden. Nominelles Sparkapital der Landwirtschaft, das aus der Zeit vor und während des ersten Weltkrieges stammte, wurde durch den Währungszusammenbruch in den Zwanzigerjahren zum grossen Teil vernichtet. Ausserdem konnten aus der laufenden Produktion späterer Perioden keine grösseren Sparrücklagen gebildet werden. Nominelles Eigenkapital für Neuinvestitionen stand daher der deutschen Landwirtschaft nur in geringem Masse zur Verfügung. Wenn die Landwirtschaft die staatlichen Wünsche erfüllen wollte, blieb also nur der Kreditweg offen. Die staatliche Kreditpolitik suchte jedoch, eine Neuverschuldung der Landwirtschaft zu verhüten⁴⁸). Die im «Reichserbhofgesetz» niedergelegte Unveräusserlichkeit von Grund und Boden verursachte geradezu eine landwirtschaftliche Kreditkrise. Denn die Unveräusserlichkeit des Erbhofes hatte zur Folge, dass der Kredit nicht mehr durch das Grundpfand gesichert werden konnte, da dessen Verwertung ausgeschlossen blieb. Kredite wurden daher nur noch auf Grund des laufenden Ertrages erteilt (Erntekredite). Unverkennbar war daher ein gewisser Widerspruch in der Zielsetzung: Steigerung der Produktion — Massnahmen investitionshehmender Art.

Allerdings traf man noch weitere Vorkehren zum Zwecke der Produktionssteigerung. Ein grosser Teil der Eingriffe, die wir in den vorangegangenen Abschnitten kennen gelernt haben, trug in Deutschland nicht nur preispolitischen, sondern auch produktionspolitischen Charakter.

Besonders relevant waren dabei die folgenden Methoden:

a) Ursprünglich wurde versucht, die produktionspolitischen Ziele ebenfalls mittels *Preisfestsetzungen* zu erreichen. Man erhöhte die Preise jener Produkte, deren Erzeugung man besonders stark fördern wollte. Um solche Erhöhungen durchführen zu können, stellte man, wie in der Schweiz, die Einfuhr in den Dienst der Produktionspolitik. Dies geschah zuerst mittels Zollerhöhungen (z. B. Oele und Fette), dann auch durch die Schaffung der schon erwähnten Einfuhrmonopole. Durch die Erstarrung des Preissystems wurde dieses Mittel jedoch immer weniger anwendbar, sodass man zu andern Methoden übergehen musste.

⁴⁸) Vgl. Helferich H.: Fragen des bäuerlichen Kredites; in «Der Deutsche Volkswirt» vom 21. 3. 1941, Seite 51.

b) So zu *Prämien*. Wie schon früher ausgeführt, wurden diese in Verbindung mit Preisregelungen gewährt (z. B. bei der Roggenpreisstützung. Vgl. S. 48). Sie kamen auch als staatliche Zuschüsse zur Kostensenkung bei Neuinvestitionen zu Anwendung. So richtete man zum Zwecke der Produktionssteigerung Prämien aus, z. B. bei der Erstellung neuer Jauchegruben, bei der Anschaffung neuer Maschinen (Saatgutreinigungsmaschinen), als Verbilligungsbeiträge für Kücken und Junghennen, bei der Neupflanzung von Obstbäumen usw.

c) Unter die direkten Eingriffe in die Erzeugungsmenge fallen auch die Erzeugungs- und Lieferungsverträge sowie die Ablieferungspflicht für Getreide. Diese Massnahmen kamen einer Regulierung der Produktion gleich. Sie wurden bereits im Abschnitt über die Beeinflussung des Angebotes näher betrachtet. Der Kreis der durch diese produktionspolitischen Eingriffe betroffenen Produkte war aber bedeutend grösser als in der Schweiz. Deshalb ergaben sich notwendigerweise beschränktere Ausweichmöglichkeiten.

2. Die Beeinflussung der Qualität.

Bei der Preisregelung in Deutschland wurde auf die Staffelung der Festpreise nach der Qualität der erzeugten Produkte hingewiesen. Die Voraussetzung bildete die Einteilung der erzeugten Produkte in verschiedene, zum Teil stark differenzierte Qualitätsklassen. Ob und inwieweit dabei eine Förderung der Qualität angestrebt oder erzielt wurde, ist eine Tatfrage und hängt von der Stärke der Preisdifferenzierung ab. Der im Verlaufe der Untersuchungsperiode eingetretene relative Mangel an landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere an Veredelungsprodukten, lässt vermuten, dass in Deutschland die Qualität hinter die Quantität zurücktrat.

Ergebnisse

Wenn wir in einer Zusammenfassung die Agrarpolitik der beiden Länder miteinander vergleichen, so ist zu den verschiedenen Vergleichspunkten folgendes zu bemerken:

1. Ein bedeutender Unterschied ist in bezug auf *das Vorgehen* festzuhalten. In Deutschland wurden die agrarpolitischen Massnahmen nach einem vorgefassten Plan getroffen. Systematisch wurde der Kreis der Eingriffe immer weitergezogen. Es wurden Massnahmen für bestimmte Märkte durch-

geführt, ohne dass hiezu eine unmittelbare Notwendigkeit vorgelegen hätte. Im Gegensatz dazu stand die Agrarpolitik der Schweiz mehr im Zeichen der Improvisation. Die Eingriffe erfolgten bei Dringlichkeit, von Fall zu Fall. Man war bestrebt, den überkommenen Markt nicht über das unbedingt notwendige Mass hinaus umzugestalten.

2. Ein weiterer Gegensatz liegt darin, dass in der Schweiz die bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen als wichtigste Träger der Agrarpolitik herangezogen wurden. Nur widerstrebend wurde ihnen teilweise der Charakter von Zwangskartellen verliehen. In Deutschland hingegen gingen die bestehenden Verbände in neuen Zwangskartellen (Marktverbände) auf. Dabei erfasste man sämtliche Märkte, ohne Rücksicht auf bereits bestehende Marktformen.

3. Diese Massnahmen bildeten die Voraussetzung für das unterschiedliche Vorgehen der beiden Länder in der Agrarpreispolitik. In Deutschland schritt man mit Vorliebe zur Festsetzung von Preisen. Die Preise wurden auf direktem Weg beeinflusst. Waren zu Beginn der Untersuchungsperiode Erlasse von Mindest- und Richtpreisen vorherrschend, rückten später Höchst- und Festpreise in den Vordergrund. In der Schweiz hatten Preisnormierungen mehr subsidiären Charakter. Die hier erlassenen Richt-, Mindest- und Garantiepreise waren nicht zwingendes Gebot. Sie bildeten vielmehr nur die Grundlage für ein weiteres Eingreifen des Staates durch finanzielle Zuschüsse, Interventionskäufe usw. In der Schweiz behielt der Preis grundsätzlich seine Marktfunktion, die in Deutschland durch die straffe Preisordnung ausgeschaltet wurde.

4. Aus dem unterschiedlichen Charakter der Preisnormierungen ergab sich eine ganz verschiedene Bedeutung der Subventionen in der Agrarpolitik der beiden Länder. In der Schweiz dienten die finanziellen Zuschüsse des Staates im Prinzip zum Ausgleich der möglichen Differenzen zwischen Garantiepreis und Marktpreis. Sie bildeten einen der wichtigsten Bestandteile der schweizerischen Agrarpolitik. In Deutschland kamen sie erst dann zur Anwendung, wenn sich auf einem Markte bei einem festgesetzten Preis ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage herausstellte. Dies traf in zunehmenden Masse zu. In der Schweiz wurde zum voraus ein solches Missverhältnis in Rechnung gestellt. In Deutschland bestand dagegen ursprünglich die Absicht, Festpreis und Gleichgewichtspreis in Uebereinstimmung zu halten.

5. Auch die Mittel und ihre Aufgabe zur indirekten Beeinflussung der Preise waren in den beiden Ländern teilweise verschieden. Erstens deckten sich die Voraussetzungen nicht. Dies ergab sich wiederum aus der unterschiedlichen Aufgabe, die den Preisen in den beiden Agrarsystemen zukam. In Deutschland war der festgesetzte Preis der Angelpunkt. Die indirekten

Massnahmen mussten mithelfen, Angebot und Nachfrage bei einem bestimmten Preis in Einklang zu bringen. In der Schweiz sollten sie in erster Linie der Preisbeeinflussung dienen. Eine zweite Verschiedenheit ergab sich im Beweggrund. In der Schweiz galt es, ein relatives Ueberangebot auszumerzen. In Deutschland lag gerade der umgekehrte Fall vor. Einen Unterschied stellen wir auch inbezug auf den Umfang der Massnahmen fest. In der Schweiz bestand die Notwendigkeit, das Ueberangebot auf nur wenigen Märkten zu eliminieren. Den dadurch freigesetzten Produktionsfaktoren blieben jedoch innerhalb der Landwirtschaft mannigfache Einsatzmöglichkeiten offen. Das in Deutschland sozusagen auf allen Märkten sich einstellende Unterangebot machte eine immer zunehmende Angebots- bzw. Nachfrageleitung notwendig. Was die Massnahmen selber anbelangt, bestand in beiden Ländern eine teilweise Aehnlichkeit.

6. An Stelle des deutschen Erzeugungs- und Ablieferungszwanges standen jedoch in der Schweiz Produktionsprämien im Vordergrund. Auch ersetzten hier im allgemeinen Verbilligungsaktionen den in Deutschland vorherrschenden Verwendungszwang.

7. Die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat in Deutschland während der Untersuchungsperiode bedeutsame Fortschritte gemacht. Ansätze waren auch in der Schweiz vorhanden. Doch beschränkten sich diese Massnahmen auf verhältnismässig wenige Produkte.

8. Die Aussenhandelspolitik als Bestandteil des Agrarschutzes hatte in den verglichenen Ländern eine verschiedene Bedeutung. In der Schweiz bildete sie einen wichtigen Bestandteil innerhalb der Massnahmen zum Schutze der Landwirtschaft. Durch handelspolitische Vorkehren suchte man auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einzuwirken. In Deutschland diente die Handelspolitik in erster Linie dazu, störende Einflüsse aus dem Ausland vom deutschen Preissystem fernzuhalten. Ueberdies mochten noch staatspolitische Erwägungen für Massnahmen auf diesem Gebiete mitbestimmend gewesen sein.

Die handelspolitischen Mittel, welche die beiden Länder anwandten, waren sich im Grunde bis auf bestimmte, aber sehr wesentliche Gradunterschiede ähnlich. So war in Deutschland die Monopolisierung der Einfuhr vollständig durchgeführt, während dies in der Schweiz nur für eine beschränkte Zahl von Produkten zutraf. Auch standen beide Länder mit ihren Handelspartnern im Kompensationsverkehr. Dabei trat in der Schweiz das Bestreben in den Vordergrund, Agrarprodukte gegen Agrarprodukte auszutauschen. Deutschland dagegen tauschte Industrieerzeugnisse gegen landwirtschaftliche Produkte aus Agrarstaaten aus.

2. Kapitel.

Die Gestaltung der Preise

I. Der Vergleich der Preisindices

1. Die Indices landwirtschaftlicher Produzentenpreise.

a) In der Schweiz.

Die zwischen 1928—1939 erfolgten Preisfluktuationen bei den landwirtschaftlichen Produkten lassen sich in vier Phasen einteilen:

1. Phase: Preissturz (1928—1932).
2. Phase: Abschwächung des Preisrückganges (1932—1935).
3. Phase: Preisanstieg (1935—1937).
4. Phase: Preisstagnation mit erneuter Abschwächung (1937—1939).

Tab. Nr. 1

Schweiz

Die Indices der Preise für Nahrungsmittel auf verschiedenen Absatzstufen.
1914 = 100

Jahr	Produzenten- preise 1.	Großhan- delspreise 2.	Kleinhan- delspreise für 3. Nahrungsmittel	1928 = 100		
				1.	2.	3.
1928	151	149	157	100	100	100
1929	147	146	156	97	98	99
1930	154	137	152	102	92	97
1931	138	123	141	91	83	90
1932	120	108	125	79	73	80
1933	118	99	117	78	66	75
1934	112	97	115	74	65	73
1935	110	98	114	73	66	73
1936	119	107	120	79	72	76
1937	125	121	130	83	81	83
1938	126	117	130	83	79	83
1939	126	119	132	83	80	84

Quellen: Produzentenpreise: Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft; abgekürzt: «Statistische Erhebungen» Hsg. vom Schweiz. Bauernsekretariat, Brugg. Uebrige: Statistisches Jahrb. d. Schweiz.

Während den beiden ersten Phasen betrug der Preistrückgang für landwirtschaftliche Produkte insgesamt 27%. Davon entfielen allein 20,5% auf die erste Phase (1928—1932). Dagegen war für die Periode von 1932 bis 1935 nur noch ein Rückgang von insgesamt 6,5% zu verzeichnen. Die dritte Phase (1935—1937 brachte der Landwirtschaft wieder eine Hebung der Preise ihrer Erzeugnisse um 14%. Lässt man zunächst die Kostenseite unberücksichtigt, so kann man sagen, dass für die Landwirtschaft als Ganzes gesehen, preismässig wieder eine deutliche Erholung zum Ausdruck kam.

In den letzten Zeitabschnitt fiel die Abwertung des Schweizerfrankens. Es darf angenommen werden, dass dieser Preisauftrieb wenigstens zum Teil durch diese Massnahme verursacht wurde. Der Preisanstieg setzte aber bei den landwirtschaftlichen Produkten bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 ein. Die Währung wurde erst ein Jahr später, am 26. September 1936 abgewertet. Die Tatsache veranlasste die Interessenvertretung der Landwirtschaft zur Feststellung, dass die Abwertung der schweizerischen Landwirtschaft nur Nachteile, aber keine direkten Vorteile gebracht habe. Diese Annahme beruhte auf folgenden Erwägungen. Man war bestrebt, Preissteigerungen landwirtschaftlicher Produkte im Interesse der Stabilhaltung der Lebenshaltungskosten zu verhindern. Zuzufolge der Erhöhung der Preise eingeführter landwirtschaftlicher Produktionsmittel traten aber Kostensteigerungen ein. Diese primär tendenziellen Wirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, die vorwiegend auf den Binnenmarkt als Anbieter auftritt, aber auch als Nachfrager auftreten sollte, können nicht geleugnet werden. Man darf aber die Sekundärwirkungen nicht ausser acht lassen. Gerade diese können für die Landwirtschaft unter Umständen sehr wichtig werden. Infolge der Abwertung steigen die Absatzmöglichkeiten schweizerischer Industrieprodukte auf dem Weltmarkte, woraus eine Zunahme der Beschäftigung resultiert. Das macht sich u. a. auch in einer Erhöhung des Lohn Einkommens, d. h. des Konsumenteneinkommens bemerkbar. Dadurch steigert sich auch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Dabei ist zudem an eine Verschiebung der Nachfrage von «inferioren» zu «superioren» Agrarprodukten zu denken. Dies ist für die schweizerische Landwirtschaft sehr wichtig, weil die Erzeugung von Veredelungsprodukten von besonderer Bedeutung ist. Gerade für solche Produkte waren die Absatzschwierigkeiten gross.

Während der 4. Phase der Preisentwicklung erreichten die Preise einen Stand, der zwar um 26% höher war als 1914, aber um 17% tiefer als 1928. Diese Periode von 1937—1939 war, wie erwähnt, durch eine weitgehende Stabilhaltung charakterisiert. Es bestand jedoch die Tendenz einer erneuten Preissenkung, welche man auf einzelnen Teilmärkten (Produkte der Viehwirtschaft) nicht zu verhindern vermochte. Durch Hebung der Preise auf andern Teilmärkten konnte man diese Preissenkung weitgehend kompensieren. Dass während dieser Phase das Preisniveau sozusagen stabil blieb, ist

zu einem grossen Teil den vom Staate getroffenen Massnahmen zu verdanken.

b) In Deutschland.

Auch in Deutschland lassen sich hinsichtlich der Entwicklung der Agrarpreise verschiedene Phasen feststellen.

Tab. Nr. 2

Deutschland

Die Entwicklung der Indices der Preise für Nahrungsmittel
auf verschiedenen Absatzstufen.

Jahr	¹⁾ Produzenten- preise 1.	²⁾ Grosshan- delspreise 2.	³⁾ Kleinhan- delspreise 3.	1928 = 100		
				1.	2.	3.
1928	132	134	152	100	100	100
1929	126	130	156	95	97	103
1930	109	113	146	83	84	96
1931	89	104	131	75	78	86
1932	77	91	115	58	68	76
1933	84	87	113	64	66	74
1934	94	96	118	71	72	78
1935	102	103	121	77	77	80
1936	101	106	122	77	79	80
1937	102	105	122	77	78	80
1938	104	106	122	79	79	80
1939	106	108	123	80	81	81

¹⁾ 1928 = 1928/29 usw. 1909/10 — 1913/14 = 100.

²⁾ 1913 = 100. ³⁾ 1913/14 = 100.

Quelle: Wirtschaft und Statistik.

Die Preise wurden 1929—1932 von einer Senkung betroffen, welche im Vergleich zu derjenigen in der Schweiz bedeutend grösser war. Im kurzen Zeitraum von vier Jahren von 1928/29 bis 1932/33 sanken die Preise der Agrarprodukte um 42% gegenüber nur 20,5% in der Schweiz. Die Preiseinbusse war derart, dass das Niveau sogar um 23% unter den Stand vor dem ersten Weltkrieg zu liegen kam. Um die Preisentwicklung in Deutschland, vor allem den Preisvergleich mit der Schweiz während des Untersuchungszeitraumes richtig würdigen zu können, war es notwendig, auf diese zwar parallele, aber in ihrem Ausmass zwischen den beiden Ländern stark verschiedene Preisbewegung während der vorangegangenen Periode hinzuweisen.

Während der folgenden Phase (von 1933—35) trat in Deutschland ein verhältnismässig starker Preisanstieg bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ein, sodass der Vorkriegspreisstand wieder erreicht wurde. Die Preisbewegung verlief somit in den beiden Ländern während dieser Phase gerade

in entgegengesetzter Richtung. Durch preispolitische Massnahmen versuchte man in der Schweiz ein Absinken auf das deutsche Niveau von 1932 zu verhindern. Die Preissteigerung in Deutschland beruhte jedoch während der gleichen Periode ebenfalls auf staatlicher Einwirkung.

Das Jahr 1935/36 bildete zugleich den Abschluss der Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte. Trotz weiterer Auftriebstendenzen wurde versucht, die Preise stabil zu halten. Abgesehen von der 1936/1937 erfolgten leichten Senkung des Agrarpreisniveaus, war die anschliessende Steigerung derart gering, dass sie im Wirtschaftsjahr 1939/40 den Stand vor dem 1. Weltkrieg nur um 6% übertraf.

Im Vergleich zur Schweiz fand in Deutschland eine Phasenverschiebung in der Weise statt, als die Periode des Preisanstieges früher erfolgte. Während des anschliessenden Zeitraumes der verhältnismässigen Stabilisierung wurde ein Ansteigen in der Schweiz mittels Massnahmen erreicht, die dem Preis seine eigentliche Funktion auf dem Markte liessen. In Deutschland dagegen war es fraglich, ob diese Preisentwicklung die tatsächliche Marktlage wiedergab.

2. Die Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel auf den verschiedenen Absatzstufen.

a) In der Schweiz.

Es ist eine Erfahrungstatsache, dass die Preisfluktuationen umso stärker sind, je weiter die betreffenden Güter von der Konsumreife entfernt sind. Daraus lässt sich ableiten, dass die Grosshandelspreise für Nahrungsmittel stärker schwanken als ihre Kleinhandelspreise. Noch stärker als die Grosshandelspreise müssten dabei die Produzentenpreise fluktuieren. Diese Annahme traf zwar in der Schweiz für die Bewegung der Klein- sowie der Grosshandelspreise für Nahrungsmittel zu, aber nicht für die Produzentenpreise.¹⁾

So sank beispielsweise der Index der Produzentenpreise von 1928—1935 um die schon erwähnten 27%, die Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel um 24%. (Vgl. Tab. S. 69). Die Differenz betrug also nur 3%. Dagegen erlitten die Grosshandelspreise der Nahrungsmittel im gleichen Zeitraum eine Senkung um 35%, also um 8% mehr als die Produzentenpreise. Aus einem solchen Verlauf der Preiskurven könnte u. a. geschlossen werden, dass die marktstrategische Position des Grosshandels schlechter als die der Produzen-

¹⁾ Bei der Verwendung der veröffentlichten Indexziffern ist die Vergleichbarkeit der 3 Preiskurven durch den unterschiedlichen Aufbau und die Zusammensetzung der Indexziffern etwas beschränkt.

ten und der Detailhändler sei, weil in erster Linie der Grosshandel die Preiseinbussen zu tragen hätte. Dieser scheinbar paradoxe Preisverlauf wurde jedoch, soweit eine Vergleichbarkeit der Indexziffern überhaupt zulässig ist, durch die spezifisch schweizerische Agrarpreispolitik verursacht. Eine dieser Ursachen zeigt sich in der Loslösung des Produzentenpreises vom Grosshandelspreis (z. B. Brotgetreide, Milch und Milchprodukte). Die Produzenten wurden vor allzu starken Preiseinbussen geschützt. Dazu sollte auf den Konsumgütermärkten die Verbilligung der Nahrungsmittel trotz dieses Preisurtes nicht wesentlich gehemmt werden. Denn während der Periode von 1930—1936 versuchte man die Preisparität gegenüber dem Ausland mit Hilfe der «Deflationspolitik» zu erreichen. Davon sollte jedoch die Landwirtschaft weitgehend ausgenommen werden. Der Verlauf der Preiskurven zeigt, dass dieser «Verschonungspolitik» gegenüber der Landwirtschaft ein gewisser Erfolg nicht abzusprechen ist.

Während der dritten Phase des Konjunkturverlaufes, d. h. von 1935 an, stiegen die Grosshandelspreise für Nahrungsmittel (bis 1937 um 24%) stärker als die Produzentenpreise (14%) oder die Kleinhandelspreise (ebenfalls um 14%). Die während des Abstieges entstandene Preisdisparität zwischen den einzelnen Absatzstufen wurde somit zum Teil wieder wettgemacht. Dies erreichte man wieder durch staatlichen Einfluss, und zwar durch Abbau der Lenkungs- und Stützungsmaßnahmen. Ein besonders sprechendes Beispiel dafür finden wir bei den finanziellen Zuschüssen des Staates für die Landwirtschaft. Es verminderten sich, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, die staatlichen Zuwendungen zur Stützung der Preise für die wichtigsten Betriebszweige im Wirtschaftsjahr 1935/36 bzw. 1936 beträchtlich. (Vgl. Tabelle Nr. 3.).

Tab. Nr. 3

Schweiz

Zuschüsse des Bundes zur Stützung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse. (in 1000 Fr).

Zweck	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Getreide	17065	21881	24210	34994	33566	34076	22757	20833	30180
Alkohol	1891	2508	—	17132	11970	14033	1874	5341	3410
Milch	6590	9879	29502	34681	35240	20297	22510	26076	27488
Vieh	193	1386	3362	10007	11857	5208	4096	8874	5516
Total ¹⁾	25739	35654	57074	96814	92633	73614	51237	61124	66594

¹⁾ Unvollständig

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Jahrg. 1941 S. 332.

Die tendenzielle Preissenkung, die sich während der letzten Phase von 1937 bis 1939 geltend machte, kommt lediglich im Grosshandelsindex zum Ausdruck. Seinem Sinken um 4 Punkte im Jahre 1938 stand eine minime

Steigerung des Indexes der Produzentenpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ein stabiler Index der Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel gegenüber. In dieser Zeit vergrösserte sich somit die Preisdiskrepanz zwischen den verschiedenen Absatzstufen auf Kosten der Grosshandelspreise. Es waren wieder die staatlichen Massnahmen zur Stützung der Agrarpreise, die ein Sinken der Produzentenpreise von Agrarprodukten verhinderten. Diese staatlichen Bemühungen bestanden zum Teil in einer Erhöhung der Subventionen. (Vgl. Tab. Nr. 3, S. 73).

Als Ergebnis ist somit hier hervorzuheben, dass es mit Hilfe der genannten Massnahmen gelang, die Fluktuationen der Produzentenpreise zu mildern und sie annähernd dem Ausmass der Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel anzugleichen.

b) In Deutschland.

In Deutschland zeigt sich hinsichtlich der Preisentwicklung auf den verschiedenen Absatzstufen gerade jener Tatbestand, der in der Schweiz vermisst wurde: eine Verstärkung der Preisfluktuationen mit abnehmender Marktreife. Während der Niedergangsphase sanken daher die Produzentenpreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse stärker als die Grosshandels- und Kleinhandelspreise. (Vgl. Tab. Nr. 2, S. 71). Von 1928 bis 1932 ging der Index der Kleinhandelspreise nur um 26%, derjenige der Grosshandelspreise bereits um 35% zurück. Die Produzentenpreise sanken von 1928/29 bis 1932/33 dagegen sogar um 42%. Unter Abstrahierung der Faktoren, welche eine Vergleichbarkeit der Indexziffern auf den verschiedenen Absatzstufen beeinträchtigen, lässt sich somit sagen, dass unter den Marktbeteiligten die Produzenten am stärksten von der Preissenkung betroffen wurden. Die Preisspannen zwischen den einzelnen Absatzstufen vergrösserten sich zu Lasten der Produzenten. In Deutschland ergab sich somit ein Gegensatz zur Schweiz, wo das Ziel, die Landwirtschaft weitgehend vom Preisabstieg auszunehmen, im Vordergrund stand.

Während der Aufstiegsphase stieg der Index der Produzentenpreise stärker als die Indices der Grosshandels- und Kleinhandelspreise. Von 1932/33 bzw. 1933 bis 1935/36 bzw. 1936 betrug der Anstieg des «Indexes der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse» (Produzentenpreise) 32%, der Grosshandelspreise für Nahrungsmittel 21%, der Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel jedoch nur 8%. Von 1932 bis 1936 ergab sich somit eine Korrektur der während der Depression zu Ungunsten der Agrarproduzenten verschobenen Preisrelationen auf Kosten der Grosshandels- und Kleinhandelspreise.

Diese Tendenz der weiteren Verbesserung der Preisrelationen zu Gunsten der Landwirtschaft dauerte auch während der Stabilisierungsphase 1936 bis 1939 noch an. Das Niveau der Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel blieb stabil. Dagegen stiegen der Index der Grosshandelspreise noch um 1% und der Index der Produzentenpreise um 4%. Damit wäre ein gewisser Erfolg der Bemühungen um die Verkürzung der Handelsspannen auf den Märkten landwirtschaftlicher Produkte zu Gunsten der Produzenten nicht zu verleugnen.

Geht man aber vom Stand der Preisrelation vor dem 1. Weltkrieg aus, so ergibt sich eine völlig andere Situation²⁾. Trotzdem der Aussagewert infolge der verschiedenen Basiszeiträume etwas beschränkt ist, muss doch auf den ausserordentlich grossen Niveauunterschied zwischen dem Index der Kleinhandelspreise auf der einen Seite und den Indices der Grosshandelspreise, sowie der Produzentenpreise für Nahrungsmittel auf der andern Seite hingewiesen werden. Aus diesen, seit dem Basiszeitraum entstandenen Diskrepanzen zwischen den einzelnen Indexziffern lässt sich schliessen, dass sich die Handels- und Verarbeitungsspanne während der Zwanzigerjahre beträchtlich erweitert hatte. So betrug 1928 bzw. 1928/29 der Unterschied zwischen dem Niveau der Kleinhandelspreise und dem der Grosshandelspreise 18 Punkte und zwischen dem der Kleinhandels- und Produzentenpreise 20 Punkte. Bis 1932 bzw. 1932/33 erweiterten sich diese Differenzen auf 24 bzw. 38,5 Punkte. Erst gegen 1939 gelang es, die Unterschiede unter den Stand von 1928 zurückzudämmen, (auf 14,5 und 16,5 Punkte). Gleiche oder ähnliche Preisrelationen zwischen den verschiedenen Absatzstufen, wie sie vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatten, konnten nicht wiederhergestellt werden. Hier erscheint wieder ein grosser Unterschied zur Entwicklung in der Schweiz, wo sich bis 1929 nur relativ geringere Preisdisparitäten zwischen Produzenten- und Kleinhandelspreisen herausgebildet hatten. Sie waren während des Untersuchungszeitraumes nicht etwa grösser, sondern eher kleiner geworden.

Einer der Gründe, weshalb in Deutschland die Vorkriegspreisrelationen nicht wieder erreicht wurden, ist bei den staatlichen Massnahmen zu suchen. Man unterwarf bestimmte Nahrungsmittel einer Abgabepflicht, wie z. B. Schlachtsteuer, Zuckersteuer, Margarinemonopol. Die daraus gewonnenen Geldmittel wurden nicht allein zur Stützung der Agrarpreise, sondern zum grossen Teil zur Deckung anderer Staatsausgaben verwendet.

²⁾ Die Vergleichsmöglichkeit wird bei der Verwendung der bestehenden Indexziffern noch mehr geschmälert, weil ihnen verschiedene Basisjahre zu Grunde liegen: Produzentenpreise: 1909/10—1913/14, Grosshandelspreise: 1913, Kleinhandelspreise: 1913/14.

Auf Grund der Entwicklung der drei Preisindexreihen landwirtschaftlicher Produkte kann gesagt werden, dass die Stabilisierung der Produzentenpreise zu früh stattfand, d. h. bevor durch Präventivmassnahmen die schon früher entstandenen Missverhältnisse beseitigt waren. Die erlassenen Preisfestsetzungen verhinderten eine solche selbststrätige Angleichung.

Eine stärkere Verkürzung der Handelsspannen wäre aus folgendem Grunde durchführbar gewesen: Nehmen wir an, dass infolge steigender Beschäftigung eine starke Steigerung des nominellen Verbrauchseinkommens eingetreten ist, die von einer Steigerung der Nahrungsmittelnachfrage begleitet wird. In diesem Falle ist eine Deckung der wachsenden Nachfrage durch die Landwirtschaft zum grossen Teil nur möglich, wenn auf Grund des Gesetzes des abnehmenden Ertragszuwachses die Stückkosten steigen. Im Handel und Gewerbe dagegen würde ein Mehrumsatz vorwiegend sinkende Stückkosten bereiten. Gerade aus diesem Grunde hätte man die Handelsspanne zu Gunsten der Produzenten erhöhen sollen.

3. Die Entwicklung der Agrarpreise im Vergleich zum Gesamtpreisniveau.

a) In der Schweiz.

Die Entwicklung der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse kann nicht losgelöst vom gesamten volkswirtschaftlichen Preisgefüge gewürdigt werden. Gerade auf den Vergleich mit Preisen anderer Sachgüter wird ein grosses Gewicht gelegt, weil darin die sogenannte Agrarschere zum Ausdruck kommt. Darunter versteht man das Auseinanderklaffen der Preisbewegung landwirtschaftlicher Produktionsmittel und der Preisentwicklung bei den Agrarprodukten. Für diesen Vergleich benützen wir den schweizerischen Grosshandels- und den Lebenshaltungskostenindex. Dabei sind aber zwei Einschränkungen zu berücksichtigen. Diese Indices enthalten auch Nahrungsmittel, welche die Landwirtschaft nicht selber produziert. Eventuelle Preisdisparitäten kommen daher bei einem Vergleich weniger ausgeprägt zum Vorschein. Zudem enthält der schweizerische Grosshandelsindex keine industriellen Fertigfabrikate. Trotz diesen Mängeln lassen sich diese Indexvergleiche gleichwohl auf dieser Basis durchführen.

Bei einem Vergleich des Grosshandelsindex' mit der Entwicklung der Agrarpreise stellt sich heraus, dass von 1928 bis 1934 die Produzentenpreise der Agrarprodukte (mit 26%) eine wesentlich geringere Einbusse als der Grosshandelspreisindex (mit 38%) erlitten haben. Somit konnte während dieser Periode, nach den verwendeten Indexziffern beurteilt, nicht von einer Agrarschere gesprochen werden. Es entstand im Gegenteil ein Auseinanderklaffen der beiden Preiskurven zu Gunsten der landwirtschaftlichen

Die Entwicklung des Index' der Produzentenpreise landw. Erzeugnisse und des Gesamtpreinsniveaus in der Schweiz.

Jahr	Produzentenpreise	Grosshandelspr. Total	Ind. d. Lebenshaltungskosten		1928 = 100			
			Total	ohne Miete	1.	2.	3.	4.
1928	151	145	161	157	100	100	100	100
1929	147	141	161	156	97	97	100	99
1930	154	126	158	152	102	87	98	97
1931	138	110	150	141	91	76	93	90
1932	120	96	138	126	79	66	86	80
1933	118	91	131	117	78	63	81	75
1934	112	90	129	115	74	62	80	73
1935	110	90	128	114	73	62	79	73
1936	119	96	130	118	79	66	81	75
1937	125	111	137	126	83	77	85	80
1938	126	107	137	127	83	74	85	81
1939	126	111	138	129	83	77	85	82

Quellen: Statistisches Jahrbuch der Schweiz. «Die Volkswirtschaft».

Erzeugnisse. Am grössten war dieses Missverhältnis im Jahre 1933. Betrug der Niveauunterschied von 1928 6 Punkte, so stieg er bis 1933 auf 27 Punkte an. Da eine weitere Senkung des Grosshandelspreinsniveaus nach 1933 nicht eingetreten ist, das Niveau der Agrarpreise jedoch eine weitere Einbusse erlitten hat, verringerte sich das erwähnte Missverhältnis auf 20 Punkte im Jahre 1935. Trotz dieser Verkleinerung der Preisdysparität machte sich die Sonderbehandlung der landwirtschaftlichen Produktpreise durch den Staat bemerkbar. Eine weitere Korrektur dieser Preisrelationen fand nach 1935 durch ein stärkeres Steigen der Grosshandelspreise im Vergleich zum Anstieg der Agrarpreise statt. Im Jahre 1938, als sich erneut eine Tendenz zu einer Preissenkung auf den Gütermärkten bemerkbar machte, konnte diese durch staatliche Massnahmen auf den Agrarmärkten weitgehend vermieden werden. Deshalb verbesserten sich die Preisrelationen wieder zu Gunsten der Agrarprodukte. Für die ganze Untersuchungsperiode lassen sich im Vergleich zum Grosshandelspreinsniveau geringere Schwankungen des Agrarpreinsniveaus feststellen. Die staatlichen Massnahmen der Lenkung und Beeinflussung der Preise landwirtschaftlicher Produkte kamen somit auch unter diesem Gesichtspunkte zum Vorschein.

Zieht man aber den Gesamtindex der Lebenshaltungskosten zum Vergleich heran, öffnete sich die Agrarschere während des Preisniederganges. Dies beruht zur Hauptsache auf der mangelnden Flexibilität der Mietzinse, also auf Nutzungen, welche für die Landwirtschaft sozusagen in Eigenpro-

duktion verfügbar gemacht werden. Während des Aufstieges nach 1935 erfolgte wieder eine Verminderung der entstandenen Preisdisparität.

Wird dagegen der Vergleich unter Ausschaltung der Miete aus dem Lebenshaltungskostenindex durchgeführt, entstand während der Depression keine Preisdisparität auf Kosten der Agrarprodukte. Im Gegenteil, die während der Untersuchungsperiode zeitweise festgestellten Niveauunterschiede verschwanden 1936 fast ganz. Im Rahmen dieser Vergleiche lässt sich besonders für die zweite Hälfte der Untersuchungsperiode eine geringe Steigerung der Kaufkraft landwirtschaftlicher Produkte im Hinblick auf andere Konsumgüter feststellen.

b) In Deutschland.

Ein Vergleich der Veränderungen des Niveaus der Agrarpreise mit dem Grosshandelspreisniveau zeigt während des Niederganges (nach der folgenden Tabelle) einen annähernd parallelen Verlauf der beiden Preiskurven.

Tab. Nr. 5. Deutschland
Die Entwicklung der Agrarpreise im Vergleich zu den Preisen anderer Güter in Deutschland.

Jahr	Agrar-	Großhan-	Index ind.	Lebens-	1928 = 100			
	stoffe	delsindex	Fertig- waren	haltungs- kosten	1.	2.	3.	4.
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
1928	134	140	159	152	100	100	100	100
1929	130	137	157	154	97	98	99	101
1930	113	125	150	143	84	89	94	94
1931	104	111	136	136	78	79	86	89
1932	91	96	118	121	68	69	74	80
1933	87	93	113	118	66	66	71	78
1934	96	98	116	121	72	69	73	80
1935	103	102	119	123	77	73	75	81
1936	106	105	121	124	79	75	76	82
1937	105	106	124	125	78	76	78	82
1938	106	106	125	125	79	76	79	82
1939	108	107	125	126	81	76	79	83

Quellen: «Wirtschaft und Statistik» Hsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin.

Die Preisdisparität, welche schon 1928 zu Ungunsten der Agrarprodukte (auf den Ausgangspunkt vor dem 1. Weltkrieg bezogen) bestand, blieb während der ganzen Dauer des Niederganges bestehen. Daraus geht hervor, dass man in Deutschland, im Gegensatz zur Schweiz nicht bemüht war, die Entwicklung der Preise landwirtschaftlicher Produkte gegenüber derjenigen anderer Güter zu begünstigen.

Von 1933 an stieg der Index der Agrarpreise stärker als der Grosshandelspreisindex. Dies hatte zur Folge, dass der in den Jahren vor unserer Beobachtungsperiode entstandene Niveauunterschied, im Jahre 1935 beseitigt war. Somit ist eine gewisse Begünstigung der Landwirtschaft gegenüber andern Wirtschaftszweigen unverkennbar. Da der Verlauf der Preiskurve der Agrarprodukte sich mit dem Preisverlauf der Güter des Grosshandels seit 1935 weitgehend deckte, könnte man daraus folgern, dass sich die schon 1928 entstandene Agrarschere nunmehr geschlossen hätte.

Es ergaben sich jedoch beträchtliche Unterschiede in bezug auf die Gestaltung dieser Preisrelationen im Vergleich zur Schweiz. Das Agrarpreisniveau lag in der Schweiz durchwegs höher als das Grosshandelspreisniveau. In Deutschland war bis 1935 gerade das Umgekehrte der Fall. Der unterschiedliche Aufbau und die Zusammensetzung (in Deutschland sind Preise für industrielle Fertigwaren im Grosshandelsindex enthalten) der Indices der Grosshandelspreise in den beiden Ländern beschränken jedoch die Vergleichsmöglichkeiten. Hinsichtlich der Entwicklung dieser Preisverhältnisse ist jedoch trotzdem hervorzuheben, dass sie sich in der Schweiz während der Depression zu Gunsten der Landwirtschaft verbesserten, während für Deutschland gerade das Gegenteil zutraf. Im weiteren Verlauf der Untersuchungsperiode stellte sich in beiden Ländern eine Tendenz zum Schwinden der hier zur Diskussion stehenden Preisdisparitäten ein, und zwar geschah dies in der Schweiz durch eine relative Senkung, in Deutschland durch eine relative Steigerung der Agrarpreise.

Auffallend gross war — auf den Ausgangspunkt bezogen — von 1928 bis 1939 der Niveauunterschied zwischen dem höheren Index der industriellen Fertigwaren und den Agrarerzeugnissen. Die Agrarschere im eigentlichen Sinn bestand schon 1928. Da die Preise der industriellen Fabrikate von 1928 bis 1933 weniger sanken (29%) als die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse (35,5%), vergrösserte sich in dieser Zeit die Preisdisparität. Daraus geht deutlich die grössere Preiselastizität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Vergleich zu jener der Industriegüter hervor. Dies bedeutet ein Sinken der Kaufkraft landwirtschaftlicher Produkte. In Anbetracht einer überproportionalen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktpreise gegenüber den Preisen industrieller Fertigwaren vermochte sich von 1933 bis 1935 die Agrarschere wieder etwas zu schliessen. Dagegen gelang es nicht einmal, den schon 1928 bestehenden Niveauunterschied während dieser Phase zu reduzieren, geschweige denn zu beseitigen. Eine neue Preissteigerung bei den industriellen Fertigwaren vergrösserte sogar nach 1936 die Disparität. Auch auf diesem Preisvergleich würde keine wesentliche Besserung der Stellung der Landwirtschaft auf dem Markt nach 1933 resultieren. Um dieselbe Preissituation, wie sie vor dem 1. Weltkrieg bestanden hat, zu

erreichen, hätte man die Agrarpreise um zirka 20% erhöhen, oder die Preise der Industriegüter annähernd um denselben Prozentsatz senken müssen. Es ist dies ungefähr derselbe Satz, der sich als Disparität zwischen Produzenten- und Kleinhandelspreisen für Nahrungsmittel herausstellte. Durch eine Verkürzung der Handels- und Verarbeitungsspanne zu Gunsten der Agrarproduzenten um diesen Prozentsatz hätte man in Deutschland die Preisdisparität senken können. Auch v. Dietze erachtet Preissteigerungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse als ein notwendiges Mittel zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft. Er bezifferte 25% als Mass der erforderlichen Preissteigerung, unter Berufung auf einen zitierten Autor «Falke».³⁾

Weil der Index der Grosshandelspreise in der Schweiz leider keine industriellen Fertigfabrikate enthält, kann an dieser Stelle kein Vergleich angestellt werden. Man kann jedoch feststellen, dass sich in Deutschland der Index der Lebenshaltungskosten, abgesehen von geringeren Fluktuationen, während der Beobachtungsperiode ähnlich wie der Preisindex der industriellen Fertigwaren entwickelte. Deshalb lässt sich an dessen Stelle der Index der Lebenshaltungskosten zum Vergleich mit der Schweiz heranziehen. In beiden Ländern stimmte die Bewegungsrichtung dieser Indices insofern miteinander überein, als sich die 1928 im Vergleich zur Vorkriegszeit bestehende Preisdisparität zwischen dem Lebenshaltungskosten- und dem Agrarproduktenindex während des Preisrückganges noch vergrösserte. In der Schweiz betrug der Niveauunterschied im Jahre 1928 10 Punkte und er stieg bis 1935 auf 18 Punkte. In Deutschland stieg er von 16,5 Punkten im Jahre 1928 auf 31 Punkte im Jahre 1933, also bedeutend stärker als in der Schweiz. Diese während der Depression stattgefundene Verschlechterung der Preisrelationen zu Ungunsten der Landwirtschaft wurde während der Erholung wieder weitgehend korrigiert und annähernd auf die 1928 vorhandene Relation zurückgeführt. So betrug beispielsweise der Unterschied der Indexziffern in der Schweiz 1938 11 Punkte und 1939 12 Punkte, in Deutschland 19,5 bzw. 18 Punkte.

4. Die Entwicklung der Agrarpreise und der Kosten.

a) In der Schweiz.

Vergleicht man die Entwicklung der Preise landwirtschaftlicher Produkte mit der Bewegung der Produktionskosten⁴⁾, so ist die mangelnde Flexibilität der Kosten gegenüber Preisveränderungen sehr auffallend.

³⁾ Dietze C. v.: Ueber Landflucht; in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena 1941. S. 287 ff.

⁴⁾ Index der Produktionskosten, errechnet vom Schweiz. Bauernsekretariat, Brugg.

Die Entwicklung der Kosten und der Preise landwirtschaftlicher Produkte.
(1929 = 100)

Jahr	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Prod.-Preise	100	105	94	82	80	76	75	81	85	86	86
Prod.-Kosten	100	98	102	104	96	95	90	87	90	90	91
Barlöhne											
(Ackerknecht)	100	100	99	95	87	81	78	69	72	77	83
Schuldzinsen	100	99	95	89	85	82	81	81	80	76	74
Düngemittel	100	94	84	84	74	69	73	73	73	83	87
Futtermittel	100	72	60	59	60	71	73	73	72	78	84

Quellen: Index landwirtschaftl. Produzentenpreise, Schuldzinsen, Barlöhne: berechnet aus den Angaben in «Statistische Erhebungen . . .».
Dünge- und Futtermittel: Grosshandelsindex, umgerechnet. Düngemittel ab 1933 revidierte Ziffern (beschränkte Vergleichbarkeit): Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

So betrug die Senkung der Produktionskosten von 1928 bis 1935 nur 12%, während die Preise landwirtschaftlicher Produkte um 27% zurückgingen. Ausserdem ist hervorzuheben, dass die Produktionskosten zur Hauptsache erst während der 2. Hälfte dieser Periode zu sinken begannen. Es war dies jener Zeitraum, in welchem die Preise landwirtschaftlicher Produkte eine wesentliche Verlangsamung ihrer nach abwärts gerichteten Bewegung erfuhren. Wir können somit ein zeitliches Lag zwischen der Bewegung der Preise und der Kosten in der Landwirtschaft deutlich feststellen.

Diese mangelnde Flexibilität der Kosten wirkt sich in jenem Falle zum Vorteil der Landwirtschaft aus, in dem das Preisniveau wieder tendenziell zu steigen beginnt. Dies trat 1936 deutlich zutage, als die Preise landwirtschaftlicher Produkte anstiegen, die Produktionskosten dagegen im selben Jahre weiter sanken. Erst die folgenden Jahre zeigten wieder eine Parallelbewegung von Agrarpreisen und Kosten.

An dieser mangelnden Flexibilität der Kosten waren die Löhne und Zinsen wesentlich beteiligt, die mit einem Anteil von 11,8% und 26,4% (1938) an den gesamten Produktionskosten stark ins Gewicht fielen. Bedeutend flexibler waren dagegen die Preise für Dünge- und Futtermittel. So sanken z. B. die Düngemittelpreise von 1929 bis 1934 um 31%, die Preise der Agrarprodukte dagegen nur um 24%. Noch ausgeprägter war diese grosse Preiselastizität bei den Futtermitteln, die von 1929 bis 1933 sogar um 40% sanken. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gingen jedoch im selben Zeitraum nur um 20% zurück. Somit hatte sich bis 1933 eine Preisdisparität zu Gunsten der Agrarprodukte um 20% herausgebildet. Dieses Missverhältnis zog besonders in der Viehwirtschaft schwerwiegende Folgen nach sich, auf die wir später noch hinweisen werden. Die grössere Flexibili-

tät der Preise dieser spezifischen Produktionsmittel machte sich auch während der Erholungsphase geltend. Ein starker Anstieg der Preise dieser Kostengüter brachte es nämlich mit sich, dass bis 1939 die während der Depression entstandene Verschiebung in der Preis-Kosten-Relation sozusagen kompensiert wurde.

b) In Deutschland.

Hier muss vorausgeschickt werden, dass direkte Vergleiche zwischen der Schweiz und Deutschland bei der Gestaltung der Preis-Kosten-Relation infolge der verschiedenartigen Unterlagen äusserst problematisch sind. Für Deutschland steht ein Index der Produktionsmittel industrieller Herkunft, sowie ein Index der Betriebsausgaben zur Verfügung.

Tab. Nr. 7

Deutschland

Die Entwicklung der Preise und der Kosten in der deutschen Landwirtschaft.

Vorkriegspreise = 100

Jahr	1930/31	31/32	32/33	33/34	34/35	35/36	36/37	37/38
Ind. landw.								
Prod.-Preise	107	89	77	84	94	102	101	102
Index der								
Betriebs-Ausgaben	144	127	117	117	117	121	124	129
Index der Prod.-Mittel								
industr. Herkunft	113	102	96	96	97	96	94	91

Quelle: *Annuaire international de Statistique Agricole*.

Hsg. v. Internationalen Agrarinstitut, Rom.

Ziehen wir zunächst den Index der Produktionsmittel zum Vergleich heran. Hervorzuheben ist auch hier die mangelnde Flexibilität der Preise der Kostengüter während der Phase des Niederganges. Von 1930/31 bis 1932/33 sanken die Preise der industriell erzeugten Produktionsmittel nur um 15%, während die Preiseinbusse bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen im gleichen Zeitraum 28% betrug. Von 1932/33 an blieben die Preise dieser Produktionsmittel annähernd stabil. Dagegen verzeichneten die Preise landwirtschaftlicher Produkte einen solchen Anstieg, dass sich die Agrarschere nicht nur schloss, sondern, nach diesem Index beurteilt, stellte sich die Preis-Kosten-Relation sogar noch günstiger als zur Zeit des Ausgangspunktes (vor dem 1. Weltkrieg). Als nach 1935/36 die Preise der Agrarerzeugnisse annähernd stabil blieben, sank jedoch der Index der Preise der industriell erzeugten landwirtschaftlichen Produktionsmittel, was einer scheinbaren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft gleichkam.

Diese für die deutsche Landwirtschaft anscheinend so vorteilhafte Kostengestaltung stützte sich sozusagen ausschliesslich auf die Senkung der

Düngemittelpreise, denen offenbar beim Aufbau des Index' ein grosses Gewicht beigemessen wurde. Schon 1932/33 lagen diese um 29% und 1937/38 sogar um 45% unter dem Vorkriegspreisstand. Dagegen blieben die Preise der übrigen produzierten Produktionsmittel aus Industrie und Gewerbe entweder tabil, wie etwa die Brennstoffe, oder erfuhren einen Anstieg wie z. B. die Kosten für den Unterhalt von Gebäuden und Maschinen. Ausserdem fand diese Preisentwicklung auf einer höheren Basis als vor dem ersten Weltkrieg und ebenfalls auf einem über den Agrarpreisen liegenden Niveau statt. Die relativ günstige Kostengestaltung betraf somit nur variable Produktionsmittel. Für Reinvestitionen oder Neuinvestitionen von dauerhaften Produktionsmitteln industrieller Herkunft verbesserte sich die Preis-Kosten-Relation überhaupt nicht. Auf keinen Fall konnte in dem hier zu Grunde liegenden Zeitraum eine Verbesserung gegenüber der Situation am Ende der Zwanzigerjahre erzielt werden.

Noch weniger günstig stellte sich die Preis-Kosten-Relation in der Landwirtschaft bei der Heranziehung des Index der Betriebsausgaben. An diesem Index gemessen, ergab sich eine relativ grosse Flexibilität der Kosten, da die Betriebsausgaben von 1930/31 bis 1932/33 im Vergleich zu den Preisen landwirtschaftlicher Produkte proportional sanken. Dabei muss jedoch auf den ausserordentlich grossen Niveauunterschied zwischen den beiden Preis-kurven hingewiesen werden, der in diesen Jahren ungefähr 40 Punkte betrug. Während der ersten beiden Jahre der nationalsozialistischen Preispolitik verbesserten sich wohl die Agrarpreise, die Betriebsausgaben blieben aber in ihrem Stand unverändert, sodass eine Verbesserung der Preis-Kostenrelation in der Landwirtschaft eintrat.

1935/36 machten sich die ersten Anzeichen einer grundlegenden Aenderung der für die Landwirtschaft günstigen Situation bemerkbar. Dieses Wirtschaftsjahr bildete zugleich den Abschluss einer für die Landwirtschaft günstigen Preis-Kostengestaltung. Den von diesem Jahre an weitgehend stabilen Preisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse entsprach eine nach oben gerichtete Kostenkurve. Die Preis-Kostendisparität, die im Vergleich zum Ausgangspunkt vor dem ersten Weltkrieg im Jahre 1930/31 37 Punkte betrug, vergrösserte sich bis zu 40 Punkten im Wirtschaftsjahr 1932/33. Während der Phase des Aufstieges schrumpfte sie auf 18 Punkte zusammen. Infolge der erwähnten Preis-Kostenentwicklung nach 1935/36 stieg dieser Niveauunterschied bis 1937/38 neuerdings auf 27 Punkte an. Trotz des Sinkens des Index' der Produktionsmittel industrieller Herkunft konnte nicht verhütet werden, dass der Index der Betriebsausgaben stieg. Die Hauptursache dieser für die Landwirtschaft ungünstigen Entwicklung der Kosten lag in einem starken Anstieg der Löhne. Von 1932/33 an stiegen diese in der Landwirtschaft bis 1935/36 um 11% und bis 1937/38 um 41%. Das war hauptsäch-

lich eine Folge der Industrialisierungs- und Rüstungspolitik Deutschlands, gefolgt von einer starken Nachfrage nach Arbeitskräften. Dabei war die Landwirtschaft stark benachteiligt. Das von der Industrie zur Landwirtschaft bestehende Lohngefälle besass insbesondere eine starke Anziehungskraft bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Die Landwirtschaft war daher genötigt, ohne entsprechende Steigerung der Produktivität der Arbeit die Löhne zu erhöhen, um auf dem Arbeitsmarkt auf der Seite der Nachfrage noch einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben. Nach einem für die Landwirtschaft vielversprechenden Anfang kehrte sich die Preis-Kostensituation nach 1935/36 immer mehr zu ihren Ungunsten.

Beim Vergleich der Entwicklung der Preis-Kostenrelationen der beiden Staaten, sehen wir, dass sie in beiden Ländern 1932 bzw. 1932/33 ihren Tiefstand erreicht hatten. (Vgl. Tabelle Nr. 8 S. 84). Die mangelnde Flexibilität der Kosten beim Anstieg der Preise landwirtschaftlicher Produkte bis 1935/36 verursachte eine starke Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft. Dagegen vermochte sich das Preiskostenverhältnis in der Schweiz erst 1936, als die Preise landwirtschaftlicher Produkte anstiegen, wesentlich zu verbessern. Es blieb dann, abgesehen von einer leichten Besserungstendenz, ziemlich stabil. Im gleichen Zeitraum trat jedoch in Deutschland eine Verschlechterung ein. Die Stabilisierung der Agrarpreise machte sich in Deutschland u. a. deshalb unangenehm bemerkbar, weil die Preise gewisser Kostengüter (Arbeit) nicht in demselben Masse stabilisiert werden konnten.

Tab. Nr. 8.

Die Entwicklung des Verhältnisses der Kosten zu den Preisen landw. Produkte in der Schweiz und Deutschland.

Jahr	Schweiz			Jahr	Deutschland		
	Prod.-kosten	Prod.-preise	Prod.-Pr. Prod.-K. ¹⁰⁰		Prod.-kosten	Prod.-preise	Prod.-Pr. Prod.-K. ¹⁰⁰
1930	160	154	96	1930/31	144	105	73
1931	167	138	83	1931/32	127	91	72
1932	171	120	70	1932/33	117	79	68
1933	158	118	75	1933/34	117	86	74
1934	155	111	72	1934/35	117	95	81
1935	148	110	74	1935/36	121	101	84
1936	142	119	84	1936/37	124	101	81,5
1937	147	125	85	1937/38	129	102	79
1938	148	126	85				
1939	146	126	86				

Quellen: Schweiz: Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft; Hsg. Schweiz. Bauernsekretariat, Brugg.
Deutschland: Annuaire International de Statistique Agricole, Rome.

5. Die Ursachen der Preisentwicklung.

a) In der Schweiz.

1. Auf der Suche nach den Ursachen dieser Preisbewegung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betrachten wir vorerst die *Veränderungen des inländischen Angebotes*. (Vgl. Tab. Nr. 26, S. 127). Gemessen am Endrohertrag, unter Ausschaltung der Preisveränderungen, war die Agrarproduktion im Zeitraum von 1914 bis 1928 um 13% gestiegen. Bis 1932 belief sich dieser Anstieg bereits auf 18% und bis 1934 sogar auf 23%. Im Zeitraum von 6 Jahren (1928 bis 1934) stieg also die Agrarerzeugung nur um 3% weniger als dies vorher innerhalb von 14 Jahren (1914 bis 1928) der Fall war. Angesichts der im gleichen Zeitraum stattfindenden Senkung der Preise und der funktionellen Zusammenhänge zwischen Angebotsmenge und Preisen, können wir sagen, dass eine Steigerung des Angebotes die Preissenkung mitverursachte. Umgekehrt führte die Preissenkung zu einer Angebotssteigerung, was auf das antikonjunkturelle Verhalten der Agrarproduzenten zurückzuführen war. Dieses Verhalten beruhte auf zwei Ursachen. Die erste bestand in einer von 1928 bis 1930 gemachten Preisantizipation seitens der Erzeuger. Wegen der Senkung der Futtermittel- und einer Steigerung der Viehpreise verbesserte sich in diesem Wirtschaftszweig die Preis-Kosten-Relation. Die Folge war eine Produktionsvergrößerung. Die zweite Ursache beruhte auf dem Bestreben, einen konstanten Gelderlös zu erzielen, um damit die unterproportional gesunkenen Geldkosten zu decken.

Die Preissteigerung von 1936, sowie der anschliessende erneute Preisdruck wurde dann wieder z. T. durch Angebotsveränderungen verursacht. Denn parallel mit der Preissteigerung ging eine Einschränkung der Erzeugung einher. Eine 1938 einsetzende Zunahme des Angebotes bildete ebenfalls einen Grund zum damals auftretenden Preisdruck. Eine der Ursachen der in der Schweiz auftretenden Preisfluktuationen landwirtschaftlicher Erzeugnisse bestand somit in den Schwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Produktions- und damit auch die Angebotsveränderungen beruhten jedoch teilweise auf dem antizipierten Verhalten der Agrarproduzenten.

2. Eine weitere Ursache der Preisveränderungen konnte von *Veränderungen auf der Nachfrageseite* ausgehen. Allgemein wird angenommen, dass die Elastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln, also nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen relativ starr sei. Daher sollten Einkommensveränderungen der Konsumenten auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln von relativ geringem Einfluss sein. Diese Aussage trifft jedoch nur für die Nahrungsmittel als Gesamtheit zu. Dagegen ist der Grad der Elastizität der Nachfrage bei den spezifischen Nahrungsmitteln verschieden. Innerhalb der

Nachfragestruktur der Nahrungsmittel können sehr wohl Verschiebungen eintreten, z.B. von inferioren zu superioren Agrarprodukten und umgekehrt⁵⁾. Superiore landwirtschaftliche Erzeugnisse würden also einen höheren Grad der Elastizität aufweisen als die inferioren. Eines der hervorstechendsten Merkmale der schweizerischen Landwirtschaft bestand für jene Periode gerade in einer Verlagerung des Schwergewichtes auf die Erzeugung superiorer Güter. Im Vordergrund stand die Veredlung und Verarbeitung von pflanzlichen Erzeugnissen zu tierischen Produkten. Die Nachfrage nach diesen Veredlungsprodukten musste daher, wegen ihrer grösseren Elastizität, bei einer Senkung des Konsumenteneinkommens in der Schweiz besonders stark reagieren.

Von 1929 bis 1936 ging das Einkommen der Konsumenten (Lohneinkommen) um 19% zurück und hatte eine sinkende Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Folge (gleiche Produktpreise vorausgesetzt). Vgl. Tab. Nr. 33 S. 139.

Selbst bei einer konstanten Angebotsmenge hätte eine Preissenkung landwirtschaftlicher Produkte eintreten müssen. Da angenommen werden kann, dass der Grad der Elastizität der Nachfrage kleiner als 1 ist, wären die Preise bei einer unveränderten Angebotsmenge um weniger als 19% gesunken. Man kann daraus schliessen, dass die schweizerische Landwirtschaft während der Phase des Niederganges auch durch einen Rückgang der nominellen Nachfrage betroffen wurde. Wir konnten bereits feststellen, dass im gleichen Zeitraum die angebotene Menge an Nahrungsmitteln noch zunahm. Die Folge war eine kumulierende Wirkung auf die Senkung des Agrarpreinsniveaus.

Als das Einkommen der Konsumenten von 1936 an wieder zunahm, wirkte dies zugleich festigend auf die Agrarpreise. Besonders die Nachfrage nach Veredlungsprodukten musste wieder steigen, sodass sie in das gestiegene Angebot hineinwachsen konnte.

3. Verhältnismässig gross auf die Preisbildung der Agrarerzeugnisse im Inland war auch *der Einfluss des Aussenhandels* mit landwirtschaftlichen Produkten und landwirtschaftlich erzeugten Produktionsmitteln (Futtermitteln).

Aus der Entwicklung des Aussenhandels mit landwirtschaftlichen Produkten geht hervor, dass dessen Volumen von 1930 bis 1935 eine wertmässige Schrumpfung um 51% erlitt. 1939 betrug es wieder 75% von 1930. Diese Schrumpfung des Aussenhandelsvolumens während der Depression

⁵⁾ Inferiore Produkte: Güter des Existenzbedarfs z. B. Kartoffeln.
Superiore Produkte: Güter des Wahlbedarfes z. B. Kalbfleisch.

Der Aussenhandel an Nahrungsmitteln.

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr in 1000 Fr.	Einfuhr- überschuss	· 1933 = 100	
				Einfuhr	Ausfuhr
1930	662 077	143 272	518 805	100	100
1931	574 136	113 970	460 166	87	79
1932	445 574	69 791	376 083	67	49
1933	385 324	63 773	321 551	58	44
1934	340 336	59 953	280 383	51	42
1935	309 587	56 510	253 077	47	39
1936	347 930	55 884	292 056	52	39
1937	468 900	68 446	400 454	71	48
1938	420 436	67 042	353 394	64	47
1939	453 673	64 691	388 982	69	45

Quelle: Absolute Ziffern: Rentabilitätserhebungen des Schweiz. Bauernsekretariates 1942 S. 60.

beruhte zunächst auf einem beträchtlichen Rückgang des Exportes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, und zwar um 61%. Erst 1937 stieg der Wert der Ausfuhr wieder um 9 Punkte. In den folgenden Jahren hatte er erneut eine leicht sinkende Tendenz. Parallel mit einer gesteigerten inländischen Produktion ging somit der Export an Agrarprodukten stark zurück. Dieser Rückgang beruhte vor allem auf drei Ursachen. Erstens wurde die Ausfuhr durch eine Ueberhöhung des inländischen Agrarpreinsniveaus gegenüber dem ausländischen erschwert. Zweitens verringerten sich die Absatzmöglichkeiten von schweizerischen Agrarexportprodukten, die in erheblichem Masse Veredlungsprodukte, also Güter des Wahlbedarfes waren, durch einen Rückgang der Nachfrage des Auslandes. Eine dritte Ursache bestand in einer zunehmenden Erschwerung des Exportes durch staatliche Massnahmen des Auslandes zum Schutze der eigenen Landwirtschaft.

Dieser Rückgang des Exportes wurde durch eine Drosselung des Importes an Nahrungsmitteln mehr als kompensiert. Der Wert der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ging von 1930 bis 1935 um 53% zurück. Trotzdem der Wert der Einfuhr prozentual weniger sank als der Wert der Ausfuhr, überstieg die absolute Summe dieses Einfuhrrückganges mit 352 Mill. Fr. den Betrag der Exportverminderung um etwa das Dreifache. Es fand also zugleich eine gesteigerte Selbstversorgung der Schweiz mit Nahrungsmitteln statt.

Von 1935 bis 1937 stieg dann die Einfuhr wieder und zwar stärker als die Ausfuhr. Trotzdem blieb ein erhöhter Selbstversorgungsgrad bestehen. Wie die Ausfuhr, war auch die Einfuhr in den folgenden Jahren wieder durch Preissenkungen auf dem Weltmarkt rückläufig.

Es lässt sich somit in bezug auf den Aussenhandel zusammenfassend feststellen, dass er während der Untersuchungsperiode starken Schwankungen unterworfen war. Dies machte sich besonders hinsichtlich der Nahrungsmittelausfuhr geltend. Diese Fluktuationen konnten aber durch eine Manipulierung der Einfuhr ausgeglichen werden. Die Beeinflussung ging sogar so weit, dass nicht nur der Exportausfall, sondern auch das vermehrte Inlandsangebot vom Binnenmarkte zusätzlich absorbiert werden konnte.

b) In Deutschland.

1. In bezug auf *die Gestaltung des Angebotes* fand in Deutschland in analoger Weise, ja sogar noch ausgeprägter als in der Schweiz während der Depressionsphase eine Steigerung des Angebotes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen statt.

Tab. Nr. 10.

Deutschland

Wert der landw. Erzeugung (Rohertrag) und Erzeugungsmenge.
1928/29 = 100.

Jahr	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938 ³⁾
Wert	100	96	89	71	61	70	79	84	87	93	100
Menge ¹⁾	100	103	103	106	102	109	112	108	112	117	118
Menge ²⁾	100	104	107	109	104	113	117	115	119	122	122

¹⁾ Ohne Abzug des auf eingeführte Futtermittel entfallenden Anteils.

²⁾ Mit Abzug des auf eingeführte Futtermittel entfallenden Anteils.

³⁾ 1928 = 1928/29 usw.

Quelle: Wochenbericht: Schriften des Instituts für Konjunkturforschung; Hsg. E. Wagemann. 13. Jahrgang. Berlin 4. Mai 1940, Nr. 15 S. 61 ff. Umgerechnet.

Parallel mit der Senkung der Preise stieg die landwirtschaftliche Produktion von 1928/29 bis 1930/31 um 100%. Das antikonjunkturelle Verhalten war also in Deutschland akzentuierter als in der Schweiz, sodass auch der Druck auf die Preise landwirtschaftlicher Produkte von der Seite des Angebotes stärker sein musste. Während der 2. Hälfte der Depressionsphase fiel jedoch das Angebot auf den Stand des Wirtschaftsjahres 1928/29 zurück. Wären die Preise landwirtschaftlicher Produkte ausschliesslich durch das inländische Angebot bestimmt gewesen, hätte in der zweiten Hälfte der Niedergangsperiode wieder eine Preissteigerung eintreten müssen. In der Zeit der eigentlichen Untersuchungsperiode, d. h. von 1932/33 an zeigte sich eine fortwährende, nur im Wirtschaftsjahr 1935/36 unterbrochene Steigerung des Angebotes landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Eine unveränderte Nachfrage vorausgesetzt, hätte das Preisniveau eine sinkende Tendenz auf-

weisen müssen. Dies traf jedoch, wie bereits festgestellt, aus verschiedenen Gründen nicht zu.

2. Einer dieser Gründe war *die Gestaltung der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen*. Von 1929 bis 1932 sank das Einkommen der Konsumenten, das hier ebenfalls dem Einkommen aus Lohn und Gehalt gleichgesetzt wird, um 40%⁶⁾. Nach Wagemann beträgt der Koeffizient der Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln 0,87⁷⁾. Bei einem unveränderten Angebot hätte unter diesen Umständen die 40 %ige Einkommensschumpfung zu einer Senkung des Agrarpreisniveaus um 32% führen müssen. Infolge der gleichzeitigen Zunahme des Angebotes an landwirtschaftlichen Erzeugnissen sanken die Preise der Agrarprodukte jedoch nicht bloss um 32, sondern um 42%.

Vergleicht man die deutsche Entwicklung mit der schweizerischen, wo die Preissenkung wesentlich geringer, aber auch der Rückgang des Konsumenteneinkommens nicht so stark war, dann sehen wir deutlich den Einfluss der Einkommensgestaltung in anderen Wirtschaftszweigen auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft.

Die Steigerung der Lohneinkommen während der Aufstiegsphase, d. h. von 1932-33 bis 1935-36, betrug in Deutschland 25,5%. Die Preise landwirtschaftlicher Produkte erholten sich um 33%. Die Zunahme der Verkaufserlöse betrug sogar 46%. Wie oben erwähnt, fand zugleich eine Steigerung des Angebotes statt. Der Einkommenssteigerung hätte bei konstantem Angebot und dem erwähnten Elastizitätskoeffizienten eine Preissteigerung um 20,5% entsprochen. Da das Angebot ebenfalls eine Zunahme erfuhr, hätte der Preisanstieg diesen Prozentsatz noch unterschreiten müssen. Von der Nachfrageseite aus betrachtet war somit die in dieser Periode eingetretene Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte in dem erwähnten Ausmasse nicht zu erklären.

Diese offensichtliche Bevorteilung der landwirtschaftlichen gegenüber andern Einkommensbezügern schlug jedoch nach 1935/36 ins Gegenteil um. Während sich das Konsumeinkommen um 33% erhöhte, blieben die Preise landwirtschaftlicher Produkte nahezu stabil, und die Verkaufserlöse erhöhten sich lediglich um 16%. Die Zunahme der Verkaufserlöse hätte jedoch ungefähr 26% betragen müssen.

⁶⁾ Vgl. Wochenbericht des Institutes für Konjunkturforschung, Jahrg. 1931 Nr. 4, S. 27.

⁷⁾ Vgl. Vierteljahrshefte des Institutes für Konjunkturforschung; 12. Jahrgang 1937/38.

Bei einem Elastizitätskoeffizienten von 0,8 bedeutet eine Veränderung des Konsumenteneinkommens von 10% eine Veränderung der Nachfrage um 8%.

In der Zunahme des Einkommens aus Lohn und Gehalt wird die Industrialisierung, die während dieser Periode stattfand, sichtbar. Die Landwirtschaft wurde dabei in hohem Masse benachteiligt, weil die Preise ihrer Produkte nicht mehr der tatsächlichen Marktlage entsprachen. Da die Agrarpreise in der Schweiz nicht derartige Bindungen aufwiesen, wie dies für Deutschland zutraf, erfolgte auch die Preisgestaltung besonders nach 1933 viel ausgeglichener und zwar besser der Einkommensentwicklung der Konsumenten angepasst.

3. Abschliessend soll noch auf den Einfluss des Aussenhandels bei der Preisgestaltung hingewiesen werden. Noch stärker als in der Schweiz war man in Deutschland bestrebt, den Einfluss des Weltmarktes im Bereiche der landwirtschaftlichen Produkte, wenigstens auf der Seite des Angebotes, zu beschränken. Nach dem Jahre 1933 beabsichtigte man sogar, diesen «preisstörenden» Faktor vollständig zu beseitigen.

Das äusserte sich einmal in einer enormen Schrumpfung des Exportes, dessen Wert 1937 nur noch 6,8% des Wertes von 1929 ausmachte. Auch auf der Einfuhrseite machte sich diese Autarkisierungstendenz bis 1936 geltend. Der Wert der eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sank bis 1936 auf 29,7% im Vergleich zu 1929. 1937 stieg er wieder auf 39,7%⁸⁾. In einer bis 1936 durchgeführten Drosselung des Importes ist eine Ursache der von 1933 bis 1936 eingetretenen Preissteigerung zu erblicken. Bekräftigt wird diese Ansicht durch die Veränderung des Einfuhrüberschusses an Nahrungsmitteln. Dieser sank von 1929 bis 1936 wertmässig um 63% und mengenmässig um 23%.

Die Steigerung des Einfuhrüberschusses um 6% des Wertes und 7% der Menge im Jahre 1937 zeigt das Bestreben, die gestiegene Nachfrage durch vermehrte Importe zu befriedigen, um auf diese Weise die entstandenen Preisspannungen zu beseitigen.

Ergebnisse

Die agrarpolitischen Massnahmen in den beiden Ländern übten auf die Gestaltung der Preisindices für landwirtschaftliche Produkte ihre Wirkung aus. Wir können Verschiedenheiten wie Parallelen feststellen.

1. Während der Depressionsphase von 1929 bis 1932 war der Preiseinbruch auf den landwirtschaftlichen Märkten in Deutschland um 50% stär-

⁸⁾ Vgl. Bacon & Schloener: World Trade in Agricultural Products; Rome 1940 S. 675.

ker als in der Schweiz. Daraus liesse sich ein besserer Agrarschutz in der Schweiz ableiten. Es ist aber zu berücksichtigen, dass der Konjunkturreinbruch die deutsche Gesamtwirtschaft viel schärfer betroffen hat. Festzuhalten ist die Tatsache, dass schon zu Beginn der Untersuchungsperiode auf beiden Agrarmärkten eine ungleiche Preissituation vorlag.

2. Immerhin war der Preisschutz für die Landwirtschaft in der Schweiz wirksamer. Dies ergibt sich aus dem Vergleich der landwirtschaftlichen Produktenpreise auf den verschiedenen Absatzstufen. Wenn man die Niveaus der Agrar- und der Grosshandelspreise als Gesamtgrössen einander gegenüberstellt, drängt sich die gleiche Folgerung auf.

3. Die Preis-Kostenrelation entwickelte sich während dieser Periode für die schweizerische Landwirtschaft ungünstiger als für die deutsche. Zwei Gründe können dies erklären. Die Kostenstruktur war in den beiden Ländern verschieden. Zudem wurde die deutsche Wirtschaft als Gesamtheit vom Konjunkturniedergang gleichmässig betroffen, während in der Schweiz der Konjunkturverlauf für einzelne Wirtschaftszweige (Baugewerbe z. B.) verschieden war.

4. Aus der Gestaltung der Preise geht hervor, dass in Deutschland der Tiefstand der Depression 1932 erreicht war. Dieser Punkt deckte sich zeitlich für alle Wirtschaftszweige. Der anschliessende Zeitraum (bis 1935/36) brachte der Landwirtschaft eine beträchtliche Erholung, die ihren Niederschlag deutlich in der Preisgestaltung fand. Während dieser Phase ergab sich ein überproportionaler Anstieg des Preisindex¹ für landwirtschaftliche Produkte im Vergleich zum gesamten Preisniveau, ferner eine Verbesserung der Preis-Kostenrelation in der Landwirtschaft. Die Lage der Landwirtschaft verbesserte sich demnach, solange die Preise auf den Agrarmärkten nicht straff durch den Staat fixiert waren.

5. Die Politik der Preisstabilisierung in Deutschland kennzeichnet den nun folgenden neuen Abschnitt in der Untersuchungsperiode (1936 bis 1939). Der oben festgestellte Preisauftrieb kam nun sozusagen völlig in Wegfall. Damit ergab sich wieder ein Gegensatz zur Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Schweiz. Hier machte sich hauptsächlich infolge der Währungsabwertung ein Steigen des Niveaus der landwirtschaftlichen Produktenpreise bemerkbar. Darin kam eine der Hauptbestrebungen der schweizerischen Agrarpreispolitik zum Ausdruck. Man suchte, Preissenkungen zu verhindern, Preiserhöhungen dagegen, soweit sie durch die Marktlage geboten waren, nicht entgegenzuwirken. Dies zeigte sich im Anschluss an die erwähnte Preiserhöhung, als 1938 die Grosshandelspreise einen Einbruch erlitten, während die landwirtschaftlichen Produzentenpreise stabil blieben. Für die Landwirtschaft hatte diese Preispolitik eine

günstige Wirkung. Da die Produktionskosten der Landwirtschaft nicht im selben Masse stiegen wie die Agrarpreise, verbesserte sich weiterhin die Preis-Kostenrelation. Sie erlitt auch keine gewichtige Einbusse, als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht mehr weiter stiegen.

Anders gestaltete sich die Entwicklung der Preis-Kostenrelation in der deutschen Landwirtschaft. Wohl gelang der deutschen Agrarpolitik eine nahezu vollständige Stabilisierung der Agrarpreise. Dagegen konnten die landwirtschaftlichen Produktionskosten nicht am Steigen verhindert werden. Die infolge der Rüstungspolitik eingetretene Ueberbeschäftigung in Industrie und Gewerbe übte auf die Landwirtschaft eine kostensteigernde Wirkung aus (Lohnsteigerungen).

6. Im Bereich der Preise wirkten sich die agrarpolitischen Massnahmen in der Schweiz bis 1937 mehr und mehr zum Vorteile der Landwirtschaft aus. Das in diesem Jahre erreichte Preisgleichgewicht blieb im grossen und ganzen bis zum Ende der Untersuchungsperiode erhalten. Von der Preisgestaltung aus gesehen, hatte hier der Agrarschutz grundsätzlich sein Ziel erreicht. In Deutschland war dies jedoch nicht so eindeutig der Fall. Durch den 1936 eingetretenen Wendepunkt (unbedingter Preisstop, Rüstungspolitik) wurden die bis anhin erreichten Fortschritte im Agrarschutz zum Teil beeinträchtigt

II. Der Vergleich von Einzelpreisen

1. Die Umschichtungen im Preisgefüge landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

a) In der Schweiz.

Die folgende Tabelle zeigt die Preisentwicklung einiger bedeutsamer Agrarprodukte.

Tab. Nr. 11.

Schweiz

Die Entwicklung der Indices der Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

1914 = 100.

Jahr	Getreide	Kartoffeln	Rinder	Kälber	Schweine	Molkerei- produkte	Gesamt
1927	156	140	141	167	172	142	146
1928	159	135	140	168	144	155	151
1929	154	117	142	171	155	153	147
1930	140	115	156	186	173	144	154
1931	126	115	158	171	134	138	138
1932	117	103	123	129	100	130	120
1933	115	95	96	115	108	118	118
1934	114	86	91	111	92	119	112
1935	113	95	91	110	87	118	110
1936	115	113	112	120	110	120	119
1937	119	108	124	133	123	131	125
1938	120	100	121	125	120	129	126
1939	125	124	117	126	124	126	126

1928 = 100

1928	100	100	100	100	100	100	100
1929	97	87	101	102	108	99	97
1930	88	85	111	111	120	93	102
1931	79	85	113	102	93	89	91
1932	74	76	88	77	69	84	79
1933	72	70	69	68	75	76	78
1934	72	64	65	66	64	77	74
1935	71	70	65	66	60	77	73
1936	72	84	80	71	76	77	79
1937	75	80	89	79	85	85	83
1938	75	74	86	74	83	83	83
1939	79	92	84	75	86	81	83

Quelle: «Statistische Erhebungen . . .». 1928 = 100 umgerechnet.

Die Preisindices der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse verändern sich seit dem Ausbruch der Agrarkrise Ende der Zwanzigerjahre bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges sehr unterschiedlich. Daraus folgt, dass die

Preisrelationen zwischen den einzelnen landwirtschaftlichen Produkten ebenfalls zum Teil beträchtliche Verschiebungen erfuhren. Die ersten Anzeichen einer Preiskrise traten auf den einzelnen Märkten (z. B. für gewisse Produkte des Ackerbaus: Getreide, Kartoffeln, und auf den Märkten für Molkereiprodukte) in der Schweiz schon 1928 und 1929 auf. Den sinkenden Preisen dieser Produkte standen vorerst noch steigende Preise beim Schlachtvieh gegenüber. Auf den Märkten für Schlachtkälber und für Schlachtschweine begannen die Preise 1930 und auf den Märkten für Rinder sogar erst in der ersten Hälfte des Jahres 1931 zu sinken. Infolge dieser unterschiedlichen Preisbewegung der einzelnen Erzeugnisse, auf deren Ursachen wir später zurückkommen werden, hatten sich die Preisrelationen zu Gunsten der Schlachtviehpreise verschoben. Nachdem die Preise für Schlachtvieh ihren Höhepunkt überschritten hatten, trat jedoch ein Preissturz ein, der die Preissenkung der übrigen landwirtschaftlichen Produkte (Ackerbau- und Milchprodukte) weit übertraf. Erst 1933 machten sich, allerdings nur bei den Getreidepreisen die Anzeichen einer beginnenden Stabilisierung bemerkbar. Abgesehen vom vorübergehenden Anstieg der Schweinepreise, bewegten sich die Preise der übrigen Agrarprodukte auch 1933 nach unten. Im Jahre 1934 konnten auch die Preise der Molkereiprodukte stabil gehalten werden. Dagegen dauerte die Preissenkung auf dem Schweine-markte noch bis 1935 an.

Gemessen am Preisstand von 1914 verschoben sich während der Depression die Preisrelationen zwischen den wichtigsten Agrarprodukten beträchtlich. Relativ gering war die Preissenkung beim Getreide und bei den Molkereiprodukten. Die Preise für Schlachtvieh, die zu Beginn der Dreissigerjahre im Vergleich zu den übrigen Preisen landwirtschaftlicher Produkte überhöht waren, sanken derart stark, dass sich die Preisrelationen zu ihren Ungunsten veränderten. Von 1933 bis 1935 können wir deutlich zwei Gruppen von Produkten unterscheiden, deren Preisindices sich verschieden verändert hatten. In einer Gruppe sind die Preise für Kälber, Molkereiprodukte und Getreide zu finden. Der Index der Preise dieser Güter lag in diesen Jahren höher als der Index der Preise der andern Gruppe, welche Kartoffeln, Schweine und Rinder umfasste. Die Preisrelationen hatten sich also während der Depression zu Ungunsten der zweiten Gruppe verschoben.

Hervorzuheben ist die Zusammensetzung dieser beiden Gruppen mit ungleichartigen Produkten. Ohne schon hier auf die Gründe dieser Preisbewegung einzutreten, soll aber jetzt schon darauf hingewiesen werden, dass es nicht ausschliesslich durch den Markt bestimmte Ursachen sein konnten, die eine Einteilung der Produkte in 2 Gruppen gemäss der Preisbewegung zulassen. Exogene Einwirkungen (staatliche Massnahmen) sind hier unverkennbar.

Der Beginn eines Preisanstieges bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen fällt auf das Jahr 1936. (Die Preise einzelner Agrarprodukte begannen allerdings schon während der zweiten Hälfte des Jahres 1935 zu steigen.) Im Laufe dieses Anstieges, der bis 1937 dauerte, verbesserten sich zugleich die während der Depression veränderten Preisrelationen. Die Preise für Schlachtvieh stiegen nämlich stärker als jene für Molkereiprodukte und Getreide. Schon 1938 wiesen die Preise der Agrarprodukte — mit Ausnahme des Getreides — wieder eine sinkende Tendenz auf, die aber nur kurzfristig war. 1939 begannen sie erneut zu steigen.

b) In Deutschland.

Die Preisentwicklung in Deutschland wird in der anschliessenden Zusammenstellung sichtbar.

Tab. Nr. 12.

Deutschland

Die Entwicklung der Indices der Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland.

1909/10 — 1913/14 = 100

Jahr	Getreide	Kartoffeln	Rinder	Kälber	Schweine	Butter	Gesamt
1928/29	124	135	105	129	141	144	132
1929/30	111	107	110	134	144	128	126
1930/31	112	95	101	114	102	109	107
1931/32	112	89	65	76	81	95	89
1932/33	96	65	56	66	73	84	77
1933/34	93	75	62	71	79	101	84
1934/35	101	121	76	81	88	102	94
1935/36	104	119	95	109	95	104	102
1936/37	105	115	92	104	94	105	101
1937/38	110	114	92	100	95	105	102
1938/39	111	116	95	101	97	107	104

1928/29 = 100

1928/29	100	100	100	100	100	100	100
1929/30	89	79	105	104	102	89	95
1930/31	90	70	96	96	72	76	81
1931/32	90	66	62	59	57	66	67
1932/33	77	48	53	51	52	58	58
1933/34	75	56	59	55	56	70	64
1934/35	82	90	72	63	62	71	71
1935/36	84	88	90	84	67	72	77
1936/37	85	85	88	81	67	73	77
1937/38	89	84	88	78	67	73	77
1938/39	90	86	91	78	69	74	79

Quelle: Wirtschaft und Statistik; Hsg. Stat. Reichsamt.
1928/29 = 100 umgerechnet.

Auch in Deutschland sanken die Preise landwirtschaftlicher Produkte von 1929 bis 1932 sehr stark. Dabei fiel der Beginn dieser Periode der Preisenkungen bei den einzelnen Produkten auf verschiedene Jahre. Es waren ebenfalls die pflanzlichen Erzeugnisse (Getreide, Kartoffeln), deren Preise schon 1929/30 zu sinken begannen, während die Preise für Schlachtvieh im selben Jahre noch anstiegen. 1930/31 wurden dann die Preise sämtlicher landwirtschaftlicher Produkte — ausgenommen Getreide, dessen Preise stabil blieben — von der Senkung erfasst. Dabei trat wieder, wie in der Schweiz, das unterschiedliche Ausmass der Senkung hervor. Auch hier wurden die Preise für Schlachtvieh, Kartoffeln während dieser Periode am stärksten vom Niedergang betroffen, während vor allem die Preise für Getreide eine relativ geringere Einbusse erlitten.

Verglichen mit dem Preisstand vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges 1909/10 bis 1913/14, hatten sich während der ersten Phase des Niederganges die Preisrelationen zwischen den einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu Gunsten der Preise für Schlachtvieh verschoben. Diese Situation änderte sich dann während der zweiten Phase, in deren Verlauf sich die Preisverhältnisse zu Gunsten des Getreides und der Milchprodukte veränderten.

Ein Vergleich der Entwicklung der Agrarpreise in der Schweiz und in Deutschland zeigt, dass die eingetretenen Preisverschiebungen wenigstens in der Bewegung übereinstimmten. In beiden Ländern trat 1932/33 bzw. 1933 eine innerlandwirtschaftliche Preisschere auf, indem die Preise für Getreide und Milch gegenüber den Preisen für Schlachtvieh und Kartoffeln relativ höher lagen. Obwohl sich die Preise in der gleichen Richtung veränderten, ist darauf hinzuweisen, dass sie dies nicht im gleichen Ausmass taten.

Tab. Nr. 13.

Schweiz Deutschland

Prozentuale Preisveränderungen während der Depression.
(Jahr 1928 in der Schweiz = 1928/29 in Deutschland).

Produkt	1928 — 1932		Maximale Preissenkung			
	Schweiz	Deutschland	Schweiz	Deutschland	Schweiz	Deutschland
	in %		Periode	%	Periode	%
Getreide	—26	—23	1928—1935	29	1928—1933	24
Kartoffeln	—24	—44	1928—1934	36	1928—1932	44
Rinder	—12	—47	1931—1934	42	1929—1932	49
Kälber	—35	—49	1930—1935	41	1929—1932	51
Schweine	—36	—48	1930—1935	50	1929—1932	49
Milchprodukte	—16	—41	1928—1933	24	1928—1932	41

In Deutschland sanken die Preise dieser Produkte fast durchwegs stärker als in der Schweiz. Eine Ausnahme bildeten nur die Getreidepreise. Die Schweinepreise sanken im Gesamten annähernd gleich stark, wobei aber zu

betonen ist, dass sich diese Senkung in der Schweiz auf einen grösseren Zeitraum verteilte.

Im Gegensatz zur Schweiz, wo sich die Preise erst 1935 und 1936 wieder zu erholen begannen, setzte der Preisanstieg der Agrarprodukte in Deutschland, mit Ausnahme der Getreidepreise schon 1933/34 wieder ein. Die Preise jener landwirtschaftlichen Produkte, welche in der Zeit der Depression besonders tief gesunken waren, erholten sich in dieser Periode bedeutend rascher. Dabei sticht vor allem die Steigerung der Kartoffelpreise hervor. Bevor aber die Preisrelationen des Ausgangszeitraumes (1909/10—1913/14) wieder hergestellt waren, entstand 1935/36 ein abrupter Stillstand der Steigerung. In diesem Jahre waren die Kartoffeln, verglichen mit den Preisen anderer landwirtschaftlicher Produkte, stark überhöht. Dagegen waren die Preise für Schlachtvieh, besonders Schweine und Rinder, immer noch «unterwertet». Nach diesem Jahre veränderten sich die Agrarpreise nur noch relativ wenig. Vorübergehend sanken die Preise für Schlachtvieh, während diejenigen für Milchprodukte und Getreide stabil blieben oder sogar noch stiegen, sodass sich das bestehende Missverhältnis wieder vergrösserte.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass, von Ausnahmen abgesehen, die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland zunächst stärker von der Senkung betroffen wurden als in der Schweiz. Wenn nun die Agrarpreise in Deutschland früher zu steigen begannen⁹⁾, so wurde damit erreicht, dass die Preisparität, die vor dem 1. Weltkrieg bestanden hatte, infolge dieser Preisbewegung wieder herbeigeführt wurde. In der Schweiz dienten die Preissteigerungen lediglich zu einer Korrektur der im Verlaufe der Krise verschobenen Preisrelationen. In Deutschland wurde durch die Preissteigerungen, wobei allgemein die pflanzlichen Erzeugnisse begünstigt wurden, die Streuung der Preise der einzelnen Produkte im Vergleich zur Vorkriegszeit sogar noch grösser.

2. Der Vergleich der Getreidepreise.

a) Die Entwicklung der Indices der Getreidepreise.

Beim Vergleich der bestehenden Indices der Getreidepreise zwischen beiden Ländern sind wesentliche Vorbehalte zu machen. Die Vergleichbarkeit wird beeinträchtigt durch die unterschiedliche Gewichtung der einzel-

⁹⁾ Die wichtigste Ursache dieser unterschiedlichen Preisentwicklung bestand im entgegengesetzten Konjunkturverlauf der Industrie dieser beiden Länder. Während dieser Periode (1932—1935) war in der deutschen Industrie bereits wieder ein Konjunkturanstieg zu verzeichnen. Dagegen befand sich die schweizerische zu jener Zeit immer noch in der Phase des Niederganges.

nen Getreidearten, sowie durch den Umstand, dass die Basis der Indices verschieden ist, nämlich in der Schweiz das Jahr 1914 und in Deutschland das Mittel der Wirtschaftsjahre 1909/10—1913/14. Unter der Voraussetzung, dass dabei keine grossen Verschiedenheiten hinsichtlich der Niveaus der Getreidepreise bestanden haben, muss betont werden, dass in der Schweiz der Preisstand des Getreides im neuen Basisjahr 1928 mit 159 im Vergleich zu Deutschland mit 124 stark überhöht war. Ohne diese Preisdisparität weiterhin zu berücksichtigen, betrachten wir nun die Preisfluktuationen des Getreides für die Zeit nach 1928.

Tab. Nr. 14.

Schweiz Deutschland

Die Entwicklung der Getreidepreise (1928 bzw. 1928/29 = 100).

Jahr ¹⁾	Getreide		Weizen		Hafer	
	Schweiz	Deutschland	Schweiz	Deutschland	Schweiz	Deutschland
1928	100	100	100	100	100	100
1929	97	89	100	115	93	75
1930	88	90	99	120	71	77
1931	79	90	93	107	55	72
1932	74	77	88	92	53	62
1933	72	75	85	85	52	68
1934	72	82	83	93	55	77
1935	71	84	80	93	57	85
1936	72	85	80	93	60	80
1937	75	89	82	93	63	81
1938	75	90	86	93	66	84
1939	79	90	86	92	70	84

¹⁾ Für Deutschland 1928 = 1928/29 usw.

Quellen: Schweiz: errechnet aus den absoluten Ziffern in «Statistische Erhebungen».
Deutschland: umgerechnet aus «Index der aus der Landwirtschaft zum Verkaufe gelangenden Erzeugnisse» in «Wirtschaft und Statistik».

Wie die Preise der meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sank auch das Niveau der Getreidepreise von 1928 bis 1932 sowohl in der Schweiz (um 28%) als auch in Deutschland (um 26%). Das Sinken der Getreidepreise in der Schweiz war also etwas stärker. Dabei ist noch hervorzuheben, dass sie in der Schweiz ungefähr im selben Verhältnis zurückgingen wie das gesamte Agrarpreisniveau. In Deutschland dagegen war ihre Senkung erheblich geringer als die der Gesamtheit der Agrarpreise. Diese relativ geringe Preiseinbusse beim Getreide kann kaum auf die geringe Preiselastizität dieses Gutes zurückgeführt werden, weil man sonst dasselbe Phänomen auch in der Schweiz hätte beobachten müssen. Vielmehr weist dies darauf hin, dass in Deutschland die Massnahmen zum Schutze der Getreidepreise besonders wirkungsvoll waren und dass eine preispolitische Bevorzugung dieser Warenkategorie bewusst vorgenommen wurde. Auf die erwähnte Preiseinbusse

folgte in der Schweiz eine weitgehende Stabilisierung der Getreidepreise bis 1936, jedoch mit leicht sinkender Tendenz (Senkung um 2 Punkte von 1933 bis 1935). Diese Entwicklung stand im Einklang mit derjenigen des Preisniveaus landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die wenigstens bis 1935 immer noch leicht sinkend war.

Die relative Preisstabilität war ebenfalls auf die staatlichen Massnahmen zurückzuführen. Sie bestanden beispielsweise beim Brotgetreide in einer Preis- und Uebernahmegarantie, verkoppelt mit Subventionen. Dadurch wurde eine Differenzierung der Uebernahme- und Grosshandelspreise möglich. Beim Futtergetreide lag das Schwergewicht der Massnahmen im Bereiche des Aussenhandels. (Erhebung von Zoll- und Preiszuschlägen auf eingeführte Futtermittel, Monopolisierung und mengenmässige Beschränkung der Einfuhr).

Nachdem die Getreidepreise 1936, die in den beiden Vorjahren stattgefundene geringe Einbusse von 2 Punkten aufgeholt hatten, stiegen sie, weitgehend durch die Währungsbewertung bedingt, 1937 wieder um 4 Punkte. 1938 setzte sich die steigende Tendenz der Preise (trotz neuer Preiseinbrüche auf dem Weltmarkte) in einem zwar geringen Masse (nur um 1 Punkt) fort. Die Preissteigerung um 3 Punkte im Jahre 1939 war zum Teil schon kriegsbedingt. Teilweise war sie aus produktionspolitischen Ueberlegungen beabsichtigt.

Anders gestalteten sich die Getreidepreise in Deutschland während der Periode von 1932 bis 1935. Nachdem sie, im Gegensatz zum gesamten Agrarpreisniveau, 1933 noch um 3 Punkte sanken, stiegen sie 1934 bereits um 6 Punkte und 1935 nochmals um 3 Punkte. 1935 war das Niveau der Getreidepreise in Deutschland, verglichen mit dem schweizerischen (1928 = 100), um 12% höher. Diese Preisentwicklung beim Getreide war beabsichtigt und diente ausschliesslich produktionspolitischen Zielen. Das Getreide gehört zu den Gütern des Existenzbedarfes. Man war in Deutschland bestrebt, besonders für solche Güter die Selbstversorgung zu erreichen. Nachdem in den Jahren 1935 und 1936 die Getreidepreise vorübergehend stabil waren, trat 1937 eine neue Preiserhöhung um 4 Punkte ein, die hauptsächlich durch die Preisentwicklung beim Roggen verursacht wurde. Der Roggenpreis, welcher im Verhältnis zu den Preisen für Futtergetreide nur wenig überhöht war, erfuhr in diesem Jahre eine Erhöhung um 13%. Um aber eine Preissteigerung auf dem Konsumgütermarkt zu verhüten, musste man die Brauereien, Weizenmühlen und Zuckerfabriken belasten. Dies wurde durch eine Zweckabgabe bewerkstelligt. (Der daraus resultierende Erlös wurde zur Stützung der Roggenpreise verwendet). Abgesehen von einem Fütterungsverbot versuchte man eine Verfütterung des Roggens durch Preismanipulation zu verhindern. Dabei waren wieder produktionspolitische Mo-

tive massgebend (Steigerung der Brotgetreideerzeugung). Nach dieser Steigerung blieben die Preise für Getreide in den folgenden Jahren bis zum Kriegsausbruch sozusagen stabil. Nur im Jahre 1938 erfolgte eine einzige Erhöhung um 1 Punkt.

Wenn in der Schweiz die Fluktuationen der Getreidepreise vor allem während des Niederganges etwas stärker waren als in Deutschland, so beruhte das, wie weiter unten zu sehen ist, auf den ausserordentlich starken Preisschwankungen beim Futtergetreide. Die darauf folgende, verhältnismässig grosse Preisstabilität beruhte vor allem auf einer strafferen Regelung der Futtermittelpreise nach 1932/33.

b) Die Entwicklung der Preise für Brot- und Futtergetreide.

Besonders hervorzuheben ist die unterschiedliche Entwicklung der Preise für Brot- und Futtergetreide während der Depressionsperiode von 1929 bis 1932. (Vgl. Tabelle 14 Seite 98). Sie stimmte in beiden Ländern überein.

Als Repräsentanten wählen wir Weizen und Hafer. Ebenso gut könnten aber auch die Preise anderer Getreidesorten für diesen Vergleich herangezogen werden.

Während der Depressionsperiode erlitt der Haferpreis, sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland eine viel stärkere Senkung als der Weizenpreis. In der Schweiz sank der Weizenpreis von 1928 bis 1932 um 12%, der Haferpreis jedoch um 47%. In Deutschland ging der Weizenpreis um 8%, der Haferpreis um 38% zurück. Im Verlaufe der Depression entstand demnach eine Preisdiskrepanz zu Ungunsten des Futtergetreides. In einer freien Marktwirtschaft hätte infolge des zwischen diesen Getreidesorten bestehenden hohen Substitutionsgrades und der daraus resultierenden engen Preisverbundenheit kein derartiges Preismissverhältnis entstehen können¹⁰⁾.

Die Preispolitik beider Staaten bestand jedoch in einer Kostenverbilligung viehwirtschaftlicher Erzeugnisse. Futtergetreide ist ja ein wichtiges variables Produktionsmittel der tierischen Erzeugung.

Das Ziel einer Hebung des Einkommens im Bereiche der Viehwirtschaft war zwar wohlgemeint, aber es missachtete die in der Landwirtschaft herrschende enge Produktionsverbundenheit. Deshalb traten besonders in der Schweiz schwerwiegende Folgen struktureller Art ein. Sie äusserten sich sowohl im Ackerbau, wie in der Viehwirtschaft. Die gegenüber den Preisen anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse (z. B. Produkte der Viehwirtschaft)

¹⁰⁾ Die Substitutionsmöglichkeit besteht in der leichten Ersetzbarkeit der einen Getreidesorte z. B. Hafer oder Gerste durch eine andere z. B. Roggen oder Weizen als Viehfutter. Als Nahrungsmittel kann Weizen relativ leicht durch Roggen (Brot) ersetzt werden.

stark überproportionale Senkung der Futtermittelpreise führte zu einer Ausweitung der viehwirtschaftlichen Erzeugung. Diese Erzeugungssteigerung hatte auch auf den Märkten viehwirtschaftlicher Produkte Preissenkungen zum mindesten jedoch einen Preisdruck zur Folge. Gleichzeitig wurde aber auch der Futtergetreidebau im Inlande eingeschränkt, anderseits dafür mehr Futtergetreide importiert. Die Produktionsbasis der Viehwirtschaft wurde damit stärker ins Ausland verlegt.

Auch im Landbau selbst traten, unter dem Gesichtspunkt einer rationalen, die Bodenkkräfte optimal ausnützenden Produktionsstruktur, unerwünschte Verschiebungen ein.

Tab. Nr. 15.

Schweiz

Die Getreideanbaufläche in Ha.

Jahr	Brotgetreide	Futtergetreide	Getreideanbaufläche Total
1929	89 789	28 514	118 303
1932	94 700	21 500	116 200
1933	97 670	13 976	111 646
1934	101 484	15 122	116 606
1935	108 000	15 200	123 200
1936	111 000	15 700	126 700
1937	108 000	16 260	124 260
1938	109 000	17 260	126 260
1939	111 000	20 900	131 900

Quelle: «Statistische Erhebungen» Jahrgang 1940, S. 26 f.

Der Getreidebau, der als Bestandteil einer solchen optimalen Fruchtfolge gilt, wurde, im Ganzen gesehen, eingeschränkt. Es fand zwar zugleich zum Teil eine Kompensation durch einen Mehranbau des preisbegünstigten Brotgetreides statt. Da die dabei in Betracht fallenden Preisverschiebungen in der Schweiz viel ausgeprägter waren als in Deutschland, kamen die Folgen hier auch stärker zum Ausdruck.

Erst nachdem die Auswirkungen, besonders die Fernwirkungen in der Gestalt einer starken Steigerung der viehwirtschaftlichen Produktion, voll zur Geltung gelangten, wurde die Getreidepreispolitik revidiert. Diese Revision bestand zunächst in einer Verbesserung der Preisrelation Brotgetreide — Futtergetreide zu Gunsten des Futtergetreides.

In der Schweiz tendierten die Massnahmen 1932 und 1933 zuerst dahin, ein weiteres Sinken der Futtergetreidepreise zu verhüten, oder später (von 1934 an) das Steigen zu begünstigen, die Brotgetreidepreise dagegen eher zu senken. Von 1936 an wurde die Korrektur der während der Depression

verschobenen Preisrelation erschwert, weil sowohl die Preise für Brot- als auch für Futtergetreide (diese allerdings überproportional) anstiegen.

In Deutschland erfuhren die Haferpreise, als Futtergetreidepreise in der Zeit von 1932 bis 1935 einen relativ starken Anstieg um 29 Punkte. Im Vergleich dazu stiegen die Weizenpreise um 7,5 Punkte, also relativ schwach. Die Preisrelationen zwischen Futtergetreide und Brotgetreide wurden somit während dieser Zeit zu Gunsten des Futtergetreides verschoben. Die Preiserhöhung des Hafers war in Deutschland derart, dass — im Vergleich zum Basiszeitraum 1909/10 — 1913/14 bis 1935 sogar eine Preisdisparität zu Gunsten des Hafers entstand, die jedoch 1936 durch eine Senkung des Haferpreises wieder kompensiert wurde. (Vgl. Tab. 14, S. 98).

Infolge dieser Preiserhöhungen, bzw. Aenderungen der Preisrelationen, wurde der Erzeugung von Futtergetreide (Gerste aber nicht Hafer) wieder vermehrte Aufmerksamkeit von Seiten der Produzenten geschenkt. (Vgl. Tab. Nr. 16, S. 102.)

Tab. Nr. 16.

Deutschland

Die Entwicklung der Erntefläche einiger Hauptgetreidearten sowie
Kartoffeln in 1000 Ha.

Jahr	Roggen	Weizen	Hafer	Gerste	Kartoffeln
1927	4 698	1 749	3 476	1 478	2 800
1928	4 634	1 728	3 520	1 519	2 849
1929	4 726	1 600	3 539	1 552	2 835
1930	4 711	1 781	3 440	1 519	2 804
1931	4 366	2 167	3 363	1 619	2 824
1932	4 450	2 280	3 285	1 568	2 879
1933	4 524	2 318	3 182	1 585	2 889
1934 ¹⁾	4 491	2 198	3 146	1 631	2 907
1935	4 540	2 106	2 789	1 605	2 750
1936	4 520	2 054	2 778	1 635	2 793
1937	4 156	1 975	2 845	1 714	2 888

¹⁾ Aenderung der Erhebungsmethode.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

3. Der Vergleich der Kartoffelpreise.

Sowohl der Getreide- als auch der Kartoffelbau sind Bestandteile einer rationellen Fruchtfolge. Innerhalb des Hackfruchtbaues und sogar im Rahmen des gesamten Ackerbaues, gehörte der Kartoffelbau während der Untersuchungsperiode zu einem der wichtigsten Betriebszweige. Dies traf sowohl für die schweizerische wie für die deutsche Landwirtschaft zu. Die wirt-

schaftliche Lage der Landwirtschaft beider Länder wurde deshalb zu jener Zeit relativ stark von der Gestaltung der Kartoffelpreise beeinflusst.

Bei einer durchschnittlichen Kartoffelernte reicht in der Schweiz die inländische Erzeugung zur Deckung des inländischen Bedarfes beinahe aus. Bei grossen Ernten konnten sogar Absatzschwierigkeiten eintreten und einen starken Preisdruck ausüben. Starke Preisrückgänge können bei den Kartoffeln besonders leicht eintreten, weil die Nachfrage nach Speisekartoffeln starr ist. Bei Aenderungen der Angebotsmenge sind deshalb starke Preisreaktionen möglich. Es muss aber betont werden, dass die Angebotsmenge auch elastischer gestaltet werden kann; Kartoffeln können nicht nur direkt als Konsumgut, sondern auch als Produktionsmittel (Futtermittel, Vorprodukt von Stärke, Alkohol) Verwendung finden.

Die relativ starre Nachfrage und die damit verbundene Zunahme der Erzeugung waren Gründe, weshalb die Kartoffelpreise sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland besonders stark von einer Senkung betroffen wurden.

Tab. Nr. 17.

Schweiz Deutschland

Die Preisentwicklung der Kartoffeln (Indexziffern).

1914 bzw. 1909/10 — 1913/14 = 100.

Jahr	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Schweiz	135	117	115	115	103	95	86	95	113	108	100	111
Deutschl.	135	107	95	89	65	75	121	119	115	114	116	115

1928 bzw. 1928/29 = 100.

Schweiz	100	87	85	85	76	70	64	70	84	80	74	82
Deutschl.	100	79	70	66	48	56	90	88	85	84	86	85

1928 bzw. 1928/29 stimmte der Preisstand in beiden Ländern, ausgegangen vom Basiszeitraum vor dem 1. Weltkrieg, miteinander überein. Von diesem neuen Ausgangspunkte an bewegten sich die Kartoffelpreise in beiden Ländern parallel nach unten. Voneinander abweichend waren Ausmass und Dauer dieser Preissenkung. In der Schweiz dauerte sie bis 1934 und betrug 36%. In Deutschland kam sie schon 1932/33 zum Abschluss, die Preise hatten aber bis dahin eine Einbusse von 52% erlitten. Der durchschnittliche jährliche Preisrückgang betrug in der Schweiz 6%, in Deutschland dagegen 13%, also mehr als das Doppelte.

Im Gegensatz zur Schweiz, wo die Kartoffelpreise von 1932 bis 1934 immer noch eine Senkung um zehn Punkte erfuhren, machten sie in Deutschland innerhalb dieser zwei Wirtschaftsjahre eine derartige Steigerung durch, dass die Einbusse der Vorperiode bis auf 10% wieder aufgeholt wurde. Nach der Erreichung des Tiefpunktes mit 36% unter dem Stand des Jahres 1928 im Jahre 1934, erfuhren die Kartoffelpreise auch in der Schweiz während

der folgenden zwei Jahre wieder einen Anstieg um 20 Punkte. Die Preis-senkung von 1937 und 1938 kompensierte diesen Anstieg jedoch teilweise wieder.

Zwischen der Preisentwicklung in der Schweiz und Deutschland kann schon von 1932 an, infolge der entgegengesetzten Bewegung, eine Phasen-verschiebung beobachtet werden. Diese kam auch 1934 bis 1936 insofern zum Ausdruck, als dem Preisanstieg in der Schweiz wieder eine sinkende Tendenz der Preise in Deutschland gegenüberstand. Von 1936 an wurden die Preisfluktuationen der Kartoffeln infolge der staatlichen Preisfestsetzungen auf einen geringen Spielraum von höchstens zwei Punkten beschränkt. Eine Betrachtung der Preisschwankungen während der ganzen Periode, zeigt jedoch, dass sie in der Schweiz wenigstens bis 1936 erheblich geringer waren als in Deutschland. Als 1936 in Deutschland eine straffe Stabilisierung der Preise vorgenommen wurde, übertrafen die Preisschwankungen in der Schweiz diejenigen in Deutschland. Dabei muss aber hervorgehoben werden, dass in der Schweiz die Preisgestaltung der Kartoffeln der tatsächlichen Marktlage entsprach. In Deutschland konnten mögliche Spannungen zwischen der angebotenen und nachgefragten Menge nicht durch Preisveränderungen eliminiert werden.

Betrachten wir nun die Preisgestaltung der Kartoffeln im Vergleich zu derjenigen des Weizens. Nach Laur ist die Preisparität zwischen Kartoffeln und Weizen dann hergestellt, wenn der Herbstpreis der Kartoffeln 20⁰/₀ des Weizenpreises beträgt¹¹⁾.

Tab. Nr. 18.

Schweiz Deutschland

Die Entwicklung des Preisverhältnisses Weizen — Kartoffeln.

Weizenpreis = 100.

Jahr	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Schweiz	24	24,4	24	23,3	27	36	31,4	26	41
Deutschland	13,8	18,9	15,4	24,4	24,2	26,2	26,8	27,1	26,2

Es fällt auf, dass die Veränderungen der Preisrelationen zwischen Weizen und Kartoffeln in der Schweiz bedeutend stärker waren als in Deutschland. Die starken Schwankungen der Preisrelationen waren in der Schweiz hauptsächlich durch die verhältnismässige Stabilität der Weizenpreise, verbunden mit relativ starken Fluktuationen der Kartoffelpreise, verursacht worden. Ausserdem ist hervorzuheben, dass die Paritätsrelation in diesen Jahren durchwegs, z. T. sogar bedeutend überschritten wurde. Dies hing mit der Höhe der Kartoffelpreise zusammen. Die Kartoffelpreise waren nicht

¹¹⁾ Vgl. Laur E.: Wirtschaftslehre des Landbaus. 2. Auflage; Berlin 1930 S. 312 ff.

nach oben, wohl aber nach unten gebunden. Die Paritätsrelation wurde daher nur überschritten, dagegen nicht unterschritten.

In Deutschland lag der Kartoffelpreis von 1931 bis 1933 zum Teil erheblich unter dem «Normalmass». Die Ursache lag im relativ intensiven Schutz der Weizenpreise, dem kein solcher der Kartoffeln gegenüberstand. In den folgenden Jahren wurde die Paritätsrelation in steigendem Masse überschritten, was auf den besonders starken Schutz und die preispolitische Begünstigung der Kartoffeln zurückzuführen ist.

Wir dürfen daher annehmen, dass nicht zuletzt die Gestaltung dieses Preisverhältnisses viel zu einer Ausdehnung der Kartoffelerzeugung auf Kosten der Hafer- und Roggenproduktion beitrug. (Vgl. Tab. Nr. 16, S. 102). Dabei muss man allerdings die beschränkte Substitutionsmöglichkeit berücksichtigen, da im Rahmen einer rationellen Fruchtfolge Weizen und Kartoffeln sich gegenseitig mehr ergänzen als konkurrenzieren.

4. Der Vergleich der Preise milchwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Schon zu Beginn dieses Abschnittes wurde darauf hingewiesen, dass auf den Märkten tierischer Erzeugnisse die Preise der milchwirtschaftlichen Produkte zuerst von einer Senkung betroffen wurden. Dies galt sowohl für den schweizerischen als auch für den deutschen Milchmarkt. In der Schweiz betrug dieser Rückgang von 1928 bis 1933 24⁰/₀. In Deutschland belief er sich von 1928/29 bis 1932/33 auf insgesamt 42⁰/₀. Er übertraf somit den Rückgang in der Schweiz um 18⁰/₀. Zudem dauerte der Preissturz vier, in der Schweiz fünf Jahre. (Vgl. Tab. Nr. 11 und 12, S. 93 und 95).

Tab. Nr. 19.

Schweiz

Die Milchproduktion und die Verwertung in 1000 q.

Jahr	Erzeugung ¹⁾	Zur Aufzucht und Fütterung	Zur techn. Verarbeitung
1928	28 218	4 900	12 189
1929	27 012	5 300	10 418
1930	26 247	5 500	9 489
1931	26 194	6 000	9 276
1932	27 834	5 200	12 025
1933	28 578	5 000	13 025
1934	28 796	5 000	13 294
1935	28 063	4 800	12 961
1936	27 431	4 700	12 529
1937	27 710	4 700	12 808
1938	28 690	4 700	13 888
1939	28 529	5 000	13 428

¹⁾ Incl. eingeführte Milch (beträgt ca. 3⁰/₀).

Quelle: «Statistische Erhebungen» Jahrgang 1940; S. 49.

In der Schweiz gelang es, die Preise für Milchprodukte von 1933 bis 1936 weitgehend zu stabilisieren. Erst 1937 erfolgte wieder ein vorübergehender Preisanstieg um 9%. Bis 1939 wies die Preiskurve wieder eine leicht sinkende Tendenz auf.

In Deutschland trat dagegen bereits 1933/34 ein Preisanstieg um 22% ein. Anschliessend daran erfolgte eine weitgehende Stabilisierung. Lediglich in den Jahren 1938/39 und 1939/40 fand wieder ein Preisanstieg auf dem Milchproduktenmarkte (Butter) um fünf und sechs Punkte statt.

In der Schweiz war der von 1928 bis 1933 erfolgte Preiseinbruch, wenigstens bis 1931, nicht durch eine Steigerung des Angebotes, sondern ausschliesslich durch Aenderungen der Nachfrage verursacht. Das geht aus der Tatsache hervor, dass die Marktproduktion von 1928 bis 1931 um 17% eingeschränkt wurde. Durch diesen Umstand bedingt, hätte — unter Voraussetzung einer gleichbleibenden Nachfragestruktur — sogar ein Preisanstieg der Milch eintreten müssen. Für die Dauer dieses Niederganges war das Verhalten der Milchproduzenten dem Konjunkturverlauf auf dem Markte völlig angepasst. Dieses «konjunkturelle» Verhalten tritt noch deutlicher zutage, wenn die Entwicklung der Produktionsmenge und der Milchablieferung einander gegenübergestellt werden. Die abgelieferte Milchmenge, die von 1928 bis 1931 um 17% zurückging, wurde im Vergleich zur gesamten Milchproduktion, welche im gleichen Zeitraum nur um 6% eingeschränkt wurde, überproportional gedrosselt. Steigende Anteile der zugleich sinkenden Milcherzeugung wurden also innerbetrieblich verwertet (z. B. zur Aufzucht von Jungvieh, deren Folgen wir später auf den Märkten für Vieh kennen lernen werden).

Bis 1931 lag in der Schweiz der hauptsächlichste Grund der Preissenkung auf dem Milchmarkte in einer Absatzschrumpfung der Milchprodukte. Dieser Rückgang der Absatzmöglichkeiten war weniger durch einen Rückgang des inländischen Bedarfes bedingt, als durch die Tatsache, dass die Nachfrage nach schweizerischen milchwirtschaftlichen Produkten auf den ausländischen Märkten zurückging.

Von 1932 bis 1934 trat eine Steigerung der Milcherzeugung hinzu, welche die Preisspannung hätte verschärfen müssen. 1932 stieg die Erzeugung um 6%, 1933 um 3% und 1934 um 1%. Trotz gesunkener Milchpreise wurde also das Milchangebot ausgedehnt. Dadurch wurde es notwendig, die zunehmende Milchproduktion in vermehrtem Masse zu verarbeiten. 1932 betrug die Zunahme der Verarbeitung 30%, 1933 8% und 1934 2%. Ungeachtet der Absatzschwierigkeiten nahm somit die Erzeugung weiterhin zu.

Die Ausfuhrmengen und Ausfuhrwerte der Milcherzeugnisse.

Jahr	Ausfuhrmengen Wagen à 10 T			Ausfuhrwerte 1000 Fr.		
	Hartkäse	Kondens- milch	Kinder- mehl	Hartkäse	Kondens- milch	Kinder- mehl
1906/13	3 070	3 374	104	59 467	34 591	2 735
1929	3 007	3 560	197	102 983	39 795	3 157
1930	2 863	3 296	196	92 296	34 279	3 224
1931	2 339	2 877	169	73 024	28 041	2 612
1932	1 899	1 338	107	48 904	12 757	1 514
1933	1 975	922	73	44 004	8 668	1 217
1934	1 705	594	63	34 677	5 159	1 123
1935	1 763	581	65	34 307	4 755	1 172
1936	1 782	537	92	38 989	4 149	1 537
1937	1 697	580	102	43 677	4 784	1 879
1938	2 157	653	131	48 390	5 535	2 338
1939	2 021	621	149	48 732	5 392	2 288

Quelle: «Statistische Erhebungen».

Abgesehen von der vorübergehenden Zunahme des Käseexportes um 40% im Jahre 1933, entstand in den Jahren 1932 bis 1934 bei den Milcherzeugnissen eine gewaltige Exportschrumpfung. Die Abnahme der exportierten Menge betrug beim Käse 1933 190%, 1934 13,5%, bei der Kondensmilch 53,5%, 31% und 35,5% für die Jahre 1932 bis 1934. Fortwährend verminderte sich dadurch auch der Anteil des Exportes an der Milchproduktion. 1913 betrug dieser Anteil 23%, im Durchschnitt der Jahre 1926—30 nur noch 16,7%; 1931 ging er auf 13,5% zurück, 1933 auf 9,2%, 1934 sogar auf 7,7%¹²⁾. Das von 1932 bis 1934 dauernd gestiegene Angebot konnte auf dem Weltmarkte also nicht abgesetzt werden. Es mussten im Inland zusätzliche Absatzmöglichkeiten für den Exportausfall, sowie für die Angebotsvermehrung geschaffen werden. Unter solchen Verhältnissen hätte in den Jahren 1932 bis 1934 normalerweise eine ganz massive Preissenkung eintreten müssen. Tatsächlich sanken die Preise der milchwirtschaftlichen Erzeugnisse nur noch 1932 in grösserem Ausmasse. Man kann also sagen, dass die Preisentwicklung nicht mit jener übereinstimmte, die — unter den gegebenen Verhältnissen — bei freiem Spiel von Angebot und Nachfrage vor sich gegangen wäre. Die relativ geringe Preissenkung kann nur dem Einfluss der preispolitischen Massnahmen des Staates zugeschrieben werden. Ein Momentan- und Primärerfolg der staatlichen Massnahmen zur Stützung der Milchpreise ist hier unverkennbar.

¹²⁾ Bericht über die Schweizerische Milchwirtschaft und die Tätigkeit des «Zentralverbandes Schweiz. Milchproduzenten in den Geschäftsjahren 1932/33—1936/37; Bern 1937, S. 19.

1935 begann wieder eine neue Entwicklungsphase. Die Milcherzeugung wurde 1935 und 1936 um 2,5 bzw. 2% eingeschränkt. In ungefähr gleichem Verhältnis sank auch die Milchmenge, die technisch verarbeitet wurde. Dies bedeutete eine leichte Abnahme des Milchangebotes. Im gleichen Zeitraum verbesserten sich auch die Absatzverhältnisse. Zwar wurde der Kondensmilchexport um weitere 2 und 6,5% (1935 und 1936) eingeschränkt. Dagegen vermehrte sich der Käseexport wieder um 3 bzw. 1%. Es trat somit sowohl auf der Angebots- als auf der Nachfrageseite eine tendenzielle Verbesserung der Marktverhältnisse ein. Diese Gesundung machte sich vorerst nicht in einer Preiserhöhung bemerkbar, sondern es wurde dabei möglich, die staatlichen Zuschüsse zur Milchpreisstützung vorübergehend zu reduzieren. (Vgl. Tab. 3, S. 73).

Auf Grund der durch die Abwertung bedingten Preissteigerung (Steigerung der Produktionskosten) und der inzwischen eingetretenen Verbesserung der Absatzverhältnisse glaubte man, auch auf den Märkten für Milch und Milchprodukte die Preise erhöhen zu können. Dies ungeachtet der 1937 bereits wieder ansteigenden Milcherzeugung. Ausserdem sank 1937 die exportierte Käsemenge um 5%. Die verbesserte Exportsituation infolge der Abwertung wurde nicht zu einer Absatzsteigerung auf den ausländischen Märkten ausgenützt. Vielmehr erhöhte man die Exportpreise für Käse, was aus der 1937 eingetretenen Steigerung des Ausfuhrwertes um 12% hervorgeht.

Parallel mit der Exportschrumpfung der Milchprodukte ging eine Importdrosselung der Butter. (Vgl. Tab. Nr. 21, S. 108). Zum Zwecke der Steigerung des Absatzes der Milch im Inland, wurde die Inlandsproduktion an Butter gesteigert. Dies wurde mittels einer Verknappung des ausländischen Angebotes und einem damit verbundenen Preisanstieg der Butter erreicht.

Tab. Nr. 21.

Schweiz Deutschland

Die Einfuhr und der Einfuhrüberschuss an Butter in T.

Jahr	Einfuhr		Einfuhrüberschuss	
	Schweiz	Deutschland	Schweiz	Deutschland
1929	7 552	135 544	7 480	135 392
1930	8 525	133 156	8 507	132 894
1931	10 595	100 220	10 588	100 099
1932	3 698	69 519	3 695	69 302
1933	520	59 144	519	59 135
1934	296	61 763	296	61 759
1935	137	71 000	135	70 994
1936	1 462	75 407	1 459	75 407
1937	2 551	86 835	2 548	86 835
1938	156	92 290	151	92 290
1939	1 434	—	1 423	—

Quelle: Annuaire international de Statistique Agricole, Hsg. v. Institut international d'Agriculture, Rome.

In Deutschland waren für den Preissturz ähnliche Ursachen massgebend wie in der Schweiz. Es ist jedoch anzunehmen, dass der Hauptgrund für diese Senkung in der Schrumpfung der inländischen Nachfrage lag. Industrie und Gewerbe wurden in jenen Jahren in Deutschland verhältnismässig stärker als in der Schweiz von der Depression betroffen, was sich u. a. in einem viel stärkeren Rückgang des nominellen Lohneinkommens äusserte.

Betrachten wir nun die Milchpreisentwicklung seit 1933.

Tab. Nr. 22.

Deutschland

Die Milch-, Butter- und Käse-Erzeugung sowie die Einfuhrüberschüsse.

Jahr	Milch	Butter		Käse	
	Prod. Mrd. kg.	Prod. 1000 T	Einfuhr- überschuss	Prod. 1000 T	Einfuhr- überschuss
1932	23,5	420	69	147	44
1933	24,0	449	59	161	38
1934	23,7	452	62	161	32
1935	23,5	452	71	187	27
1936	24,7	497	75	210	27
1937	25,4	504	87	216	36

Quelle: K. Bockholt: Die Ordnung der landwirtschaftlichen Erzeugung in: Gefüge und Ordnung der Deutschen Landwirtschaft.

Parallel mit dem Preisanstieg setzte eine Steigerung der Milchproduktion und damit des Milchangebotes ein. Somit mochte dieser Anstieg nicht von der Seite des Angebotes, sondern von einer veränderten Nachfragestruktur verursacht worden sein.

Trotz stabiler Preise auf den Märkten für Milch und Milchprodukte von 1934 bis 1938 traten Schwankungen bei der Milchproduktion auf. Diese Fluktuationen konnten also nicht von den Preiserwartungen der Produzenten bedingt sein. Die Hauptursache musste vielmehr in der variablen Menge der zur Verfügung stehenden Produktionsmittel, insbesondere der Futtermittel liegen. Dieser Faktor trat in der deutschen Milchwirtschaft besonders deutlich hervor. Wenn sich die Menge der zur Verfügung stehenden Futtermittel verringert, so muss entweder der Viehbestand mittels kleinerer Futtermittelrationen durchgehalten, bzw. durchgehungert werden, bis wieder jene Menge der Produktionsmittel verfügbar ist, bei der dieser Bestand wieder einen optimalen Ertrag abwirft. Oder aber der Milchkuhbestand wird reduziert. Eine dritte Möglichkeit ist in einer Einschränkung des zum Ersatz bestimmten Teils des Milchkuhkapitals, d. h. der Kälber und Rinder zu sehen.

Welche der verschiedenen Varianten befolgt wird, hängt von der gegebenen Kombination der Produktionsmittel ab. Die Erklärung liegt in der umgekehrten Anwendung des Gesetzes vom abnehmenden Ertragszuwachs.

Wenn die verabreichte letzte Menge an Futtermitteln einen überproportionalen Ertragszuwachs herbeiführt, dann bedeutet der umgekehrte Fall, ihre Wegnahme, eine überproportionale Verminderung des Grenzertrages. Dies bedeutet eine Abkehr von der optimalen Kombination der Produktionsfaktoren. Die Einbusse des Gesamtertrages kann in diesem Falle sogar grösser sein, als bei Aufrechterhaltung der optimalen Kombination auf niedrigerer Basis (Verminderung der Produktionskapazität¹³).

Bei einer Verminderung der verfügbaren Futtermittel wird also der Bestand an Milchkühen, sowie an den in der Aufzucht begriffenen Tieren eingeschränkt werden müssen. Wenn der Ertrag an Futtermitteln wieder seine ursprüngliche Höhe erreicht, kann nicht einfach, wie in der Industrie, brachliegendes Produktivkapital in den Erzeugungsprozess eingeschaltet werden. Die gelichteten Bestände an Milchkühen müssen vorerst wieder ergänzt und auf die ursprüngliche Höhe gebracht werden, was einen gewissen Zeitraum von ungefähr drei Jahren beansprucht. Die Voraussetzung für den Wiederaufbau besteht darin, dass in dieser Periode kein neuer Rückfall in bezug auf die Futtermittelversorgung eintritt. Darin zeigt sich die Schwierigkeit der Milchangebotssteigerung bzw. -stabilisierung. In Deutschland spitzte sich dieses Problem noch mehr zu, weil die produktions- und preispolitischen Massnahmen darauf abzielten, der Versorgung pflanzlicher Nahrungsmittel den Vorrang zu geben. Bei gleichbleibenden Preisen wäre eine Steigerung der Milcherzeugung nur dann erreichbar, wenn eine Intensitätssteigerung mit einer Steigerung der Produktivität verbunden werden könnte. Es sei denn, man greife zum Produktionszwang und lasse die Landwirtschaft die damit verbundenen Mehrkosten tragen, wie dies z. T. für Deutschland zutraf.

Während die Milchproduktion im Untersuchungszeitraum wohl Schwankungen, jedoch einen steigenden Trend aufwies, zeigte sich eine fortwährende z. T. überproportionale Zunahme der Butter- und Käseproduktion. (Vgl. Tab. Nr. 22, S. 109). Daraus würde sich eine Einschränkung des Angebotes auf dem Trinkmilchmarkt ergeben. Auf diesem und auf dem Markt für Milchprodukte besteht jedoch eine Angebotsverbundenheit. Nebenprodukte der Milch- oder Käsefabrikation dienen der Herstellung des einen oder andern Gutes. Sie können aber auch für Konsummilch benützt werden. Es ist anzunehmen, dass von dieser Möglichkeit in Deutschland — bei

¹³) Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Verhalten je nach der Grösse der Betriebe, d. h. je nach der Zahl der in den Betrieben gehaltenen Kühe verschieden sein muss. Verursacht beispielsweise eine Verminderung des Grenzaufwandes an Futtermitteln um 5% eine Reduktion des Grenzertrages um 10%, dann wird bei einem optimalen Gesamtertrag von 2500 kg. pro Kuh, bis zu einem Bestand von 9 Kühen dieser überhaupt nicht reduziert, von zehn bis neunzehn Stück wird die Zahl um eine vermindert. Dieses Beispiel hat jedoch nur hypothetischen Charakter.

gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität — ausgiebig Gebrauch gemacht wurde. An Stelle von Vollfettkäse wurde Magerkäse hergestellt, statt Vollmilch Magermilch auf den Markt gebracht.

Nach der Betrachtung der Angebotssituation wollen wir nun auf die Gestaltung der Nachfrage und des Verbrauches auf den Märkten für Milch und Milchprodukte eingehen. Im Gegensatz zur Preissenkung während der Depression, die der Einkommensschrumpfung der Konsumenten vorausgeleitet war, stieg der Preis nach 1932 überproportional zur Steigerung des Lohneinkommens. Dies kommt einer Schrumpfung der Kaufkraft für Milch- und Milchprodukte gleich. Wir dürfen aber nicht annehmen, dass diese Preisentwicklung auf einer Drosselung des Angebotes beruhte. Die Milchproduktion hatte sich während der Periode der Preisaufbesserung ausgedehnt.

Staatliche Massnahmen, vor allem die Monopolisierung der Fette und ihre Belastung durch Monopolabgaben bewirkten eine Preiserhöhung auf dem Milchmarkte. Später, nachdem die Preiserhöhung zum Stillstand gekommen war, ergab sich infolge der nominellen Einkommenssteigerung eine starke Zunahme der Nachfrage nach diesen landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten, der das Angebot nicht zu folgen vermochte. Von 1932 bis 1938 stieg beispielsweise der Butterverbrauch um 23%. Die Einfuhr erhöhte sich nach einem vorübergehenden Rückgang um 34%. Der steigende Bedarf an Butter musste durch Importe gedeckt werden. Dagegen war der Käseverbrauch, unter gleichzeitiger Verminderung der Einfuhr, im gleichen Zeitraum um 30% gestiegen. Infolgedessen konnte die Käseerzeugung der Steigerung des Inlandbedarfes besser angepasst werden. Dies ist u. a. auch auf die bereits erwähnte Produktionsverbundenheit zurückzuführen (vermehrte Herstellung von Magerkäse). Die Notwendigkeit, den Butterverbrauch mittels Kontingentierung zu beschränken, deutet auf die Versorgungslücken hin. Der Gleichgewichtspreis auf dem Milchmarkt lag also, insbesondere während der zweiten Hälfte der Untersuchungsperiode, über dem tatsächlichen, vom Staate festgesetzten Preis.

Diese Situation stand in einem diametralen Gegensatz zur Lage des Milchmarktes in der Schweiz, auf dem durchwegs ein relatives «Ueberangebot» zu bekämpfen war. Die Vermutung liegt nahe, dass man in Deutschland absichtlich die milchwirtschaftliche Produktion nicht stimulieren wollte. Die sogenannte «Nahrungsfreiheit», d. h. die Selbstversorgung an Nahrungsmitteln war ja, wie erwähnt, in erster Linie auf die Deckung des physiologischen Bedarfes gerichtet. Gewisse Fabrikate der Milch können jedoch als Luxusgüter bezeichnet werden, weshalb man die Steigerung ihrer Erzeugung weniger begünstigte. Diese Produkte weisen eine elastischere Nachfrage als Nahrungsmittel des Zwangsbedarfes auf. Deshalb führt eine Steigerung des Konsumeinkommens zu einer relativ starken Steigerung der Nach-

frage nach Gütern jener Art. Eine Begünstigung der Milcherzeugung hätte deshalb in der deutschen Landwirtschaft ebenfalls eine relativ starke Zunahme des Einkommens aus diesem Produktionszweig zur Folge haben können.

5. Der Vergleich der Viehpreise.

Bevor auf diesen Preisvergleich eingetreten wird, muss auf die Preiszusammenhänge innerhalb der Viehwirtschaft hingewiesen werden. Sie sind weitgehend durch die besonders enge Produktions- bzw. Angebotsverbundenheit bedingt.

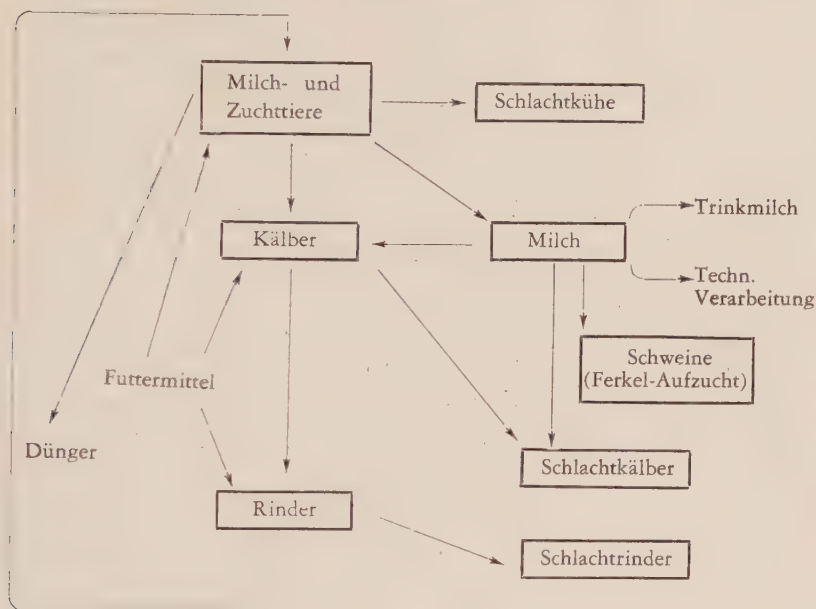
Eine erste Verbindungslinie besteht zunächst einmal zu den pflanzlichen Produkten. Mehrere Produkte der Viehwirtschaft konkurrieren vielfach um dasselbe vegetabilische Produktionsmittel. Gleiches gilt natürlich auch für andere Produktionsmittel.

Besonders eng gestaltet sich die Preisverbundenheit von der Nachfrageseite her. Mehrere Betriebszweige bringen Produkte derselben Gattung auf den Markt: z. B. Kuhfleisch, Kalbfleisch, Schweinefleisch usw. Auf der Seite der Nachfrage sind das Güter mit einem besonders hohen Substitutionsgrad. Dies hat zur Folge, dass eine Preisveränderung bei einem Produkt eine analoge Preisänderung des Substitutionsgutes verursacht. Es wird also eine Störung auf dem Markte eines Produktes ebenfalls Störungen auf den Substitutionsgütermärkten hervorrufen.

Ein weiterer wichtiger Preiszusammenhang wird durch die verbundene Produktion gebildet. Dasselbe Produktionsmittel erzeugt mehrere Produkte zugleich. Kühe dienen beispielsweise als Produktionsmittel zur Erzeugung von Milch, Kälbern (zur Aufzucht) und Fleisch.

Wenn wir von einem statischen Zustande der Wirtschaft ausgehen, ist das Gleichgewicht dann hergestellt, wenn die Zahl der während eines Jahres geschlachteten Kühe wieder vollständig reproduziert wird. Diese Bedingung wird nur dann erfüllt, wenn auch während der Produktionsperiode nicht irgendwelche Gleichgewichtsstörungen eintreten. Wenn z. B. in der Verwertung der Kälber oder Rinder Verschiebungen eintreten, kann dies wiederum eine Veränderung des Kuhbestandes zur Folge haben. Bis sich wieder ein Gleichgewicht einstellt, müssen Zeitfraktionen von teilweise längerer Dauer überwunden werden. Es ist vorteilhaft, wenn man sich bei den Ueberlegungen betreffend die Preisgestaltung diese Produktions- und Preisverbundenheit vergegenwärtigt. Wir haben versucht, diese Zusammenhänge schematisch darzustellen.

Schematische Darstellung der Produktionsverbundenheit in der Rindviehwirtschaft.



a) Die Gestaltung der Rindviehpreise.

Bei der Betrachtung der Preisentwicklung für Schlachtrinder fällt die Tatsache besonders auf, dass diese, im Vergleich zu den Preisen der meisten andern landwirtschaftlichen Produkte, erst in einem späteren Zeitpunkt von der Depression betroffen wurden. Das Mass war in beiden Ländern allerdings verschieden. In der Schweiz war von 1928 bis 1931 noch ein Preisanstieg um 13% zu verzeichnen. In Deutschland stiegen die Rinderpreise im Wirtschaftsjahr 1929/30 noch um vier Punkte, nachdem diese Preiskurve schon in der vorangegangenen Periode eine sinkende Tendenz aufwies. Im Jahre 1928/29 ergab sich beispielsweise eine Senkung um 8%. Diese Entwicklung stand im Gegensatz zu derjenigen der meisten übrigen Preise landwirtschaftlicher Produkte. Der Index landwirtschaftlicher Produktenpreise wies z. B. von 1928/29 an keinen derartigen Unterbruch der nach unten gerichteten Bewegung auf. Dasselbe Phänomen zeigte sich zu jener Zeit auch für die Schweiz, wenn der Grosshandelsindex für Nahrungsmittel der Preisbewegung auf dem Rindermarkt gegenübergestellt wird¹⁴⁾.

¹⁴⁾ Infolge des starken Preisanstieges auf dem Obstmarkte im Jahre 1930 kam die gegensätzliche Preisbewegung beim Index der Produzentenpreise nicht zum Ausdruck.

Auf diesen Preisanstieg folgte dann eine Reaktion, die in beiden Ländern, vor allem aber in Deutschland beträchtliche Ausmasse annahm. Von 1927/28 bis 1932/33 betrug die Preissenkung in Deutschland 51%, also mehr als die Hälfte gemessen am Preisstand von 1927/28. In der Schweiz belief sie sich im gleichen Zeitraum, d. h. 1928 bis 1933 auf 31%. Während sich dann in der Schweiz der Preisrückgang merklich verlangsamte, später sogar eine Stabilisierung eintrat, stiegen die Rinderpreise in Deutschland ziemlich stark. Die Wirkung war, dass diese Preise 1934/35 noch 33% unter dem Stand von 1927/28 lagen. Staatliche Massnahmen hatten also den ausserordentlich tiefen Preisstand des Jahres 1932/33 während der folgenden zwei Wirtschaftsjahre verbessert. Dadurch, dass es in der Schweiz mit staatlicher Hilfe gelang, den Preissturz nach 1933 zu bremsen, wurden 1935 bzw. 1935/36 zwischen den beiden Ländern mit einem Unterschied von 2% dieselben Preisrelationen erzielt, wie das vor dem Beginn der Depression der Fall war. 1936 trat in der Schweiz eine Preiserhöhung von ähnlicher Stärke ein wie in Deutschland im Jahre 1935/36. Es hatten sich die Preisrelationen zwischen den beiden Ländern also auch in diesem Jahre nicht nennenswert verändert. 1937 erfuhren die Rinderpreise in der Schweiz nochmals eine weitere Erhöhung und damit eine Angleichung an das Agrarpreisniveau. Im Gegensatz dazu stand in Deutschland 1936/37 ein Abstoppen dieser Preisbewegung. Dies bewirkte, dass sich nunmehr auch die Preisrelation zu Gunsten der Schweiz verschob. Auf der 1936/37 erreichten Basis wurden die Rinderpreise in den späteren Jahren in Deutschland stabilisiert. Besonders zu beachten ist auch die Tatsache, dass die Rinderpreise auch in der Schweiz ohne die Anwendung rigoroser Festpreise ab 1937 annähernd stabilisiert werden konnten. Allerdings wiesen sie noch eine leichte Tendenz zum Sinken auf. Fluktuationen wie sie für die vorangegangenen Jahre zutrafen, traten nicht mehr ein.

Vorerst stellen wir die Tatsache fest, dass die Preise für Schlachtrinder in beiden Ländern später von einer Senkung betroffen wurden als der Milchpreis. Hinzu kommt eine relativ frühe Senkung der Futtermittelpreise. Die Produktionsverbundenheit zwischen Milch und Rindvieh bildete die Hauptursache eines ebenfalls scharfen Rückganges der Schlachtrinderpreise. Die vorerst entgegengesetzte Preisbewegung zwischen Milch und Vieh führte dazu, dass die Produzenten die Milch nicht mehr in gleichem Masse dem Markt zuführten, sondern sie in vermehrtem Masse zur Aufzucht von Vieh verwendeten. Infolgedessen musste notgedrungen der Viehbestand zunehmen. Dies traf 1930/31 für die Schweiz auch zu.

Ein gesteigertes Angebot musste dann schliesslich auch zu Preissenkungen auf dem Schlachtviehmarkte führen. Die oben festgestellte entgegengesetzte Preisbewegung hatte ein derartiges Anwachsen des Milchkuhbestandes

zur Folge, dass das 1934 erreichte Maximum den Bestand früherer Jahre weit übertraf. Durch die daraus resultierende Angebotssteigerung beim Schlachtvieh wurden die Preise so stark hinuntergedrückt, dass sie unter das Preisniveau der Milcherzeugnisse, welches durch staatliche Massnahmen stabilisiert wurde, fielen. Der Milchpreis musste also im Vergleich zu den Preisen für Rindvieh (Schlachtvieh) als überhöht angesehen werden. Darin sehen wir einen neuen Grund für die starke Ausweitung der Zahl der Nutzkühe bis 1934.

Ein weiterer Grund für die Preissenkung beim Schlachtvieh in der Schweiz bestand in einem starken Rückgang der Nachfrage nach Nutz- und Zuchtvieh, insbesondere auf den ausländischen Märkten. Die Zahl der exportierten Zucht- und Nutztiere sank von 7149 Stück im Jahre 1929 auf 1311 Stück im Jahre 1931. Erst 1933 wurde die Ausfuhrziffer von 1929 wieder um ca. 840 überschritten. Der Exportausfall verursachte eine zusätzliche Belastung des Binnenmarktes und trug dazu bei, den Bestand an Milchkühen zu vermehren und damit die Produktionsgrundlage für Milch und Vieh in der Gestalt des stehenden Rindviehkapitals auszuweiten. Die zunehmende Zahl der Milchkühe verursachte jedoch nicht nur eine Steigerung der Milchproduktion, sondern infolge der Produktionsverbundenheit auch einen vermehrten Anfall von Kälbern. Es wurde also auch dieser Markt von einer Preissenkung betroffen.

Die Antizipation der Produzenten bei den Schlachtviehpreisen führte zu einer Fehlentwicklung, welche ihren Ursprung bereits in einer früheren Periode hatte. Besonders deutlich sticht hier die in jenem Zeitraum fehlerhafte Preispolitik hervor, welche für die entstandene Disproportionalität weitgehend verantwortlich war. Die Drosselung der Einfuhr von Rindvieh zum Schlachten, unter dem Vorwand der «Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche» erzielte z. B. die gewünschte künstliche Hochhaltung der Schlachtviehpreise. Dagegen wurden vorerst keine einfuhrhemmenden bzw. preissteigernden Massnahmen für Futtermittel unternommen. Die dadurch erzielte Verschiebung der Preis-Kostenrelation zu Gunsten der Viehwirtschaft begünstigte die Ausweitung der viehwirtschaftlichen Produktion.

Parallel mit der Erhöhung des Bestandes an Milchkühen fand zufolge ihrer Produktionsverbundenheit auch ein starker Anstieg der Kälberproduktion statt. Diese Steigerung belastete vor allem den Schlachtviehmarkt. Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 eingeführte Regulierung bzw. Beschränkung der Angebotsmenge für Milch führte jedoch zu einer Aenderung. Das Bestreben, die Ablieferungskontingente an Milch nicht zu überschreiten, hatte eine vermehrte innerbetriebliche Verwertung zur Folge. Dies geschah u. a. durch ihre gesteigerte Verwendung zur Kälberaufzucht. Der Bestand an Milchkühen musste deshalb von 1937 an erneut zunehmen.

Das Jahr 1936 brachte wieder einen Tiefpunkt des Milchkuhbestandes. Dieser lag sogar über dem maximalen Besand von 1928. Ein Gleichgewicht war jedoch 1936 noch nicht erreicht, was uns die damals ebenfalls notwendigen finanziellen Zuwendungen zu Gunsten der Milch- und Viehwirtschaft beweisen. Neben anderen preispolitischen Massnahmen hatte die Mengenregulierung der Milch einen grossen Anteil an dieser unerwünschten und den tatsächlichen Marktverhältnissen zuwiderlaufenden Entwicklung. Die Anwendung dieser Massnahme zeigt die Verkennung oder ungenügende Berücksichtigung der Produktionsverbundenheit der Erzeugnisse der Milch- und Viehwirtschaft. Die Möglichkeit der alternativen Milchverwertung hat eine Ausdehnung der Erzeugung in anderen milchverarbeitenden Betriebszweigen zu Folge. Um dort Preissenkungen zu vermeiden, waren auch auf den Märkten jener Produkte Interventionen erforderlich. Auch hier tritt das Gesetz der zunehmenden Marktintervention in Kraft. Folgende Aeusserung beweist, dass sich die Behörden dieser Perspektiven bewusst waren: «Der Kampf gegen die Ueberproduktion und die Ablehnung jeder Preisanpassung in der Milchwirtschaft sollte uns daher die Augen nicht verschliessen vor den Gefahren und den Tatsachen des Preiszerfalls auf anderen Gebieten viehwirtschaftlicher Produktion»¹⁵⁾. Erst 1938/39 begann man, aus diesem Satz die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, indem man versuchte, die Probleme auf dem Milch- und Viehmarkte in vermehrtem Masse von der Kostenseite her zu lösen. Als der Milchkuhbestand 1939 das fünf Jahre früher erreichte Maximum nochmals überschritt, drängte sich eine Neuordnung der Preispolitik geradezu auf. Die erneute Ausweitung der viehwirtschaftlichen Produktion, ohne entsprechende Verbesserung der Absatzverhältnisse, verursachte neue, zusätzliche Spannungen auf den Viehmärkten. Durch den Ausbruch des Krieges änderten sich die Grundlagen der Preisgestaltung, sodass sich die Preissenkungstendenzen nicht voll auszuwirken vermochten. Eine Gesundung der damaligen Marktverhältnisse im Bereiche der Rindviehwirtschaft hätte eine Einschränkung der viehwirtschaftlichen Produktion zu Gunsten anderer Agrarprodukte zur Voraussetzung gehabt.

Aehnlich, jedoch etwas weniger ausgeprägt als in der Schweiz, gestaltete sich zu Beginn der Depression die entgegengesetzte Bewegung zwischen den Milch- und Viehpreisen in *Deutschland*. Die Entwicklung führte ebenfalls zu einer Steigerung des Rindviehangebotes. Der beim Schlachtrindvieh im Vergleich zur Schweiz stärkere Preiseinbruch war aber auch durch die in Deutschland ebenfalls massivere Schrumpfung des nominellen Verbraucher-einkommens (Nachfrage) mitbedingt.

¹⁵⁾ Botschaft des Bundesrates: «Ueber die weitere Fortsetzung der Bundeshilfe an die Milchproduzenten und die Linderung der landwirtschaftlichen Notlage» vom 22. 2. 1935.

Die Hauptursache der zeitlich früher als in der Schweiz eintretenden Preissteigerung beim Schlachtvieh muss in einer Steigerung der Nachfrage erblickt werden, was aus der Steigerung des nominellen Lohneinkommens nach 1933 hervorgeht. Die Preissteigerung beim Rindvieh erfolgte jedoch überproportional zu dieser Einkommenssteigerung. An dieser Preissteigerung war aber nicht nur eine Zunahme der Nachfrage, sondern auch ein verhältnismässiges Sinken des Angebotes mitbeteiligt. Der Rinderbestand verminderte sich von 1933 bis 1935 um 4%. Hinzu kam als weitere Ursache die Beschränkung der Schlachtvieheinfuhr durch den Staat.

Wie erwähnt, war die folgende Phase — nach einer relativ geringen Preissenkung — durch eine weitgehende Stabilhaltung der Rindviehpreise charakterisiert. Ein in noch stärkerem Masse als bis 1935 steigendes Lohneinkommen hätte jedoch, von der Nachfrageseite aus gesehen, einen weiteren, starken Preisanstieg herbeiführen müssen. Ein solcher Preisdruck nach oben vermochte allerdings dadurch etwas gemildert werden, dass der Neuaufbau der Bestände — durch die vorangegangene Preissteigerung herbeigeführt — einen günstigen Einfluss ausübte. Von 1935 bis 1937 stieg beispielsweise die Zahl der Rinder um 8,2% des Bestandes von 1935. Wenn später (1938) trotz weiterhin steigender Nachfrage, infolge nomineller Einkommenssteigerung der Konsumenten eine Senkung der viehwirtschaftlichen Produktion eintrat, so war dies der staatlichen Preispolitik zuzuschreiben und zwar besonders als Folge der 1935 vorgenommenen Preissenkung mit anschliessender Stabilhaltung der Viehpreise. Trotz einer Zunahme der Einfuhrüberschüsse waren auch die Fleischmärkte durch eine, im Verhältnis zur kaufwilligen Nachfrage, merkliche Knappheit des Angebotes gekennzeichnet.

Es muss hier hervorgehoben werden, dass sich der Umfang der Viehproduktion in Deutschland unabhängig von der stets wachsenden Nachfrage bewegte. Trotz stabiler Preise von 1935 an, war die Rindvieherzeugung Fluktuationen unterworfen. Eine grosse Rolle spielte dabei wieder die Produktionsverbundenheit. Ernteschwankungen, d. h. Aenderungen der Menge der zur Verfügung stehenden wichtigsten spezifischen Produktionsmittel, der Futtermittel, waren an diesen Fluktuationen mitschuldig. Futtermittel und andere pflanzliche Produkte konkurrieren um den vorhandenen Boden. Diese Konkurrenz war in Deutschland für die tierischen Erzeugnisse gehemmt, weil die Verwendung von Substitutionsgütern für spezifische Futtermittel, welche als Nahrungsmittel verwendet werden, untersagt wurde. Die Ablieferungspflicht pflanzlicher Erzeugnisse (z. B. Brotgetreide) hatte zur Folge, dass die beliebige Verwendbarkeit des Produktionsfaktors Boden eingeschränkt wurde. Der Boden, der zur Herstellung pflanzlicher Produkte reserviert werden mußte, blieb für die Steigerung der tierischen Produktion unbenützt.

Daneben wurde aber die Anpassung des Angebotes an den fortwährend steigenden Bedarf an tierischen Erzeugnissen noch beeinträchtigt, indem die Preise tierischer Produkte (insbesondere Vieh) gegenüber den pflanzlichen Erzeugnissen benachteiligt waren. Dadurch verschlechterte sich die Preis-Kostenrelation für die Viehwirtschaft.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die vom Staate festgesetzten Preise auf den Märkten für Rindvieh dem Gleichgewichtspreisniveau nicht entsprachen, sondern darunter lagen. Im Gegensatz zur Schweiz blieb in Deutschland ein Nachfragerest bestehen.

b) Der Vergleich der Schweinepreise.

Abschliessend wollen wir noch die Schweinepreise betrachten.

In Preisanalysen wurde festgestellt, dass der tatsächliche Preisverlauf dieses Produktes einem 3- bis 4-jährigen Zyklus unterworfen ist. Die Ursache liegt in entgegengesetzt verlaufenden Fluktuationen des Angebotes, hervorgerufen durch das antizipierte, mit Zeitfraktionen verbundene Verhalten der Produzenten.

Der Verlauf der Schweinepreise zeigte nun für die beiden Staaten während der Untersuchungsperiode folgendes Bild:

Der Preisstand für Schweine stimmte 1928 bzw. 1928/29 in beiden Ländern mit einem Unterschied von 3 Punkten annähernd überein. In den darauffolgenden Jahren entwickelten sich jedoch die Schweinepreise in den beiden Ländern verschieden. Die Relationen zwischen den Schweinepreisen und den Preisen anderer Vieharten hatten sich in Deutschland zu Gunsten der ersteren, in der Schweiz jedoch zu Gunsten der letzteren verschoben. In der Schweiz war von 1928 bis 1930 ein Preisanstieg von 20% zu verzeichnen. Dagegen blieben die Preise in Deutschland 1929/30 annähernd stabil. Hierauf setzte in den folgenden zwei Jahren ein Preissturz ein, der in der Schweiz 42% und in Deutschland sogar 49% betrug. Nachdem in Deutschland das Preistief erreicht war, folgte ein Anstieg bis 1935/36, der 30% erreichte. Von diesem Zeitpunkt an blieben die Schweinepreise relativ stabil, d. h. die Schwankungen waren äusserst gering. Von 1932 an stellte sich die Entwicklung in der Schweiz in einen starken Gegensatz zu derjenigen in Deutschland. Zwar erfolgte 1933 ebenfalls ein Preisanstieg um 8%, worauf jedoch bis 1935 eine neue Preissenkung um 19% eintrat. Von 1935 bis 1937 kam es dann zu einer ausserordentlich scharfen Preiserhöhung von 42%. Zu beachten ist nun, dass die vorher üblichen Preisfluktuationen auf dem Schweinemarkt auch in der Schweiz von 1937 an sozusagen aufhörten. Der bis zum Jahre 1937 zu beobachtende Schweinezyklus mit seinen Höhepunkten in den Jahren 1930 und 1933 verschwand. Die ab 1937 äusserst geringen Preis-

schwankungen zeigen uns eine Wirkung der 1936 eingeführten Produktionsregulierung.

In Deutschland dagegen kam in den Preisschwankungen kein Schweinezyklus zum Ausdruck. In den Jahren 1932/33 hätte ein Höhepunkt erreicht werden müssen. Statt dessen erfolgte eine andauernde Preissenkung. Nachher ist eine zyklische Bewegung der Schweinepreise überhaupt nicht mehr festzustellen.

Was die in beiden Ländern während der zweiten Hälfte der Untersuchungsperiode erfolgte weitgehende Stabilhaltung der Schweinepreise anbetrifft, so ist hervorzuheben, dass sie in der Schweiz den Ausdruck der tatsächlichen Marktlage darstellte. Dagegen traf dies für Deutschland kaum zu. In der Schweiz erreichte man die annähernde Stabilisierung nicht mittels direkter Preisfestsetzungen wie in Deutschland, sondern mittels einer Produktions- und Angebotsregulierung.

Die starke Preissenkung in der Schweiz von 1930 bis 1932 war hauptsächlich durch eine enorme Steigerung des Schweineangebotes bedingt. Die Zahl der Schweineschlachtungen nahm um 39,5% zu. Auch hier kamen die Preisantizipationen der Erzeuger während der vorangegangenen Periode wieder zum Ausdruck. Den steigenden Produktpreisen standen sinkende Futtermittelpreise gegenüber. Nach einer nur relativ geringen Senkung des Schweineangebotes 1933, wurde das 1932 erreichte Maximum im Jahre 1935 nochmals überschritten. Eine Ursache dieser erneuten Angebotszunahme war die enge Produktionsverbundenheit mit der Milch. Milch kann auch als Produktionsmittel bei der Schweinehaltung direkt oder indirekt (in der Gestalt von Nebenprodukten verarbeiteter Milch, Schotte) verwendet werden. Die Steigerung der Milchproduktion und die Umstellung auf Buttererzeugung (grösserer Anfall an Nebenprodukten als bei Käse) hatten auch eine Steigerung der Schweinebestände zur Folge. Einen weiteren Faktor bildeten wahrscheinlich auch die Angebotsbeschränkung der Milch. Milch wurde aus diesem Grund in vermehrtem Masse zur Schweineaufzucht verwendet¹⁶⁾.

Die Preissteigerung von 1936 beruht wiederum teilweise auf der Senkung des Angebotes. Die Zahl der Schweineschlachtungen verminderte sich von 870 000 im Jahre 1935 auf 749 000 im Jahre 1936. Diese Abnahme war die Wirkung der zwei Jahre vorher erfolgten Verschlechterung der Preis-Kostenrelation (Senkung der Schweinepreise — Steigerung der Futtermittelpreise). Analog der Preisfluktuationen fielen auch die Angebotsschwankungen nach 1936 wesentlich geringer aus als in den vorangegangenen Jah-

¹⁶⁾ Vgl. Botschaft des Bundesrates: Ueber die weitere Fortsetzung der Bundeshilfe für die Milchproduzenten und für die Linderung der landwirtschaftlichen Notlage vom 22. 2. 1935, S. 145.

ren. Zum grossen Teil waren dies die Auswirkungen der 1936 eingeführten Produktionsregulierung, die erst um die Mitte des Jahres 1937 wirksam werden konnte. Ein Erfolg in bezug auf die Stabilisierung der Schweinepreise kann ihr somit nicht abgesprochen werden. Nicht messbar sind jedoch die unproduktiven Kosten (Kontrolle usw.), sowie die Unzufriedenheit der Produzenten, deren beinahe sprichwörtliche Freiheitsliebe dadurch einen argen Stoss erlitt.

Nun ist hervorzuheben, dass die Schweineproduktion auch in Deutschland, trotz anfänglich (nach 1932) steigenden und später stabilen Preisen, beträchtlichen Schwankungen unterworfen war. Es mussten also hier noch andere Faktoren als die Preisorientierung der Produzenten mitspielen.

Der bedeutsamste Faktor war wohl wiederum, wie beim Rindvieh, die zur Verfügung stehende Futtermittelmenge. Der Hauptgrund, weshalb gerade die Erzeugung von Schweinen Ernteschwankungen der Futtermittel besonders stark unterworfen ist, liegt in der im Vergleich zum Rindvieh relativ kurzen Dauer der Produktionsperiode. Bei einer schlechten Futtermiternte wird daher in erster Linie der Schweinebestand abgebaut, weil ja ein Wiederaufbau weniger Zeit in Anspruch nimmt. Ausserdem bildet der Kuhbestand ein Produktionsmittel von längerer Nutzungsdauer, während der Schweinebestand sich zum grossen Teil nach jeder Produktionsperiode erneuert.

Ergebnisse

1. Gemeinsam entstanden während der Depressionsphase (1928 bis 1932) in beiden Ländern starke Verschiebungen in den Preisrelationen zwischen den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Auffallend ist der verhältnismässig geringe Preisrückgang für Brotgetreide in beiden Staaten. Dies galt in der Schweiz auch für die Milch. Den Grund hiezu finden wir in einem unterschiedlichen Preisschutz für die einzelnen Erzeugnisse innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion.
2. Im ersten Abschnitt der Depressionsperiode entstand eine Scherenbewegung der Preise. Während die Preise der viehwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme der Milchprodukte noch stiegen, erlitten die pflanzlichen Erzeugnisse bereits einen Preissturz. Später jedoch übertraf dann die Preisreduktion bei den tierischen Produkten jene bei den pflanzlichen. Diese Preisbewegungen wurden durch die Agrarpolitik zum Teil noch verschärft. Dem Preisfall im Ackerbau folgte eine Produktionssteigerung in der Viehwirtschaft. Dies bewirkte in der letzteren eine

von der jeweiligen Dauer der Produktionsperiode abhängige Erhöhung des Angebotes und damit ein entsprechendes Sinken der Preise.

3. Ganz allgemein war die Preislage auf den Agrarmärkten der beiden Länder zu Beginn der Untersuchungsperiode durch drei Merkmale gekennzeichnet.

Uebereinstimmend wurde die Landwirtschaft sowohl in Deutschland wie in der Schweiz in den vorhergegangenen Jahren von einem allgemeinen Preisrückgang betroffen.

Mit Ausnahme des Getreides erlitten alle landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland durchwegs eine bedeutend stärkere Preiseinbusse als in der Schweiz.

Die Preisrelationen zwischen den landwirtschaftlichen Erzeugnissen hatten sich in den beiden Staaten ungleich verschoben.

4. Während der ersten Hälfte der Untersuchungsperiode verlief die Preisentwicklung für sämtliche berücksichtigte Erzeugnisse in den beiden Ländern entgegengesetzt. In der Schweiz sanken die Preise dieser Produkte in teils geringerem, teils stärkerem Ausmass.

Getreide und milchwirtschaftliche Erzeugnisse, die einen besonders intensiven Agrarschutz genossen, erlitten eine nur geringe Einbusse.

Mit Ausnahme des Getreides erreichte aber auch der Preisrückgang bei den übrigen Agrarerzeugnissen nicht jenen Tiefstand, der in Deutschland 1932 erreicht war. Dies, obschon hier ein im Vergleich zu Deutschland zeitlich zusätzlicher Preisabstieg vorlag. Dort war von 1933 bis 1935 bereits wieder ein allgemeiner Preisabschlag festzustellen.

5. Uebereinstimmend waren in beiden Ländern die pflanzlichen (wie zudem die milchwirtschaftlichen in der Schweiz), gegenüber den tierischen Produkten (Schlachtvieh), preismässig im Vorteil. Verschieden war jedoch die Ursache. In Deutschland wurde diese unterschiedliche Preisgestaltung durch die Agrarpolitik bewusst gefördert. In der Schweiz jedoch war diese Situation teilweise durch die Agrarpolitik der vorangegangenen Jahre ungewollt herbeigeführt worden.
6. Die im ersten Teil dieses Kapitels festgestellte allgemeine Erstarrung der Agrarpreise, machte sich in Deutschland bei den einzelnen Erzeugnissen in verschiedenem Masse geltend. Grundsätzlich wurden die während der vorangegangenen Periode verschobenen Preisrelationen erhalten, teilweise später noch akzentuiert. Die relative Benachteiligung der viehwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber den pflanzlichen Produkten blieb bestehen, trotz des relativen Unterangebotes auf den Märkten der ersteren. Ohne Rücksicht darauf, ob ein Gleichgewicht auf den Agrarmärkten er-

reicht war, schritt man zu einer sozusagen absoluten Preisstabilhaltung. In der Schweiz hingegen trat von 1936 bis 1937 bei sämtlichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen eine Preissteigerung ein. Am wenigsten profitierten von ihr die während der Krise besonders stark geschützten Produkte. (Getreide und Milch).

Stärker dagegen war die Preiserhöhung bei jenen Agrargütern, die während der Depression besonders stark gelitten hatten (z. B. Schlachtvieh). Dadurch wurden die Agrarpreisrelationen im Gegensatz zu Deutschland wieder ausgeglichener. So war die Voraussetzung gegeben, die Preise durch agrarpolitische Massnahmen möglichst stabil zu halten.

7. Verschieden in den beiden Ländern entwickelten sich die Preise für Getreide und Kartoffeln. Schon in der Depression waren die deutschen Getreidepreise weniger stark gesunken als die schweizerischen, die später zudem einen geringeren Preisanstieg zu verzeichnen hatten. Eine ähnliche Entwicklung stellen wir auch bei den Kartoffeln fest, die in Deutschland bereits früher zu steigen begannen. Als sie sich später dann auch in der Schweiz erholten, konnte der deutsche Vorsprung trotzdem nicht mehr ausgeglichen werden. Der Preisschutz für Ackerbauprodukte war demnach in Deutschland besonders intensiv und etwas einseitig gegenüber den viehwirtschaftlichen Erzeugnissen. In der Schweiz wurde mehr im Sinne eines Ausgleichs auf die Lage der beiden Betriebszweige Rücksicht genommen.
8. Wir dürfen festhalten, dass es der schweizerischen Agrarpolitik gelang, die Preisfluktuationen auf den einzelnen Produktenmärkten erheblich zu mildern. Das deutsche System konnte diesen Zweck zwar in höherem Masse erreichen. Die künstliche Rigidität der Preise schuf jedoch Missverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage, die nicht mehr auf dem Weg über die Preise zum Ausgleich kommen konnten. Die Festpreise bildeten nicht mehr den Ausdruck der tatsächlichen Marktsituation. Mögliche Spannungen auf den Märkten blieben verborgen.

3. Kapitel.

Die Gestaltung des landwirtschaftlichen Einkommens

I. Das landwirtschaftliche Einkommen als Bestandteil des gesamten Volkseinkommens

1. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens.

a) In der Schweiz

Eines der hervorstechendsten Merkmale bei der Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens während der Dreissigerjahre sind seine starken Fluktuationen.

Tab. Nr. 24.

Schweiz

Einkommen der Selbständigerwerbenden der Landwirtschaft,
Endrohertrag, Kosten.

Jahr	Einkommen in Mill. Fr.	Endrohertrag	1929 = 100		
			Einkommen	Rohhertrag	Kosten
1929	709	1525	100	100	100
1930	617	1413	87	93	98
1931	468	1396	66	91	114
1932	277	1255	39	82	120
1933	385	1214	54	80	102
1934	382	1217	54	80	103
1935	470	1183	66	78	87
1936	538	1146	76	75	75
1937	633	1258	89	82	77
1938	599	1296	84	85	85

Quelle: Schweizerisches Volkseinkommen. Hsg. v. Eidg. Statistischen Amt, Bern 1941.

Besonders von 1929 bis 1932 erlitt das landwirtschaftliche Einkommen in der Schweiz eine ganz beträchtliche Senkung (von 709 Mill. Fr. auf 277

Mill. Fr., d. h. um 61⁰ o). Die Hauptursache dieser ausserordentlich starken Einkommenseinbusse beruht auf einer mangelnden Flexibilität der Kosten an die Veränderungen des Geldrohertrages. Der Einkommenschrumpfung um 61⁰/o entsprach eine Verminderung des Endrohertrages um nur 18⁰/o. Die Einkommenseinbusse betrug somit in Prozenten ausgedrückt, mehr als das Dreifache der Rohertragssenkung. Aus dieser Entwicklung lässt sich die Bedeutung der Kostenrigidität für die schweizerische Landwirtschaft ablesen. Wenn also in Zeiten steigenden Geldwertes, in Deflationsperioden, die Unternehmer aller Wirtschaftszweige im grossen und ganzen von allen Einkommensbezügern verhältnismässig am stärksten betroffen werden, so gilt dies ganz besonders für die Landwirtschaft.

Vom Tiefpunkt 1932 an stieg das landwirtschaftliche Einkommen mit nur vorübergehenden Unterbrechungen. Von 1932 bis 1936 betrug die Zunahme beinahe 100⁰/o (von 277 Mill. Fr. auf 538 Mill. Fr.). Dagegen nahm der Endrohertrag in diesen Jahren weiterhin ab. Das beweist, dass die Korrektur des bis 1932 stark gesunkenen landwirtschaftlichen Einkommens während dieser Periode von der Kostenseite her erfolgte. Erst von 1932 an begannen sich die Kosten den veränderten Preisen landwirtschaftlicher Produkte anzupassen. Dieser Anpassungsprozess war 1936 im grossen und ganzen vollendet. In diesem Jahre bestand wieder dasselbe Verhältnis zwischen den Einkommen, Endrohertrag und Aufwand, bzw. Kosten, wie 1929. Wenn man 1929 von einem Gleichgewicht innerhalb der Preis-Kostenrelation sprechen konnte, so musste das auch für das Jahr 1936 zutreffen.

Im Jahre 1937 erfolgte eine weitere Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens. Diese für die Landwirtschaft vorteilhafte Einkommensentwicklung basierte zum Teil auf einer Steigerung des Geldrohertrages, welche einerseits nominal anderseits auch real bedingt war. Die Hauptursache lag jedoch auf der Kostenseite. Diese begann erst später zu steigen. Dieser «lag» zwischen der Entwicklung der Kostenpreise und der Produktpreise wirkte sich dieses Mal, im Gegensatz zur Preissenkungsperiode von 1929 bis 1932, zu Gunsten der Landwirtschaft aus. Wenn also die Unternehmer in Deflationsperioden überaus starke Einkommenseinbussen erlitten, wurden sie in Perioden der Preissteigerung in besonderem Masse wieder durch die Kostengestaltung bevorzugt. Dieser Fall traf vor allem beim landwirtschaftlichen Einkommen zu. Im Vergleich zu 1929 entstand 1937 eine Disproportionalität der Einkommenskomponenten Rohertrag und Kosten zu Gunsten der Landwirtschaft. Sie wurde jedoch 1938 durch eine Senkung des Rohertrages und eine gleichzeitige Kostensteigerung kompensiert.

Wie wir bereits feststellen konnten, verliefen die Fluktuationen des landwirtschaftlichen Einkommens nicht immer parallel zur Entwicklung des

Rohrertrages. Die Einkommensschwankungen waren bedeutend stärker als die Veränderungen des Rohrertrages. Wie erwähnt, verbesserte sich das landwirtschaftliche Einkommen von 1932 bis 1935, weil es gelang, den Geldrohertrag der Landwirtschaft weitgehend stabil zu halten.

Gleichzeitig wurde die Beseitigung der Disproportionalität zwischen Preisen und Kosten von der Kostenseite her angestrebt. Dass die Beschreitung dieses Weges mühsam und dornenvoll war, geht aus der Tabelle über die Entwicklung der Roherträge, der Kosten und des Einkommens hervor. (Vgl. Tab. Nr. 24. S. 123).

b) In Deutschland

Wie in der Schweiz, war auch in Deutschland die Bewegung des Unternehmereinkommens in Land- und Forstwirtschaft bis 1932 rückläufig.

Tab. Nr. 25.

Deutschland

Einkommen der Land- und Forstwirtschaft, Rohertrag, Kosten.

Jahr	Mill. RM.		1927 bzw. 1927/28 = 100	
	Einkommen	Rohrertrag	Einkommen	Rohrertrag
1927	5 939	12 970	100	100
1928	5 816	14 080	98	109
1929	5 487	13 520	92	104
1930	4 950	11 570	83	89
1931	4 375	9 970	74	77
1932	3 695	8 570	62	66
1933	3 865	9 840	65	76
1934	4 975	11 210	84	86
1935	5 555	11 850	94	91
1936	5 515	12 280	93	95
1937	5 680	13 140	96	101
1938	5 800	14 050	98	108

Quellen: Einkommen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Wirtschaft und Statistik; 19. Jahrg., Nr. 21/22.

Rohrertrag: «Wochenbericht, Schriften des Instituts für Konjunkturforschung». Hsg. v. E. Wagemann. 13. Jahrg. Berlin Mai 1940. Nr. 15.

1927 = 1927/28.

Der Rückgang betrug von 1929 bis 1932 33% und war demzufolge bedeutend geringer als in der Schweiz. Dies ist besonders bemerkenswert, weil die Preissenkung in Deutschland viel stärker als in der Schweiz war. Aus diesem Grunde ergab sich auch eine grössere Einbusse des Geldrohertrages der deutschen Landwirtschaft als der schweizerischen.

Einer der Gründe für den unterschiedlichen Verlauf des landwirtschaftlichen Einkommens in beiden Ländern muss in einer verschiedenartigen Flexibilität der Kosten bei Rothertragsveränderungen erblickt werden. Einen Einfluss auf die bessere Anpassung der Kosten an die gesunkenen Geldroherträge mochte die staatliche Preispolitik ausgeübt haben. Ein weiterer wichtiger Grund bestand in der unterschiedlichen Kostenstruktur der Landwirtschaft beider Länder. Zudem konnte es auch in den methodischen Unterschieden in der Einkommensberechnung liegen, dass die Einkommensfluktuationen in Deutschland nicht so plastisch hervortraten. Der wichtigste Grund lag jedoch in der Tatsache, dass in Deutschland der Konjunkturniedergang in der Landwirtschaft und in der Industrie gleichzeitig erfolgte. In der Schweiz jedoch wurde die Industrie später als die Landwirtschaft von der Krise erfasst.

Nach der Ueberschreitung des Tiefpunktes der Depression im Jahre 1932 richtete sich die Einkommenskurve bis 1935 wieder ziemlich steil nach oben. Die Erhöhung betrug 52% und führte dazu, dass der Stand des Jahres 1927 bis auf 5% wieder erreicht wurde. Aus dieser relativ starken Einkommenssteigerung lässt sich die starke Begünstigung der Landwirtschaft während dieser Phase ermessen. Vom Jahre 1936 an fand ein im Vergleich zu 1932 bis 1935 beträchtlich verlangsamer Anstieg des landwirtschaftlichen Einkommens statt.

Hinsichtlich der Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens lassen sich somit in Deutschland von 1932 bis 1939 deutlich zwei Phasen unterscheiden. Die eine Phase dauerte bis 1935, die andere, in der sich die Einkommenssituation der Landwirtschaft bedeutend langsamer verbesserte, von 1936 bis 1939. Diese Verlangsamung des Einkommenszuwachses war umso bedeutsamer, als sich eine mehr und mehr zunehmende Disproportionalität zwischen dem landwirtschaftlichen und dem Volkseinkommen geltend machte, was später behandelt werden soll. Die Zunahme des Geldrohertrages hatte sich infolge der Bestrebungen zur Stabilisierung der Preise wesentlich verringert, dagegen war der Zuwachs der Kosten, infolge der Produktionssteigerung in einzelnen Jahren, überproportional. Es waren also bereits Anzeichen eines sinkenden Geldertragszuwachses vorhanden. Verglichen mit der Schweiz war die Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens von 1935 bis 1937 in Deutschland geringer.

2. Die Gestaltung des Rothertrages.

a) In der Schweiz

Bereits oben wurde kurz auf die Zusammenhänge zwischen Rothertrags- und Einkommensgestaltung hingewiesen. Dabei konnte man verschieden-

heiten in der Entwicklung des Rohertrages und des landwirtschaftlichen Einkommens feststellen.

Tab. Nr. 26.

Schweiz

Rohertrag und Erzeugung
1914 = 100

Jahr	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Endrohertrag	172	160	158	142	137	138	134	129	142	146	143
Endrohertrag											
Preise von 1914	117	104	114	118	116	123	121	109	114	116	114

Quelle: Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft; Hsg. v. Schweiz. Bauernsekretariat, Jahrg. 1941, S. 95.

Es stellt sich die Frage, inwieweit die Rohertragsfluktuationen nur nominal oder auch real bedingt waren. Gemäss den Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates trat von 1914 bis 1929 eine Steigerung des Geldrohertrages um 72% ein. Im gleichen Zeitraum hatte sich das Niveau der Agrarpreise nur um 47% erhöht. Somit war gleichzeitig eine mengenmässige Steigerung der Agrarproduktion um 17% eingetreten.¹⁾ Von 1929 bis 1932 sank der Geldrohertrag um 18%. Mengenmässig war keine wesentliche Veränderung eingetreten (ca. 1%iger Anstieg). Von 1932 bis 1935 sank der Geldrohertrag um weitere 9%. Dagegen trat gleichzeitig von 1932 bis 1934 eine Steigerung des realen Rohertrages um 4% ein. Diese Zunahme war einesteils durch das antikonjunkturelle Verhalten der Agrarproduzenten, andernteils durch gute Ernten bedingt. Die von 1936 bis 1938 stattfindende Zunahme des Geldrohertrages beruhte vor allem auf einer Preissteigerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Nachdem 1936 die Erzeugung mengenmässig einen starken Rückschlag um 10% gegenüber dem Vorjahr aufwies, stieg sie bis 1938 zwar wieder um 7%, erreichte jedoch den maximalen Stand des Jahres 1934 nicht. Während der Untersuchungsperiode erlitt die Erzeugungsmenge z. T. beträchtliche jährliche Schwankungen. Diese waren z. T. witterungsbedingt, z. T. beruhten sie auf ausserwirtschaftlichen Einflüssen. Andererseits spielte, wie erwähnt, auch das für die bäuerliche Wirtschaft eigentümliche Verhalten, die antikonjunkturelle Reaktion, eine Rolle. Während von 1914 bis 1929 eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion eindeutig eintrat, traf dies, von den erwähnten Schwankungen abgesehen, von 1929 bis 1939 nicht mehr so ausgeprägt zu.

¹⁾ Infolge der in der Zwischenzeit eingetretenen Verschiebung der Produktionsstruktur ist die Umrechnung des Geldrohertrages auf die Produktionsmenge mit Hilfe des Agrarpreisindex problematisch.

Die schweizerische Landwirtschaft war in der Zeit vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges stark nach der Viehwirtschaft hin orientiert. Das ergibt sich aus den Anteilen, die Pflanzenbau und Tierhaltung in jener Zeit am Gesamtrohertrag einnahmen. Die Veränderungen des Rohertrages in der Tierhaltung beeinflussten daher den Gesamtrohertrag stärker als Veränderungen des Rohertrages im Pflanzenbau. Deshalb wurde auch das landwirtschaftliche Einkommen besonders stark durch die nominalen Veränderungen der Roherträge in der Viehwirtschaft berührt. Im Jahre 1930 sank beispielsweise der nominale Rohertrag der Viehhaltung nur um 3%, derjenige des Pflanzenbaus um 21%. Das landwirtschaftliche Einkommen erlitt dagegen eine Einbusse um 13%, also 8% weniger als die Rohertragsverminderung im Pflanzenbau. Erst als in der Viehhaltung ebenfalls starke Rückgänge des Geldrohertrages eintraten, erfolgte eine starke Schrumpfung des landwirtschaftlichen Einkommens. Dies hing besonders mit der speziellen Kostenstruktur in der Viehwirtschaft zusammen (starkes Ueberwiegen der festen Kosten).

Einer besonderen Erwähnung bedarf das fortgesetzte Sinken des Geldrohertrages in der Viehhaltung von 1929 bis 1935 um insgesamt 26% und sein Wiederanstieg bis 1938. Im Gegensatz dazu wies der Rohertrag des Pflanzenbaus Zyklen von dreijähriger Dauer auf, wobei immer einem Jahr des Anstieges zwei Jahre des Rückganges folgten. Auch in bezug auf die Entwicklung des Rohertrages in der Viehwirtschaft und des landwirtschaftlichen Einkommens bestand keine völlige Parallelität. Daraus läßt sich wieder die Bedeutung der Kostengestaltung in der schweizerischen Landwirtschaft ablesen. Einen grossen Einfluss mochte dabei wieder die besondere Kostenstruktur in der Viehwirtschaft ausgeübt haben.

b) In Deutschland

Von 1928/29 bis 1932/33 sank der nominale Rohertrag in Deutschland um 39%, also bedeutend stärker als in der Schweiz. (Vergl. Tab. 10 S. 88). Diese Senkung wurde durch den überaus starken Preisfall verursacht. Der reale Rohertrag stieg jedoch im gleichen Zeitraum um 4%. Die antikonjunkturelle Reaktion war somit auch für die deutsche Landwirtschaft während dieser Periode kennzeichnend. Von 1933 an begann der Geldrohertrag stetig zu steigen. Die Erhöhung betrug von 1932/33 bis 1937/38 nicht weniger als 53%. Besonders stark war sie während der ersten Wirtschaftsjahre dieser Periode (31%). Die Ursache dieses Anstieges lag jedoch zum grössten Teil in der gleichzeitig erfolgten Preissteigerung, und weniger auf der mengenmässigen Zunahme der Produktion. Der umgekehrte Fall lag für die

Zunahme des Geldrohertrages in den späteren Jahren vor. Hier beruhte sie zur Hauptsache nur auf einer Steigerung der Erzeugung.

Im Vergleich zur Schweiz war die Rohertragssteigerung in Deutschland wesentlich stärker. Die Kostengestaltung wird jedoch zeigen, mit welchen Opfern diese Steigerung erkauft werden musste.

3. Die Kostengestaltung.

a) In der Schweiz.

Schon mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass das landwirtschaftliche Einkommen von der mangelnden Flexibilität der Kosten beherrscht wird. So konnten wir bereits feststellen, dass der Index der Produktionskosten während des Abstieges sogar noch eine Steigerung aufwies. Auch die Gesamtkosten zeigten während desselben Zeitraumes eine Zunahme. Dies hing mit der dominierenden Stellung des in der schweizerischen Landwirtschaft investierten Kapitals zusammen. Eine bedeutende Rolle spielte dabei die durch die Preissenkung eingetretene Wertverminderung des Viehkapitals, welche sich in erhöhten Amortisationen geltend machte. Diese zusätzlichen Abschreibungen auf dem Rindviehkapital wurden beispielsweise für das Jahr 1932 auf 90—100 Mill. Fr. geschätzt.²⁾ Gleichzeitig fand aber nicht nur eine nominelle Wertverminderung der vorhandenen dauerhaften produzierten Produktionsmittel statt, sondern auch ein realer Vermögensverzehr. Die Landwirte waren gezwungen, Vermögensbestandteile (Vieh) auf den Markt zu bringen, um mit dem Erlös ihren Geldbedarf zu decken. Dies war eine der Formen, in der das antikonjunkturelle Verhalten der Produzenten zum Ausdruck kam. Dieser durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erzwungene Vermögensverzehr trug jedoch den Keim der Erholung bereits in sich. Durch eine derartige Veräusserung der Produktionsmittel trat später eine Verknappung des Angebotes und damit eine Preiserholung ein. Es ist dies ein Aderlass für die Landwirtschaft, den man am treffendsten als «notwendiges Uebel» bezeichnet.

Einer der Gründe, weshalb trotz eines weiterhin sinkenden Rohertrages schon von 1933 an wieder ein Anstieg des Agrareinkommens erfolgte, war die Verminderung der Amortisationen auf dem Viehkapital. Wertvermindierungen erfolgten nicht mehr in dem Masse wie in der vorangegangenen Periode.

²⁾ Das schweizerische Volkseinkommen; Hsg. vom Eidg. Stat. Amt. Bern 1941. S. 47.

Endrohertrag und Entwicklung der Geldkosten.

Jahr	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
	in Millionen Fr.							
Endrohertrag	1255	1214	1217	1183	1146	1258	1296	1289
Geldkosten total	897	835	839	809	780	822	831	830
Gebäuderep. und Neuanlagen	106	85	94	79	63	85	95	75
Geräte u. Maschinen- rep. u. Neuanlagen	81	90	93	89	85	90	90	115
Meliorationen	5	5	5	4	4	4	4	3
Handelszuschläge bei Viehankauf	10	10	10	10	10	10	10	10
Futtermittel	137	119	136	130	131	138	139	150
Düngemittel	22	24	25	23	23	20	18	22
Licht und Kraft	10	11	10	9	8	8	9	9
Versicherungen	35	34	33	33	33	27	28	29
Tierarzt u. Arzneien	27	26	26	26	26	28	29	27
Uebrige								
Betriebsausgaben	71	51	50	50	48	55	54	58
Barlöhne	105	105	98	96	95	97	98	—
Schuld u. Pachtzinsen	243	236	226	226	221	225	220	215
Steuern	45	39	33	34	33	35	37	37
	Prozentuale Veränderungen							
Endrohertrag	—3	0	—3	—3	+10	+3	—0,5	
Totale Geldkosten	—6,9	+0,4	—3,7	—3,5	+5,4	+1,1	—0,1	
Gebäude	—20	+11	—16	—20	+35	+12	—21	
Maschinen u. Geräte	+10	+3	—4	—4	+6	0	+28	
Futtermittel	—13	+14	—4	+1	+5	+1	+8	
Düngemittel	+9	+4	—8	0	—13	—10	+22	
Uebrige								
Betriebsausgaben	—28	—2	0	—4	+15	—2	+7	
Barlöhne	0	—7	—2	—1	+2	+1	—	
Schuld- u. Pachtzinsen	—3	—4	0	—2	+2	—2	—2	
Steuern	—12	—15	+3	—3	+6	+6	0	
	Die Ausgabenstruktur (Gesamtausgaben = 100%)							
Gebäudereparaturen	10,8	10,2	10,0	9,8	8,1	10,3	11,4	
Maschinen u. Geräte	9,0	10,8	11,1	11,0	10,9	10,9	10,8	
Futtermittel	15,3	14,3	16,2	16,1	16,8	16,8	16,7	
Düngemittel	2,5	2,9	3,0	2,8	2,9	2,4	2,2	
Barlöhne	11,7	12,6	11,7	11,9	12,2	11,8	11,8	
Schuld- u. Pachtzinsen	27,1	28,2	27,0	28,0	28,4	27,4	26,4	
Steuern	5,0	4,7	3,9	4,2	4,2	4,3	4,5	

Quelle: Absolute Ziffern: Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates in:
«Statistische Erhebungen und Schätzungen . . .».

Stellt man nun, wie auf Tabelle 27, zunächst die Veränderungen der gesamten Betriebsausgaben den Rothertragsveränderungen gegenüber, so zeigt sich, dass zwischen 1933 und 1936 die Kosten rascher sanken als die Gelderlöse. Eine Ausnahme bildete das Jahr 1934, in welchem einem stabilen Geldrohertrag eine geringe Steigerung der Betriebsausgaben (0,4%) gegenüberstand. Von 1936 an stiegen die Rotherträge wieder, die Betriebsausgaben erhöhten sich jedoch unterproportional. Man kann also sagen, dass sich im grossen und ganzen die Aufwand- und Ertragsgestaltung von 1932 bis 1939 zu Gunsten der Landwirtschaft verschob.

Die wichtigsten Arten der Betriebsausgaben reagierten auf Rothertragsveränderungen in verschiedener Weise. Die Ausgaben für Gebäudereparaturen und Neuanlagen veränderten sich in der Regel überproportional zu den Rothertragsschwankungen. Somit ist diese Ausgabenkategorie im Vergleich zu den Rothertragsveränderungen als relativ elastisch zu betrachten. Diese Auslagen beruhten ausschliesslich auf einer relativ hohen Mengenelelastizität und sozusagen überhaupt nicht auf einer Preiselastizität, was aus folgender Tabelle sichtbar wird:

Tab. Nr. 28

Schweiz

Jährliche Veränderungen der Auslagen für Reparaturen und Neuanlagen sowie der Baukosten, in %

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Ausgaben für Neuanlagen und Reparaturen an Gebäuden	—20	+ 11	—16	—20	+ 35	+ 12	—21
Index der Baukosten (Zürich)	— 3	— 1	— 2	— 2	+ 6	+ 1	+ 1

Aus dieser Tabelle geht hervor, dass sich die Landwirtschaft bei der Ausführung ihrer Bauvorhaben nicht an den Baukosten, sondern an ihrem Geldertrag orientierte.

Von Veränderungen des Rothertrages wenig beeinflusst waren dagegen die Aufwendungen für Reparaturen und Neuanschaffung von Geräten. Es mussten daher andere Gründe für die dabei eingetretenen Schwankungen entscheidend sein. Die Zunahme dieser Ausgaben in den Jahren 1933 und 1934 muss zum Teil als Reinvestition, d. h. als Deckung des während des Abstieges entstandenen Nachholbedarfes betrachtet werden. Ein anderer Teil beruhte auf Neuinvestitionen, als Folge einer sich ändernden Produktionsstruktur in der Richtung eines vermehrten Ackerbaues, verursacht durch eine relativ günstige Preisgestaltung und ein vermindertes Preisrisiko der Ackerbauprodukte. Besonders hervorzuheben ist die Steigerung dieser Ausgaben im Jahre 1939 (um 28%). Es lässt sich daraus eine starke Intensivie-

rung der landwirtschaftlichen Erzeugung, aber auch die Wirkung der Neuorientierung der Agrarpolitik im Sinne der Förderung des Ackerbaues ableiten.

Die Aufwendungen für Futtermittel vollzogen sich sozusagen unabhängig von der Gestaltung des Rothertrages. Für die Variationen der Geldausgaben bei diesem spezifischen Produktionsmittel waren somit ebenfalls andere Gründe massgebend. Aus dem Vergleich der Preisschwankungen für Futtermittel mit ihren Totalausgaben ergibt sich für die einzelnen Jahre ein verschiedener Grad der Mengelastizität dieses spezifischen Produktionsmittels. Die Landwirtschaft orientierte sich bei diesen Aufwendungen auch nicht nach ihren Preisen. Massgebend mussten daher das Ergebnis der betriebseigenen Futtermittelernte, sowie die Fluktuationen des Viehbestandes sein.

Tab. Nr. 29

Schweiz

Veränderungen der Totalausgaben sowie der Preise für Futtermittel
in % des Vorjahres

Jahr	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Geldausgaben	—13	+14	—4	+1	+5	+1	+8
Preise*)	**)	+17	+3	0	—1	+8	+8

*) Grosshandelsindex.

**) Gegenüber dem Jahr 1932 nicht vergleichbar.

Die Ausgaben für Düngemittel wiesen bei sinkenden Rotherträgen meistens einen Anstieg, bei steigenden Rotherträgen jedoch eine Senkung auf, was jedoch nur zum Teil mit der Preisgestaltung dieses Produktionsmittels zusammenhing. Bei sinkenden Preisen in den Jahren 1933 und 1934 nahmen die Geldausgaben sogar zu, dagegen sanken sie bei steigenden Preisen im Jahr 1938. Diese Jahre waren somit durch eine relativ hohe Elastizität der Nachfrage nach Düngemitteln charakterisiert. Der Anstieg der Aufwendungen für Düngemittel in den Jahren 1933 und 1934 hing wieder mit der gesteigerten Intensivierung des Ackerbaus zusammen. Die gleiche Entwicklung ist auch für das Jahr 1939 festzustellen.

Noch unabhängiger von der Gestaltung des Rothertrages entwickeln sich die Schuld- und Pachtzinsen, die durch eine fortgesetzte — nur im Jahr 1937 unterbrochene — Verminderung charakterisiert sind. Der Preis für die Nutzung des Geldkapitals passt sich den Geldwertveränderungen nur sehr langsam an. Hier ist eine der Ursachen für die während der Depression entstandenen Friktionen zu finden. Die Anpassung erfolgte sozusagen ausschliesslich über die Senkung des Zinsfusses und nicht über eine Veränderung des Kreditvolumens. Es besteht hier eine völlig starre Mengelastizität.

Auch die Löhne waren relativ geringen Fluktuationen unterworfen. Diese Aufwendungen verliefen weitgehend parallel, jedoch unterproportional im Vergleich zu den Veränderungen des Geldrohertrages. Die verhältnismässige Rigidität der Löhne im Vergleich zu den Rohertragsveränderungen trug demnach viel zu den starken Fluktuationen des landwirtschaftlichen Einkommens bei. Der Staat kam der Landwirtschaft auch hinsichtlich der Gestaltung der Steuern weitgehend entgegen. Bis 1934 sanken die Steuern im Vergleich zum Rohertrag überproportional. Umgekehrt, als der Rohertrag wieder stieg blieb das Ausmass des Anstieges der Steuern hinter jener Steigerung zurück.

Was die Struktur der Betriebsausgaben anbetrifft, traten in dem hier zur Diskussion stehenden Zeitraum keine nennenswerten Verschiebungen ein (vergl. Tab. 27, S. 130). Zwar sticht die relativ grosse Veränderung der Investitionen und Reinvestitionen beim Gebäudekapital hervor. Ihr Anteil an den Gesamtaufwendungen sank von 1932 bis 1936 von 10,8 auf 8,1% und stieg bis 1938 wieder auf 11,4%. Der Anteil der Ausgaben für Maschinen und Geräte entwickelte sich ähnlich wie derjenige für Gebäude. Diese beiden Ausgabenposten betrugen zusammen ungefähr $\frac{1}{3}$ der Gesamtausgaben (inkl. Zinsen). Sie dienten dem Ersatz und der Neubeschaffung von festem Kapital in der Gestalt spezifischer Produktionsmittel. Aus diesem relativ hohen Anteil können wir schliessen, dass sich Verschiebungen hinsichtlich der Produktionsstruktur nur langsam und unter Ueberwindung starker Friktionen durchführen liessen.

Relativ gross war auch der Anteil der Ausgaben für Futtermittel (16%). Die Beschaffung dieses spezifischen Produktionsmittels fand somit zu einem erheblichen Teil durch den Markt statt. Dadurch wurde die Landwirtschaft zugleich konjunkturrempfindlicher.

Von 1933 an stieg die Marktabhängigkeit sogar noch. Dies beruhte jedoch vorwiegend auf dem erwähnten Preisanstieg und weniger auf einer mengenmässigen Steigerung des Futtermittelbedarfes.

Dagegen war der Anteil der künstlichen Düngemittel relativ gering. Der Grund liegt in einer verhältnismässig starken Verbreitung der Viehwirtschaft, und der daraus resultierenden betriebseigenen Düngemittelerzeugung. Bis 1934 stieg zwar der Anteil dieser Ausgaben geringfügig und sank bis 1938 wieder.

Der Prozentsatz der Barlöhne, der ungefähr 12% an den gesamten Betriebsausgaben ausmachte, wies verhältnismässig nur geringe Schwankungen auf. Die Bedeutung der Barlöhne war also im Verhältnis klein. Ihre Ausgaben reichten nicht einmal an die der Futtermittel heran.

Am stärksten fielen die Schuld- und Pachtzinsen ins Gewicht. Dies hatte seinen Grund hauptsächlich in der relativ hohen Verschuldung der schwei-

zerischen Landwirtschaft. Da die Ausgaben für Schuldzinsen 27—28% der gesamten Betriebsausgaben betrug und sich zudem durch eine relativ grosse Rigidität auszeichneten, konnten sie bei Rothertragssenkungen ausserordentlich drückend werden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass ihr Anteil von 1936 an tendenziell abnahm. (Er betrug 1936 28,4% und 1938 noch 26,4%).

b) In Deutschland

In Deutschland zeigten die einzelnen Ausgabeposten eine unterschiedliche Entwicklung.

Tab. Nr. 30

Deutschland

Die Entwicklung des Rothertrages und des Aufwandes in der Landwirtschaft
1932/33 = 100

Jahr	1932/33	1933/34	1934/35	1935/36	1936/37	1937/38
Neubauten	100	116	126	126	143	165
Unterhalt der Gebäude	100	107	112	109	117	125
Maschinen und Geräte (Anschaffung)	100	154	188	262	303	340
Unterhalt des Inventars	100	117	128	153	167	180
Düngemittel	100	109	122	142	136	142
Futtermittel	100	103	87	85	85	121
Barlöhne	100	103	108	118	127	129
Steuern	100	91	79	80	86	91
Zinsen	100	86	77	74	68	66
Total Geldkosten	100	102	103	111	115	124
Rothertrag	100	115	131	138	143	153

Hamann: Die Einkommensordnung im Agrarsektor. Berlin 1942. S. 54.

Bemerkenswert ist vor allem die starke Zunahme der Aufwendungen von 1932/33 bis 1937/38 für Produktionsmittel gewerblicher Herkunft. (Die Neubauten stiegen um 65%, die Gebäudereparaturen um 25%, die Anschaffung von Maschinen und Ackergeräten um 240% und deren Unterhalt um 80%). Mit Ausnahme der Ausgaben für Gebäudereparaturen war diese Zunahme im Vergleich zu jener des Geldrohertrages (um 53%) durchwegs überproportional. Dabei muss allerdings die Einschränkung gemacht werden, dass es sich nicht durchwegs um Ersatz-, sondern auch um Neuinvestitionen handelte. Das ändert nichts an der Tatsache, dass diese Kosten zum grössten Teil durch den laufenden Ertrag gedeckt werden mussten. Der Anstieg dieser Ausgabenkategorien gibt uns einen Hinweis auf die starke Steigerung der Kapitalintensität der Landwirtschaft, welche ungeachtet der sinkenden Grenzproduktivität vor sich ging.

Die Ausgabensteigerung der variablen Kostengüter war dagegen weniger ausgeprägt (Düngemittel 42%, Heiz- und Triebstoffe 28%, Futtermittel 21%). Auch die Baraufwendungen für Löhne stiegen nur um 29%. Alle diese Ausgaben zeichneten sich durch einen im Vergleich zum Rohertrag unterproportionalen Zuwachs aus. Eine gewisse Entlastung des gesamten Geldaufwandes konnte durch eine Senkung der Ausgaben für Schuldzinsen (um 34%), sowie für Steuern (um 9%) erzielt werden.

Die Preise der meisten sachlichen Produktionsmittel erfuhren im gleichen Zeitraum einen Anstieg.

Tab. Nr. 31

Deutschland

Die wert- und mengenmässige Entwicklung der produzierten
Produktionsmittel gewerblicher Herkunft
1933/34 = 100

Jahr		1933/34	1934/35	1935/36	1936/37	1937/38
Bauten	wertmässig	100	107	106	119	128
	mengenmässig	100	103	102	111	122
Totes Inventar	wertmässig	100	118	148	171	190
	mengenmässig	100	114	143	159	176
Düngemittel	wertmässig	100	110	129	123	130
	mengenmässig	100	114	129	137	156
Pflanzenschutzmittel	wertmässig	100	100	111	117	117
	mengenmässig	100	105	114	123	128
Insgesamt	wertmässig	100	112	131	142	151
	mengenmässig	100	111	126	137	153

Nach Hamann: Die Einkommensordnung im Agrarsektor. Berlin 1943. S. 54.

Die Folge war, dass die wertmässige Steigerung die mengenmässige überstieg. Dieser Tatbestand traf z. B. für Bauten, bzw. für totes Inventar zu. Eine Ausnahme machten allerdings die variablen Produktionsmittel (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel). Zuzufolge der bei diesen Kostengütern vorgenommenen Preissenkungen überstieg der mengenmässige Mehraufwand den wertmässigen.

Eine besondere Erwähnung verdient die Entwicklung der Löhne. Eine Verknappung des Arbeitsangebotes führte zu dauernd steigenden Löhnen in der Landwirtschaft. So war bis 1939 die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter gegenüber 1933 um 36,2% gesunken⁸⁾. Diese Lohn-

⁸⁾ Wirtschaft und Statistik 2. Dez. Heft, Jg. 1940, S. 537 ff.

erhöhungen kamen aber «nicht zum Ausdruck in den Tariflöhnen sondern sind enthalten in einer allgemeinen Ueberzahlung der staatlich festgelegten Tarife».⁴⁾

Ausserdem kamen noch indirekte Lohnsteigerungen hinzu. Soziale Lasten, die der Arbeiter zu tragen hatte, wurden auf den Arbeitgeber abgewälzt.⁵⁾ Diese Lohnerhöhungen in der Landwirtschaft wurden ausschliesslich durch den industriellen Aufschwung verursacht, der durch die staatliche Konjunktur- und Rüstungspolitik ausgelöst und aufrechterhalten wurde. Die Industrialisierungspolitik führte nicht nur zu einer Vollbeschäftigung, sondern nach und nach zu einer Ueberbeschäftigung. Bei der daraus resultierenden starken Nachfrage nach Arbeitskräften konkurrenziierten sich auf der Seite der Nachfrage nicht nur einzelne Betriebe, sondern ganze Wirtschaftszweige und sogar der Staat.⁶⁾ Das durch die in der Einleitung erwähnten Umstände bedingte Lohngefälle von der Industrie zur Landwirtschaft führte zum Konkurrenzkampf. Dies war einer der schwachen Punkte in dem scheinbar festgefügt und wohlgeordneten System der gebundenen Preise.

Auf der einen Seite wurden die landwirtschaftlichen Unternehmer angehalten, zum Teil sogar gezwungen, ihre Produktion (z. B. Brotgetreide) zu steigern. Auf der andern Seite wurde der Landwirtschaft eine grosse Zahl von Arbeitskräften durch die Industrie entzogen. Dieser Entzug war nicht nur die Konsequenz einer umwälzenden Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Zwar stieg von 1932/33 bis 1937/38 die Wertproduktivität der Arbeit, was sich aus der Steigerung der Lohnaufwendungen um 290% ergibt, welcher eine Steigerung des Rohertrages um 530% gegenüberstand.⁷⁾ Diese Steigerung basierte aber ausschliesslich auf der für die Landwirtschaft relativ günstigen Entwicklung bis 1934/35. Diese Erhöhung der Produktivität der Arbeit wurde aber durch die bereits erwähnte Senkung der Produktivität des Kapitals, insbesondere der spezifischen Produktionsmittel Maschinen und Geräte, weitgehend aufgewogen. Die Entwicklung der Geldkosten zeigt somit in den beiden Ländern beträchtliche Unterschiede. Festzuhalten ist ein fortgesetzter Anstieg in Deutschland, dem in der Schweiz Schwankungen gegenüber standen. Trotzdem in Deutschland ebenfalls eine Steigerung des Geldrohertrages dieser

⁴⁾ Schürmann A.: Deutsche Agrarpolitik, Neudamm 1940. S. 481.

⁵⁾ Schürmann A.: Deutsche Agrarpolitik, Neudamm 1940. S. 481.

⁶⁾ Dietze C. v.: Ueber Landflucht. In Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena 1941. S. 287 ff.

⁷⁾ Zu berücksichtigen wäre hier auch die physische Produktivität, die infolge Verminderung der Arbeitskräfte bei gleichzeitiger Produktionssteigerung ebenfalls eine Zunahme erfuhr.

Kostengestaltung entsprach, stiegen die Kosten im Verhältnis zum Rohertag, besonders in den spätern Jahren, überproportional. In der Schweiz waren dagegen die Fluktuationen der Geldkosten in der Mehrzahl der Fälle in einer Einkommenssteigerung zu suchen (überproportionale Senkung bei Rohertragsverminderung, unterproportionaler Anstieg bei Rohertragssteigerung).

Diese Umschichtungen der Produktionsfaktoren äusserten sich in Deutschland in einer starken Umgestaltung der Kostenstruktur. (Vgl. Tab. Nr. 32.)

So stieg der Anteil der Ausgaben für Maschinen und Geräte und deren Unterhalt von 11% 1932/33 auf 22,1% 1938/39. Diese Verdoppelung des Anteils weist auf die steigende Bedeutung des Fixkapitals und der festen Kosten hin. Die Nachteile dieser Umschichtung liegen in einer geringeren Flexibilität der Produktionsstruktur. Trotz der mengenmässigen Verminderung des Produktionsfaktors Arbeit (Fremdarbeit) stieg der Anteil der Barlöhne und Bargehälter um 1%, von 23,8 auf 24,8%). Infolge der Senkung des Anteils der Steuern (von 10,1 auf 7,2%) sowie der Zinsen (von 15,4 auf 7,6%) konnten stärkere Rückwirkungen der oben erwähnten Entwicklung vorderhand vermieden werden.

Tab. Nr. 32

Deutschland

Die Strukturveränderungen der Betriebsausgaben
in % der Totalausgaben.

Arten	1928/29	1932/33	1935/36	1938/39
Neubauten	4,8	2,9	3,2	3,0
Unterhalt der Gebäude	4,5	3,7	3,6	3,3
Neue Maschinen und Geräte	3,5	2,5	5,8	8,1
Unterhalt des Inventars	8,9	8,5	11,8	14,0
Düngemittel	9,7	9,5	11,9	11,0
Heiz- und Treibstoffe	3,8	4,4	4,4	2,7
Futtermittel	18,9	12,6	9,7	11,5
Barlöhne	21,4	23,8	25,8	24,8
Zinsen	11,5	15,4	10,3	7,6
Steuern	9,0	10,1	7,4	7,2

Im strukturellen Aufbau der Betriebsausgaben bestanden für die Schweiz und für Deutschland ebenfalls beträchtliche Verschiedenheiten. Vorerst tritt der relativ höhere Anteil der Ausgaben für Neubauten und Unterhalt der Gebäude in der Schweiz (1935: 9,8%) gegenüber Deutschland (1935/36 6,8%) hervor. Selbst unter der Voraussetzung, dass in diesem Anteil auch Neuinvestitionen enthalten sind, sind es dennoch Bestandteile fester Kosten, welchen in der Schweiz eine grössere Bedeutung zukam. In der Schweiz, wo die durchschnittliche Betriebsgrösse kleiner ist als in Deutschland, musste

man für den Unterhalt eines verhältnismässig grösseren Gebäudekapitals aufkommen. Ungefähr im gleichen Masse, in dem in der Schweiz der Anteil der Gebäudereparaturen an den Gesamtausgaben den Anteil in Deutschland überschritt, wurde in der Schweiz der Anteil der Ausgaben für Maschinen und Geräte unterschritten. Für 1935 belief sich dieser Anteil in der Schweiz auf 11,0%, in Deutschland auf 17,6% (1935/36). Darnach beurteilt, wäre also die Mechanisierung der Landwirtschaft in Deutschland verhältnismässig weiter fortgeschritten als in der Schweiz.

Auffallend ist der grosse Unterschied der Anteile der Ausgaben für Düngemittel in der Landwirtschaft der beiden Länder. In Deutschland überragte er stark. Dies bedeutete nicht etwa eine grössere Intensität des Ackerbaus, sondern es war ebensosehr der Ausdruck einer im grossen und ganzen unterschiedlichen Produktionsstruktur.

Verhältnismässig gering war dafür der Anteil der Futtermittelausgaben in Deutschland (In der Schweiz war er ca. 6% grösser). Die schweizerische Landwirtschaft war somit verhältnismässig stärker auf den Zukauf fremder Futtermittel angewiesen als die deutsche.

Relativ gross war der Unterschied des Anteils der Barlöhne. In Deutschland betrug er mehr als das Doppelte. Dem Produktionsfaktor Arbeit kam somit im Vergleich zu den produzierten Produktionsmitteln in der deutschen Landwirtschaft eine erheblich grössere Bedeutung zu.

Umgekehrt war die Bedeutung der Schuld- und Pachtzinsen in der Schweiz viel grösser als in Deutschland. Dies hatte verschiedene Ursachen. Das in den Betrieben investierte Geldkapital war in der Schweiz verhältnismässig grösser. Sodann war die schweizerische Landwirtschaft relativ stärker verschuldet. Zu beachten ist auch der in Deutschland höhere Anteil der Steuern an den Gesamtausgaben.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in der Schweiz das Gewicht jener Ausgaben, welche die unveränderlichen Kosten bilden, erheblich grösser war als in Deutschland. Preispolitisch und einkommensmässig erhielt diese Ausgabenverteilung eine grosse Bedeutung. Die Flexibilität der Kosten war somit in der Schweiz stärker als in Deutschland beeinträchtigt. Bei Senkungen des Rohertrages wurde daher die schweizerische Landwirtschaft in ihrem Reinertrag bedeutend stärker betroffen als die deutsche. Umgekehrt vermochte eine Steigerung des Geldrohertrages den Reinertrag in der Schweiz günstiger zu beeinflussen als in Deutschland, weil sie mit unterproportionalen Steigerungen erreicht werden konnte.

4. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens innerhalb des Volkseinkommens.

a) In der Schweiz

Beim Vergleich der Einkommensentwicklung der Selbständigerwerbenden und ihrer mitarbeitenden Familienangehörigen mit dem gesamten Volkseinkommen stechen zunächst die bedeutend heftigeren Fluktuationen des landwirtschaftlichen Einkommens gegenüber jenen des gesamten Volkseinkommens hervor.

Tab. Nr. 33

Schweiz

Das Agrareinkommen im Vergleich zum Volkseinkommen
und anderen Einkommenskategorien.

Jahr	Volks- Einkommen	Agrar- Einkommen	1929 = 100	
			Gemischtes Einkommen (Eink. d. Selb.-Erw.)	Arbeits- Lohneink.
1929	100	100	100	100
1930	99	87	95	100
1931	91	66	84	97
1932	81	39	66	92
1933	81	54	69	89
1934	80	54	69	88
1935	78	66	72	84
1936	79	76	73	81
1937	86	89	83	87
1938	87	84	83	89

Quelle: Schweizerisches Volkseinkommen; Hsg. v. Eidg. Statistischen Amt. Bern 1941.

Gemäss den Berechnungen und Schätzungen des Eidgenössischen Statistischen Amtes sank das landwirtschaftliche Einkommen von 1929 bis 1932 um 61%. Dieser ausserordentlich starken Einkommensschrumpfung stand jedoch nur eine Verminderung des gesamten Volkseinkommens um 19% gegenüber. Diese unterschiedliche Entwicklung führte zu einer beträchtlichen Einkommensdisparität zu Ungunsten der Selbständigerwerbenden in der Landwirtschaft. Bis 1932 war es somit die Landwirtschaft, welche am stärksten von der Depression betroffen wurde. Die nach 1932 einsetzende Beseitigung der Disparität ging in erster Linie von einem Wiederanstieg des landwirtschaftlichen Einkommens aus. Diese Entwicklung wurde jedoch durch eine weitere Senkung des Volkseinkommens begünstigt. Bis 1936 war die seit 1929 entstandene Einkommensdisparität bis auf 3% wieder beseitigt. Von 1936 an bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges traten keine nennenswerten Verschiebungen im Verhältnis des landwirtschaftlichen Einkommens zum Volkseinkommen mehr ein.

In bezug auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens ergaben sich im Vergleich zu anderen Einkommenskategorien in diesem Zeitraum grundlegende Unterschiede. Die hauptsächlichsten Ursachen wurden zum Teil früher erörtert. Der Endrohertrag der schweizerischen Landwirtschaft erfuhr annähernd dieselben Schwankungen wie das gesamte schweizerische Volkseinkommen. (Vgl. Tab. Nr. 24, S. 123). Dies beruhte auf einer ausserordentlich grossen Elastizität der Preise landwirtschaftlicher Produkte. Dagegen bestand eine weitgehende Starrheit der Menge.

Völlig verschieden verlief die Entwicklung in andern Sparten der Volkswirtschaft. So waren beispielsweise die Löhne der Industriearbeiter verhältnismässig starr. Dagegen war die Zahl der Beschäftigten relativ elastisch. Der Sachverhalt war also hier gerade umgekehrt wie bei der Landwirtschaft.

Aus dieser Gestaltung des Arbeitseinkommens ergibt sich wieder eine Ursache für die unterschiedliche Entwicklung des landwirtschaftlichen «Unternehmereinkommens» und des Einkommens der Selbständigerwerbenden in andern Wirtschaftszweigen. Da der Produktionsfaktor Arbeit in der bäuerlichen Wirtschaft weitgehend gebunden ist, und nicht wie in der Industrie eine grosse Variabilität aufweist, sind die Fluktuationen des Einkommens in der Landwirtschaft bedeutend grösser als in der Industrie. Ebenso verhält es sich mit der mangelnden Flexibilität des reinen Kapitaleinkommens, das wieder seine Rückwirkungen auf das Agrareinkommen, sowohl während der Phase des Niederganges als auch im Aufschwungszeitraum zeitigt.

Die Art der Entwicklung des Agrareinkommens im Vergleich zu derjenigen des gesamten Volkseinkommens, wie anderer wichtiger Teileinkommen beweist, dass nicht zuletzt dank der staatlichen Preispolitik bis 1936 eine Wiederableichung der verschiedenen Einkommenskategorien, vor allem aber ein Wiederanschluss des stark beeinträchtigten Agrareinkommens an das Einkommen der übrigen Zweige der Volkswirtschaft erzielt werden konnte. (Vgl. Tab. Nr. 33, S. 139). Wichtig ist aber auch, dass die Landwirtschaft diese Position auch nach 1936 beizubehalten vermochte.

Während der Tiefpunkt beim landwirtschaftlichen Einkommen bereits 1932 überschritten wurde, war dies z. B. beim reinen Arbeitseinkommen erst 1936 der Fall. Es lässt sich somit eine Phasenverschiebung zwischen Konjunkturverlauf der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftszweigen feststellen. Dies ist für die Wirksamkeit der agrarpolitischen Massnahmen ausserordentlich bedeutsam. Trotz der in nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen herrschenden Depression wurde ein Konjunkturanstieg in der Landwirtschaft erzielt.

b) In Deutschland

Schon zu Beginn dieses Abschnittes sind die Entwicklungsphasen des deutschen Agrareinkommens beschrieben worden. Dabei wurde auch auf das unterschiedliche Ausmass der Schwankungen des Agrareinkommens der beiden Länder hingewiesen. Es lassen sich nun noch weitere Unterschiede hinsichtlich der Einkommensgestaltung feststellen.

Tab. Nr. 34

Deutschland

Einkommen und Erzeugung in der Landwirtschaft sowie Handel und Gewerbe, Volkseinkommen 1927 = 100

Jahr	Volkseinkommen	Eink. in Land- u. Forstwirtsch.	Erzeugung Landw.	Eink. in Handel und Gewerbe	Gewerbliche Produktion
1927	100	100	100	100	100
1928	106	98	104	101	99
1929	107	92	107	98	99
1930	99	83	107	83	88
1931	81	74	110	62	72
1932	64	62	106	50	58
1933	66	65	113	53	65
1934	74	84	116	60	82
1935	83	94	112	71	93
1936	92	93	116	87	105
1937	103	96	121	108	116
1938	113	98	122	123	—

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich; Wirtschaft und Statistik.

Das landwirtschaftliche Einkommen begann in Deutschland bereits von 1927 an zu sinken, während das Volkseinkommen erst nach 1929 eine dafür umso stärkere Einbusse erlitt. Mit dem Stand des Jahres 1927 als Vergleichsmassstab, bestand im Jahre 1932, im Tiefpunkt der Depression, zwischen landwirtschaftlichem Einkommen und Volkseinkommen nur eine verhältnismässig geringe Disparität von 2% zuungunsten der Landwirtschaft. Wir können hier einen beträchtlichen Unterschied gegenüber der Situation in der Schweiz beobachten. Der wichtigste Grund lag in einer Phasenverschiebung im Konjunkturverlauf der beiden Länder. In beiden Staaten hatte zwar die Agrarkrise ihren Tiefpunkt übereinstimmend im Jahre 1932 erreicht. Im Konjunkturverlauf der nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweige entstanden jedoch zeitliche Abweichungen. Der Tiefpunkt der industriellen Krise fiel in Deutschland ebenfalls auf das Jahr 1932. In der Schweiz wurde dieser jedoch erst in den Jahren 1935 und 1936 erreicht. Dabei ist hervorzuheben, dass die Depression in der schweizerischen Industrie ebenfalls später als in Deutschland begann.

Von 1932 bis 1935 entstand in Deutschland, unter Verwendung des Jahres 1927 als Vergleichsbasis, eine Einkommensdisparität zugunsten der

Landwirtschaft. Das landwirtschaftliche Einkommen stieg während dieser Phase stärker als das gesamte Volkseinkommen. Die durch die agrarpolitischen Massnahmen erzielte Verbesserung der Preis-Kostenrelation in der Landwirtschaft fand hier ihren Niederschlag. Die wirtschaftspolitische Bevorzugung der Landwirtschaft gegenüber andern Wirtschaftszweigen und andern Einkommenskategorien tritt hier deutlich zutage. Diese Periode der einkommenspolitischen Präferenz der Landwirtschaft wurde 1935 abgeschlossen. Die Zunahme des Volkseinkommens setzte sich hingegen unvermindert fort. Schon im Jahre 1936 wurde die in den Vorjahren entstandene Einkommensverschiebung zugunsten der Landwirtschaft wieder aufgehoben und 1938 zeigte sich eine Diskrepanz auf Kosten des Agrarzweiges gegenüber 1937 um 15%. Diese Entwicklung war wieder eine der Folgen der Agrarpolitik, die in dem stets wachsenden Missverhältnis des landwirtschaftlichen Einkommens zum Volkseinkommen ihren Niederschlag fand. Es machte sich dabei die Tatsache geltend, dass sich im Zuge des starken Konjunkturaufschwunges der Volkswirtschaft, bei einer Politik der stabilen Preise, die Verteilung des Volkseinkommens zuungunsten der Landwirtschaft auswirken musste.

Hier erscheint wieder ein beträchtlicher Unterschied gegenüber der Schweiz. Die schweizerische Landwirtschaft vermochte ihre ungünstige Position im Rahmen des gesamten Volkseinkommens von 1933 an fortgesetzt zu verbessern und den 1937 erreichten Anteil am Volkseinkommen zu konsolidieren.

Die wachsende Benachteiligung der deutschen Landwirtschaft bei der Einkommensverteilung tritt noch deutlicher hervor, wenn die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens demjenigen aus Handel und Gewerbe gegenübergestellt wird. Gleichzeitig wird dabei die Veränderung der Erzeugung in diesen beiden Wirtschaftszweigen verglichen. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe schwankte während der Periode von 1927 bis 1938 wesentlich stärker als das landwirtschaftliche Einkommen. Gleichzeitig muss aber auf die unterschiedliche Preisreaktion der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte hingewiesen werden. Sie kam besonders deutlich während der Phase des Konjunkturabstieges zur Geltung. So sank das Einkommen aus Handel und Gewerbe von 1927 bis 1932 ungefähr im selben Verhältnis wie das industrielle und gewerbliche Produktionsvolumen. Die antikonjunkturelle Reaktion in der Landwirtschaft verursachte im gleichen Zeitraum ein Steigen des landwirtschaftlichen Produktionsvolumens, dem jedoch ein sinkendes Einkommen der Landwirtschaft gegenüberstand. Dieses Auseinanderklaffen zwischen Produktions- und Einkommensentwicklung muss auf die unterschiedliche Angebotselastizität der landwirtschaftlichen und der andern Güter zurückgeführt werden. Die konjunkturpolitischen Konsequenzen, die aus diesem

Sachverhalt zu ziehen sind, bestehen in einer Normalisierung der Landwirtschaft von der Preisseite, der Industrie und Gewerbe von der Mengen- seite her. Wie sich aus der Einkommens- und Produktionsgestaltung ergibt, schien man bis 1935 diese Maxime zu befolgen. Das industrielle Produktionsvolumen nahm z. B. stärker zu als das Einkommen aus Industrie und Gewerbe. Dagegen konnte in der Landwirtschaft die während der Depression entstandene Diskrepanz zwischen Einkommen und Erzeugung stark ermässigt werden.

Im Gegensatz dazu setzte sich in Handel und Gewerbe die Steigerung von Einkommen und Erzeugung nach 1935 mit unverminderter Stärke fort. Dabei wurde die Disparität zwischen Einkommen und Erzeugung noch stärker ermässigt.

Aus alldem ergibt sich, das die 1933 eingeschlagene Konjunkturpolitik in der Industrie beibehalten, ja sogar infolge der Rüstungspolitik forciert wurde. Dagegen war 1935 ein deutlicher Umschwung hinsichtlich der Agrarpreispolitik eingetreten, der sich in der Folge immer mehr zum Nachteil der Landwirtschaft auswirkte. Man muss daher Hamann zustimmen, wenn er schrieb: «Diese «Schere» zwischen der Entwicklung der Bodenleistungen und dem Selbständigen-Einkommen zeigt den vollen Umfang des Verzichts der Bauern und Landwirte auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Arbeits- und Kapitaleinkommen».⁸⁾

Wie sehr man dieses Problem bagatellisieren, ja geradezu verfälschen kann, zeigt die Untersuchung von Rompe, der das Jahr 1932 als Ausgangspunkt verwendete.⁹⁾ Er argumentierte folgendermassen: Die industrielle Produktion hätte von 1932 an eine stärkere Steigerung erfahren als die landwirtschaftliche. Folglich hätte das Industrieinkommen auch stärker steigen müssen als das Agrareinkommen. Das landwirtschaftliche Einkommen sei aber von 1932 an stärker gestiegen als die Agrarproduktion, sodass die Landwirtschaft in bezug auf das Einkommen gegenüber der Industrie bevorzugt wurde. Die während der Phase des Abstieges erfolgte unterschiedliche Entwicklung der Erzeugung in den beiden Wirtschaftszweigen wurde von ihm jedoch nicht erwähnt.

5. Die Entwicklung des Anteils der Landwirtschaft am Volkseinkommen.

Die Frage des Anteils der Landwirtschaft am gesamten Volkseinkommen ist recht schwierig zu beantworten. Einzelne Autoren sind einem sol-

⁸⁾ Hamann Heinz: Die Einkommensordnung im Agrarsektor; Berlin 1940. S. 15 ff.

⁹⁾ Rompe F.: Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft; in «Der Deutsche Volkswirt», 13. Jahrg., Nr. 26.

chen Einkommensvergleich gegenüber sehr skeptisch eingestellt: «Es muss davor gewarnt werden», lesen wir in einem Aufsatz des «Deutschen Volkswirts» (Jg. 13, Nr. 26) «mit unzulänglichen Zahlenunterlagen Vergleiche über die Einkommensverhältnisse in Landwirtschaft und Gewerbe anzustellen. Solche Darstellungen erhöhen unter Umständen — im Gegensatz zu ihrer eigentlichen Zielsetzung den Anreiz zur Landflucht, weil sie den ungeschulten Lesern der landwirtschaftlichen Tagespresse ein verzerrtes Bild der Einkommensunterschiede zwischen Landwirtschaft und Gewerbe vermitteln». An einer andern Stelle derselben Zeitschrift heisst es:¹⁰⁾ «Es ist immer misslich, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob und welche Berufsgruppen «genug» verdienen. Nicht nur, dass der menschliche, politische und wissenschaftliche Masstab dafür, ob es «genug» ist, schwer zu finden sein wird, ist eine solche Untersuchung leicht dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie sich mehr mit der Verteilung als mit der Produktion befasse und die Produktion sogar über der Verteilung vergesse». Es wurde aber hinzugefügt: «Diese Untersuchung wird aber dringlich, wenn sie mit dem Hinweis darauf gefordert werden kann, dass nicht die Gleichmässigkeit der Verteilung des Volkseinkommens zur Frage steht, sondern der hemmende Einfluss der jeweiligen Verteilung auf die Produktionskraft der einen oder anderen Berufsgruppe». Es ist bezeichnend, dass gerade in Deutschland dieses Problem nach 1938 besonders häufig diskutiert wurde. Dabei zeigt sich, wie heikel solche Vergleiche sind.

Es wäre jedoch verfehlt, zu behaupten, dass sich aus dem Vergleich der Einkommensgestaltung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen keine Schlüsse ziehen liessen. Vor allem dann, wenn starke Umschichtungen in der Einkommensverteilung ganz offensichtlich zutage treten. Ein anteilmässiger Vergleich des Einkommens der einzelnen Wirtschaftszweige muss allerdings recht vorsichtig kommentiert werden. Es gibt dabei Imponderabilien, die einen solchen Vergleich zum vornherein problematisch machen. Zu erwähnen sind die verschiedene Qualität der Arbeitskräfte, die ungleichen Arbeitsbedingungen, vor allem aber die ungleiche subjektive Wertschätzung, welche z. B. die Angehörigen der Landwirtschaft und anderer Wirtschaftszweige ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit beimessen, und die sich nicht geldmässig veranschlagen lässt.

Aus besonderen Gründen wird in der bäuerlichen Wirtschaft immer eine «Unterbewertung» der Landarbeit vorhanden sein. Bezeichnend ist dabei ein Ausspruch von C. v. Dietze, dass im Rekordjahr 1913 das landwirtschaftliche Einkommen in Deutschland nicht ausreichte, um über eine lan-

¹⁰⁾ Zurückgebliebenes Agrareinkommen. In «Der Deutsche Volkswirt», 13. Jahrg. Nr. 2.

desübliche Verzinsung des landwirtschaftlichen Vermögens hinaus, den in der Landwirtschaft tätigen Menschen, insbesondere den Betriebsleitern und ihren Familienangehörigen, einen Arbeitslohn zurechnen zu können, der auch nur den Bezügen der entsprechenden Kategorien von Lohnarbeitern gleichgekommen wäre. In der bäuerlichen Wirtschaft könne ein so hohes Einkommensniveau nie erreicht werden.¹¹⁾

a) In der Schweiz

Wenn man den Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen feststellen will, müssen besonders beim landwirtschaftlichen Einkommen Qualifikationen angebracht werden.

In der Landwirtschaft besteht zwischen Betrieb und Haushalt eine enge Verbindung, sodass sie praktisch nicht deutlich voneinander getrennt werden können. Die im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Güter gelangen nicht alle auf den Markt. Ein Teil davon wird im eigenen Haushalt verbraucht. Dieser Eigenverbrauch sollte, um mit der Kaufkraft der übrigen Einkommen vergleichbar gemacht werden zu können, nicht zu Produzentenpreisen, sondern zu Kleinhandelspreisen eingesetzt werden.

Nach Howald beträgt der Anteil der Verpflegungskosten am Gesamtverbrauch 55% und jener der Miete 7%. Die Naturallieferungen des Gutes an den Haushalt machen nach ihm nahezu $\frac{3}{5}$ der Verpflegungskosten aus. Diese $\frac{3}{5}$, schätzt er, hätten eine höhere Kaufkraft von 30—50%. Dabei nimmt er an, dass während der ganzen Periode von 1929 bis 1938 keine Ersparnisse aus dem landwirtschaftlichen Einkommen erzielt wurden und setzt daher dieses dem Verbräuche gleich.¹²⁾ Selbst dann, wenn die höhere Kaufkraft des landwirtschaftlichen Einkommens berücksichtigt wird, muss sein Anteil am schweizerischen Volkseinkommen auch in Zeiten guter Konjunktur als gering bezeichnet werden.

1929, im letzten Jahr vor dem Beginn der Depression betrug der Anteil 9%. Bis 1932 sank er auf 4,4%, also um ziemlich genau die Hälfte. Auch die höhere Kaufkraft des landwirtschaftlichen Einkommens vermochte nicht zu ändern, dass sich die Einkommensverteilung während der Depressionsphase beträchtlich auf Kosten der Landwirtschaft verschob. Nun kommt auch hier zum Ausdruck, dass von 1936 an die nach 1929 entstan-

¹¹⁾ Dietze C. v.: Die Lage der deutschen Landwirtschaft. In Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1929. I. S. 665.

¹²⁾ Howald Oskar: Bildung und volkswirtschaftliche Auswirkungen des landwirtschaftlichen Einkommens. In «Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft». 77. Jahrgang Heft 2. 1941.

Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen mit Berücksichtigung
des höher bewerteten Selbstverbrauches.

Jahr	Landw. Einkommen in Mill. Fr. *)	Einkommen bei Bewertung zu Kleinhandelspreisen 22% höher in Mill. Fr.	Volkseinkommen bei höherer Bewertung des Selbstverbrauches in der Landwirtschaft in Mill. Fr.	Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen in %
1929	709	864	9 624	9,0
1930	617	743	9 480	7,8
1931	468	571	8 712	6,5
1932	277	338	7 746	4,4
1933	385	470	7 783	6,0
1934	382	466	7 683	6,0
1935	470	573	7 529	7,6
1936	538	656	7 575	8,7
1937	633	772	8 299	9,3
1938	599	731	8 343	8,8

*) Quelle: Schweizerisches Volkseinkommen 1924, 1929 bis 1938. Hsg. Eidgenössisches Statistisches Amt; in: Beiträge zur Schweizerischen Statistik; Heft 9; Bern 1941. Uebrige Zahlen errechnet.

dene Einkommensdisparität aufgehoben wurde. Dabei ist zu beachten, dass 1929 auch ein Jahr mit einer relativ günstigen Konjunktur der Landwirtschaft war. Eine für die Landwirtschaft günstige Wirkung der agrarpolitischen Massnahmen war somit von 1932 an unverkennbar.

b) In Deutschland

In analoger Weise wie für das schweizerische landwirtschaftliche Einkommen, soll auch für Deutschland der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Volkseinkommen untersucht werden.

Als Grundlage dient uns eine Schätzung, die durch Bauer und Dehen vorgenommen wurde.¹³⁾ Diese Autoren stellten fest, dass das Geldeinkommen der Landwirtschaft während der Phase des Aufstieges eine relative Zunahme, und während der Depression eine relative Abnahme im Vergleich zum gesamten landwirtschaftlichen Einkommen erfuhr. Das Naturaleinkommen war verhältnismässig geringeren Schwankungen unterworfen als das Geldeinkommen der Landwirtschaft. Abgesehen von diesen konjunk-

¹³⁾ Bauer Wilhelm und Dehen Peter: Landwirtschaft und Volkseinkommen; in «Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Schriften des Instituts für Konjunkturforschung.

13. Jahrgang 1938/39. Heft 4 N.F. S. 411 ff.

Tab. Seite 147

turellen Schwankungen bzw. Verschiebungen bestand eine langfristige Tendenz zu einer relativen Zunahme des Geldeinkommens. Die marktwirtschaftliche Verflechtung der Landwirtschaft wurde somit immer enger — und daher auch die Konjunktorempfindlichkeit immer grösser.

Zur Berechnung der höheren Kaufkraft des Agrareinkommens wurde bei der Umrechnung des Naturaleinkommens von Produzentenpreisen in Kleinhandelspreise von Bauer und Dehen der Satz 62% verwendet (Schweiz 50%). Sie gebrauchten dabei für jedes Jahr denselben Prozentsatz, obschon sie sich bewusst waren, dass dieser von Jahr zu Jahr variierte.¹⁴⁾ Im vorangegangenen Kapitel konnte man feststellen, dass er sich gerade während der Depression vergrösserte. Trotzdem der Satz von 62% etwas hoch erscheint, soll er hier Verwendung finden. Unberücksichtigt bleiben dabei, wie in der Schweiz, die Qualitätsunterschiede der Produkte für den eigenen Verbrauch und jener der Markterzeugnisse.

Wie in der Schweiz, so war auch in Deutschland der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen relativ gering. Da der Konjunktereinbruch in der Landwirtschaft schon 1927 begann, in der Industrie jedoch erst zwei Jahre später, sank der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen von 12,2 im Jahre 1927 auf 9,8% im Jahre 1930. Der von 1930 an auch die Industrie erfassende konjunkturelle Niedergang verursachte bis 1932 wieder eine Verschiebung der Einkommensverteilung zu Gunsten der Landwirtschaft. Ihr Anteil betrug 1932 11,8%, d. h. 0,4% weniger als 1927. Die Aufschwungsperiode, welche 1933 einsetzte, brachte der Landwirtschaft eine Steigerung ihres Anteils, sodass er 1934 und 1935 13% betrug. Die überaus starke Zunahme der Einkommen in nichtlandwirtschaftlichen

¹³⁾ Der Anteil des Geld- und Naturaleinkommens am Agrareinkommen.

Wirtschaftsjahr	Vom Gesamteinkommen entfallen auf	
	das Geldeinkommen	das Naturaleinkommen
	%	%
1927/28	34,9	65,1
1928/29	41,1	58,9
1929/30	40,2	59,8
1930/31	42,2	57,8
1931/32	37,0	63,0
1932/33	35,9	64,1
1933/34	41,9	58,1
1934/35	46,0	54,0
1935/36	46,6	53,4
1936/37	47,3	52,7
1937/38	47,9	52,1 (eigene
1938/39	48,5	51,5 Schätzung)

¹⁴⁾ a. a. O. S. 425.

Diese Qualifikation muss auch für die Schweiz angebracht werden.

Wirtschaftszweigen brachte es mit sich, dass der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen bis 1938 wieder auf 9,8% sank. Damit war das Minimum von 1930 wieder erreicht.

Tab. Nr. 36

Deutschland

Der Anteil des Agrareinkommens am Volkseinkommen.

Jahr	Agrareinkommen nach stat. Reichsamt	Agrareinkommen mit höher bewertetem Eigenverbrauch in Mill. RM.	Korrigiertes Volkseinkommen	Agrareinkommen in % des Volkseinkommens
1927	5 939	8 336	68 357	12,2
1928	5 816	7 940	73 249	10,8
1929	5 487	7 521	73 915	10,1
1930	4 950	6 724	68 449	9,8
1931	4 375	6 084	55 749	10,9
1932	3 695	5 163	43 707	11,8
1933	3 865	5 257	45 122	11,6
1934	4 975	6 641	51 044	13,0
1935	5 555	7 394	56 823	13,0
1936	5 515	7 317	63 082	11,6
1937	5 680	7 515	70 755	10,6
1938	5 800	7 652	77 870	9,8

Nach Bauer und Dehen a. a. O. S. 5 ff.

Erneut zeigt sich bis 1935 die absolute und relative Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft, sowie die relative Verschlechterung nach 1935 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Ausserdem ergibt sich aus dem Vergleich mit der Entwicklung in der Schweiz, dass die Einkommenssituation in der Schweiz besonders nach 1935 sich verbesserte, in Deutschland dagegen sich verschlechterte.

Ergebnisse

1. Entsprechend der Preisgestaltung war der Geldrohertrag der Landwirtschaft während der Depression in Deutschland stärker rückläufig. In beiden Ländern konnte man eine Preissenkung feststellen, die prozentual stärker war als der Rückgang des Geldrohertrages. Man kann daraus auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung schliessen. In beiden Staaten trat somit das antikonjunkturelle Verhalten der Landwirtschaft deutlich hervor.
2. Im Widerspruch zu dieser Entwicklung des Geldrohertrages sank während dieser Periode das landwirtschaftliche Einkommen in der Schweiz

bedeutend stärker. Die wichtigen Ursachen hiefür lagen in den unterschiedlichen Methoden der Einkommensberechnung wie in einer unterschiedlichen Kostenstruktur. Der dritte und wichtigste Grund wird unter Punkt 3 angeführt. Es ist die Verschiedenartigkeit des Konjunkturverlaufes, wodurch die Kostengestaltung in den beiden Ländern zeitlich differenziert wurde.

3. Die Einkommensentwicklung ergab für die Abstiegsphase in der Schweiz eine starke Schrumpfung des landwirtschaftlichen Anteils am gesamten Volkseinkommen. In Deutschland war dieser Anteil 1932 sogar höher als 1929. Wir stellen in diesem Zusammenhang eine Phasenverschiebung zweifacher Art fest. Der Konjunkturreinbruch erfolgte in den beiden Ländern nicht gleichzeitig. Zudem verlief die Konjunktur innerhalb eines Landes für die verschiedenen Wirtschaftszweige nicht synchron.
4. Trotz des unterschiedlichen Verlaufes der Preisentwicklung und des Geldrohertrages in der Landwirtschaft der beiden Länder, gelang es, das landwirtschaftliche Einkommen in der Schweiz bereits während der ersten Phase (von 1932 bis 1935) stärker zu erhöhen als in Deutschland. Es verbesserte sich im gleichen Zeitraum in beiden Ländern der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Volkseinkommen. Diese Einkommensgestaltung beweist, dass der schweizerische Agrarschutz dem deutschen mindestens ebenbürtig war.
5. Die Steigerung des Anteils der Landwirtschaft am Sozialprodukt vollzog sich in Deutschland in einer Phase der steigenden Konjunktur. Im Rahmen der staatlichen Konjunkturpolitik wurde der Aufstieg der Landwirtschaft begünstigt. Dagegen vermochte sich der Anteil der schweizerischen Landwirtschaft wegen einer rückläufigen Entwicklung der übrigen Einkommen zu erhöhen. Die oben festgestellte Phasenverschiebung wirkte sich hier zu gunsten der Landwirtschaft aus.
6. Einkommensmässig zeigt das Mass der Gesundung der Landwirtschaft in den Vergleichsländern eine auffallende Parallelität. Trotz unterschiedlicher Ausgangslage und verschiedener agrarpolitischer Eingriffe, wichen die Wirkungen im Einkommensbereich nicht erheblich voneinander ab.
7. Neue Verschiebungen zeigten sich im Zeitraum von 1936 bis 1939. In Deutschland liessen staatliche Eingriffe die Preise fast völlig erstarren. Das landwirtschaftliche Einkommen wurde dadurch zwar nicht vermindert, doch war die weitere Zunahme im Vergleich zur vorangegangenen Phase bedeutend kleiner. Da sich das nichtlandwirtschaftliche Einkommen überproportional vermehrte, verminderte sich der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt. Eine gegensätzliche Einkommensentwicklung stellen wir für die Schweiz fest. Da nach der Abwertung das landwirtschaftliche Einkommen stärker stieg als das Volkseinkommen über-

haupt, erhöhte sich der Anteil der Landwirtschaft am Sozialprodukt weiter. Die agrarpolitischen Massnahmen trugen dazu bei, dass sich bis 1937 ein neues Gleichgewicht für die Landwirtschaft einstellte. Es gelang auch, dieses Gleichgewicht nach 1937 zu konsolidieren.

8. Auch im Hinblick auf die Gestaltung des landwirtschaftlichen Einkommens lässt sich sagen, dass eine Agrarpolitik mit starren Preisen (Deutschland) solange für die Landwirtschaft von Nutzen ist, als in der übrigen Wirtschaft noch keine Vollbeschäftigung herrscht. Sobald aber in Industrie und Gewerbe eine Ueberbeschäftigung eintritt und die staatlich fixierten Preise der landwirtschaftlichen Produkte unter die präsumtiven Gleichgewichtspreise zu stehen kommen, wird die Landwirtschaft benachteiligt. Dagegen war die Agrarpolitik in der Schweiz wesentlich elastischer. Schutzmassnahmen wurden nur bei drohenden Preis-einbrüchen ergriffen. Sobald sich auf dem Markte Preissteigerungen geltend machten, wurden zwar Schutzmassnahmen abgebaut, sonst aber im wesentlichen das Einspielen der neuen Preise dem Markte überlassen.

II. Die Einkommensgestaltung der Betriebe

1. Die Aufwand- und Ertragsgestaltung in den landwirtschaftlichen Betrieben.

a) In der Schweiz

Wir konnten bereits im ersten Teil dieses Kapitels feststellen, dass die Senkung der Agrarproduktenpreise während der Depression die Aufwand- und Ertragsgestaltung, sowie das Gesamteinkommen grundlegend veränderten. Noch ausgeprägter kommt diese Entwicklung in den Betrieben zum Ausdruck. Wenn man bedenkt, dass der Reinertrag von 1929 bis 1932 im Durchschnitt aller Buchhaltungsbetriebe des Schweizerischen Bauernsekretariates von Fr. 255.— auf Fr. 2.— pro Ha. sank, kann der Ernst der wirtschaftlichen Situation der schweizerischen Landwirtschaft im Tiefpunkt der Depression nicht verkannt werden.

Das sozusagen gänzliche Verschwinden eines Reinertrages beruhte nicht allein auf einer Senkung des Rohertrages infolge der Preissenkung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Parallel mit der nominellen Verminderung um 18% im Mittel der Buchhaltungsbetriebe erfolgte sogar ein Anstieg des nominellen Betriebsaufwandes um 2%.

Der durchschnittliche Aufwand und Ertrag in den Buchhaltungsbetrieben
des schweizerischen Bauernsekretariates.

In Fr. pro Ha.

Jahr	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Betriebsaufwand ohne									
Arbeitsaufwand	509	568	513	508	464	430	461	496	485
+ Arbeitsaufwand									
Dienstboten	218	206	190	187	181	186	189	196	201
Mitarbeitende									
Familienangeh.	321	296	273	269	257	249	250	252	240
Total Betriebsaufwand	1048	1070	976	964	902	865	900	944	926
+ Zins d. Aktivkap.	344	335	324	314	313	305	310	274	274
Produktionskosten	1392	1405	1300	1278	1215	1170	1210	1218	1200
Rohertrag	1303	1072	1075	1061	1081	1083	1185	1186	1192
-. Betriebsaufwand	1048	1070	976	964	902	866	900	944	926
= Reinertrag	255	2	99	97	179	217	285	242	266
-. Schuldzinsen	180	180	179	174	172	168	167	160	157
= Reinertrag des									
Eigenkapitals	+ 75	—178	—80	—77	+ 7	+ 49	+ 118	+ 82	+ 109
Rentabilität des Aktivkapitals (gew. ϕ)	3,62	0,00	1,42	1,36	2,47	3,02	3,89	3,46	3,69

Quelle: Zusammengestellt aus d. «Untersuchungen über die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft»; Hsg. v. Schweiz. Bauernsekretariat.

Es war wieder die unzureichende Flexibilität der Kosten im Vergleich zu den Veränderungen des Rohertrages, welche diese für die Landwirtschaft schwerwiegenden Wirkungen hervorrief. Vor allem die gegensätzliche Entwicklung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und jener der landwirtschaftlichen Produktionsmittel verursachten diese Gestaltung des Reinertrages.

Ausserdem ist die schweizerische Landwirtschaft ein relativ kapitalintensiver Wirtschaftszweig, mit einem hohen Anteil an Fixkapital. Insbesondere die durch die Preissenkung verursachten Wertverminderungen (Viehkapital) führten zu vermehrten Amortisationen, welche in dem erwähnten Zeitraum im Mittel der Buchhaltungsbetriebe um 60% zunahmen. Diese Zunahme der Abschreibungen war es auch, welche die relativ geringe Verminderung der übrigen Aufwendungen überkompensierte und zu einer Steigerung des Gesamtaufwandes führte.

Auch der nominelle Kostenaufwand für Arbeit sank um 7% weniger als der Geldrohertrag. Dies beruhte zum Teil auf einer relativen Starrheit der Löhne. Es kam aber noch eine weitere Ursache hinzu. Die Zahl der Arbeitskräfte ist im Familienbetrieb durch die Grösse der Familie gegeben,

weshalb überschüssige Arbeitskräfte nicht leicht freigesetzt werden können. In Zeiten der Depression werden zwar Familienangehörige, im Bestreben, das Geldeinkommen zu steigern, zusätzliche Arbeit in andern Wirtschaftszweigen, z. B. im Baugewerbe oder andern Betrieben (als Tagelöhner) annehmen. Eine solche Tendenz lässt sich aus den Ergebnissen der Buchhaltungsstatistik feststellen.

Tab. Nr. 38

Schweiz

Die Arbeitsleistung in den landwirtschaftlichen Betrieben.

	Zahl der geleisteten Arbeitstage pro Betrieb:								
Jahr	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Familienglieder	557	522	528	517	518	510	517	524	511
Angestellte	452	454	460	470	479	492	506	515	510
Total	1009	976	988	987	997	1002	1023	1039	1021

Quelle: Zusammengestellt aus d. «Untersuchungen über die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft. Hsg. vom Schweiz. Bauernsekretariat, Brugg.

Die Zahl der durch die Familienmitglieder geleisteten Arbeitstage verminderte sich um 6%. Infolgedessen nahm die Zahl der pro Ha. geleisteten Arbeitstage insgesamt um 3% ab, während die der Angestellten annähernd konstant blieb.

Der Reinertrag sank in den einzelnen Grössenkategorien¹⁵⁾ in verschiedenem Ausmass.

Am grössten war die Senkung in den Betrieben mit über 30 Ha, wo der Reinertrag im Durchschnitt der Buchhaltungsbetriebe sogar negativ wurde. Am geringsten war sie in der Grössenklasse mit 3—5 Ha. Die Ursache lag in erster Linie in einer unterschiedlichen Senkung des Rohertrages. Bei den 3—5 Ha-Betrieben betrug diese im Durchschnitt 4%, bei den 10—15 Ha-Betrieben 32%, bei den Betrieben mit über 30 Ha 21%. Aber auch der Betriebsaufwand veränderte sich uneinheitlich in den verschiedenen Grössenklassen. Eine starke Steigerung erlitten die Kleinbetriebe (um 9%). Erheblich geringer war sie in den Betrieben mit über 30 Ha (um 3%). Die Betriebe mit 10—15 Ha erzielten sogar eine Senkung ihres Betriebsaufwandes um 2%. Die Gründe dieser unterschiedlichen Veränderungen liegen in den Unterschieden der Intensität, der Produktionsstruktur, der Kapital- und Kostenstruktur zwischen den einzelnen Grössenklassen.

Nachdem im Jahre 1932 der Tiefpunkt der Depression erreicht war, konnte im folgenden Jahre im Durchschnitt der Buchhaltungsbetriebe wieder eine geringe Erhöhung des Reinertrages erzielt werden, was wie-

¹⁵⁾ Als Kriterium für die Betriebsgrösse gilt hier die Grösse der bewirtschafteten Bodenfläche.

der einer bescheidenen Rentabilität des Aktivkapitals (1,42%) gleichkam. Eine im grossen und ganzen unveränderte Situation zeigte auch das Jahr 1934. Diese Rentabilität des Kapitals war aber noch weit davon entfernt, dem in den landwirtschaftlichen Betrieben investierten Geldkapital eine «angemessene» Verzinsung zu ermöglichen.

Tab. Nr. 39

Schweiz

Die Aufwand- und Ertragsgestaltung nach Betriebsgrössenklassen
3—5 Ha, 10—15 Ha, über 30 Ha.

Fr. pro Ha.

Jahr	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Betriebsaufwand									
3—5 Ha	1494	1630	1493	1403	1324	1243	1262	1398	1394
10—15 Ha	1023	978	905	992	827	808	832	880	878
über 30 Ha	757	779	732	747	699	659	701	758	716
Rohertrag									
3—5 Ha	1789	1719	1610	1525	1498	1552	1642	1596	1666
10—15 Ha	1300	984	1016	995	1020	1010	1113	1137	1151
über 30 Ha	967	762	809	796	825	844	920	975	920
Reinertrag									
3—5 Ha	295	89	117	122	174	309	380	189	272
10—15 Ha	277	6	111	103	193	202	281	257	273
über 30 Ha	210	—17	77	49	126	185	219	207	204
In % des Aktivkapitals									
3—5 Ha	2,66	0,29	0,82	1,03	1,70	3,02	3,50	2,27	2,53
10—15 Ha	3,67	0,06	1,47	1,42	2,65	2,78	3,83	3,37	2,97
über 30 Ha	3,79	—0,05	1,25	0,87	2,12	3,23	3,86	3,51	3,43

Quelle: Untersuchungen über die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft.

Es scheint uns der Umstand bemerkenswert, dass die geringe Verbesserung der Rentabilität nicht etwa durch eine Steigerung des Geldrohertrages herbeigeführt wurde (Vgl. Tab. Nr. 37, S. 151). Der Rohertrag pro Ha im Mittel der Buchhaltungsbetriebe blieb von 1932 bis 1934 nahezu konstant, abgesehen von einer geringen Senkung im Jahre 1934. Dagegen traten im selben Zeitraum weitere Kostensenkungen ein. Besonders die Verminderung der Amortisation um 21% trug viel zu dieser Entwicklung bei. Auch die Lohnkosten wiesen eine sinkende Tendenz auf. Wie in der vorangegangenen Periode beruhte diese Senkung nicht auf einer Freisetzung von Arbeitskräften, sondern ausschliesslich auf einer Senkung pro Arbeitseinheit.

In der Aufwand- und Ertragsgestaltung dieser Periode (1932—1935) zeigt sich ein gewisser, wenn auch geringer Erfolg der Agrarpolitik. Mit ihrer Hilfe gelang es, den Geldrohertrag zu stabilisieren. Dadurch verbesserte sich die Lage der Landwirtschaft, weil eine Geldkostensenkung infol-

ge der in der Industrie herrschenden Depression eintrat. Die Rentabilitäts-gestaltung zeigt jedoch, dass die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft während dieser Periode nicht grundlegend war.

Ab 1935 trat auch von der Seite des Rohertrages — zum Teil durch seine nominelle Steigerung bedingt — eine weitere Verbesserung der Rentabilitätsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe ein. Von 1935 auf 1936 nahm der Rohertrag um 2% zu, und blieb 1936 konstant. Zudem verminderte sich der Betriebsaufwand von 1934 bis 1936 relativ stark, um 10%. Daraus resultierte eine beträchtliche Erhöhung des Reinertrages und der Rentabilität. Die Erholung der Landwirtschaft vollzog sich während dieser Phase sowohl von der Preisseite als auch von der Kostenseite her. Die Depression konnte deshalb 1936 als weitgehend überwunden gelten. Mit dieser Preispolitik, die der Staat bis 1936 befolgte, hatte er einen langen und mühsamen Weg zur Ueberwindung der schweizerischen Agrarkrise eingeschlagen. Zum Teil verursacht durch die Abwertung, stieg der Rohertrag der Betriebe von 1936 auf 1937 um 9%. Andererseits trat jedoch gleichzeitig eine Steigerung des Betriebsaufwandes um 5% ein. Seine zum Rohertrag unterschiedliche Zunahme vermochte zwar 1937 noch eine weitere Verbesserung des Reinertrages, sowie der Rentabilität herbeizuführen. Bereits 1938 trat aber ein geringer Rückschlag hauptsächlich infolge einer Kostensteigerung ein. Diese Kostenzunahme wurde teilweise durch eine Produktionsvermehrung, dann aber auch durch die nunmehr infolge des Konjunkturanstieges der übrigen Wirtschaft eingetretene Steigerung der Produktionsmittelpreise verursacht. Ausserdem begannen die Preise der Produkte in geringem Masse zu sinken. Den Geldrohertrag vermochte diese Senkung jedoch infolge der mengenmässigen Zunahme nicht zu beeinträchtigen. Diese Entwicklung führte zu einem verhältnismässig geringen Rückgang des Reinertrages. Dies war jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung. Infolge einer neuen, verhältnismässig geringen Steigerung des Rohertrages und einer Senkung des Betriebsaufwandes konnte im Jahr 1939 die 1938 erlittene Reinertragseinbusse zum grossen Teil wieder wettgemacht werden.

Neben der Ueberwindung der Depression in der Landwirtschaft bis zum Jahr 1936, sind die relativ stabilen Rentabilitätsverhältnisse von diesem Jahre an hervorzuheben. Ein gewisser Erfolg der landwirtschaftlichen Preispolitik kommt auch in diesen Ziffern zum Ausdruck. Dies äussert sich auch dann, wenn der Ertrag des in der Landwirtschaft investierten Kapitals der mittleren Verzinsung der Spareinlagen gegenüber gestellt wird.

Die Verzinsung der Spareinlagen wies von 1932 an eine fortgesetzt sinkende Tendenz auf. Der dauernde Wiederanstieg der Kapitalrente in der Landwirtschaft nach dem Jahre 1932 bewirkte, dass sie im Jahre 1937 die

mittlere Verzinsung der Spareinlagen überstieg. In dieser Hinsicht entstand somit eine Disparität zu Gunsten der Landwirtschaft.

Tab. Nr. 40

Schweiz

Rentabilität der landw. Betriebe und «landesüblicher» Zinsfuss

in ‰

Jahr	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Spareinlagen	3,20	3,09	3,15	3,17	3,19	2,99	2,64	2,60
Rentabilität des Aktivkapitals in der Landwirtschaft	0,00	1,42	1,36	2,47	3,02	3,89	3,46	3,69

Quellen: «Rentabilitätshebungen» und Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

Analog der Phase des Niederganges war die Aufwand- und Ertragsgestaltung in den einzelnen Betriebsgrössenklassen nicht übereinstimmend (Vgl. Tab. Nr. 39, S. 153). Nach dem Tiefstand des Reinertrages im Jahre 1932 stieg dieser wieder derart, dass seine absolute Höhe im Jahre 1936 diejenige des Jahres 1929 in den Kleinbetrieben (3—5 Ha) bereits wieder überschritt.¹⁶⁾ In den mittleren (10—15 Ha) und grossen Betrieben (über 30 Ha) traf dies jedoch erst 1937 zu. Nach der Kapitalrente bemessen, war somit die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in allen Grössenklassen noch günstiger als 1929, einem guten Konjunkturjahr der Landwirtschaft. Diese Verbesserung wurde in den Kleinbetrieben hauptsächlich durch eine überproportionale Kostensenkung im Vergleich zu den sinkenden Geldroherträgen erzielt. In den Mittelbetrieben wurde dies durch eine weitgehende Stabilhaltung des Rohertrages bei sinkenden Kosten erreicht. In den Grossbetrieben standen dagegen steigende Geldroherträge einem teilweise sinkenden Betriebsaufwand gegenüber. Die Steigerung der Produktivität des Kapitals wurde somit in den einzelnen Grössenklassen auf verschiedenen Wegen erzielt.

Aus der Entwicklung des Reinertrages lässt sich ableiten, dass nach Beendigung der Depressionsperiode zwischen den einzelnen Betriebsgrössenklassen keine wesentlichen Rentabilitätsverschiebungen eingetreten waren. Es ist zwar festzuhalten, dass die konjunkturellen Schwankungen der Kapitalrente mit sinkender Betriebsgrösse ebenfalls abnahmen. Die kleinen Betriebe erwiesen sich somit als krisenfester als die grösseren. Ausserdem muss erwähnt werden, dass die Produktivität des Kapitals, bzw. die Rentabilität mit sinkender Betriebsgrösse, z. B. zwischen 1936 und 1939, abnahm, obwohl sich die Intensität umgekehrt verhielt. Daher scheint es, dass die

¹⁶⁾ Das Schweizerische Bauernsekreariat weist jedoch darauf hin, dass die Homogenität der Zusammensetzung nicht gewährt sei. Die Buchhalter der Kleinbetriebe seien einem häufigen Wechsel unterworfen. Daraus ist zu schliessen, dass die Vergleichbarkeit beschränkt ist. Vgl. Untersuchungen über die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft. Erntejahr: 1933/34. I. Teil. S. 1020.

Kleinbetriebe gegenüber den übergeordneten Grössenklassen wirtschaftspolitisch trotzdem benachteiligt waren. Aus den in der Einleitung erwähnten Gründen (unproduktivere Verwendung von Maschinen, geringere Ausnützung der vorhandenen Arbeitskräfte) wird ein derartiges Handicap kaum zu beseitigen sein.

b) In Deutschland

Es muss zunächst auf die beschränkte Vergleichsmöglichkeit der deutschen mit den schweizerischen Ergebnissen hingewiesen werden. Am auffallendsten ist dabei die Tatsache, dass die Betriebsergebnisse für die deutsche Landwirtschaft nur bis zum Wirtschaftsjahr 1935/36 bzw. für den Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1933/37 zur Verfügung standen. Deshalb musste auf den Vergleich der interessantesten Phase der Ertragsgestaltung verzichtet werden. Interessant deshalb, weil gerade diese schwerwiegende und tiefgreifende Folgen für die deutsche Landwirtschaft brachte. Für die vorhandenen Ergebnisse ist die Vergleichbarkeit aus methodischen Gründen beschränkt, auf die hier nicht näher eingetreten werden kann. Ausserdem ist hervorzuheben, dass die durchschnittliche Grösse der untersuchten Betriebe in Deutschland diejenige der Schweiz übertraf. Schon aus dieser Tatsache heraus wird das Ausmass der Schwankungen der Ziffern im Vergleich zur Schweiz verschieden sein. Die Vergleiche dürfen daher nur unter diesen Vorbehalten gewürdigt werden.

Tab. Nr. 41

Deutschland

Die Kostenveränderungen und die Veränderung des Rohertrages während der Depressionsphase 1928/30 — 1932/33
in % von 1928/30

	1932/33
Rohertrag	— 28 %
Arbeit	— 31 %
Abschreibungen	— 8 %
Düngemittel	— 29 %
Futtermittel	— 36 %

Quelle: Errechnet aus den Angaben im «Annuaire internationale de Comptabilité Agricole»; Rome.

Während der Depression von 1928/30 bis 1932/33 trat eine Verminderung des nominellen Ertrages um 28% pro Ha ein. Dieser nominellen Rohertragseinbusse um 28% stand eine Senkung der Preise landwirtschaftlicher Produkte um 40% gegenüber. Das bedeutet, dass die Erzeugung mengenmässig gesteigert wurde.

Im gleichen Zeitraum sank der Rohertrag pro Ha in der Schweiz jedoch nur um 16⁰/.¹⁷⁾ Ausschliesslich von der Gestaltung des Ha-Geldrohertrages beurteilt, könnte man schliessen, dass die deutsche Landwirtschaft wesentlich stärker von der Depression erfasst wurde als die schweizerische.

Bemerkenswert ist jedoch der unterschiedliche Grad der Senkung der Geldroherträge in den Betriebszweigen der Viehwirtschaft und des Ackerbaus. Im betreffenden Zeitraum erlitt die Viehwirtschaft eine Einbusse ihres nominellen Rohertrages um 43⁰/, im Ackerbau (Getreide- und Hackfrucht-
bau) jedoch nur um 14⁰/. In der Schweiz verlief die Entwicklung mit einem Rückgang von 25⁰% in der Rindvieh- und Schweinehaltung und einem solchen von 7⁰% im Getreide und Kartoffelbau ähnlich. Notwendigerweise musste deshalb der Anteil des Ackerbaus am gesamten Rohertrag auf Kosten der Viehwirtschaft zunehmen. In Deutschland stieg er beim Ackerbau von 31,7 auf 37,7⁰/, in der Schweiz von 6,8 auf 7,5⁰/, d. h. im Vergleich zu Deutschland unbedeutend. Der Anteil der Viehhaltung am Gesamtrohertrag ging von 43,9 auf 35⁰% zurück (in der Schweiz von 65,4 auf 61,4⁰%). Die Gewichtsverlagerung war somit in Deutschland recht beträchtlich. Dies ist umso bedeutungsvoller, als dem Ackerbau in Deutschland bereits vor der Depression eine wesentlich grössere Bedeutung zukam als in der Schweiz. Diese Tatsache hat für die Gestaltung des Reinertrages ganz erhebliche Konsequenzen, da der Anteil der fixen Kosten in der Viehwirtschaft grösser ist als im Ackerbau. An dieser verschiedenartigen Entwicklung des Rohertrages in den beiden Hauptbetriebszweigen waren verschiedene Ursachen beteiligt. Die Hauptursache lag vor allen Dingen in der unterschiedlichen Preisentwicklung der betreffenden Produkte. Neben andern Gründen lag dieses unterschiedliche Ausmass der Preissenkung vor allem darin, dass der Preisschutz durch staatliche Massnahmen für die Produkte des Ackerbaus (vor allem für Getreide) intensiver war als für die Produkte der Viehwirtschaft (besonders für Schlachtvieh). Ausserdem war die antikonjunkturelle Reaktion im Ackerbau bedeutend stärker als in der Viehwirtschaft. Der 14 prozentigen Verminderung des Rohertrages entsprach beispielsweise eine Preissenkung um 25⁰%; die Produktion wurde somit beträchtlich ausgeweitet. Demgegenüber betrug die Preissenkung der Produkte der Viehwirtschaft 45⁰%, unter gleichzeitiger Verminderung des Rohertrages um 43⁰%. Die Produktion viehwirtschaftlicher Produkte blieb somit nahezu konstant. Die gegenseitige Produktionsverbundenheit zwischen Ackerbau und Viehwirtschaft bewirkte, dass eine grössere Menge an Futtermitteln verfügbar wurde, sodass schon aus diesem Grunde das Angebot der gesunkenen Nach-

¹⁷⁾ Errechnet aus den «Hauptergebnissen der Rentabilitätshebungen des Schweiz. Bauernsekretariates» in Statistische Erhebungen und Schätzungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Brugg 1939.

frage der Konsumenten nicht angepasst wurde. Andererseits hatte die Viehwirtschaft Produktionsmittel (Dünger) der pflanzlichen Erzeugung zur Verfügung zu stellen, sodass man die viehwirtschaftliche Erzeugung auch aus diesem Grunde nicht einschränkte.

Für die relativ starke Ausdehnung des Ackerbaus spielten mehrere Gründe mit. Beim Ackerbau handelt es sich um einen verhältnismässig arbeitsintensiven Zweig der Landwirtschaft. Die Depression in anderen Wirtschaftszweigen, verbunden mit einem stark verringerten Bedarf an Arbeitskräften, führte einen Teil derselben wieder in die Landwirtschaft zurück, was sich in erster Linie in einer Steigerung des Ackerbaus geltend machte. Einen weiteren Grund mochte auch der im Ackerbau relativ geringe Anteil des festen Kapitals darstellen.

Damit stellt sich die Frage nach der Kostengestaltung. Dem erwähnten Rückgang des Rohertrages um 28⁰/o stand eine Senkung des Betriebsaufwandes um 26⁰/o gegenüber. Die beinahe proportionale Senkung des Betriebsaufwandes im Vergleich zum Rohertrag ist geradezu auffallend. Dies lässt zunächst vermuten, dass die Herabsetzung der Preise in Deutschland auch auf der Kostenseite viel konsequenter durchgeführt wurde als in der Schweiz. Dies bildete jedoch nicht den Hauptgrund dieser verhältnismässig starken Kostensenkung. Es war vielmehr die andersgeartete Kostenstruktur in der Landwirtschaft beider Länder die von Einfluss war.

Tab. Nr. 42

Die Verteilung des Betriebsaufwandes in %.

Kostenfaktoren	Schweiz 1927/30	Deutschland 1928/30
Arbeit	52,5	46,2
Dünger	2,1	8,4
Sämereien und Futtermittel	12,7	11,5
Steuern	2,7	5,5
Abschreibungen	13,7	5,3
Uebrige Kosten	16,3	23,1
	100	100

Quelle: Annuaire international de Comptabilité Agricole, Rome. Hsg. vom Institut international d'Agriculture, Rome 1932—1939.

Auffallen muss vor allem der im Vergleich zur Schweiz geringere Anteil der Amortisationen in Deutschland. Eine geringere Bedeutung kam in Deutschland auch dem Produktionsfaktor Arbeit zu. Es waren also gerade die fixen Kosten, deren Anteil in Deutschland geringer war als in der Schweiz. Diese Kosten (Arbeit, Amortisationen) wiesen in Deutschland einen unterdurchschnittlichen und daher auch gegenüber der Rohertragsverminderung unterproportionalen Rückgang auf (Vgl. Tab. Nr. 41, S. 156).

Festzuhalten wäre somit die Tatsache, dass der verhältnismässig starken Verminderung des Rohertrages eine relativ grosse Flexibilität der Kosten gegenüberstand, die zum Teil durch die spezifische Kostenstruktur bedingt war. Diese Rohertrags- und Aufwandsgestaltung führte trotzdem zu einer Reinertragseinbusse um 48⁰/. Die Wertproduktivität des Kapitals war also rund um die Hälfte gesunken.

Tab. Nr. 43

Deutschland

Die Steigerung des Betriebsaufwandes von 1932/33—1935/36
in ⁰/ von 1932/33.

Steigerung des Rohertrages	25 ⁰ /
Arbeit	+ 4,5 ⁰ /
Düngemittel	+ 33 ⁰ /
Futtermittel	+ 39 ⁰ /
Andere Kosten	+ 13 ⁰ /
Abschreibungen	+ 5 ⁰ /

Quelle: Errechnet aus den Angaben des «Annuaire Internationale de Comptabilité Agricole»; Rome.

Während der Phase der Erholung erhöhte sich der Reinertrag wieder um das 3,9-fache. Dieser Wiederanstieg führte 1935/36 zu einer Ueberschreitung des Standes von 1928/30 um 48⁰/. Die Erholung der Landwirtschaft gestaltete sich somit in jenem Zeitraum ziemlich intensiv. Diese Verbesserung fand hauptsächlich von der Preisseite her statt. Das heisst, es trat eine relativ beträchtliche Steigerung des Geldrohertrages (24,6⁰/), verbunden mit einem unterproportionalen Anstieg der Kosten (um 19⁰/) ein. Dies stand im Gegensatz zur Entwicklung in der Schweiz, wo die Erholung von der Kostenseite her durch ihre langsame Anpassung an die gesunkenen Roherträge ausging.

Diese Rohertragssteigerung beruhte sozusagen ausschliesslich auf dem seit 1932/33 eingetretenen Preisanstieg landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Zunahme des Geldrohertrages war im Bereiche der Viehwirtschaft mit einer annähernden Verdoppelung (um 48⁰/) besonders stark. Bedeutend weniger weit ging sie im Hackfrucht- und Getreidebau (um 14⁰/) und bei den übrigen Erzeugnissen (10⁰/). Von 1932/33 bis 1933/34 war die Steigerung des Hektar-Rohertrages in der Viehhaltung ausschliesslich auf den Preisanstieg zurückzuführen. Der Zuwachs des Rohertrages betrug 11⁰/, die Preissteigerung 12⁰/. Bei sozusagen konstanten Preisen stieg der Geldrohertrag jedoch im Pflanzenbau im gleichen Jahr um 11⁰/, woraus eine Erzeugungssteigerung resultiert. Im folgenden Jahr war aber in der Viehwirtschaft nicht mehr die Preiserhöhung allein an der Steigerung des Rohertrages beteiligt, sondern auch eine Vermehrung der Erzeugung, denn die Steigerung des Rohertrages betrug 16⁰/, die der Preise aber nur 10⁰/. Im

Getreide- und Hackfruchtbau war jedoch die Erhöhung des Rohertrages um 4% diesmal in erster Linie der Preissteigerung um 18% zuzuschreiben. Im Wirtschaftsjahr 1935/36 beruhte die Steigerung des Rohertrages in der Viehwirtschaft nur zum Teil auf realen Produktionssteigerungen. Auch die Preissteigerung war massgebend.

Betrachten wir nun die Aufwendungen, die diese Entwicklung des Rohertrages herbeiführten. Vor allem die variablen Produktionsmittel (Futter und Dünger) zeichnen sich durch eine gegenüber dem Rohertrag überproportionale Steigerung aus. Bei diesen Aufwandsposten machte sich somit bereits das Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses geltend. Dies traf besonders für die Düngemittel zu, welche im gleichen Zeitraum sogar sinkende Preise aufwiesen. Die Preise für Futtermittel erfuhren dagegen einen relativ starken Anstieg um 36%, sodass sich aus der Steigerung dieser Aufwendungen um 39% kein nennenswerter zusätzlicher Zukauf an Futtermitteln ergibt. Dagegen waren auch während des Aufstieges die Kosten der Arbeit, sowie die Abschreibungen durch eine verhältnismässige Rigidität charakterisiert.

Infolge dieser Entwicklung der Kosten trat eine relative Verringerung der Arbeitsintensität zu Gunsten der Kapitalintensität ein. Der Anteil des Arbeitsaufwandes verringerte sich zwischen 1932/33 und 1935/36 von 48,8% auf 45,4%. Infolgedessen stieg auch die Wertproduktivität der Arbeit.

Die Steigerung der Amortisationen um 5% vermochte die von 1928/30 bis 1932/33 eingetretene Senkung nicht zu kompensieren. Dies bedeutete — eine unveränderte Struktur an festem Kapital, sowie ein konstanter Abschreibungssatz vorausgesetzt — dass der während der Depression gelichete Bestand an Kapital (Vermögensverzehr oder Entsparen) bis 1935/36 noch nicht vollständig wiederergänzt werden konnte. Aus diesen Zahlen liesse sich also gleichzeitig ableiten, dass es sich beim gesteigerten Einsatz an Fixkapital in erster Linie um Reinvestitionen handelte.

Vergleicht man die Steigerung des Reinertrages in beiden Ländern, lässt sich ein stärkerer Wiederanstieg für Deutschland festhalten. Die Steigerung war derart, dass der Stand von 1928/30 bereits 1935/36 überschritten wurde, was für die Schweiz erst 1937 zutraf. Die Agrarpreispolitik Deutschlands kam der Landwirtschaft während der Anstiegsphase besonders stark entgegen.

Die Aufwand- und Ertragsgestaltung war jedoch in den einzelnen Grössenkategorien der Betriebe nicht übereinstimmend.

In bezug auf den Rohertrag ist hervorzuheben, dass dieser während des Niederganges in den Klein- und Mittelbetrieben stärker als in den Gross-

Die Entwicklung des Rothertrages.

Jahr	1927/30 = 100		Kleinbetriebe = 100		
	1930/33	1933/37	1927/30	1930/33	1933/37
Kleinbetriebe	81	86	100	100	100
Mittelbetriebe	80	87	97	97	99
Grossbetriebe	85	92	89	88	95

Quelle: H. L. Fensch: Die Entwicklung der Betriebsleistungen der deutschen Landwirtschaft in «Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft». Hsg. v. K. Meyer. Berlin 1939.

betrieben sank.¹⁸⁾ Wir konstatieren einen deutlichen Gegensatz zur schweizerischen Entwicklung obschon die Grössenklassen nur bedingt vergleichbar sind. In der Schweiz waren es gerade die Kleinbetriebe, die eine verhältnismässig geringere Senkung ihres Rothertrages erlitten als die Grossbetriebe. Die Ursache dieser verhältnismässigen Benachteiligung der Kleinbetriebe gegenüber den Grossbetrieben in Deutschland war bereits früher in der unterschiedlichen Preis- und Rothertragsentwicklung zwischen Ackerbau und Viehwirtschaft festgehalten worden. Das Gewicht der Viehwirtschaft ist in Kleinbetrieben in der Regel grösser als in übergeordneten Grössenkategorien. Dies geht besonders aus dem Anteil der Einnahmen aus Ackerbau und Viehwirtschaft an den Gesamteinnahmen hervor.

Der Anteil der Einnahmen aus Ackerbau und Viehwirtschaft in den Betriebsgrössenklassen
in % der Gesamteinnahmen.

	1927/30		1930/33		1933/37	
	Ackerbau	Vieh.	Ackerbau	Vieh.	Ackerbau	Vieh.
Kleinbetriebe	29	69	31	66	30	67
Mittelbetriebe	39	60	45	54	42	56
Grossbetriebe	58	41	62	36	63	36

Quelle: s. Tab. 44.

¹⁸⁾ Als Quelle dient hier zur Hauptsache der Artikel von H. L. Fensch: «Die Entwicklung der Betriebsleistungen der deutschen Landwirtschaft» in «Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft». Hsg. von K. Meyer. Berlin 1939. Als Grössenklassen werden darin unterschieden: Klein-, Mittel- und Grossbetriebe. Dabei umfassen die Kleinbetriebe solche mit einer Ausdehnung von 5—50 Ha. in Ostdeutschland, 5—20 Ha. im übrigen Reichsgebiet; Betriebe mit einer Betriebsfläche von 50—200 Ha. in Ostdeutschland, und 20—100 Ha. im übrigen Reich werden den Mittelbetrieben zugerechnet. Betriebe mit mehr als 200 bzw. 100 Ha. gehören zu den Grossbetrieben.

Die starke Preissenkung für viehwirtschaftliche Erzeugnisse wurde den Kleinbetrieben besonders verhängnisvoll. Während der Phase des Aufstieges stieg der Geldrohertrag in den Kleinbetrieben in geringerem Masse als in den Mittel- und Grossbetrieben, weshalb die Kleinbetriebe gegenüber den anderen Grössenklassen wiederum deutlich benachteiligt waren. Bei den preispolitischen Massnahmen wurde somit zu wenig auf die Bedürfnisse, d. h. auf die Produktionsstruktur der Kleinbetriebe Rücksicht genommen. Dies zeigt sich auch darin, dass die Einnahmen aus Ackerbau 1933/37 in den Klein- und Mittelbetrieben immer noch um 8 beziehungsweise 4% hinter der 1927/30 erreichten Höhe zurückblieben.

Tab. Nr. 45

Deutschland

Die Entwicklung der Einnahmen aus Ackerbau und Viehhaltung
RM. pro Ha.

	Aus Ackerbau			Aus Viehhaltung		
	1927/30	1930/1933	1933/37	1927/30	1930/1933	1933/37
Kleinbetriebe	112	97	103	271	206	230
Mittelbetriebe	167	153	161	257	183	215
Grossbetriebe	235	203	239	168	118	139
1927/30 = 100						
Kleinbetriebe	100	87	92	100	76	85
Mittelbetriebe	100	92	96	100	71	84
Grossbetriebe	100	86	102	100	70	83

Quelle: s. Tab. 44.

In den Grossbetrieben waren die Einnahmen aus Ackerbau jedoch um 2% höher. Die Einnahmen aus der Viehhaltung waren aber in den Klein- und Mittelbetrieben um 15 und 16% zurückgegangen, in den Grossbetrieben um 17%, also nur um 1 bzw. 2% stärker als in den beiden andern Grössenklassen.

Durch die zwar gleichgerichteten, aber in ihrem Ausmass verschiedenen Veränderungen entstand eine Tendenz der Angleichung der durchschnittlichen Ha-Roherträge in den einzelnen Grössenklassen (Vgl. Tab. Nr. 44, S. 161). Am Geldrohertrag gemessen war der Unterschied der Intensität in den einzelnen Grössenklassen verhältnismässig gering geworden.

Der Steigerung der Geldroherträge im Durchschnitt der Jahre 1933/37 stand eine unterschiedliche Gestaltung des Aufwandes gegenüber.

Die Klein- und Mittelbetriebe erzielten sogar eine Senkung des Betriebsaufwandes um 1%. Dagegen steigerten die Grossbetriebe ihren Rohertrag mittels zunehmenden Aufwendungen um 4%. Zu betonen ist jedoch, dass in sämtlichen hier angeführten Grössenklassen der Arbeitsaufwand eine

Die Entwicklung des Betriebsaufwandes

RM pro Ha

	Betriebsaufwand		Arbeitsaufwand		Sachaufwand	
	1930/33	1933/37	1930/33	1933/37	1930/33	1933/37
Kleinbetriebe	442	436	218	209	224	227
Mittelbetriebe	413	408	185	174	228	234
Grossbetriebe	374	390	171	169	203	221

Quelle: s. Tab. Nr. 43.

Senkung aufwies. Diese Senkung war in den Mittelbetrieben am grössten, in den Grossbetrieben jedoch äusserst gering. Umgekehrt stieg in allen Grössenklassen der Geldaufwand sachlicher Produktionsmittel. Dies war besonders in der Kategorie der Grossbetriebe in erheblichem Masse der Fall (90%). In allen Grössenklassen fand somit eine Kapitalintensivierung statt. Gleichzeitig wurden Arbeitskräfte freigesetzt. Was die Erhöhung der Aufwendungen für sachliche Produktionsmittel anbelangt, ist beachtenswert, dass diese Steigerung in erster Linie bei den veränderlichen Kostengütern und weniger in Neuinvestitionen an Fixkapital erfolgte. Dies hätte in einer Erhöhung der Abschreibungsquote zum Ausdruck kommen müssen. Die Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen waren 1933/37 sogar in den Klein- und Mittelbetrieben gesunken, in den Grossbetrieben stabil geblieben. Desto stärker waren dagegen die Aufwendungen sachlicher, variabler Produktionsmittel gestiegen.¹⁹⁾

Die Möglichkeit, langfristige Investitionen vorzunehmen, hing nicht nur von der Frage ab, ob diese lohnend seien, sondern war weitgehend eine Frage der Finanzierung. Diese stiess, wie wir bereits feststellen konnten, auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

Der Reinertrag, der sich aus der Aufwand- und Ertragsgestaltung ergab, entwickelte sich auch während der Aufstiegsperiode in den Betriebsgrössenklassen uneinheitlich.

Wiederum waren es die Kleinbetriebe, welche sowohl absolut als auch prozentual die geringste Steigerung ihres Reinertrages aufwiesen. Auch aus

¹⁹⁾ Die Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen sowie die Aufwendungen für variable, sachliche Produktionsmittel und ihre Veränderungen: (in RM pro Ha.)

	1 Sachl. Prod.-Mittel		2 Abschreibungen		Veränderungen	
	1930/33	1933/37	1930/33	1933/37	gegenüber 1930/33	1933/37
Kleinbetriebe	169	176	28	27	+ 8	—1
Mittelbetriebe	166	178	25	24	+ 12	—1
Grossbetriebe	141	164	22	22	+ 23	0

Quelle: s. Tab. 44.

der Entwicklung der Kapitalrente ergibt sich demgemäss eine Benachteiligung der Kleinbetriebe.

Tab. Nr. 47

Deutschland

Die Veränderungen des Rohertrages, des Reinertrages, des Aufwandes.
1933/37 gegenüber 1930/33.

	Kleinbetriebe		Mittelbetriebe		Grossbetriebe	
	RM pro Ha	%	RM pro Ha	%	RM pro Ha	%
Rohertrag	+ 28	+ 6	+ 39	+ 9	+ 59	+ 18
Aufwand	+ 1	+ 0,5	— 2	— 0,5	+ 17	+ 5
Betriebsaufwand (ohne Arbeit)		+ 1		+ 3		+ 9
Sachl. Prod.-Mittel		+ 4		+ 7		+ 16
Arbeitsaufwand (Angestellte)		— 3		— 6		— 1
Differenz (Reinertrag)	+ 27		+ 41		+ 42	

Quelle: S. Tab. Nr. 44; errechnet nach den Angaben von H. L. Fensch.

Damit die Kleinbetriebe die gleiche absolute Steigerung ihres Rohertrages hätten erzielen können wie die Mittel- und Grossbetriebe, wäre eine Steigerung ihres Rohertrages um 9% notwendig gewesen. Die Differenz zwischen diesem und dem tatsächlich erzielten Rohertrag betrug 3%. Es ist derselbe Prozentsatz, den Fensch²⁰⁾ als Unterschied in der Preisgestaltung festgestellt hatte, nachdem er die Gewichtung zur Errechnung der Preisindexziffer gemäss der Produktionsstruktur der einzelnen Grössenklassen vornahm. Damit kommen wir zur Bestätigung der bereits gemachten Feststellung dass die innerlandwirtschaftliche Preisschere wesentlich dazu beitrug, dass der Reinertrag der Kleinbetriebe gegenüber den Mittel- und Grossbetrieben zu stark im Rückstand blieb.²¹⁾

Die Reinertragssituation für die einzelnen Grössenklassen gestaltete sich zwar für die schweizerische Landwirtschaft ähnlich. Im Gegensatz zu Deutschland waren aber gerade jene Märkte durch ein relatives Ueberangebot charakterisiert, deren Produkte das Hauptgewicht der Produktionsstruktur der Kleinbetriebe bildeten.

²⁰⁾ H. L. Fensch: Die Entwicklung der Betriebsleistungen der deutschen Landwirtschaft. In «Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft». Hsg. v. K. Meyer, Berlin 1939.

²¹⁾ Unter innerlandwirtschaftlicher Preisschere sind die verschobenen Preisrelationen der einzelnen landwirtschaftlichen Produkte zu verstehen.

2. Die Einkommensentwicklung der Betriebe.

a) In der Schweiz

Im Gegensatz zum Unternehmerbetrieb steht, wie erwähnt, in der bürgerlichen Wirtschaft nicht das Kapital, sondern der Bauer und seine Familie im Vordergrund, welche durch die wirtschaftliche Tätigkeit in der Landwirtschaft eine Existenzbasis begründen wollen. Das Ergebnis dieser wirtschaftlichen Tätigkeit wird durch das «landwirtschaftliche Einkommen» ausgedrückt. Dieser Begriff stellt gemäss der agrarbetriebswirtschaftlichen Terminologie die Entschädigung der vom landwirtschaftlichen Unternehmer und seinen Angehörigen geleisteten Arbeit und des im landwirtschaftlichen Betrieb «investierten» Eigenkapitals dar.

Wie das gesamte landwirtschaftliche Einkommen, war auch dasjenige der Betriebe logischerweise während der Untersuchungsperiode beträchtlichen Fluktuationen unterworfen.

Tab. Nr. 48

Schweiz

Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens der Betriebe.

Jahr	Einkommen pro Arbeitstag	1929 = 100	Einkommen (Geldwert 1929)	
	Fr.		pro Arbeitstag	1929 = 100
1929	9.84	100	9.84	100
1932	2.47	25	2.88	33
1933	4.95	50	6.12	62
1934	4.74	48	5.93	60
1935	6.60	68	8.33	85
1936	7.54	76,5	9.31	95
1937	9.46	96	11.12	113
1938	8.99	91,5	10.59	108
1939	9.50	96,5	11.05	112

Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus den «Rentabilitätshebungen».

Während der Depressionsperiode trat eine exorbitante Schrumpfung des Einkommens aus der Landwirtschaft ein. Von 1929 bis 1932 sank gemäss der Buchhaltungsstatistik des Schweizerischen Bauernsekretariates das mittlere landwirtschaftliche Einkommen (inclusive Kapitalertrag) pro Arbeitstag von Fr. 9.84 auf Fr. 2.47, d. h. um 75%.

Schon im Jahre 1933 trat jedoch gegenüber 1932 eine hundertprozentige Steigerung des Einkommens aus der Landwirtschaft ein. Im Jahre 1934 sank es vorübergehend leicht. Trotz der Verdoppelung hatte es 1933 und 1934 noch nicht eine Höhe erreicht, um dem selbständigen Landwirt und

seiner Familie eine ausreichende Existenz zu gewährleisten. Trotzdem darf man die günstige Wirkung der Agrarpolitik nicht übersehen, gelang es ihr doch, den Sturz der Preise landwirtschaftlicher Produkte von 1933 an annähernd aufzufangen, und zudem auch den «Lag» zwischen Preisen und Kosten zu mildern. Eine weitere nennenswerte Erhöhung des landwirtschaftlichen Einkommens ergab sich jedoch erst, als sich von 1935 an die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft wieder von der Preisseite her verbesserte. Die Wirkung war, dass sich das Einkommen bis 1936 gegenüber demjenigen von 1932 wieder verdreifachte. 1937 belief es sich auf Fr. 9.46 pro Arbeitstag und damit hatte es einen Stand erreicht, der bis auf 4% an denjenigen von 1929 heranreichte. Bei Berücksichtigung der Geldwertsteigerung gegenüber 1929 kann man sagen, dass das landwirtschaftliche Einkommen 1937 effektiv höher war als 1929. Es ist beachtenswert und darf als günstige Wirkung der nach 1933 eingeschlagenen Agrarpolitik bezeichnet werden, dass das landwirtschaftliche Einkommen von 1936 an keine derart starken Fluktuationen mehr aufwies, wie in den vorangegangenen Jahren. Zwar machte sich 1938 wieder eine leicht sinkende Tendenz bemerkbar. Diese war jedoch, in Anbetracht der 1939 eingetretenen besonderen politischen Situation, nur vorübergehender Natur.

Mit dem Jahr 1929 als Ausgangspunkt und unter Ausschaltung der Kaufkraftveränderungen des Geldes, lässt sich erneut feststellen, dass 1936 die Depression in der Landwirtschaft zum grossen Teil beseitigt war. Von 1937 an stellte sich die Einkommenssituation durchwegs günstiger als 1929, einem Jahr mit einer relativ guten Konjunktur.

Tab. Nr. 49

Schweiz

Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens in den
Betriebsgrössenklassen
pro Ha.

Jahr	3—5 Ha		5—10 Ha		10—15 Ha		15—30 Ha		über 30 Ha	
	Fr.	1929 = 100	Fr.	1929 = 100	Fr.	1929 = 100	Fr.	1929 = 100	Fr.	1929 = 100
1929	807	100	518	100	414	100	334	100	208	100
1932	401	50	174	34	124	30	61	18	—3	—
1933	428	53	269	52	206	50	172	52	69	33
1934	440	54	274	53	142	46	170	51	57	37
1935	479	59	367	71	277	67	225	67	129	62
1936	646	80	394	76	290	70	244	73	173	83
1937	701	87	464	89	378	91	314	94	204	98
1938	604	75	430	83	365	88	308	92	226	109
1939	683	85	442	85	381	92	329	98	601	97

Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus den «Rentabilitäts-erhebungen» des Schweiz. Bauernsekretariates.

Je nach der Grösse der Betriebe war jedoch das Agrareinkommen verschieden starken Schwankungen unterworfen.

Während der Depression wurde das Einkommen der grösseren Betriebe mehr betroffen als der kleineren, wogegen im Aufstieg das Umgekehrte der Fall war. Man darf also behaupten, dass das Einkommen der kleineren Betriebe weniger konjunkturellen Schwankungen unterliegt als das der Grossbetriebe.

Es sind vor allem innerbetriebliche Gründe, die diese unterschiedlichen Einkommensschwankungen verursachten. So weisen die grösseren Betriebe in der Regel einen stärkeren unternehmungsmässigen Charakter auf als die Kleinbetriebe. Sie verwenden z. B. verhältnismässig mehr fremde Arbeitskräfte, die ein Element der Kostenstarrheit in der Betriebsrechnung darstellen.²²⁾ Während des Aufschwunges mögen aber auch noch gewisse preispolitische Einwirkungen an einem Zurückbleiben des Einkommens der Kleinbetriebe mitgeholfen haben. Wir erwähnen hier wieder die relative Schlechterstellung der Preise für viehwirtschaftliche Erzeugnisse gegenüber den Preisen der pflanzlichen Produkte.

Die wirtschaftliche Tätigkeit im bäuerlichen Familienbetrieb ist in erster Linie darauf gerichtet, einen ausreichenden Arbeitsverdienst zu erzielen. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit das für die schweizerische Landwirtschaft während des Untersuchungszeitraumes zutrifft. Zu diesem Zweck setzen wir das tatsächlich erzielte Einkommen der Landwirtschaft in Beziehung zum Arbeitsaufwand, berechnet nach den Ansätzen familienfremder landwirtschaftlicher Arbeitskräfte.

Tab. Nr. 50

Schweiz

Das landwirtschaftliche Einkommen in % des Arbeitsaufwandes.

Jahr	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Arbeitsaufwand der Familienmitglieder pro Arbeitstag (Fr.)	7.49	6.83	6.41	6.31	6.10	6.05	6.08	6.12	6.15
Landw. Eink. in % des Arbeitsaufwandes	131	36	77	75	109	126	155	147	155

Quelle: Zusammengestellt und errechnet aus den «Rentabilitätshebungen» des Schweiz. Bauernsekretariates.

Von 1932 bis 1934 war das landwirtschaftliche Einkommen derart niedrig, dass es im Durchschnitt der Betriebe (Buchhaltungsbetriebe) nicht an das Lohneinkommen fremder Arbeitskräfte heranreichte. Im Jahre 1932

²²⁾ Die Löhne fremder Arbeitskräfte sind für die jeweilige Produktionsperiode gegeben.

betrug das tatsächlich erzielte Einkommen nur noch etwas mehr als $\frac{1}{3}$ des «Solleinkommens und in den Jahren 1933 und 1934 erreichte es bereits wieder ca. $\frac{3}{4}$.²³⁾ Die Anpassungsfähigkeit des Verbrauches an das veränderte Einkommen erwies sich als ausserordentlich gross. Hinzu kommt, dass in der schweizerischen Landwirtschaft mehr Reserven in Gestalt von Sparkapital und Sachkapital vorhanden waren, als etwa in der deutschen. In der Erholungsphase übertraf das landwirtschaftliche Einkommen das Lohn Einkommen fremder Arbeitskräfte 1936 wieder um 9% und 1937 sowie 1939 um 55%. Ausserdem ist darauf hinzuweisen, dass diese Ueberschreitung von 1937 an durchwegs höher war als 1929.

Setzt man die Ertragsansprüche des investierten Eigenkapitals als gegeben ein, so entspricht das restliche landwirtschaftliche Einkommen dem Grenzertrag der Arbeit.

Tab. Nr. 51

Schweiz

Der Vergleich des «Arbeitsverdienstes» mit dem «Lohnanspruch».

Jahr	Arbeitsverdienst pro Männerarbeitstag	Differenz	
		+ Arbeitsverd. — Arbeitsverd.	höher als Lohnanspruch unterschreitet Lohnanspr.
	Fr.		Fr.
1929	5.93	—	1.56
1932	— 0.98	—	7.81
1933	1.63	—	4.78
1934	1.37	—	4.84
1935	3.46	—	2.64
1936	4.30	—	1.75
1937	6.11	+	0.03
1938	5.93	—	0.14
1939	6.51	+	0.36

Quelle: «Rentabilitätshebungen» des Schweiz. Bauernselbstrates.

Dieser Grenzertrag war 1932 sogar negativ. Die darauf eintretende, nur 1934 unterbrochene Verbesserung, ergab ab 1937 ein Uebersteigen des Grenzertrages der Arbeit vor Abzug der Ansprüche des Arbeitsverdienstes, nach Abzug der Kapitalertragsansprüche, mit dem Lohnanspruch, d. h. mit dem Solleinkommen ergibt sich ein beträchtliches Manko, das sich jedoch von Jahr zu Jahr vermindert. Von 1937 bis 1939 stimmen die beiden Ziffern weitgehend miteinander überein. Neben einer verhältnismässig grossen Stabilität des Einkommens ab 1937 an muss auch hier wieder die für die Landwirtschaft relativ günstige Einkommenssituation

²³⁾ Unter «Solleinkommen» wird hier der zu Lohnansprüchen der Arbeiter berechnete «Arbeitsaufwand» der Unternehmerfamilie angesehen.

hervorgehoben werden. Auch unter diesem Gesichtspunkt gesehen, stellte sich die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft besser als 1929.

Diese Feststellung wird bestätigt, wenn man den sogenannten «normalen Gewinn»²⁴⁾ mit dem tatsächlich erzielten Einkommen vergleicht.

Tab. Nr. 52

Schweiz

Das «Gleichgewichtseinkommen» und das tatsächliche landw. Einkommen.

Jahr	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Gleichgewichtseink. pro Männerarbeits- tag Fr.	11.40	10.3	9.73	9.58	9.30	9.29	9.43	9.03	9.14
Landw. Eink. in % d. Gleichgew.-Eink.	86	24	51	49.5	72	81	100	99.5	104

Die ausserordentlich starken Fluktuationen, die wir bei der Gestaltung des landwirtschaftlichen Einkommens bis 1937 feststellen konnten, waren weitgehend durch die Kostenstarrheit (besonders Zins und Lohn) verursacht. Die relativ grosse Rigidität dieser beiden Kostenfaktoren bewirkte, dass das landwirtschaftliche Einkommen sehr empfindlich auf steigende Kosten begünstigt wurde. Vor allem reine Familienbetriebe oder klein-universalierte Betriebe wären von der Depression während der dreissiger Jahre umgekehrt wären sie während des Aufstieges weniger begünstigt gewesen. In bezug auf die Einkommensgestaltung der Betriebe sind unversäumbare Einflüsse der staatlichen Preispolitik festzustellen. Die staatlichen Bestrebungen zur Stabilisierung der Preise landwirtschaftlicher Produkte von 1935 an zeigten ihre Früchte in einem Wiederanstieg des landwirtschaftlichen Einkommens. Wohl dauerte es bis 1937, bis wieder ein Gleichgewichtszustand in der Landwirtschaft erzielt wurde. Dass überhaupt ein solcher Zustand wieder entstand, ist der spezifischen Anpassungspolitik zuzuschreiben, wie sie in der Schweiz betrieben wurde. Starre Preisnormierungen, wie das für Deutschland zutraf, hätten wahrscheinlich keine derartige wirtschaftliche Gesundung schaffen können. Ausdrücklich zeigt sich der Erfolg der schweizerischen Preispolitik darin, dass das Landwirtschaftseinkommen von 1937 an ziemlich gleichmässig stabil blieb.

²⁴⁾ Vgl. Amonn A.: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe und Grund-Probleme. 2. Auflage. Bern 1944. S. 131.

Der normale Gewinn im privatwirtschaftlichen Sinn stellt in der Landwirtschaft den zu Dienstbotenlöhnen bewerteten Lohnanspruch und den zum landesüblichen Zinsfuss berechneten Zinsanspruch des Eigenkapitals dar. Es wäre dies jenes Einkommen der Landwirtschaft, bei dem der Ertrag die Kosten decken und somit der Gleichgewichtszustand im verkehrswirtschaftlichen Sinne bestehen würde.

b) In Deutschland

Wie in der Schweiz, war auch das landwirtschaftliche Einkommen in Deutschland beträchtlichen Fluktuationen unterworfen.

Tab. Nr. 53

Deutschland

Roheinkommen und Schuldzinsen.

Jahr	Roh- Einkommen	RM. pro Ha. — Zinsen	= Landw. Einkommen	Roheinkommen = 100	
				Sch.-Zins.	Landw. Eink.
1932/33	72	39	33	54	46
1933/34	96	38	58	40	60
1934/35	89	34	55	38	62
1935/36	109	34	75	31	69

Quelle: Errechnet aus den Angaben in «Annuaire internationale de Comptabilité Agricole»; Rome.

Während der Depression erlitt es allein innert eines Wirtschaftsjahres (1930/31 bis 1931/32) eine Einbusse um 47⁰/₀. Der Preisanstieg landwirtschaftlicher Produkte im Wirtschaftsjahr 1933/34 und die damit verbundene Erhöhung des Geldrohertrages führten zu einer beträchtlichen Verbesserung des Agrareinkommens (76⁰/₀). Der Grad des Wiederanstieges des Einkommens war somit in Deutschland geringer als in der Schweiz, obwohl die Preispolitik in Anbetracht der Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte scheinbar intensiver war. Statt einer weiteren Zunahme, verminderte sich das landwirtschaftliche Einkommen — trotz einer Steigerung des Rohertrages um 6⁰/₀ — im Wirtschaftsjahr 1934/35 erneut um 5⁰/₀. Somit machte sich bereits in diesem Jahre eine Kostenverschiebung zu Gunsten der auf dem Markte zu beschaffenden Produktionsmittel bemerkbar. Die Senkung des Agrareinkommens war jedoch nur vorübergehend. Das Jahr 1935/36 brachte eine beträchtliche Steigerung von 36⁰/₀. Diese Steigerung steht in auffallender Uebereinstimmung mit dem prozentualen Ausmass der Zunahme in der Schweiz (ebenfalls 36⁰/₀). Die im selben Jahre erzielte Steigerung des Geldrohertrages um 8⁰/₀ führte zu dieser verhältnismässig starken Einkommenszunahme. Daran war jedoch auch die spezifische Kostenstruktur in der deutschen Landwirtschaft mitbeteiligt.

In der Schweiz vermochte eine noch geringere Erhöhung des Rohertrages (2⁰/₀) dieselbe Steigerung des Agrareinkommens zu bewerkstelligen.

Man darf aber nicht etwa annehmen, dass die angeführte Verbesserung des Agrareinkommens die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in Deutschland grundlegend verbessert hätte. Wenn man das Einkommen mit dem von Dietze für 1924/25 bis 1926/27 angegebenen Existenzminimum, unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Veränderungen des

Geldwertes vergleicht, dann würde das erzielte Einkommen für den Unterhalt von 3—4 Personen ausreichen.²⁵⁾ Die Durchschnittsgrösse der bäuerlichen Familie, sowie die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen, welche diesen Betriebsrechnungen zugrunde lag, ist jedoch nicht bekannt. Eine andere Möglichkeit besteht in der Reduktion des Existenzminimums auf eine Ha. Bodenfläche.²⁶⁾ Beim Vergleich mit dem tatsächlich erzielten Einkommen unterschritt dieses das Existenzminimum 1932/33 um 63%, 1935/36 immer noch um 38%. Es bestand also durchwegs eine beträchtliche Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Einkommen und dem Solleinkommen. Ausserdem muss betont werden, dass auch nach erfolgter Einkommenssteigerung das Existenzminimum noch nicht erreicht wurde. Unter der Annahme der Richtigkeit dieser Ueberlegung hätten auch nach 1935/36 die folgenden Wege eingeschlagen werden müssen, um die Differenz zwischen Existenzminimum und tatsächlich erzieltm Einkommen zu decken:

1. Ausserbetriebliche Beschaffung eines zusätzlichen Arbeitseinkommens;
2. Steigende Verschuldung, d. h. Kreditbeanspruchung;
3. Desinvestieren, als Verzicht auf den Ersatz verbrauchter Kapitalgüter.

Da die Löhne fremder Arbeitskräfte, sowie die zu entrichtenden Schuldzinsen das landwirtschaftliche Einkommen, wie erwähnt, sehr beeinflussen können, soll hier noch ihre Bedeutung festgestellt werden. Wird der in Geld umgerechnete und zu Dienstbotenlöhnen veranschlagte Arbeitsaufwand der Familienangehörigen vom landwirtschaftlichen Einkommen subtrahiert, so bildet die Differenz den Ertrag des investierten Eigenkapitals. Wie in der Schweiz, so wurde auch in Deutschland 1932/33 nicht nur kein Kapitalertrag erzielt, sondern das landwirtschaftliche Einkommen reichte nicht aus, um den Angehörigen der Unternehmerfamilie ein Einkommen zu gewähren, das dem eines Landarbeiters entsprochen hätte. Die nächsten drei Jahre brachten dem Landwirt wieder eine bescheidene, aber doch zunehmende Eigenkapitalrente.

Die mangelnde Flexibilität der Zinsen gereichte dieses Mal — bei steigenden Geldroherträgen — der Landwirtschaft zum Vorteil. Von 1932/33 bis 1934/35 erfolgte eine fortwährende Senkung der Schuldzinsen. Diese

²⁵⁾ Dietze C. v.: Die Lage der deutschen Landwirtschaft; in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1929. I. S. 662.

Als Ausgangspunkt dienten die Haushaltungskosten je Männerkosttag, festgestellt durch den Enquête-Ausschuss. Sie betrugen 1926/27 in bäuerlichen Betrieben 1,11 Rm, d. h. jährlich etwa 400 RM. Da die Haushaltskosten etwa $\frac{2}{3}$ des gesamten Lebensunterhalts betragen, beliefen sich die Kosten für den Lebensunterhalt nach C. v. Dietze im Wirtschaftsjahr 1926/27 auf 600 RM.

²⁶⁾ Hamann Heinz: Einkommensordnung im Agrarsektor. Berlin 1941. S. 41.

Vom Reinertrag beanspruchten die Schuldzinsen folgende Anteile:

Jahr	Reinertrag = 100%			
	1932/33	1933/34	1934/35	1935/36
Zinsen auf Fremdkapital	250	93	81	55
Zinsen auf Eigenkapital	—150	7	19	45

Quelle: Errechnet aus den Angaben in «Annuaire internationale de Comptabilité Agricole», Rome.

Verminderung brachte — neben einer Tilgung der Schulden — z. T. auf einer Herabsetzung des Zinssatzes durch staatliche Massnahmen. So kam es, dass der Anteil der Schuldzinsen am Reinertragsposten zu Gunsten des landwirtschaftlichen Einkommens fortwährend sinkt. (Vgl. Tab. Nr. 53 S. 170).

Ebenso verhielt es sich mit den Schuldzinsen, wenn wir sie mit dem Reinertrag vergleichen. 1932/33 überstiegen sie den Reinertrag um 150%. 1933/34 konnte bereits wieder eine ganz bescheidene Eigenkapitalrente erzielt werden und 1935/36 betrug die Schuldzinsen noch 55% des Reinertrags. Die mittlere Verminderung betrug für die Mittelbetriebe von 20 bis 50 Ha. ungefähr 40 bis 42% des investierten Kapitals.²⁷⁾ Der Anteil, den die Schuldzinsen vom Reinertrag absorbierten, überstieg den Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital immer noch um 13—15%, sodass die Rente des Eigenkapitals entsprechend geschmälert wurde.

Einen weiteren starken Einfluss auf die Bildung des landwirtschaftlichen Einkommens übten auch die Löhne der fremden Arbeitskräfte aus. Schon bei der Aufwand- und Ertragsprüfung konnte man von 1932/33 bis 1935/36 eine, im Verhältnis zur Steigerung des Reinertrages z. T. überproportional, Zunahme der Arbeitskosten für Angestellte feststellen. Eine solche Zunahme musste sich daher auch nachteilig auf das landwirtschaftliche

Angest. — Gesamteinkommen und das landwirtschaftliche Einkommen.

Jahr	Gesamteinkommen ¹⁾ RM pro Ha	Gesamteinkommen = 100	
		Angest. Eink.	Landw. Eink.
1932/33	137,5	76	24
1933/34	166	65	35
1934/35	168	67	33
1935/36	195	62	38

¹⁾ Unter Gesamteinkommen ist hier das landwirtschaftliche Einkommen zuzüglich Arbeitseinkommen der Angestellten zu verstehen.

Quelle: Errechnet aus den Angaben des «Annuaire internationale de Comptabilité Agricole», Rome.

²⁷⁾ Die Kreditlage der deutschen Landwirtschaft; Herausgegeben von der Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin 1937.

Einkommen auswirken. In diesen Jahren waren jedoch noch keine für das landwirtschaftliche Einkommen nachteiligen Rückwirkungen der Löhne eingetreten.

So betrug 1932/33 der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen (Einkommen der Betriebsinhaber + Lohneinkommen familienfremder Arbeiter) ungefähr $\frac{3}{4}$. In den folgenden Jahren (bis 1935/36) wurde dieser Anteil immer geringer. Das bedeutet, dass der Anteil des Agrareinkommens in dieser Zeit noch nicht wesentlich zu beeinträchtigen vermochten. Was diese Entwicklung nach 1935/36 anbelangt, besteht die Vermutung, dass der Lohnstop die Lohnentwicklung im Agrarbereich, ohne entsprechende Steigerung der Produktivität sich auf Kosten des Agrareinkommens auswirkten. Je mehr die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland, besonders nach 1935/36 zunahm, desto eher mussten Lohn erhöhungen in der Landwirtschaft vorgenommen werden, um einem entstandenen «Sog» von landwirtschaftlichen Arbeitskräften in andere Wirtschaftszweige entgegenzuwirken. Die deutsche Wirtschaftspolitik half, diesen Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft zu verhindern. Landwirtschaftlicher Lohnstop wurde in der Landwirtschaft dagegen war 1932 Lohnstop gezwungen, die Löhne zu erhöhen. Sie war somit genötigt, auf ihre eigenen Kosten und Verantwortung die «Bremse», die eine Abwanderung hemmt, wieder einzuführen.

Schon bei der Gestaltung des Rohertrages konnte man in Deutschland eine gewisse Benachteiligung der Kleinbetriebe im Vergleich zu den übergeordneten Betriebsgrössenklassen feststellen. Diese Tatsache äussert sich in gesteigerter Form auch beim landwirtschaftlichen Einkommen. Dabei muss allerdings betont werden, dass die grösseren Betriebe infolge ihrer Kostenstruktur bedeutend stärker unter der Depression zu leiden hatten, als die kleineren Betriebe. In den Perioden von 1927/30 und 1930/33 konnten z. B. die Klein- und Mittelbetriebe immer noch ein Einkommen erzielen. Dagegen wiesen die Grossbetriebe ein negatives «Einkommen» auf, das sich 1930/33 gegenüber der vorangegangenen Periode sogar noch vergrösserte. Diese waren somit genötigt, vom Vermögen zu zehren oder neue Schulden einzugehen. Trotzdem sich die Einkommenssituation in den Grossbetrieben während der Depression noch verschlechterte, war diese Verschlechterung geringer als bei den Klein- und Mittelbetrieben. In jener Grössenklasse machte sich bereits während der Depression der verstärkte staatliche Schutz der gegenüber jenen (getreidefreie Lebensmittel, als Getreidebaus). Während sich dies damals in keinem nennenswerten Masse äusserte, kam diese Entwicklung während der Phase des Aufstieges (1933/37) ganz deutlich zum Durchbruch. Es waren die Grossbetriebe, die sowohl absolut als auch relativ die bedeutendste Einkommenssteigerung aufzuweisen

hatten.²⁸⁾ Dagegen waren die Kleinbetriebe am wenigsten an der Erholung beteiligt.

Neben strukturellen Ursachen wurde die unterschiedliche Einkommenszunahme auch durch die agrarpreispolitischen Massnahmen des Staates verursacht, auf die wir bereits bei der Aufwand- und Ertragsgestaltung hinwiesen.

Nun ist hervorzuheben, dass die Begünstigung der Grossbetriebe kumulierend auf ihre Einkommenssteigerung wirkte, was sich am Beispiel der Entwicklung der Verschuldung und der Schuldzinsen zeigt. Mit zunehmender Betriebsgrösse wuchs auch der Stand der Schulden. Die Zunahme der Schulden war 1927/30 absolut in den Grossbetrieben am grössten, gemessen am Schuldenstand aber in den Kleinbetrieben. Während der Periode 1930/33 mussten die Kleinbetriebe von allen Grössenklassen den Kreditweg am ausgiebigsten beanspruchen. Die wirtschaftliche Lage der Kleinbetriebe und ihr Handicap gegenüber den andern Grössenklassen drückte sich im Durchschnitt der Jahre 1933/37 in der Weise aus, dass die Verschuldung der Kleinbetriebe weiterhin zunahm, wogegen jene der Mittel- und Grossbetriebe (bei diesen sogar recht beträchtlich) sank.²⁹⁾ Im Zusammenhang mit der Senkung des Zinsfusses gingen zwar die zu entrichtenden Schuldzinsen in allen Grössenklassen zurück, am meisten jedoch in den Grossbetrieben (um 37⁰/o) und am wenigstens in der Kategorie der Kleinbetriebe (um 22⁰/o).³⁰⁾

²⁸⁾ Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens:

	Durchschnittseinkommen RM. pro Ha.			Veränderung gegen Vorj.			
	1927/30	1930/33	1933/37	1930/33		1933/37	
				RM	%	RM	%
Kleinbetriebe	135	109	145	—26	—19	+36	+33
Mittelbetriebe	43	27	80	—16	—37	+53	196
Grossbetriebe	—26	—27	35	—1	—4	+62	—

Quelle: H. L. Fensch a. a. O.

²⁹⁾ Die Entwicklung der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft

	Schulden in Rm. pro Ha.				Veränderung (Jahresdurchschnitt)		
	1927	1930	1933	1937	1927/30	1930/33	1933/37
Kleinbetriebe	417	536	585	592	+40	+16	+2
Mittelbetriebe	479	609	623	591	+43	+5	—8
Grossbetriebe	604	736	754	660	+44	+6	—23

Quelle: H. L. Fensch a. a. O.

³⁰⁾ Die Entwicklung der Schuldzinsen in Deutschland

	RM pro Ha.		Veränderung 1933/37 gegen 1930/33	
	1930/33	1933/37	absolut	in %
Kleinbetriebe	41	32	—9	—22
Mittelbetriebe	43	31	—12	—28
Grossbetriebe	54	34	—20	—37

Quelle: H. L. Fensch a. a. O.

Die Zunahme des Einkommens pro Ha beruhte also auf einer Zunahme der Erträge, d. h. auf einer Steigerung der Wertproduktivität der Arbeit und des Kapitals, zum andern Teil aber auch auf einer Verminderung der zu entrichtenden Schuldzinsen. Der zweite Faktor fiel bei den Grossbetrieben besonders stark ins Gewicht. Die Abnahme der Schuldzinsen war in den Grossbetrieben mit 32% an der Einkommenssteigerung beteiligt, in den Kleinbetrieben und Mittelbetrieben jedoch nur mit 25 und 23%.³¹⁾

Die Begünstigung der Grossbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben äusserte sich nicht nur in einer verschieden starken Einkommenssteigerung und in einer unterschiedlichen Gestaltung der Verschuldungsverhältnisse. Noch deutlicher kommt die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung dann zum Ausdruck, wenn man das Agrareinkommen der verschiedenen Grössenklassen mit dem hypothetischen Existenzminimum in Beziehung bringt.

Tab. Nr. 56

Deutschland

Das Einkommen aus Landwirtschaft bezogen auf Existenzminimum.

	Existenzminimum = 100		Existenzminimum
	1930/33	1933/37	RM. pro Ha
Kleinbetriebe	62,3	82,9	175
Mittelbetriebe	30,0	88,9	90
Grossbetriebe	—	175	20

Quelle: Hamann H.: Einkommensordnung im Agrarsektor. Berlin 1940. S. 41.

Die Grossbetriebe wurden von der Depression in besonderem Masse betroffen. Aber auch in den Mittelbetrieben reichte das erzielte Einkommen nur bis zu 30% an das Existenzminimum heran. Die relativ günstigste Stellung nahmen die Kleinbetriebe ein. Bei ihnen betrug das erzielte Einkommen 62% des Existenzminimums. Die Aufstiegsphase brachte auch — unter diesem Gesichtspunkt betrachtet — eine völlige Umkehr der Einkommenssituation. Die Einkommenssteigerung der Grossbetriebe bewirkte eine Ueberschreitung des Existenzminimums um 75%. Dagegen stieg das Einkommen der Klein- und Mittelbetriebe 1933/37 nicht bis zum Existenzminimum. In den Mittelbetrieben fehlten immer noch 11%, in den Kleinbetrieben sogar 17%.

³¹⁾ Der Einfluss von Betriebsaufwand, Rohertrag und Schuldzinsen auf die Veränderung des Agrareinkommens 1933/37 gegenüber 1930/33

	Kleinbetriebe		Mittelbetriebe		Grossbetriebe	
	RM pro Ha	%	RM pro Ha	%	RM pro Ha	%
Zunahme der Erträge						
(-/ . Veränderung des Aufwandes)	27	75	41	77	42	68
Abnahme der Schuldz.	9	25	12	23	20	32
Zunahme des Einkommens	36	100	53	100	62	100

Damit bestätigt sich erneut die einseitige Bevorzugung der Grossbetriebe durch die deutsche Agrarpolitik. Der Hauptgrund bestand wieder in der Verschlechterung der Preisrelationen viehwirtschaftlicher Produkte im Vergleich zu den pflanzlichen Erzeugnissen. Zwar erlitten auch im Vergleich zu den Grossbetrieben auch in der Schweiz ein gewisser Nachteil für die Kleinbetriebe. Eine Rolle spielten hier die in ähnlicher Weise wie in Deutschland verschobenen Preisrelationen. Wie erwähnt, war aber diese Verschiebung in der Schweiz wenigstens was die Preise viehwirtschaftlicher Produkte betraf, durch die tatsächlichen Marktverhältnisse bedingt.

Was die Entwicklung des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommens nach 1932/33 anbelangt, ist hervorzuheben, dass der Anstieg in der Schweiz trotz der unternormierten Vorgehen bei der Preispolitik nicht hinter der Steigerung des Agrareinkommens in Deutschland zurückstand.

Ergebnisse.

1. In der Depressionsphase, die in beiden Ländern übereinstimmend bis 1932 dauerte, beruhte das Absinken des Reinertrages auf verschiedenen Ursachen. In Deutschland stand ein starkes Sinken des Geldrohertrages im Vordergrund. In der Schweiz erlitt zwar der Geldrohertrag ebenfalls eine massive Einbusse. Sie war aber bedeutend geringer als in Deutschland. Den Hauptgrund hierfür bildete die im Vergleich zu Deutschland bedeutend grössere Starrheit der Kosten.
2. Hervorzuheben ist das ungleiche Mass der Rohertragssenkung in den Betriebszweigen Ackerbau und Viehwirtschaft. In beiden Ländern ging Sie im Ackerbau weniger weit als in der Viehwirtschaft. Einerseits beruhte diese Entwicklung auf den latensverordnungsrechtlichen Massnahmen im Ackerbau, andererseits eine die Nachfrage in der Viehwirtschaft stark zurück und schliesslich war auch die antikonjunkturelle Reaktion hier stärker.
3. Die Kostensenkung war in Deutschland viel massiver als in der Schweiz. Die Preissenkungspolitik auf der Kostenseite wurde demnach in der Schweiz weniger konsequent durchgeführt als in Deutschland. Das unterschiedliche Ausmass der Senkung beruhte aber auch auf einer differenzierten Kostenstruktur in der Landwirtschaft der beiden Staaten.

4. Die deutsche Agrarpolitik fand ihren Niederschlag in einem deutlichen Anstieg des Roh- und Reinertrages von 1932/33 an. In der Schweiz erfolgte die Wiederanpassung vorerst noch (bis 1936) auf dem Wege weiterer Kostensenkung.
5. Mit dem Jahr 1935/36 setzte in beiden Ländern eine neue Phase bei der Roh- und Reinertragsgestaltung ein. In Deutschland sollten weitere Verbesserungen des Reinertrages vorwiegend auf dem Wege von realen Produktionssteigerungen vorgenommen werden. Einzelne Kostenarten stiegen dabei überproportional zum Rohertrag. Dies wirkte sich ungünstig auf die Reinertragsgestaltung aus.

6. Die Ertragsverhältnisse entwickelten sich in den einzelnen Betriebsgrössenklassen ebenfalls verschieden. Dies trifft sowohl für den länderweisen Vergleich als auch für den Vergleich zwischen den Betriebsgrössen zu.

In der Schweiz verschlechterten sich die Geldroherträge während der Abstiegsphase in den Kleinbetrieben weniger stark als in den Grossbetrieben. In Deutschland lässt sich gerade das Gegenteil feststellen. Während in der Schweiz die Kleinbetriebe mit den Grossbetrieben in bezug auf die Rohertragsentwicklung während des Wiederanstieges beinahe Schritt zu halten vermochten, konnten in Deutschland die Kleinbetriebe die Einbusse nicht aufholen. Der Rohertrag stieg bei diesen auch weniger stark als bei den Grossbetrieben. Dieser Vergleich bringt eine deutliche Benachteiligung der Kleinbetriebe gegenüber den Grossbetrieben durch die deutsche Agrarpolitik zum Vorschein, was für die Schweiz nicht der Fall ist.

7. Der Vergleich der Rohertrags- und Betriebsaufwandsentwicklung in den beiden Ländern ergibt, dass die Einkommensentwicklung in Deutschland vor allem auf einer Erhöhung des Geldrohertrages, in der Schweiz auf einer Senkung der Kosten beruhte. Diese Aussage kann aber nur für die Zeit von 1933 bis 1936 gelten, da die deutschen Unterlagen für die spätere Periode fehlen.
8. Wenn wir vom Einkommensstand im Jahre 1929 ausgehen, lässt sich sagen, dass dieses Niveau 1937 in der Schweiz überschritten wurde. Das Gleichgewicht wurde demnach in diesem Jahre wieder erreicht. Dies traf für Deutschland bis 1935/36 nicht zu. Es ist anzunehmen, dass dieses Gleichgewicht infolge der Neugestaltung der Agrarpolitik auch später nicht mehr zustande kam. Es ist dies besonders wahrscheinlich, weil in der deutschen Agrarpolitik der Schutzgedanke von 1935/36 an sichtbar in den Hintergrund trat.

9. Auffallend ist die Übereinstimmung der Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens in beiden Ländern trotz der unterschiedlichen Agrarpolitik im Jahre 1935/36.
10. Während der Depressionsperiode hatte das landwirtschaftliche Einkommen der Betriebe übereinstimmend eine beträchtliche Einbusse erlitten. Gleichzeitig für beide Länder ist der Tiefpunkt 1932 erreicht worden. Trotz des scheinbar stärkeren Agrarschutzes war in Deutschland die relative Aufwärtsbewegung des Einkommens der Betriebe während den ersten zwei Jahren der Untersuchungsperiode geringer als in der Schweiz.
11. Das landwirtschaftliche Einkommen entwickelte sich bei den verschiedenen Betriebsgrößen in beiden Staaten teilweise verschieden. Während es bei den Kleinbetrieben im Abstieg übereinstimmend beiderseits weniger sank und im Aufstieg sich weniger erhöhte, trat bei den Grossbetrieben in Deutschland eine immer stärkere Bevorzugung ein. Ein Grund hierfür liegt in der allzu einseitigen Förderung der Preise für Ackerbauerzeugnisse durch die deutsche Agrarpolitik.
12. Der Einkommensentwicklung der Betriebe lässt sich entnehmen, dass in der schweizerischen Landwirtschaft 1937 wieder eine Gleichgewichtslage eingetreten war. Der Weg der wirtschaftlichen Gesundung in diesem Wirtschaftszweig war langsam und beschwerlich. Der Nutzen der staatlichen Massnahmen ist somit unverkennbar. Dies zeigt sich besonders darin, dass das Agrareinkommen nach 1937 verhältnismässig stabil blieb. Es ist unwahrscheinlich, dass mit einer Preispolitik nach deutschem Muster ähnliche Erfolge hätten erzielt werden können. Bereits in der Phase der Depression hat zwar die Landwirtschaft einkommensmässig gewaltige Einbussen erlitten. Staatlicher Einwirkung ist es jedoch zuzuschreiben, dass dieses Einkommen nicht noch stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde.

4. Kapitel.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung

1. Die Veränderung des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.

Die Agrarpolitik hat auch Rückwirkungen auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Bestehen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen Unterschiede in bezug auf die Produktivität der Arbeit, so wird, gemäss dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzproduktivität, eine Verschiebung des Produktionsfaktors Arbeit so lange anhalten, bis ein Ausgleich wieder hergestellt ist. Hier wird das Problem der Landflucht sichtbar. Die Aufgabe der Agrarpolitik ist es, die aus verschiedenen Gründen auftretende Produktivitätsdisparität und Schwäche der marktstrategischen Position der Landwirtschaft zu modifizieren. Ein Erfolg dieser Massnahmen des Staates äussert sich in einer Reduktion der Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft. Auf diese Weise kann auch die Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in andere Wirtschaftszweige aufgehalten oder gemildert werden. Es darf sich nicht darum handeln, die landwirtschaftliche Bevölkerung um jeden Preis stabil zu halten. Im Gegenteil, wenn es gelingt, landwirtschaftliche Arbeitskräfte mittels Rationalisierung, verbesserter Technik freizusetzen, liegt das nicht nur im Interesse der Steigerung des gesamten Volkswohlstandes, sondern auch im Interesse der in der Landwirtschaft verbliebenen Arbeitskräfte, deren Einkommen dadurch gesteigert werden kann.

Zum mindesten muss, wenn die Gesamtbevölkerung sich vermehrt und der gesamte Boden okkupiert ist, eine relative Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung eintreten, wenn der Volkswohlstand vermehrt oder erhalten werden soll. Eine zusätzliche Beschäftigung von Arbeitskräften würde, infolge der Wirkung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag, den Grenzertrag der Arbeit schmälern. Es muss also mindestens die Zu-

wachstumsrate der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch andere Wirtschaftszweige absorbiert werden können.

Tab. Nr. 57

Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung.

Schweiz ¹⁾		Deutschland ²⁾	
Jahr	Von 1000 Einwohnern entfielen auf die Landwirtschaft	Jahr	Von 1000 Einwohnern entfielen auf die Landwirtschaft
1888	374	1882	399
1900	318	1895	335
1910	265	1907	270
1920	253	1925	228
1930	222	1933	208
1941	213	1939	180

¹⁾ Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

²⁾ Wirtschaft und Statistik 1940. 2. August Heft, 20. Jahrg. Nr. 16.

Tab. Nr. 58

Von 1000 Einwohnern entfielen Einwohner in der Landwirtschaft.

Jahr	in der Schweiz	in Deutschland
1888	374	370
1895	336	335
1900	318	308
1907	281	270
1910	265	261
1920	253	232
1925	231	228
1930	222	215
1939	213	180

Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland ging die Bedeutung der landwirtschaftlichen innerhalb der gesamten Bevölkerung bis zum Beginn der dreissiger Jahre immer mehr zurück. 1888 gehörten von 1000 Einwohnern in der Schweiz 374 der Landwirtschaft an. Bis 1930 sank dieses Verhältnis auf 222 Promille. In Deutschland fanden von 1000 Einwohnern im Jahre 1882 399 ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. 1933 waren es jedoch nur noch 208 Einwohner. Bis 1933 hatte sich somit der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in der Schweiz während 42 Jahren um 152 Promille in Deutschland während 51 Jahren um 191 Promille vermindert. Die Absorption der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch andere Wirtschaftszweige fand somit in diesem Zeitraum in beiden Ländern in ähnlichem Ausmasse statt.

Diese Übereinstimmung steht in einem scharfen Gegensatz zur Entwicklung während der dreissiger Jahre, in der schwebend änderte sich der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur noch geringfügig. Die hier zur Diskussion stehende Bevölkerungsverteilung verhielt sich im Zeitraum von 1930 bis 1941 gar nicht stärker als um 1% bzw. 11%. Diese verhältnismässige Stagnation macht sich wohl auch krassenfalls durch die Beschränkung der Bevölkerungszunahme geltend. Dessen Filter konnte jedoch nur eine geringe Veränderung des relativen Anteils der Erzeugnisse der eidgenössischen Betriebszählungen von 1929 und 1939 liess sich feststellen, dass von 1929 bis 1939 keine nennenswerte Verminderung der Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte mehr eintrat. Die Gesamtbevölkerung vermehrte sich in diesem Zeitraum nur schwach. Völlig anders verlief die Entwicklung in Deutschland. Von 1933 bis 1939, d.h. innert 6 Jahren sank der Anteil der landwirtschaftlichen an der Gesamtbevölkerung um 28%. Während 1933 von 1000 Einwohnern noch 208 ihren Lebensunterhalt durch Arbeit in der Landwirtschaft bestritten, taten es 1939 nur noch 180.

Nun ist die Frage über die Art und Weise dieser Bevölkerungsumschichtung zu beantworten.

Tab. Nr. 59

Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 1888—1941 (bzw. 1939).

Jahr	Schweiz				Deutschland			
	Gesamt- Landw. Bevölkerung in 1000		1888 = 100		Gesamt- Landw. Bevölkerung in 1000		1888 = 100	
			Ges. B.	Agr. B.			Ges. B.	Agr. B.
1882					40 165	16 029		
1888	2918	1090	100	100	43 024	15 795	100	100
1895	3150	1069	108	98	46 360	15 521	107,7	98,3
1900	3315	1053	113	97	50 209	15 302	116,7	96,9
1905	3622	1011	124	93	55 598	14 996	129,2	94,9
1910	3753	992	129	91	56 862	14 902	131,1	94,4
1920	3880	983	133	90	61 075	14 590	142,0	92,3
1925	3973	942	136	86,5	63 181	14 434	146,3	91,4
1930	4066	901	139	83	64 961	13 984	151	88,5
1933	4121	902	141	83	66 029	13 715	153	86,8
1939	4229	905	145	83	68 128	12 254	155,5	77,6
1941	4266	906	146	83				

Quellen: Deutschland: Wirtschaft und Statistik.
Schweiz: Volkszählungen 1933 und 1941.
Kursive Zahlen aus Zählungen, übrige sind interpoliert.

In der Schweiz vermehrte sich die Gesamtbevölkerung von 1888 bis 1930 um 39%. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung um 17%. Dies bedeutet, dass die Landwirtschaft über ihre Zuwachsrate hinaus Menschen an andere Wirtschaftszweige abgab. In Deutschland dagegen vermehrte sich die Gesamtbevölkerung stärker als in der Schweiz. Von 1882 bis 1933 (allerdings in einem um 9 Jahre längeren Zeitraum) betrug der Zuwachs 64%. Bei Umrechnung auf die schweizerische Zeitperiode wie in der Schweiz, beziffert sich diese Zunahme auf 53%, d. h. 12% mehr als in der Schweiz. Dagegen ergab sich von 1882 bis 1933 eine Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung um 14%, bzw. 11% von 1888 bis 1930. Diese Abnahme war um 5% geringer als in der Schweiz. Mit andern Worten: der Industrialisierungsprozess in Deutschland stützte sich stärker auf die Vermehrung der Gesamtbevölkerung, als auf einen Uebertritt der Agrarbevölkerung in andere Wirtschaftszweige. In der Schweiz dagegen wurde die Agrarbevölkerung erheblicher zur Deckung des Bedarfs an Arbeitskräften in nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen herangezogen.

Noch deutlicher kommt diese Bevölkerungsumschichtung bei Verwendung der absoluten Ziffern zum Ausdruck. In der Schweiz vermehrte sich die Gesamtbevölkerung von 2,92 Mill. Menschen im Jahre 1888 auf 4,07 Mill. im Jahre 1930. Im gleichen Zeitraum verminderte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 1,09 Mill. auf 901 000. Während sich somit die Gesamtbevölkerung um 1,15 Mill. Personen vermehrte, ergab sich eine Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung um 189 000. Bis 1941 stieg die Gesamtbevölkerung um 200 000 Personen an. Die landwirtschaftliche Bevölkerung erfuhr ebenfalls einen Anstieg um 15 000. Wir stellen somit für diese Periode im Gegensatz zur vorangegangenen keine Landflucht in der Schweiz fest.

Anders jedoch in Deutschland. Hier vermehrte sich die Gesamtbevölkerung von 40,16 Mill im Jahre 1882 auf 66,03 Mill. im Jahre 1939, d. h. um 25,87 Mill. Menschen. Dieser Zunahme stand eine Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung um 2,32 Mill. d. h. von 16,03 Mill. auf 13,71 Mill. Personen gegenüber. Seit 1895 bis 1933 betrug diese Abnahme 1,816 Mill. Dagegen verminderte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung von 1933 bis 1939 ganz beträchtlich, nämlich um 1,461 Mill. Während diesen sechs Jahren machte somit die Verminderung nur etwa 350 000 Menschen weniger aus, als von 1895 bis 1933, d. h. in einem Zeitraum von 38 Jahren. Diese Gegenüberstellung zeigt, wie schwerwiegend die Landflucht von 1933 bis 1939 in Deutschland war.

Während der Dreissigerjahre zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Ländern tiefgreifende Unterschiede. In der Schweiz erfolgte wäh-

rend dieser Periode nur noch eine relative Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Sie wurde durch eine Zunahme der Gesamtbevölkerung um ca. 5% verursacht. Die landwirtschaftliche Bevölkerung blieb jedoch sozusagen stabil. Von einer Landflucht kann also in diesem Zeitraum in der Schweiz nicht gesprochen werden. Es ist sogar anzunehmen, dass während der Depression, d. h. bis 1935 eine gewisse Rückwanderung in die Landwirtschaft vor sich ging. Zudem war ein Abfluss der Zuwachsrates der landwirtschaftlichen Bevölkerung infolge der Krise erschwert. Während der Erholungsphase bestand die Möglichkeit einer Rückkehr und eines Wiedereinsatzes der Abwanderung aus der Landwirtschaft. So beklagte das Schweizerische Bauernsekretariat 1939 einen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. «Als Folge der besseren Beschäftigung im Baugewerbe und der anziehenden Konjunktur in der Industrie war im Jahre 1938 eine zunehmende Knappheit an landwirtschaftlichen Arbeitskräften in der Schweiz festzustellen».¹⁾

In Deutschland ging von 1933 bis 1939 nicht nur eine relative, sondern eine absolute Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in einem vorher unbekannten Ausmass vor sich. Der Rückgang betrug in diesem kurzen Zeitraum von sechs Jahren 11%. Gleichzeitig vermehrte sich die Gesamtbevölkerung um 3%. Noch anschaulicher tritt diese Art der Landflucht hervor, wenn man die absolute Verminderung von 1933 bis 1939 in der Höhe von 1,450 Mill. derjenigen von 1907 bis 1933 mit 1,281 Mill. Menschen gegenüberstellt. In diesem kurzen Zeitraum von sechs Jahren wurden somit der Landwirtschaft mehr Menschen entfremdet, als in den vorangegangenen 26 Jahren. Eines der obersten Ziele der nationalsozialistischen Agrarpolitik — die Erhaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung — wurde nicht nur nicht verwirklicht, sondern die Tatsachen beweisen gerade eine konträre Wirkung. Diese Bevölkerungsentwicklung war eines der schwerwiegendsten Ergebnisse der deutschen Agrarpolitik (Festpreise) sowie der Rüstungskonjunktur. Die deutsche Agrarpolitik hatte somit in bezug auf die Erhaltung der Substanz der landwirtschaftlichen Bevölkerung völlig versagt.

2. Die strukturellen Verschiebungen der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

a) Die Erwerbenden und die Berufszugehörigen in der Landwirtschaft.

An der Erzeugung der Güter ist nur die aktive Bevölkerung beteiligt. In der Landwirtschaft sind jedoch — infolge der engen Verbundenheit zwi-

¹⁾ Massnahmen zur Milderung des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft. Mitteilungen des Schweizerischen Bauernsekretariates Nr. 126, Brugg 1940. S. 7.

schen Betrieb und Haushalt, d. h. infolge der familienwirtschaftlichen Produktion — die Grenzen zwischen aktiver und inaktiver, zwischen erwerbender und nicht erwerbender Bevölkerung ziemlich verwischt. So werden beispielsweise Greise, Hausfrauen, oder schulpflichtige Kinder trotzdem für gewisse Arbeiten, oder zur Bewältigung von Arbeitsspitzen zu landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen. In der Schweiz erfuhr die Zahl der Berufstätigen zwischen 1920 und 1930 einen Rückgang um 14,4⁰/.²⁾

Demgegenüber blieb von 1930 bis 1941 die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft mit Einschluss der Forstwirtschaft sozusagen stabil. Ohne diesen zuletzt genannten Zweig der Urproduktion ergab sich eine Verminderung der Erwerbenden um 1,4⁰/. In Deutschland betrug die Verminderung der Berufstätigen in der Landwirtschaft von 1925 bis 1933 8,5⁰/, von 1933 bis 1939 jedoch nur noch 1,1⁰/. Der Verlust an landwirtschaftlichen Arbeitskräften nahm also von 1933 bis 1939 nicht jenes Ausmass an, wie das für die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung zutraf.³⁾

²⁾ Die Berufstätigen und ihre Angehörigen in Land- und Forstwirtschaft in der Schweiz:

Zähljahre	1920	1930	1941	Anteil in %			Veränderung in %	
				1920	1930	1941	1930	1941
Berufstätige	482 758	413 336	414 936	47,6	44,8	43,7	—14,4	—0,4
Angehörige	531 016	509 805	531 138	52,4	55,2	56,3	— 4,0	+ 4,2
Landw. u. forstw. Bevölkerung	1 013 774	923 141	946 074	100	100	100	— 8,9	+ 2,6

Die Berufstätigen und ihre Angehörigen in der Landwirtschaft der Schweiz (inkl. Gartenbau):

Zähljahre	1920	1930	1941	Anteil in %			Veränderung in %	
				1920	1930	1941	1930	1941
Berufstätige	470 114	404 239	398 606	48,0	44,9	44,0	—14,0	—1,4
Angehörige	512 926	496 491	507 358	52,0	45,1	56,0	— 3,2	+ 2,2
Landw. Bevöl- kerung	983 040	900 730	905 964	100	100	100	— 8,4	+ 0,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz.

Die Berufstätigen umfassen Selbständige, familieneigene und familienfremde Arbeitskräfte.

³⁾ Die Erwerbenden und Angehörigen der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung in Deutschland:

Zähljahre	Absolut (in 1000)			Anteil in %			Veränderung in %	
	1925	1933	1939	1925	1933	1939	—1933	—1939
Erwerbende	9 762,7	9 033,6	8 934,3	67,6	65,8	72,8	—7,5	— 1,1
Angehörige	4 671,3	4 681,4	3 330,7	32,4	34,2	27,2	+ 0,2	—28,8
Landw. Bev.	14 434	13 715	12 265	100	100	100	—5,0	—15,7

Zusammengestellt und errechnet aus den Zahlen in Wirtschaft und Statistik: 1940 2. Augustheft; 20. Jahrgang Nr. 16; S. 334; sowie 1. Okt. Heft 1941: 21. Jahrgang Nr. 19.

In beiden Ländern kommen die qualitativen Veränderungen der Arbeitskräfte in diesen Zahlen nicht zum Ausdruck. So war es besonders in Deutschland sehr wohl möglich, dass Verschiebungen dieser Art eintraten. Jugendliche oder Greise konnten beispielsweise an die Stelle der abgewanderten vollwertigen Arbeitskräfte treten. Oder an die Stelle von Männern mussten in vermehrtem Masse Frauen zur Männerarbeit zugezogen werden, was später dargelegt werden soll. Ausserdem war der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte möglich.

Tab. Nr. 60

Deutschland

Die soziale Struktur der Erwerbenden in der Landwirtschaft.

Kategorien	Anzahl (in 1000)		Verteilung in %		Veränderung 1939 gegenüber 1933	
	1933	1939	1933	1939	Absolut	in %
Familieneigene Arbeitskräfte	6 727,0	6 696,0	71,7	75,3	+21,0	+0,3
davon						
Selbständige	2 197,8	1 962,3	23,4	21,0	—217,5	—10,0
Mithelfende Angehörige	4 516,2	4 764,7	48,3	53,3	+248,5	+5,5
Familienfremde	2 646,7	2 202,4	28,3	24,7	—444,3	—16,8
Insgesamt	9 342,7	8 929,4	100	100	—413,3	—4,4
Quelle: Wirtschaft und Statistik; 20. Jahrgang. Nr. 24, 1940.						

Der oben erwähnten relativ geringen Verminderung der Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft steht von 1933 bis 1939 in Deutschland eine exorbitante Verringerung der Zahl der Angehörigen der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen um 28,8% gegenüber. Es ist jedoch zu vermuten, dass sich die Abgewanderten nicht ausschliesslich aus der landwirtschaftlichen Bevölkerungsgruppe rekrutierten. Vielmehr hatten die Angehörigen der Berufstätigen in zunehmendem Masse abgewanderte landwirtschaftliche Arbeitskräfte zu ersetzen. Dies mag einer der Gründe sein, weshalb die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft nur um 1,1% oder um 728 000 Personen zurückging.⁴⁾

⁴⁾ Hinter dieser Ziffer von 1,1%, die in absoluten Zahlen 728 000 Personen beträgt, verbergen sich beträchtliche Umschichtungen auf die später noch eingegangen werden soll.

Wenn im vorangegangenen Kapitel gesagt wurde, dass das Arbeitsangebot gesunken sei, so galt das für das Angebot an familienfremden Arbeitskräften.

Im Gegensatz zu dieser starken Verminderung der Angehörigen der Berufstätigen in der Landwirtschaft in Deutschland, ergab sich in der Schweiz von 1930 bis 1941 sogar noch ein Zuwachs um 4,2% oder um 21 300 Personen.

Betrachtet man die Anteile der Berufstätigen sowie der Angehörigen in den beiden Ländern, so sind grosse Unterschiede festzustellen. In der Schweiz belief sich der Anteil der Erwerbenden an der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf 44,8 %. Bis 1941 hatte sich dieser Anteil sogar noch um 1% auf Kosten der aktiven Bevölkerung verschoben. In Deutschland betrug der Anteil der Erwerbenden 1933 66% und stieg bis 1939 sogar auf 73%. Somit hatten die Erwerbenden für eine verhältnismässig geringere Zahl Nichterwerbstätiger zu sorgen als in der Schweiz. Zudem verringerte sich die Zahl noch bis 1939. In der deutschen Landwirtschaft war die eigene Arbeitskraftreserve bedeutend geringer als in der schweizerischen.

b) Die soziale Schichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

In der Schweiz waren 1929 von 100 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen 89 Familienmitglieder und nur 11 familienfremde Arbeitskräfte.⁵⁾ Der Bedarf an ständigen Arbeitskräften wurde also zu beinahe $\frac{9}{10}$ durch familieneigenes Personal gedeckt. Die schweizerische Landwirtschaft ist somit durch einen familienwirtschaftlichen Charakter gekennzeichnet. Etwas weniger ausgeprägt, aber trotzdem in derselben Richtung weisend, kommt die bäuerliche Familienwirtschaft in den Zahlen von 1933 für Deutschland zum Ausdruck. Damals gehörten von 100 Erwerbenden in der Landwirtschaft 72 zur Familie und 28 waren familienfremde Arbeiter (Vgl. Tab. 60, S. 183).

Die Entwicklung dieser beiden Gruppen von Erwerbstätigen gestaltete sich während des Untersuchungszeitraumes sehr verschieden. In der Schweiz fand von 1929 bis 1939 eine Zunahme der familienfremden Arbeitskräfte

⁵⁾ Die soziale Struktur der stetig Beschäftigten in der Landwirtschaft der Schweiz:

Kategorien	Anzahl 1929	(in 1000) 1939	Verteilung in %		Veränderung 1939 gegenüber 1929	
			1929	1939	Absolut	in %
Familieneigene						
Arbeitskräfte	538,6	483,3	89	84	—55,3	—10,3
davon						
Betriebsleiter	206,4	177,5	34	30	—28,9	—14,0
Angehörige	332,1	305,7	54	54	—26,4	—7,9
Familienfremde	75,5	94,4	11	16	+18,9	+25,1
Stetige						
Arbeitskräfte	614,1	577,7	100	100	—36,4	—5,9

Quelle: Landwirtschaftliche Betriebszählung (Bd. 6).

um 25% statt, während die familieneigenen einen Abgang um 10% erlitten. Die fremde Lohnarbeit war also während dieser Zeit im Wachsen begriffen. Von 100 Erwerbstätigen waren statt 88 im Jahre 1929, 1939 nur noch 84 familieneigene Arbeitskräfte.

In Deutschland kehrten dagegen vor allem die familienfremden Arbeitskräfte der Landwirtschaft den Rücken. Ihre Zahl verminderte sich um 17,5%. Die Zahl der Familieneigenen blieb jedoch, abgesehen von einer leichten Steigerungstendenz, annähernd stabil. Infolgedessen bestand von 1933 bis 1939 eine leichte Neigung zur reinen Familienwirtschaft, gehörten jedoch von 100 Erwerbenden statt 72 im Jahre 1933 deren 75 im Jahre 1939 der Familie des Betriebsleiters an.

Von Nebenerscheinungen abgesehen, lässt sich eine relativ günstige Entwicklung für die deutsche Landwirtschaft ableiten. Ein grösserer Anteil an familieneigenen Arbeitskräften machte die Landwirtschaft gegenüber wirtschaftlichen Veränderungen unempfindlicher. Eine Verminderung des Anteils der fremden Arbeitskräfte bedeutet zugleich eine Reduktion des Anteils der fixen Kosten. Dagegen gestaltet sich das Einkommen der Familienangehörigen in der Regel flexibler.

Die gegenläufige Entwicklung familienfremder Arbeitskräfte in den beiden Ländern gibt uns einen Hinweis auf die verschiedenartige ökonomische Situation der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen. Davon ausgehend, dass familienfremde Arbeitskräfte ein geringes Beharrungsvermögen bei wirtschaftlichen Veränderungen zeigen, würde bei einem vorhandenen Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen der Uebertritt in einen andern Wirtschaftszweig zuerst bei dieser Kategorie einsetzen. Der Zuwachs bei den familienfremden Arbeitskräften zeigt, dass sich die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in der Schweiz nicht weniger günstig stellte, als die anderer Wirtschaftszweige. In Deutschland deutet der starke Abgang bei dieser Gruppe von Arbeitskräften gerade auf die entgegengesetzte Situation hin, d. h. auf eine Einkommensdisparität zu Ungunsten der Landwirtschaft.

Bei einer Aufteilung der Kategorie der Familienangehörigen in Betriebsleiter und Angehörige zeigt es sich, dass gerade in der Schweiz die erste Gruppe einen starken Rückgang (um 14%) erlitten hat. Die Gruppe der mitarbeitenden Familienangehörigen verminderte sich dagegen nur um 8%. Diese Verminderung mag auch ihre wirtschaftlichen Gründe haben. Ein Teil der Betriebsleiter hatte die Selbständigkeit aufgegeben, um noch als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft tätig zu sein. Dies traf auch für die Familienangehörigen teilweise zu, die nicht alle in Gewerbe und Industrie abwanderten, sondern als ständiges oder gelegentliches Personal in der Landwirtschaft blieben. Diese Entwicklung deutet zwar nicht auf ein Ungleich-

gewicht zwischen der Landwirtschaft und andern Wirtschaftszweigen hin, sondern auf eine absolute Einkommensschrumpfung in der Landwirtschaft, welche den Betriebsleitern und ihren Angehörigen den Zwang, ein zusätzliches Einkommen im Haupt- oder Nebenerwerb zu erarbeiten, auferlegte.

Auch in Deutschland verminderte sich die Zahl der selbständigen Betriebsleiter von 1933 bis 1939 um 10⁰%. Dieser Abgang wurde dahin interpretiert, dass für die abgewanderten Betriebsleiter der landwirtschaftliche Beruf zu einer Nebenbeschäftigung geworden sei. Die Zahl der Betriebsleiter konnte sich schon deshalb nicht vermindert haben, weil die Zahl der Betriebe sogar noch gewachsen ist.⁶⁾ Im Gegensatz zur Schweiz ergab sich von 1933 bis 1939 in Deutschland eine Steigerung der mithelfenden Familienangehörigen um 5,5%. Die Angehörigen der selbständigen Landwirte hatten somit die Lücke der abgewanderten fremden Arbeitskräfte, sowie der ausserhalb der Landwirtschaft hauptberuflich tätigen Betriebsleiter so gut als möglich auszufüllen.

Diese Umgestaltung, die sich in Deutschland in dieser Richtung vollzog, deutet höchstens auf eine Notlösung zur teilweisen Behebung des Mangels an Arbeitskräften hin. Dabei ist es wahrscheinlich, dass die letzten Reserven herangezogen wurden. Es ist zudem anzunehmen, dass im Laufe dieser Umschichtung die Qualität der Arbeitskräfte eher schlechter wurde. Zudem konnte auf diese Weise das tatsächliche Ausmass der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte etwas übertünkt werden.

c) Die Männer- und Frauenarbeit in der Landwirtschaft.

Eines der qualitativen Unterscheidungsmerkmale für die Arbeit in der Landwirtschaft ist die Aufteilung der Arbeitskräfte nach dem Geschlecht. Die Bedeutung der Frauenarbeit war in der Landwirtschaft beider Länder sehr verschieden.

In Deutschland kamen schon 1933 auf 100 männliche Erwerbende 99 weibliche. In der Schweiz war die zahlenmässige Bedeutung der weiblichen Arbeitskräfte erheblich geringer. 1929 arbeiteten neben 100 Männern 77 Frauen. Die Entwicklung ging auch in dieser Beziehung verschiedene Wege. So nahm in der Schweiz die Frauenarbeit im Verhältnis zur Männerarbeit bis 1939 ab (1939 kamen auf 100 Männer nur noch 68 vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigte Frauen).

Für die deutsche Landwirtschaft war dagegen ein weiteres starkes Ueberhandnehmen der Frauenarbeit im Zeitraum von 1933 bis 1939 zu beobachten. Der Anteil der Frauen auf 100 Männer verschob sich von 99 auf

⁶⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik; 20. Jahrgang. Nr. 24. S. 537 ff.

120. In der schweizerischen Landwirtschaft bestand somit von 1929 bis 1939 die Tendenz, die Frauenarbeit durch Männerarbeit zu ersetzen. Im Gegensatz dazu mussten Arbeiten, welche früher von Männern verrichtet wurden, in Deutschland nunmehr durch Frauen ausgeführt werden. Die Zahl der männlichen Arbeitskräfte verminderte sich von 1933 bis 1939 annähernd um 14%. Dagegen erhöhte sich in diesem Zeitraum die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte um 5%. Der Verlust an Männern konnte somit durch den Zuwachs an Frauen etwas gemildert werden.

Tab. Nr. 61

Deutschland

Die männlichen und weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Stellung im Beruf	Männliches Geschlecht				Weibliches Geschlecht			
	Anzahl (in 1000)		Veränderung		Anzahl (in 1000)		Veränderung	
	1933	1939	abs.	%	1933	1939	abs.	%
Familieneigene	2924,3	2657,7	—266,6	— 9,1	3771,7	4069,3	+ 297,6	+ 7,9
Selbständige	1877,7	1716,6	—161,1	— 8,6	302,1	245,7	— 56,4	—18,7
Mitarbeitende	1046,6	941,1	—105,5	—10,1	3469,6	3823,6	+ 354,0	+ 10,2
Familienfremde	1769,7	1393,4	—376,3	—21,2	877,0	809,0	— 68,0	— 7,8
Insgesamt	4694,0	4051,1	—642,9	—13,7	4648,7	4878,3	+ 229,6	+ 4,9

Quelle: Wirtschaft und Statistik; Jahrg. 1940; 2. Dez. Heft. Nr. 24.

Tab. Nr. 62

Schweiz

Die männlichen und weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Stellung im Beruf	Männliches Geschlecht				Weibliches Geschlecht			
	Anzahl (in 1000)		Veränderung		Anzahl (in 1000)		Veränderung	
	1929	1939	abs.	%	1929	1939	abs.	%
Familieneigene	285,5	267,1	—18,4	— 6,4	253,1	216,1	—37,0	—14,6
Selbständige	168,4	160,6	— 7,9	— 4,9	38,0	17,0	—21,0	—55,4
Mitarbeitende	117,1	106,6	—10,5	— 8,9	215,1	199,2	—15,9	— 7,4
Familienfremde	59,0	77,2	+ 18,2	+ 30,8	16,5	17,3	+ 0,8	+ 4,0
Insgesamt	344,5	344,3	— 0,2	— 0,1	269,6	233,4	—36,2	—13,8

Quelle: Eidg. Betriebszählung; Band 6, Landwirtschaftsbetriebe 1939.

Die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte beruhte in Deutschland ausschliesslich auf der Vermehrung der familieneigenen Arbeiterinnen (10%). Dieser Zuwachs hatte aber z. T. auch die abgewanderten familienfremden Landarbeiterinnen zu ersetzen, deren Rückgang 7,8% betrug.

Die Verminderung der Zahl der männlichen Arbeitskräfte um beinahe 14⁰/₁₀₀ war in erster Linie auf den exorbitanten Rückgang der familienfremden Landarbeiter (21,2⁰/₁₀₀) zurückzuführen. Bei dieser Kategorie von Arbeitskräften büsste die Landwirtschaft innert sechs Jahren mehr als einen Fünftel ein. Das Missverhältnis in der Wertproduktivität der Arbeit zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftszweigen gelangt hier am deutlichsten zum Ausdruck. Weniger ausgeprägt, aber trotzdem schwerwiegend war das Sinken der Zahl der männlichen familieneigenen Arbeitskräfte (9,1⁰/₁₀₀). Die Arbeiterverminderung in der Landwirtschaft hatte also bei den Lohnarbeitern nicht halt gemacht, ja sogar auf die männlichen Familienangehörigen übergegriffen. Die Entblössung der Landwirtschaft von Arbeitskräften konnte nur durch einen gesteigerten Einsatz familieneigener weiblicher Arbeitskräfte etwas gemildert werden. Dies kann eine gewisse Qualitätsverschlechterung des Produktionsfaktors Arbeit bedeuten.

In der Schweiz ging die Zahl der weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte von 1929 bis 1939 um 13,8⁰ % zurück. Die Zahl der männlichen Arbeitskräfte blieb dagegen konstant. Die Entwicklung ging also während dieser Periode im Vergleich zu Deutschland gerade in entgegengesetzter Richtung. Es gab auch Umschichtungen anderer Art, wie die bereits erwähnte Zunahme der familienfremden Arbeitskräfte, die vor allem bei den männlichen Arbeitern (30,8⁰/₁₀₀) ganz beträchtlich ausfiel. Die Zunahme war also in der Schweiz gerade bei jener Gruppe am grössten, bei der in Deutschland die stärkste Reduktion stattfand. Diese familienfremden männlichen Arbeitskräfte hatten familieneigenes männliches Personal zu ersetzen, das um 6,4⁰/₁₀₀ zurückgegangen war. Dagegen vermochte die Zunahme der familienfremden weiblichen Arbeitskräfte den Abgang der familieneigenen (14,6⁰/₁₀₀) nicht zu kompensieren. Die Gesamtentwicklung, besonders bei den männlichen Arbeitskräften, deutet in der Schweiz auf ein gegenüber Deutschland grösseres wirtschaftliches Gleichgewicht zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Wirtschaftszweigen hin.

- d) Die Entwicklung der Erwerbenden in den einzelnen Betriebsgrössenklassen.

Kleinere Betriebe sind in der Regel arbeitsintensiver als Grossbetriebe. Die Zahl der Arbeitskräfte pro Flächeneinheit ist in den Kleinbetrieben meistens grösser als in Grossbetrieben. Vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus betrachtet, bei dem eine möglichst breite Schicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung angestrebt wird, wäre die Verteilung des vorhandenen Bodens auf eine relativ grosse Zahl von Klein- und Mittelbetrieben günstig.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, entspricht die Grössenstruktur der Betriebe in der Schweiz dem bevölkerungspolitischen Standpunkt besser als in Deutschland. Dies lässt sich zum Teil aus der mittleren Grösse der Betriebe ablesen. Sie betrug in der Schweiz 533 a (alle Betriebe über 0,5 Ha), in Deutschland jedoch 1350 a, also mehr als 2½ Mal soviel als in der Schweiz.

Volkswirtschaftlich wichtig ist jedoch nicht nur die absolute Grösse der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern die optimale Ausnützung der im Betrieb vorhandenen Arbeitskräfte, durch die die optimale Produktivität der Arbeit gewährleistet wird. Bis zu einem gewissen Grade lässt sich zwar die optimale Produktivität der Arbeit bei verschiedenen Grössenklassen zugleich durch eine entsprechende Bestimmung der Produktionsstruktur erreichen. Trotzdem ist die Wahrscheinlichkeit einer relativen Uebervölkerung bei klein- und mittelbäuerlicher Betriebsstruktur grösser als bei einem Ueberwiegen der Grossbetriebe. Die Zahl der Arbeitskräfte ist in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben vielfach durch die Grösse der Familien gegeben.

Vorausgesetzt, dass sich bei den einzelnen Grössenklassen mit verschiedener Produktionsstruktur eine optimale Produktivität der Arbeit erreichen lässt, ist es möglich, dass diese Grössenklassen von Preisveränderungen in verschiedenem Ausmasse betroffen werden. Die preispolitische Begünstigung oder Benachteiligung einzelner Produkte gegenüber andern Agrarerzeugnissen wird in den einzelnen Grössenkategorien der Betriebe wegen der Unterschiedlichkeit ihrer Produktionsstruktur einen verschiedenen Einfluss ausüben. Demgemäss sind auch die Rückwirkungen auf die Entwicklung der Bevölkerung insbesondere der Erwerbstätigen verschieden.

Veränderungen der Arbeitskräfte in den einzelnen Grössenklassen können aber nur im Zusammenhang mit eventuell eingetretenen Verschiebungen in der Betriebsgrössenstruktur behandelt werden. Diese lassen sich durch ähnliche Ueberlegungen begründen, wie sie soeben für die Bevölkerung gemacht worden sind.

Obschon die Zahl der vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigten männlichen Arbeitskräfte stabil blieb, sind zwischen den einzelnen Grössenklassen nennenswerte Umschichtungen zu verzeichnen. Parallel mit einer Verminderung der Zahl und Fläche der Kleinbetriebe ging auch die Zahl der ständig dort beschäftigten Arbeitskräfte zurück.

Bei der Betriebsgrössenklasse 0,5—3 Ha. verminderte sich die Zahl der männlichen Arbeitskräfte im Vergleich zum Rückgang der Zahl der Betriebe überproportional, jedoch unterproportional zur Flächenverminderung. Der Einsatz von männlichen Arbeitskräften in dieser Grössenkategorie verminderte sich pro Betrieb, stieg dagegen pro Flächeneinheit. Die

Die Veränderung der Zahl der Betriebe und der Arbeitskräfte in den
Grössenklassen (1929 = 100).
1939.

Grösse in Ha.	Betriebe	Fläche	Arbeitskräfte ¹⁾	
			Männliche	Weibliche
0,51 — 3	88,5	72,2	78	71
3 — 5	90,6	86,2	86	77
5 — 10	103,2	100,6	103	91
10 — 15	113,2	111,8	115	102
15 — 30	111,5	112,4	118	104
über 30 ²⁾	96,2	99,9	100	86

¹⁾ Vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeitskräfte.

²⁾ Aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

Quelle: Eidg. Betriebszählung, Bd. 6, S. 42* und 78*.

Arbeitsintensität wurde somit gesteigert. In der Grössenklasse mit 3—5 Ha ergab sich, verglichen mit der Zahl der Betriebe, eine überproportionale, mit der Fläche, eine proportionale Verminderung der Zahl der männlichen Arbeitskräfte. Die Intensität der Arbeit blieb unverändert. In den übrigen Grössenkatégorien (zwischen 15 und 30 Ha.) ergab sich durchwegs eine Erhöhung der Zahl der männlichen Arbeitskräfte. Diese war überproportional sowohl in bezug auf die Steigerung der Zahl der Betriebe als auch der Fläche. Die Intensität der Arbeit wurde somit in allen Grössenklassen, zwischen 5—30 Ha. gesteigert. Die Gesamtentwicklung des Arbeitseinsatzes in den einzelnen Betriebsgrössenklassen wurde dadurch etwas modifiziert, indem die weiblichen Arbeitskräfte, im Vergleich zur Abnahme der Zahl und der Gesamtfläche der kleinen Betriebe sich überproportional verminderten, und unterproportional im Verhältnis zur Steigerung der Zahl der Fläche der grösseren Katégorien sich vermehrten.

Für die Schweiz lässt sich somit feststellen, dass es ausschliesslich die Kleinbetriebe waren, die von einer Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte betroffen wurden. Die grösseren Betriebe über 5 Ha erfuhren eine Zunahme. Bei einem Fortschreiten dieser Entwicklung würde man kaum von einem Schaden für die Volkswirtschaft sprechen können. Die Betriebe konzentrieren sich auf jene Grössenkatégorie, bei der vor allem die Grenzproduktivität des Bodens, aber auch jene von Arbeit und Kapital (innerhalb der Landwirtschaft) am grössten ist. Angesichts dieser Entwicklung in den Kleinbetrieben kann man nicht gut von einer wirtschaftspolitischen Benachteiligung dieser Grössenkatégorie sprechen. Es sind zum gröss-

ten Teil in der Natur dieser Betriebe liegende Gründe (relative Uebervölkerung, geringere Möglichkeit der Mechanisierung usw.), die einen solchen Prozess begünstigen konnten. Eine gewisse preispolitische Schlechterstellung der viehwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber pflanzlichen, z. B. Brotgetreide, mag zwar ebenfalls einen Einfluss ausgeübt haben. Schliesslich ist zu bemerken, dass in der Schweiz die Streuung der Betriebsgrössen nicht derart ausgeprägt ist wie in anderen Ländern. Grossbetriebe nach schweizerischen Begriffen fallen in anderen Ländern meistens unter die Klasse der mittelgrossen Betriebe. Eine auf die Betriebsgrössen abgestimmte Agrarpolitik ist daher in der Schweiz kaum durchführbar.

Betrachten wir diese Veränderungen in der deutschen Landwirtschaft. Aus verschiedenen Gründen lassen sich jedoch die Ergebnisse nicht direkt mit denjenigen der Schweiz vergleichen. Der Hauptgrund liegt vor allem in der abweichenden Klassifikation der Betriebe in die einzelnen Grössen-kategorien. Ausserdem gründen sich die zur Verfügung stehenden Ziffern auf eine Untersuchung, die sich auf eine bestimmte Anzahl von Betrieben im Zeitraum von 1935 bis 1938 erstreckt.⁷⁾

Die während dieser Zeit eingetretene Veränderung der Zahl der Arbeitskräfte sank in sämtlichen Grössenklassen um 8—10%.⁸⁾ Diese geringe prozentuale Schwankungsbreite deutet an, dass alle Betriebsgrössenklassen in ungefähr gleichem Ausmasse von der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte betroffen wurden.

Hinter diesen Relativziffern verbergen sich jedoch ganz beträchtliche Umschichtungen. Schon bei einer gesonderten Betrachtung der Rückgänge bei den weiblichen und männlichen Arbeitskräften trat eine der möglichen Abweichungen hervor. So nahm im Betrachtungszeitraum der prozentuale

⁷⁾ Die Zahlen entstammen einer Untersuchung des Reichsnährstandes, die sich auf ca. 10'000 landwirtschaftliche Betriebe Deutschlands ausdehnte. In diesen Betrieben werden die Veränderungen des Arbeitseinsatzes in den einzelnen Grössenklassen zwischen den Jahren 1935 und 1938 festgestellt. Die Ergebnisse dürften repräsentativ für den gesamten Agrarzweig Deutschlands sein. Sie sind umso aufschlussreicher als sie sich auf den ausserordentlich kurzen Zeitraum von nur 3 Jahren erstrecken. Sie zeigen mit welcher Vehemenz die Landflucht in Deutschland gerade von 1935 an einsetzte.

Quelle: Gefüge und Ordnung der Deutschen Landwirtschaft. Herausgegeben von K. Meyer. Berlin 1939. S. 302 ff.

⁸⁾ Der Arbeitseinsatz 1938 in % von 1935 in Deutschland:

Betriebsgrössen in Ha.	Männliche Arbeitskräfte	Weibliche	Zusammen
5—20	89	96	92
20—50	89	92	90
50—100	90	93	91
100—200	92	88	91
über 200	93	91	92

Rückgang der männlichen Arbeitskräfte mit wachsender Betriebsgrösse ab, derjenige der weiblichen Arbeitskräfte dagegen zu. In den Grossbetrieben war die Abwanderung männlicher Arbeitskräfte verhältnismässig geringer als in den Kleinbetrieben. In bezug auf die Arbeiterinnen lag gerade die entgegengesetzte Entwicklung vor. In den Kleinbetrieben verlagerte sich das Schwergewicht einer womöglich pro Kopf gestiegenen Arbeitsleistung vom männlichen zum weiblichen Personal.

Die ständigen familienfremden Arbeitskräfte wurden in den einzelnen Grössenklassen ebenfalls in verschiedenem Grade von der Abwanderung betroffen.⁹⁾ Dabei waren es wiederum die unteren Grössenklassen, vor allem diejenige mit 5—20 Ha, welche eine ganz gewaltige Einbusse erlitten. Mit zunehmender Betriebsgrösse nahm die Verminderung ab. Die prozentuale Reduktion betrug beispielsweise in der Grössenklasse 5—20 Ha 26%, in der Kategorie über 200 Ha jedoch «nur» 12%. Es waren somit vor allem die familienfremden Arbeiter in den kleineren Betrieben, welche sich anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zuwandten. In diesen Betrieben konnte also die Produktivität der Arbeit nur durch eine stärkere Abwanderung gesteigert werden. Die Produktivitätsdisparität war hier am grössten.

Es zeigt sich da ein besonders enger Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsentwicklung und der Preispolitik. Die Produkte der Grossbetriebe (pflanzliche Produkte) wurden gegenüber den Produkten der kleineren Betriebe (tierische Erzeugnisse) preispolitisch begünstigt.

Zwar verminderte sich die Zahl der weiblichen familienfremden Arbeitskräfte in allen Grössenkategorien annähernd proportional um 17 bis 19% (ausgenommen die Grössenkategorie 50—100 Ha mit nur 13%, jedoch 19% in den Kleinbetrieben und 17% in den Grossbetrieben). Ganz bedeutende Abweichungen ergaben sich jedoch bei den männlichen familienfremden Arbeitern. In der Grössenklasse mit über 200 Ha betrug die Abnahme nur 10%, im Gegensatz zu 30% in der Grössenkategorie mit 5 bis 20 Ha. Mit sinkender Betriebsgrösse nahm die Intensität der Abwanderung zu. Dabei waren es vor allem die männlichen familienfremden Arbeitskräfte, welche von der Landwirtschaft in andere Wirtschaftszweige hinüberwechselten. Die Abwanderung männlicher Arbeitskräfte war be-

⁹⁾ Ständige familienfremde Arbeitskräfte in Deutschland, 1938 in % von 1935.

Betriebsgrössenklassen in Ha.	Männl. Arbeits- kräfte üb. 14 Jahre	Weibliche Arbeits- kräfte über 14 Jahre	Zusammen
5— 20	70	81	74
20— 50	80	81	81
50—100	86	87	86
100—200	89	83	87
über 200	90	83	88

sonders in den Kleinbetrieben (deutsche Klassifikation) derart, dass man von einer «Ausblutung» sprechen kann.

Aehnliche Tendenzen, obwohl in einem wesentlich schwächeren Ausmasse, zeigten sich bei den familieneigenen, ständigen Arbeitskräften.¹⁰⁾ Zwar fand, gesamthaft betrachtet, nur eine relativ geringe Abnahme dieser Personenkategorie statt. Neben der relativ schwachen Senkung waren auch die Unterschiede in den einzelnen Betriebsgrössenklassen verhältnismässig gering. Erheblich war die Streuung bei den männlichen familieneigenen Arbeitskräften. Wiederum wurden die kleineren Betriebsgrössenklassen von einer Abwanderung betroffen (Betriebe mit 5—20 Ha. z. B. 6%). Mit zunehmender Grösse der Betriebe nahm die prozentuale Verminderung ab, sodass z. B. bei den Grossbetrieben (mit über 200 Ha) überhaupt keine Einbusse familieneigenen männlichen Personals mehr eintrat. Bis jetzt lässt sich also festhalten, dass in Deutschland vor allem die Kleinbetriebe von einer Verminderung ihres Arbeitsbesatzes betroffen wurden. Dabei fiel die Abwanderung der männlichen Arbeitskräfte (familieneigener und familienfremder) stark in Gewicht. Diese Entwicklung ist umso schwerwiegender, weil in der Regel die Grenzen für eine rationelle Verwendbarkeit von Maschinen oder für die Mechanisierung überhaupt, in den Kleinbetrieben bedeutend enger gesteckt sind, als in den Grossbetrieben. Gerade in dieser Kategorie hätten bessere Möglichkeiten bestanden, Arbeitskräfte durch vermehrte Verwendung von Kapital zu ersetzen. Statt dessen wurde vielmehr nur auf eine Intensitätssteigerung hintendiert. Der in den Kleinbetrieben im Vergleich zu den Grossbetrieben überproportionale Abgang liess sich zwar zunächst durch eine relativ geringere Abwanderung weiblicher Arbeitskräfte etwas mässigen.

Um die nachteiligen Folgen der Landflucht etwas zu mildern, war man in Deutschland bestrebt, die Abgewanderten in vermehrtem Masse durch saisonale, zur Bewältigung von Arbeitsspitzen eingesetzte Kräfte zu ersetzen. Dabei stellt sich die Frage, ob sie in der Landwirtschaft in jedem Falle einen vollwertigen Ersatz für das ständige Personal darstellten. Die Antwort hängt in hohem Masse von der Produktionsstruktur der Betriebe ab. Eine zum grossen Teil auf Veredlung eingestellte Produktionsstruktur er-

¹⁰⁾ Ständige mitarbeitende Familienangehörige (incl. Betriebsleiter) in Deutschland 1938 in % von 1935.

Betriebsgrössenklassen in Ha.	Männliche über 13 Jahre	Weibliche über 14 Jahre	Zusammen
5—20	94	99	97
20—50	96	97	97
50—100	98	97	98
100—200	98	93	96
über 200	100	98	99

fordert einen relativ hohen kontinuierlichen Arbeiterbedarf. Die Erzeugung der hierfür notwendigen Produktionsmittel (pflanzliche Erzeugnisse: Futtermittel) ergibt jedoch ebenfalls Arbeitsspitzen. Wenn aber einem Veredlungsbetrieb die ständigen Arbeitskräfte zu fehlen beginnen, ist ihm mit dem Ersatz durch nichtständige Arbeiter meistens wenig gedient, weil dann die Aufrechterhaltung der viehwirtschaftlichen Produktion (kontinuierlicher Arbeitsbedarf) in gleichem Umfange nicht möglich ist. Ausserdem sind in der Viehwirtschaft die Grenzen einer Mechanisierung bedeutend enger gesteckt als im Ackerbau. In den Grossbetrieben mit überwiegendem Pflanzenbau sind Arbeitsspitzen viel ausgeprägter; ausserdem kann man sagen, dass sie besser einer Mechanisierung und Rationalisierung zugänglich sind, und daher auch besser in der Lage die ständigen Arbeitskräfte abzubauen und zur Bewältigung der Arbeitsspitzen saisonale Arbeitskräfte einzusetzen. So hatten in Deutschland vor allem die grösseren Betriebsklassen eine starke Zunahme saisonaler Arbeitskräfte zu verzeichnen.¹¹⁾ Sie betrug 14 und 15% in den Grössenkategorien 100—200 Ha. sowie über 200 Ha. Auffallend ist nun, dass die Grössenklasse mit 5—20 Ha. auch bei dieser Personalkategorie einen Rückgang aufwies. Dabei überwog der Zuwachs der nichtständigen Landarbeiter den der nichtständigen Landarbeiterinnen, wobei auf die Ausnahme in den Betrieben mit 5—20 Ha. hingewiesen werden muss, die beim männlichen nichtständigen Personal ebenfalls einen Verlust von 5% zu verzeichnen hatten.

3. Die Ursachen des Rückganges der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Bevor wir auf die Ursachen der Bevölkerungsentwicklung in der Landwirtschaft eingehen, sollen die wichtigsten Ergebnisse dieses Kapitels kurz zusammengefasst werden:

1. Die landwirtschaftliche Bevölkerung der Schweiz erfuhr während des Untersuchungszeitraumes eine geringe Zunahme. Dagegen trat eine weitere relative Verminderung ein, weil sich die Gesamtbevölkerung von 1930 bis 1941 vermehrte. Keine andere Periode seit 1880 hatte eine derart hohe Stabilität der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu verzeichnen.

¹¹⁾ Nichtständige familienfremde Arbeitskräfte in Deutschland; Jahresarbeitseinheiten 1938 in % von 1935.

Betriebsgrössen in Ha.	Männliche	Weibliche	Zusammen
5—20	95	100	98
20—50	116	105	109
50—100	113	100	105
100—200	135	106	114
über 200	122	109	115

In Deutschland war in der Zeit von 1933 bis 1939 die Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung stärker als jeweils in den vorangegangenen 50 Jahren. Dies geschah in einer Periode, in der die Träger der staatlichen Gewalt die Beseitigung der Landflucht als politische Maxime in den Vordergrund stellten. Im Wirkungsbereich der landwirtschaftlichen Bevölkerung lässt sich somit ein völliges Versagen der deutschen Agrarpolitik feststellen. Im Gegensatz dazu hatte die schweizerische Agrarpolitik im wesentlichen ihr bevölkerungspolitisches Ziel erreicht.

2. Die Zahl der Erwerbenden erfuhr in beiden Ländern eine Reduktion. Sie war in Deutschland jedoch erheblich stärker als in der Schweiz. Die Abnahme war hier ausschliesslich durch den Rückgang der weiblichen Arbeitskräfte bedingt. In Deutschland war vor allem bei den männlichen Erwerbenden eine ausserordentlich starke Abwanderung zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte vermehrte sich eher noch.

3. In der Schweiz verminderte sich die Zahl der Selbständigen und ihrer mitarbeitenden Familienangehörigen. Dagegen stieg die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte, sowohl der männlichen wie der weiblichen.

In Deutschland nahm die Zahl der männlichen Berufstätigen in der Landwirtschaft bei allen Kategorien (Selbständige, Familienangehörige, Familienfremde) ab. Die stärkste Abnahme erfuhr die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte. So verhielt es sich auch beim weiblichen Geschlecht in dieser Kategorie. Es nahmen lediglich die mitarbeitenden weiblichen Familienangehörigen zu.

4. Verfolgen wir die Entwicklung der Berufstätigen in den einzelnen Betriebsgrössenklassen, so sehen wir, dass in der Schweiz eine Verminderung der Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte in den kleineren Betrieben bis zu 5 Ha. eingetreten ist, welche hauptsächlich durch die Reduktion der Zahl der Betriebe bedingt war. In den grösseren Klassen stieg jedoch die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte und zwar gemäss der Vermehrung der Betriebe.

In Deutschland wurden, unabhängig von einer Umschichtung in der Betriebsgrössenstruktur, alle Grössenklassen von einer Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte betroffen, am stärksten aber die Grössenklasse mit 5—20 Ha.

Die Ursachen der unterschiedlichen Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung waren in beiden Ländern vor allem ökonomischer Natur. Daneben mochten im Einzelfall auch noch ausserwirtschaftliche Momente beteiligt gewesen sein.

Bereits zu Beginn dieses Kapitels wurde darauf hingewiesen, dass im Interesse einer Steigerung des Volkswohlstandes eine relative Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung notwendig, und eine relativ geringe absolute Abnahme — nach Massgabe der erfahrungsgemäss in der Landwirtschaft sich entwickelnden Verbesserungen der Produktionsmethoden — vorteilhaft sei. Aus dem Gesagten hätte sich ein Vorteil für die deutsche Landwirtschaft ergeben müssen. Das *Ausmass* der Bevölkerungsverminderung in der deutschen Landwirtschaft hält sich aber nicht mehr in den oben gemachten Voraussetzungen.

- 1) Eine erste Ursache dieser Abwanderung muss in der bestehenden Einkommensdisparität, die sich besonders während der zweiten Hälfte der Untersuchungsperiode zu Ungunsten der Landwirtschaft stets vergrösserte, erblickt werden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass dies für Deutschland eine Hauptursache der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte darstellte.
- 2) Aus dieser ersten Ursache lässt sich die zweite, die Eigenart der deutschen Agrarpolitik ableiten. Starre Preisnormen nahmen zu wenig Rücksicht auf die Entwicklung der Marktlage. Anfänglich lagen die Preise landwirtschaftlicher Produkte eher über dem Gleichgewichtsniveau. Später jedoch war das Gegenteil zutreffender. Der Landwirtschaft wurde jenes Einkommen vorenthalten, das sie — *ceteris paribus* — auf dem freien Markte sonst erzielt hätte. Es war somit die Landwirtschaft, welche durch diese Vorenthaltung indirekt den grössten Beitrag an die deutsche Aufrüstung geleistet hatte. Durch Tiefhaltung der Nahrungsmittelpreise wurde der Staat in die Lage versetzt, die überschüssige Kaufkraft der Konsumenten abzuschöpfen, um sie zur Finanzierung der Staatsausgaben (Rüstungsbedarf) zu verwenden.

Die deutsche Wirtschaft zeigte bereits vor dem Krieg das typische Bild einer Kriegswirtschaft, d. h. einer Mangelwirtschaft. Unter solchen Verhältnissen, aber nur dann, verwandelt sich die Schwäche der marktstrategischen Position der Landwirtschaft in eine Stärke. Infolgedessen hätte damals gerade die Landwirtschaft aus jenem Zustand, der in Deutschland von 1936 an herrschte, beim Bestehen eines freien Marktes am meisten profitiert.

Dies äusserte sich in erster Linie auf den Märkten viehwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es waren somit vor allem die Betriebe, mit überwiegender Viehwirtschaft, welche auf den Märkten benachteiligt wurden, und die auf einen Teil des ihnen zustehenden Einkommens verzichten mussten. Vor allem also die Klein- und Mittelbetriebe. Dies war einer der Gründe, weshalb diese Grössenklasse von der Abwanderung an Arbeitskräften besonders stark betroffen wurde.

- 3) Ein die Abwanderung verschärfender Faktor bestand in der Produktionspolitik, welche die Agrarproduktion um jeden Preis zu steigern versuchte. In der Preispolitik wurden jedoch die besonderen Produktionsbedingungen der Landwirtschaft zu wenig berücksichtigt und nicht mit dem politisch bedingten Ziel, der Erreichung der Selbstversorgung des Landes mit landwirtschaftlichen Rohstoffen in Einklang gebracht. Vielfach konnten Erzeugungssteigerungen nicht mittels Rationalisierung, bzw. Steigerung der Produktivität der Arbeit erreicht, sondern mussten mit steigenden Grenzkosten vorgenommen werden, denen keine entsprechend gestiegenen Preise gegenüberstanden. Die Landwirtschaft hatte daher die Mehrkosten der Produktionssteigerung selbst zu tragen.
- 4) Die Möglichkeiten einer Steigerung der Grenzproduktivität der Arbeit mittels Mechanisierung waren aus mehreren Gründen beschränkt und für die einzelnen Grössenklassen verschieden. Selbst dann, wenn produktivitätssteigernde Wirkungen einer Mechanisierung möglich gewesen wären, hätte die Schwierigkeit in der Beschaffung des notwendigen Geldkapitals bestanden. In Deutschland wurde ein grosser Teil der Betriebe dem «Reichserbhofgesetz» unterstellt. Damit entstanden besondere Schwierigkeiten für die Aufnahme von Produktionskrediten. Der Produktionsfaktor Boden wurde als Grundpfand ausgeschaltet.

Weitere Hindernisse bildeten die Grösse der Betriebe oder die Art der erzeugten Produkte. Wie erwähnt, ist in der Viehwirtschaft eine Substitution von menschlicher Arbeit durch Maschinen erschwert. Zudem sind in kleineren Betrieben infolge mangelnder Ausnützung die Anwendungsmöglichkeiten gering.
- 5) Wenn Produktionssteigerungen mit den verbliebenen Arbeitskräften erreicht werden sollen, führt dies zu einer Ueberbeanspruchung — sofern eine Steigerung der Grenzproduktivität der Arbeit nicht möglich ist. Als Folge davon werden weitere landwirtschaftliche Arbeitskräfte abwandern. Dies mag auch ein Grund der Landflucht in Deutschland gewesen sein.
- 6) Die Unveräusserlichkeit von Grund und Boden — ebenfalls im Reichserbhofgesetz vorgeschrieben — beschränkte die Möglichkeit der Landarbeiter und auch von Angehörigen der bäuerlichen Familien, sich selbständig zu machen. Der Markt für bäuerliche Heimwesen wurde durch diese Vorschrift stark eingeschränkt. Es ist wahrscheinlich, dass man dadurch die Abwanderung vom Lande förderte. Im Zusammenhang mit dem »Reichserbhofgesetz« muss man sich auch die Frage vorlegen, (sie kann aber hier nicht beantwortet werden) ob seine Be-

stimmungen das Ein- oder Zweikindersystem unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung begünstigten. Auf diese Weise würde ebenfalls eine Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eintreten.

- 7) Die «Landflucht» wurde jedoch durch eine gleichzeitige Industrialisierungspolitik (Rüstungspolitik) gefördert. Diese Politik der «Ueberkonjunktur» bedeutete einen wichtigen Faktor für das Scheitern der Agrarpolitik. Ein grosser Bedarf an Arbeitskräften in Industrie und Gewerbe zog die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte an.
 - 8) Damit dieser Bedarf an Arbeitern durch die Landwirtschaft gedeckt werden konnte, musste eine weitere Voraussetzung erfüllt sein. Diese wiederum stellte eine weitere Ursache für die Abwanderung aus der Landwirtschaft dar. Es war der von Hainisch angeführte Grund, dass nämlich die Abwanderung aus dem landwirtschaftlichen Beruf um so stärker sei, je mehr sich ein Volk von rationalen Erwägungen leiten lasse.¹²⁾ Die vorbehaltlose Anwendung des wirtschaftlichen Prinzips würde also die Landflucht begünstigen. Es ist anzunehmen, dass dies in Deutschland, wenigstens soweit es den soeben erwähnten Tatbestand betraf, bis zu einem gewissen Grad zutraf.
 - 9) Ein wirtschaftlich rationales Verhalten setzte aber die Kenntnis voraus, dass die Ertragsmöglichkeiten in andern Berufen besser sind. Diese Kenntnis wird vor allem dann erworben, wenn die Landarbeiter mit andern Bevölkerungskreisen in Berührung kommen, was besonders bei der langen Dauer von Militär- und Arbeitsdienst in Deutschland zutraf. Dieser Umstand war auch besonders geeignet, die Landarbeiter ihrem Beruf zu entfremden. Die starke Nachfrage nach Arbeitskräften in nicht agraren Wirtschaftszweigen konnte Nutzen aus dieser Entfremdung ziehen.
 - 10) In Abhandlungen über die Landflucht sind häufig noch weitere Gründe angeführt, wie beispielsweise grösserer Komfort in der Stadt als auf dem Lande, Erschwerung der Familiengründung für Landarbeiter, geringe Möglichkeiten der Zerstreuung auf dem Lande usw. Wir treten auf diese Gründe hier nicht näher ein. Die beiden ersten sind wieder wirtschaftlicher Art und hängen zusammen mit der Einkommensdisparität zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft. Wie gross der Einfluss des dritten Grundes bei der Abwanderung mitbestimmend war, kann hier nicht beurteilt werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass er stark hinter die anderen Ursachen zurücktrat.
- Nachdem wir die möglichen Ursachen der Abwanderung landwirtschaftlicher Bevölkerung in Deutschland angeführt haben, stellen wir

¹²⁾ Hainisch M.: Die Landflucht; Jena 1924. S. 31.

die Frage nach den Gründen für die relative Stabilität dieser Bevölkerungskategorie während den dreissiger Jahren in der Schweiz.

- 1.) Im vorangegangenen Kapitel konnten wir auch für die Schweiz eine Einkommensdisparität feststellen, die sich zu ungunsten der *Landwirtschaft* auswirkte. Dazu ist allerdings zu bemerken, dass sie sich, im Gegensatz zu Deutschland verringerte. Obschon nicht von ihrer Beseitigung gesprochen werden konnte, übte allein schon diese Entwicklung einen hemmenden Einfluss auf die Abwanderung aus der Landwirtschaft aus.
- 2.) Trotz der Einkommensdisparität bestand aber auch in anderen, nicht-*agraren* Wirtschaftszweigen eine Ungleichgewichtssituation. Diese äusserte sich jedoch in anderer Weise. Sie drückte sich vor allem in einem Mangel an Beschäftigung aus, in der Landwirtschaft dagegen in einem geschrumpften Nominaleinkommen. Eine mangelnde Gleichgewichtslage kommt in der Industrie in einer hohen Flexibilität der Menge der Produktionsfaktoren (insbesondere Arbeit), in der Landwirtschaft in einer hohen Flexibilität der Preise zum Ausdruck. Gegen Ende der Untersuchungsperiode wurde beidseitig annähernd ein Ausgleich erzielt. Es war u. a. weitgehend der Preispolitik zuzuschreiben, dass das Ungleichgewicht in Deutschland zwischen Landwirtschaft und Industrie grösser wurde, in der Schweiz jedoch kleiner, weil die Preise den wirtschaftlichen Veränderungen mit Hilfe der spezifischen agrarpolitischen Massnahmen des Staates leichter angepasst werden konnten.
- 3.) In den Kleinbetrieben trat eine Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte ein, die jedoch im Zusammenhang mit dem Rückgang der Zahl der Betriebe stand. Andererseits ergab sich eine Zunahme der Zahl der mittleren Betriebe. Solange durch eine derartige Umschichtung eine Hebung der Produktivität der Arbeit erzielt werden konnte, war sie zu begrüssen. Dass eine solche Aenderung überhaupt eintrat, ist auf die Produktivitätsdisparität zwischen den kleineren und mittleren Betrieben zurückzuführen. Von einer Betriebskonzentration braucht in diesem Falle noch nicht gesprochen zu werden. Soweit sich die Verschiebung nur in engen Grenzen hielt, bestand kein Grund zur Befürchtung, dass eine derartige Entwicklung volkswirtschaftliche und soziale Nachteile bringen würde.
- 4.) Bedenklicher erschien allerdings eine Umschichtung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in der Art der Verminderung der Zahl der «mitarbeitenden Familienangehörigen», verbunden mit einer Vermehrung der familienfremden Arbeitskräfte. Die Ursache dieser Umgestaltung stand in einem gewissen Zusammenhang mit den unter Punkt

3 gemachten Angaben. Ueberdies wanderten familieneigene Arbeitskräfte zum Teil in die Industrie ab, weil das bisherige soziale Standing einen Tausch mit einem Platz als Landarbeiter nicht gestattete. Es ist jedoch anzunehmen, dass ein anderer Teil der Familienangehörigen trotzdem als Unselbständige in der Landwirtschaft verwendet wurde. Dies geschah zur besseren Ausnützung ihrer Arbeitskraft, zur Steigerung des Gelderlöses der Arbeit. Die Folgen einer solchen Umschichtung für die Struktur der Arbeitskräfte bestehen in einer vermehrten Abkehr von der reinen Familienwirtschaft. Damit ist zugleich eine verstärkte Abhängigkeit der betreffenden Betriebe vom Markte verbunden. Wenn der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte an der Gesamtmenge des Produktionsfaktors Arbeit zunimmt, so steigen zugleich die fixen Kosten. Besonders in Phasen des konjunkturellen Abstieges macht sich das in einer zunehmenden Flexibilität des landwirtschaftlichen Unternehmereinkommens geltend. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden somit bei vermehrter Beschäftigung fremder Arbeitskräfte konjunkturrempfindlicher.

Schlussbemerkungen

Trotz Uebereinstimmung der agrarpolitischen Ziele in den Vergleichsländern kann man deutliche Unterschiede im Grad ihrer Verwirklichung feststellen. So gelang es, in der Schweiz während der Untersuchungsperiode die Substanz der landwirtschaftlichen Bevölkerung im grossen und ganzen zu erhalten. In Deutschland erlitt sie einen Rückgang von solchem Ausmass, wie das zuvor in so kurzer Zeit noch nie der Fall gewesen war. Die deutsche und die schweizerische Entwicklung unterschieden sich in diesem Punkte besonders stark.

Die Agrarpolitik beeinflusste die Gestaltung des landwirtschaftlichen Einkommens in den beiden Ländern unterschiedlich. Doch zeigen sich hier die Verschiedenheiten weniger deutlich. Absolut gesehen beobachteten wir in der Schweiz wie in Deutschland eine Steigerung. Wesentlich ist hier ein anderer Unterschied. Die Anteile der Landwirtschaft am Sozialprodukt entwickelten sich nicht gleichmässig. In der Schweiz gelang es, diesen Anteil bis 1937 zu steigern und später annähernd zu konsolidieren. In Deutschland wurde die Steigerung ab 1936 durch eine fortgesetzte, verhältnismässig starke Verminderung abgelöst.

Aehnliche Ergebnisse ergab die Untersuchung im Bereich der Preise. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktpreise liess in einer ersten Phase die Vermutung aufkommen, die schweizerische würde im Vergleich zur deutschen Landwirtschaft benachteiligt. Die Gegenüberstellung der Preis-Kostenrelation in den beiden Ländern zeigte jedoch, dass dies nicht zutraf. In Deutschland wurden die Preise der landwirtschaftlichen Produkte von 1935/36 an annähernd stabilisiert. In der Schweiz erhöhten sie sich noch während den zwei folgenden Jahren. Diese Bewegung kam 1937/38 zum Stillstand. Ebenso verbesserte sich die Preis-Kostenrelation im Verlaufe des Preisauftriebes weiter und erfuhr später keine grosse Verschiebung mehr. Gegensätzlich war die Entwicklung in Deutschland. Trotz der Preisstabilisierung konnte hier ein Ansteigen der landwirtschaftlichen Produktionskosten nicht vermieden werden. Die Preis-Kostenrelation verschlechterte sich.

Zusammengefasst sollen im folgenden kurz die wichtigsten Gründe für die geschilderte Entwicklung festgehalten werden.

Ausgehen ist dabei von der grundsätzlichen Verschiedenheit, die in den beiden Staaten in bezug auf das Vorgehen in der Agrarpolitik festgestellt werden muss. In der Schweiz wählte man in erster Linie den indirekten Weg. Man überliess den Preisen weitgehend ihre marktwirtschaftliche Funktion. Eingriffe erfolgten im Grunde genommen nur bei jeweils gegebener Notwendigkeit. Die ganze Organisation des Agrarschutzes wuchs sozusagen organisch von Fall zu Fall. Wir erhalten somit ein Bild grosser Vielfalt und Verschiedenartigkeit im Bereich der Schutzmassnahmen für die Landwirtschaft. Trotz den Erstarrungstendenzen, welche staatlichen Schutzeingriffen eigen sind, erlaubte diese Systemlosigkeit eine gewisse Elastizität in ihrer Anwendung. Es konnte daher auf gesamtwirtschaftliche Veränderungen weitgehend Rücksicht genommen werden.

In Deutschland ging man auf dem direkten Wege vor. Die Preise verloren nach und nach ihre ursprüngliche Funktion. Sie wurden staatlich festgesetzt. So erhielt das deutsche Agrarsystem ein «systematisches», staatlich gemachtes Aussehen. Erstarrungstendenzen machten daher viel leichter und stärker ihre Wirkung geltend. Gesamtwirtschaftlichen Veränderungen konnte viel weniger Rechnung getragen werden.

Schliesslich ist noch ein weiterer grundlegender Unterschied hervorzuheben. In der Schweiz stand der Schutzgedanke hinter den meisten agrarpolitischen Massnahmen. In Deutschland traf dies nur für die erste Hälfte der Untersuchungsperiode zu. Im zweiten Abschnitt mochten noch andere wirtschaftspolitische Ziele hinzu und teilweise in den Vordergrund gerückt sein.

Literaturverzeichnis

- Aereboe Friedrich: Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre. Berlin 1923.
- Aereboe Friedrich: Agrarpolitik. Berlin 1928.
- Annuaire Internationale de Législation d'Agriculture; Hsg. v. Int. landw. Institut in Rom.
- Annuaire Internationale de Statistique agricole; Hsg. v. Int. landw. Institut in Rom.
- Backe Herbert: Deutsche Agrarpolitik seit 1933. Die in Deutschland ergriffenen Massnahmen zur Erhaltung des Bauerntum. Bericht über den internationalen landwirtschaftlichen Kongress in Dresden 1939. Sonderheft Int. Agrar-Politik 1939.
- Bacon L.B., Schloemer F.: World Trade in Agricultural Products. Rom 1940.
- Bauer W. und Dehen P.: Landwirtschaft und Volkseinkommen. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Institut für Konjunkturforschung. 13. Jahrg. Heft 4 N. F. S. 411—432.
- Bernhard Hans: Aktuelle Fragen der schweizerischen Landwirtschaft. Geschäftsbericht der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation. Einsiedeln 1935.
- Böker Hugo: Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung am Volkseinkommen und die Lage der Landwirtschaft. Int. landwirtschaftliche Rundschau. 1941, Heft 1. S. 1—32.
- Brinkmann Karl: Der gerechte Preis in der Landwirtschaft. Schriften der Akademie für Deutsches Recht. Gruppe Wirtschaftswissenschaft Nr. 1. Berlin 1940. S. 127—137.
- Deutsche Agrarpolitik im Rahmen der inneren und äusseren Wirtschaftspolitik; Hsg. v. der Friedrich List-Gesellschaft. Berlin 1932.
- Dietze C. v.: Preispolitik in der Weltagrarkrise. Berlin 1936.
- Dietze C. v.: Landflucht. In Wörterbuch der Volkswirtschaft. Jena 1931. S. 726—729.
- Dietze C. v.: Die Lage der deutschen Landwirtschaft. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 1929 I. 3. F., Bd. 75. S. 653—680.
- Dietze C. v.: Agrarkrisen, Konjunkturzyklen und Strukturwandlungen. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 1931 I. S. 513—528.
- Dietze C. v.: Zwangssyndikate als Mittel der Agrarpreispolitik. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 1937 I. S. 129—140.
- Dietze C. v.: Ueber die Landflucht. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 1941 I. S. 287—318.
- Dietze C. v.: Landwirtschaft und Wettbewerbsordnung. Schmollers Jahrb. 66. Jahrg. 1942 I Halbband. S. 129—157.
- Dietze C. v.: Bauernwirtschaft und Kollektiv. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. Juni 1946. S. 230—259.
- Dillner Günther: Die einkommenspolitische Bedeutung landwirtschaftlicher Marktregelungen. Weltwirtschaftliches Archiv. Band 50 1939 II. S. 329—377.

- Durtschi Ernst: Die Marktproduktion der schweizerischen Landwirtschaft. Vortrag gehalten am Instruktionskurs des Eidgenössischen Kriegsernährungsamtes bei der Aufnahme des landwirtschaftlichen Produktionskatasters. Zürich 1939.
- Effenburg Herwig: Wandlungen von grundsätzlicher Bedeutung in der deutschen Agrarpolitik. Diss. Bern. Kriens 1939.
- Erhebungen und Schätzungen, Statistische . . . auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Herausgegeben vom Schweizerischen Bauernsekretariat. Brugg.
- Feisst Ernst: Möglichkeiten und Grenzen einer zielbewussten Agrarpolitik in der liberalen Demokratie. Festgabe für E. Laur. Brugg 1937.
- Feisst Ernst: Die landwirtschaftlichen Produktenpreise in Beziehung zu den kriegswirtschaftlichen Massnahmen. Basel 1941.
- Festgabe für Bundesrat Dr. h. c. Edmund Schulthess. Zürich 1938.
- Finckenstein, Graf Finck. v.: Der Aufbau der Agrarwirtschaft. Basel 1942.
- Gasser Wilhelm: Grundlagen und Methoden für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der schweizerischen Landwirtschaft. Brugg 1933.
- Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft. Hsg. v. Konrad Meyer. Berlin 1939.
- Geschäftsberichte der Genossenschaft für Getreide und Futtermittel.
- Hamann Heinz: Einkommensordnung im Agrarsektor. Berlin 1942.
- Hanau Arthur: Die Prognose der Schweinepreise. Sonderheft Nr. 7 des Instituts für Konjunkturforschung. Berlin 1928.
- Hanau Arthur: Die Bestimmungsgründe der Preise für Schlachtrinder. Sonderheft Nr. 13 d. Instituts für Konjunkturforschung. Berlin 1929.
- Helfereich Hans: Fragen des bauerlichen Kredits. Der Deutsche Volkswirt v. 21. 3. 1941.
- Howald Oskar: Agrarpolitik. Bern 1946.
- Howald Oskar: Bildung und volkswirtschaftliche Auswirkungen des landwirtschaftlichen Einkommens. Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft. 77. Jahrgang, Heft 2, 1941. S. 187—192.
- Hürlimann Josef: Staatliche Preis- u. Absatzsicherungspolitik der schweizerischen Landwirtschaft. Diss. Zürich. Zürich 1944.
- Hürlimann Josef: Aufwands-, Ertrags- und Einkommensgestaltung der schweizerischen Landwirtschaft während des zweiten Weltkrieges. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. 82. Jahrgang, Nr. 1. S. 51—65.
- Jahrbuch, Statistisches . . . der Schweiz. Hsg. vom Eidgenössischen Statistischen Amt, Bern. Basel.
- Käppeli Joseph: Ziele und Möglichkeiten landwirtschaftlicher Preisstützung. Landw. Monatshefte XIII. Jahrg. 1935, Nr. 4.
- Kühn Helmut: Die Verlagerungen in der deutschen Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr 1933—38. Würzburg 1939.
- Küng Emil: Der Interventionismus. Bern 1941.
- Laur Ernst: Der Schweizerbauer, seine Heimat und sein Werk. Brugg 1939.

- Laur Ernst: Landwirtschaftliche Betriebslehre. Aarau 1938.
- Laur Ernst: Die Absatzkrise der Landwirtschaft. Stuttgart 1932.
- Laur Ernst: Wirtschaftslehre des Landbaus. 2. Auflage. Berlin 1930.
- Lagler E.: Theorie der Landwirtschaftskrisen. Berlin 1935.
- Landmann Julius: Agrarpolitik des schweiz. Industriestaates. Jena 1928.
- Lang E.: Das Betriebsgrößenproblem in der Landwirtschaft. Schmollers Jahrbücher. 68. Jahrgang 1944. S. 221—235.
- Lederer Emil: Umschichtung des Einkommens und des Bedarfes. In Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. Berlin 1929.
- Marquardt Heinrich: Die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion an den Preisen. Jena 1934.
- Massnahmen: Die . . . des Bundes zur Förderung der Landwirtschaft 1925—1937. Hsg. v. der Abteilung für Landwirtschaft des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes. Bern 1939.
- Mehrens: Die Marktordnung des Reichsnährstandes. Berlin 1938.
- Meinhold W.: Grundlagen der landwirtschaftlichen Marktordnung. Berichte über Landwirtschaft (134. Sonderh.). Berlin 1937.
- Mitteilungen des Schweizerischen Bauernsekretariates. Brugg.
- Pacyna Günther: Der Menschenschwund in der Landwirtschaft. Seine Gründe und Folgen. Der Deutsche Volkswirt. Berlin. 15. Jahrgang Nr. 6. S. 220—224.
- Pauli W.: Die Beurteilung der Gestaltung der Fettschweinemärkte, sowie Inhalt und Auswirkung der Schweineproduktion. Landw. Jahrbuch 51. Jahrg. 1937. S. 249—273.
- Quante Peter: Lage und Aussichten der deutschen Landwirtschaft. Schmollers Jahrbuch 1933 II. S. 119—141.
- Reischle H. & Saure W.: Der Reichsnährstand. Aufbau, Aufgaben und Bedeutung. 3. Auflage. Berlin 1940.
- Rentrop Wilhelm, Kayser: Preispolitik und Preisüberwachung in Europa. München. Berlin 1941.
- Richarz Hugo: Flucht aus der Landarbeit. Der Deutsche Volkswirt. 13. Jahrgang Nr. 30. 1939. S. 1456—1459.
- Rittershausen Heinrich: Die staatliche Preispolitik auf den deutschen Hauptmärkten der Gegenwart. Weltwirtschaftliches Archiv. Band 52. Nov. 1940. S. 418—444.
- Rompe Fritz: Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft. Der Deutsche Volkswirt. 13. Jahrgang Nr. 26. 1939. S. 1261—1264.
- Ryser W.: Die Kaufkraft des Bauernfrankens. Landw. Monatshefte, Bern 1943. 8. S. 205—208.
- Sala Edmund: Das ländliche Nachwuchsproblem. Der Deutsche Volkswirt. 13. Jahrgang Nr. 44. S. 2177—2180.
- Senn James: Absatz und Produktion in der schweizerischen Landwirtschaft. Bern, Leipzig 1940.
- Schiller Karl: Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarswirtschaft. Jena 1940.
- Schrewe Ernst: Die Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft an wirtschaftliche Veränderungen. Jena 1940.
- Schürmann Arthur: Deutsche Agrarpolitik. Neumann-Neudamm 1940.

- Schweizerisches Volkseinkommen. Herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt. Beiträge zur schweizerischen Statistik. Heft 9. Bern 1941.
- Sering Max: Deutsche Agrarpolitik auf geschichtlicher und landeskundlicher Grundlage. Leipzig 1934.
- Sering Max: Die Deutsche Landwirtschaft. Berlin 1932.
- Sering Max: Agrarkrisen und Agrarzölle. Berlin, Leipzig 1925.
- Solmssen W.: Strukturwandlungen der Landwirtschaft. Separatdruck der NZZ. Zürich 1944.
- Steinemann Eugen: Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der Landflucht. Diss. Bern. Aarau 1934.
- Suranyj-Unger Theo: Nationale und internationale Preispolitik. Jena 1938.
- Tschajanow Alexander: Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Berlin 1923.
- Varga Stefan: Der Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen in Ungarn. Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 54. S. 144 ff.
- Vogel A. & Böhm Karl: Der Einfluss der Preise auf die Produktion in der Landwirtschaft. Vierteljahrshefte des Instituts für Konjunkturforschung 1937/38. Heft 1 N.F. S.34—53.
- Wagemann Ernst: Wirtschaftspolitische Strategie. Hamburg 1936.
- Wagemann Ernst: Grundsätze der Preispolitik. Vierteljahrshefte des Institutes für Konjunkturforschung. 1937/38. H. 1 NF. S. 20—33.
- Wagner J.: Die Preispolitik im Vierjahresplan. Kieler Vorträge. 51. Band. Jena 1938.
- Wagner V.F.: Die Stellung der Landwirtschaft im Konkurrenzsystem. Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik. 82. Jahrgang 1949. Nr. 6. S. 501—534.
- Wolfer H.: Industrie und Landwirtschaft. Der Standpunkt der Industrie. Politische Rundschau. Jahrgang 1943. Heft 3/4. S. 76—92.
- Wyler J.: Das schweizerische Volkseinkommen. Zeitschrift für Schweizerische Statistik und Volkswirtschaft. 77. Jahrg. Heft 2 1941. S. 171—186.

Curriculum vitæ

Am 18. März 1915 wurde ich, Max Arnold Ernst Steiner als Sohn des Arnold Steiner, Lokomotivführer und der Ida, geborene Roth, in meinem Heimatdorf Suhr, Kt. Aargau, geboren.

Dort besuchte ich die Primarschule und hierauf die Bezirksschule in Aarau. Anschliessend absolvierte ich in der gleichen Stadt die Handelsabteilung der Aargauischen Kantonsschule, die ich nach drei Jahren mit dem Diplom verliess. Dann trat ich an die Ecole Supérieure de Commerce du Canton de Vaud in Lausanne über, um dort nach einem Jahr die Prüfung für ein zweites Handelsdiplom und nach einem weiteren Jahr das Maturitätsexamen (Handel) zu bestehen. 1936 begann ich mein Universitätsstudium der Nationalökonomie an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. Im Herbst 1939 setzte ich dieses Studium an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel fort. Ich besuchte Vorlesungen und Uebungen bei folgenden Herren Dozenten :

a) in Zürich: Büchner, Bachmann, Egger, Eleutheropulos, Fritzsche, Giacometti, Grossmann, Gygax, Hafer, Higy, Hug, Jaeger, Juzi, Lautner, Nabholz, Saitzew, Schindler, Weber, Wehrli;

b) in Basel: Brogle, Finck v. Finckenstein, Furlan, Haab, Mangold, Ritschl, Ruck, Salin, Simonius, Wagner.

Die Dissertation entstand auf Anregung und unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. V. F. Wagner. Mein Studium erlitt durch Militärdienst und zeitweise Erwerbstätigkeit grössere Unterbrechungen. Das mündliche Examen bestand ich am 6. Dezember 1947.

Max Steiner.

